

Jean Ziegler Der Hass auf den Westen

Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren

C.Bertelsmann

JEAN ZIEGLER

DER HASS AUF DEN WESTEN

WIE SICH DIE ARMEN VÖLKER
GEGEN DEN
WIRTSCHAFTLICHEN WELTKRIEG
WEHREN

C.Bertelsmann
EBOOKS

Inhaltsverzeichnis

Widmung

Vorwort

ERSTER TEIL – An den Quellen des Hasses

I – Vernunft und Wahnsinn

II – Die rätselhaften Wege des Gedächtnisses

III – Sklavenjagd

IV – Die Kolonialmassaker

Postskript

V – Durban oder wenn der Hass auf den Westen den Dialog blockiert

VI – Sarkozy in Afrika

ZWEITER TEIL – Die abscheuliche Erbfolge

I – Vom Sklavenhalter zum alles verschlingenden Raubtier

II – In Indien, in China

DRITTER TEIL – Die Schizophrenie des Westens

I – Die Menschenrechte

II – Zynismus, Arroganz und Doppelzüngigkeit

VIERTER TEIL – Nigeria, die Fabrik des Hasses

I – Die Paten von Abuja

II – Zur Zeit des Biafrakriegs
III – Die Wahlfarce
IV – Bestechung als Herrschaftsinstrument
Postskript
V – Blutspur im Delta
VI – Lagos, Mülleimer des Westens
VII – Die Heuchelei der Weltbank
VIII – Die Sklavenkinder von Wuze
IX – Als Angela Merkel Wole Soyinka ohrfeigte

FÜNFTER TEIL – Bolivien: der Bruch

I – Als die Schweine hungrig waren
II – Ein Indianer im Palacio Quemado
III – Der wiedergewonnene Stolz
IV – »Im Namen des bolivianischen Volkes ...«
V – Die Not besiegen
VI – Der Bruch mit dem Kolonialstaat
VII – Das Fest
VIII – Die Ustaschi sind zurück

EPILOG

Danksagung

ANMERKUNGEN

PERSONENREGISTER

SACHREGISTER

Copyright

*Dieses Buch ist dem Gedenken von
Jean Duvignaud,
Jaime Vargas,
l'Abbé Pierre
gewidmet.*

VORWORT

*Ich bewohne eine heilige Wunde
Ich bewohne mythische Ahnen
Ich bewohne einen dunklen Willen
Ich bewohne ein langes Schweigen
Ich bewohne einen unstillbaren Durst
Ich bewohne eine tausendjährige Reise
Ich bewohne einen dreihundertjährigen Krieg
[...].*

AIMÉ CÉSAIRE, »Calendrier lagunaire«, *Moi, laminaire*.

Märzschauer peitschten die hundertjährigen Bäume des Chemin de l'Ermitage in Genf. Eine feine Schicht von nassem Schnee bedeckte das leuchtende Rot der Magnoliensträucher, das Rosa der japanischen Kirschbäume und die goldenen Zweige der Forsythien.

Kurz vor Mitternacht, es herrschte Eiseskälte.

Ich ging neben einer eleganten Frau in einem weißen und ockerfarbenen Sari, über dem sie einen Wollmantel trug. Es war Sarala Fernando, Botschafterin von Sri Lanka bei den Vereinten Nationen in Genf.

Wir kamen von einem Dinner, das Paul Kavanagh, der irische Botschafter, in seinem Amtssitz für europäische, asiatische und afrikanische Diplomaten gegeben hatte. Den ganzen Abend lang hatten wir darüber diskutiert, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um dem schrecklichen Völkermord Einhalt zu gebieten, den der sudanesishe Diktator General Omar Bachir schon seit Januar 2003 in den Gebirgsmassiven und Savannen von Darfur verübt.

Die Männer, Frauen und Kinder der Massalit, Fur und Zaghawa sterben zu Tausenden unter den Bomben der Antonows und den Lanzenstößen der Dschandschawid, der arabischen Reitermilizen. Wie die apokalyptischen Reiter fallen diese Mörder über die afrikanischen Dörfer her, vergewaltigen und verstümmeln die Frauen und jungen Mädchen, schneiden ihnen die Kehle durch, werfen die Kinder lebendig in die Flammen der brennenden Hütten, massakrieren Männer, Jugendliche und Greise.

Die Dschandschawid töten auf Befehl der Generale, die in Khartum an der Macht sind und die ihrerseits von den »Vordenkern« der Islamischen Heilsfront ferngesteuert werden.

Wir schreiben den 20. März 2007.

Vier Tage zuvor hatte die Nobelpreisträgerin Jody Williams als Präsidentin der Untersuchungskommission für Darfur im Saal XIV des Genfer Völkerbundpalastes ihren Bericht dem UN-Menschenrechtsrat vorgetragen.

Die unstreitige, belegbare Bilanz des Völkermords: in vier Jahren mehr als zweihunderttausend Tote, hunderttausende verstümmelte Menschen und über zwei Millionen Flüchtlinge oder Vertriebene.

Auf dem von Paul Kavanagh und seiner Gattin organisierten Dinner sollte eine Kompromissresolution aufgesetzt werden, die man noch in derselben Woche den Vertretern der siebenundvierzig Mitgliedstaaten des Rates übergeben wollte.

Seit 2007 spielt der Menschenrechtsrat auf internationaler Ebene eine entscheidende Rolle. Nach der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat ist er die drittwichtigste Instanz der UNO. Im Gegensatz zum Sicherheitsrat kennt der Menschenrechtsrat kein Vetorecht. Die Großmächte sind dort dem Gesetz der Mehrheit unterworfen, die ihrerseits von einem Bündnis zwischen den Mitgliedstaaten der OIC (Organisation der Islamischen Konferenz) und den Staaten der Blockfreien Bewegung NAM beherrscht wird. Die wiederauferstandene Bewegung von Bandung nennt sich NAM (Non Aligned Movement; dt.: blockfrei). Der alte Name wurde beibehalten, obschon es den zweiten Block, den kommunistischen, seit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 nicht mehr gibt.

Mehr und mehr – und das gilt insbesondere für den Fall Darfur – übernimmt der Menschenrechtsrat die Rolle eines Anti-Sicherheitsrats.

Die Resolution sah vor, vom Tschad aus humanitäre Korridore zu öffnen, um Lebensmittel, Wasser und Medikamente für die Opfer herbeizuschaffen, sowie den Luftraum von Darfur für alle nicht von der UNO genehmigten Flüge zu sperren.

In dem eisigen Wind kommt Sarala Fernando nur mühsam voran. Sie ist eine Frau reiferen Alters mit schönen schwarzen Augen und großem Scharfsinn, die unter den in Genf akkreditierten asiatischen Diplomaten ein hohes Maß an Einfluss und Ansehen genießt.

Plötzlich bleibt sie mitten auf dem Weg stehen.

»Why are they attacking us all the time? ... We are civilized ... But sometimes it is very difficult to control ourselves, not to speak out ...«
(»Warum greifen sie uns ständig an? ... Wir sind doch zivilisierte Menschen

... Aber manchmal haben wir große Mühe, uns zu beherrschen, unsere Meinung nicht klar und deutlich zu sagen ...«).

Nur mühsam zügelte Sarala Fernando ihren Zorn. Der Vorschlag, der von den Vertretern der Europäischen Union vorgebracht worden war – in einer scharfen Resolution das islamistische Regime des Sudans zu verurteilen –, empörte sie. Am Tisch des irischen Botschafters hatte sie geschwiegen. Aber jetzt explodierte sie.

»*And the Germans, what did they do not so long ago?*« (»Und was haben die Deutschen vor noch gar nicht so langer Zeit getan?«). Die Anspielung galt dem deutschen Botschafter Michael Steiner, der damals, im März 2007, gerade den Vorsitz in der Gruppe der Botschafter der Europäischen Union innehatte.¹ »Und die Engländer? Erinnern Sie sich, was sie mit den indischen Webern gemacht haben? Um die indische Textilindustrie zu zerstören und ihr eigenes Monopol durchzusetzen, haben sie den Webern – Männern, Frauen und Kindern – die Finger gebrochen ... Und bei uns in Sri Lanka haben die Engländer, als sie kamen, hunderttausende Hektar bestellten Lands, auf dem unsere Bauern arbeiteten und lebten, zu *waste lands* – herrenlosem Ödland – erklärt. Die Bauern wurden verjagt. Hunderttausende von Dorfbewohnern sind verhungert. Auf den Massengräbern, die mit den Leichen unserer Bauern gefüllt waren, haben die Engländer ihre Teeplantagen angelegt.«

In der eisigen Nacht erkannte ich überrascht, dass diese Intellektuelle buddhistischer Herkunft, die zweifellos gebildet und eingehend über die Gräueltaten von Darfur informiert war, jede Kritik westlicher Vertreter an der Diktatur Omar Bachirs als einen unerträglichen Angriff auf die Völker der südlichen Hemisphäre empfand.

Sarala Fernando ist natürlich nicht blind für die Leiden der Menschen in den drei westsudanesischen Provinzen. Wie jeder fühlende Mensch ist sie entsetzt über das Wüten der Dschandschawid – die Massenvergewaltigungen afrikanischer Frauen, die Verstümmelungen der Kinder und die Massaker an den Vätern vor den Augen der versammelten Familien.

Trotzdem lehnt sie jede Form der Zusammenarbeit mit den europäischen Mitgliedstaaten des Rats für Menschenrechte ab.

Diese Ablehnung hat Konsequenzen. Um die Verwundeten zu evakuieren, die Toten würdig zu bestatten und die noch lebende Bevölkerung zu schützen, muss ein bestimmter UN-Mechanismus ins Werk gesetzt werden, der nur mit der Unterstützung der wichtigsten Staaten – also auch derjenigen

des Südens – funktionieren kann. Dieser Mechanismus heißt *Responsibility to protect* (»Schutzverantwortung«).

Am 6. Oktober 2006 hatte der Sicherheitsrat eine Resolution verabschiedet, der zufolge zwanzigtausend Blauhelme entsandt werden sollten, um den Genozid an der afrikanischen Bevölkerung Darfurs zu beenden. Doch die Umsetzung dieser Resolution war aufgrund der *Responsibility to protect* nur mit der Unterstützung der wichtigsten Staaten möglich. Die Weigerung, mit den westlichen Staaten zusammenzuarbeiten, bedeutete in diesem Fall, dass man den Völkermördern freie Hand ließ.

Sarala Fernando ist ein Musterbeispiel für die hochrangigen Diplomaten der südlichen Hemisphäre. Angesichts der gegenwärtigen und vergangenen Verbrechen des Westens hält sie es für skandalös, wenn sich ein westlicher Botschafter – unter welchen Umständen auch immer – auf die Menschenrechte beruft.

In New York, in Genf denkt die überwältigende Mehrheit ihrer algerischen, philippinischen, senegalesischen, ägyptischen, pakistanischen, bengalischen, kongolesischen und weiterer Kollegen genau wie sie.

Weil deren Gedächtnis die gleichen Wunden aufweist wie das Sarala Fernandos. Auch sie bewohnen die »heilige Wunde«, von der Aimé Césaire spricht.

Der Hass auf den Westen, diese unausrottbare Leidenschaft, beherrscht heute eine große Mehrheit der Völker in der südlichen Hemisphäre. Er ist ein machtvoller Mobilisierungsfaktor.

Dieser Hass ist keineswegs pathologisch, sondern manifestiert sich in einem strukturierten und rationalen Diskurs. Und er lähmt die Vereinten Nationen. Indem er die internationalen Verhandlungen blockiert, verhindert er die Lösung von Konflikten und schwerwiegenden Problemen, obwohl dabei unter Umständen das Überleben der ganzen Menschheit auf dem Spiel steht.

Der Westen seinerseits bleibt taub, blind und stumm gegenüber diesen Identitätsbekundungen, in denen sich der brennende Wunsch der südlichen Völker nach Emanzipation und Gerechtigkeit äußert. Er versteht diesen Hass nicht.

Denn das Gedächtnis des Westens ist hochfahrend, jedem Zweifel unzugänglich. Das der südlichen Völker dagegen ist ein verwundetes Gedächtnis. Und der Westen weiß nicht, wie tief und schwer diese Wunden sind.

Hören wir Régis Debray: »Wem nicht klar ist, dass heute in der Gattung Mensch zwei Arten Seite an Seite leben, die sich gegenseitig nicht wahrnehmen – die Erniedrigenden und die Erniedrigten –, versteht das 21. Jahrhundert nicht. [...] Die Schwierigkeit erwächst daraus, dass die Erniedrigenden sich nicht beim Erniedrigten sehen. Mit den Erniedrigten kreuzen sie die Waffen, selten den Blick.«²

Und noch einmal Debray: »Sie haben den Tropenhelm abgenommen. Doch ihr Kopf darunter bleibt kolonialistisch.«

In ihrer Studie »Histoire, mémoire et mondialisation« kommen Bertrand Legendre und Gaidz Minassian ihrerseits zu dem Ergebnis: »Der Süden bittet den Westen nicht mehr um Hilfe. Er verlangt Wiedergutmachung, wenn nicht gar einen Reueakt [...]. Der ganze [afrikanische] Kontinent schreit nach Gerechtigkeit [...]. Die Europäer verharmlosen die verheerenden Folgen der Sklaverei. Lieber preisen sie deren Abschaffung [...], wie François Mitterrand, als er 1981, am Tag seines Amtsantritts, im Panthéon Blumen am Grab von Victor Schoelcher niederlegte [...]. Die Nachkommen der Sklaven verlangen Entschädigung vom Westen, da sie noch heute unter den Folgen der Verschleppung leiden.«³

Der Ruf nach Gerechtigkeit, nach Reue erklingt immer häufiger auf den drei Kontinenten.

Legendre und Minassian: »Diese erinnerungsträchtigen Proteste liegen in ihrer Vielfalt und Fülle zeitlich viel zu nahe beisammen, um ein Produkt des Zufalls sein zu können.«

Mit meinem Buch möchte ich die Wurzeln dieses Hasses freilegen und gleichzeitig nach Möglichkeiten seiner Überwindung suchen.

Wie lässt sich verstehen, dass dieser Hass in der heutigen globalen Gesellschaft so plötzlich über den Westen hereinbricht? Ich sehe zwei Erklärungen.

Die erste ist die unvermittelte Wiederkehr des verwundeten Gedächtnisses des Südens. Die lange verdrängten Erinnerungen an die Demütigungen, die seine Völker in dreihundert Jahren Sklavenhandel und kolonialer Besetzung erlitten, tauchen wieder im Bewusstsein auf. Das verwundete Gedächtnis ist eine machtvolle geschichtliche Kraft.

Ihrer Untersuchung widme ich den ersten Teil meines Buchs.

Die zweite Erklärung liegt in einem unerträglichen Widerspruch zwischen Demografie und Macht: Seit mehr als fünfhundert Jahren beherrschen die westlichen Länder den Planeten. Dabei haben die Weißen nie mehr als 23,8 Prozent der Weltbevölkerung gestellt – heute sind es kaum noch 13 Prozent.

Daher ist in den Augen der meisten Frauen und Männer, die in der südlichen Hemisphäre leben, die gegenwärtige, von den Oligarchien des westlichen Finanzkapitals aufgezwungene Weltwirtschaftsordnung das Produkt der einstigen Unterdrückungssysteme, insbesondere des Sklavenhandels und der kolonialen Ausbeutung. Diese Weltordnung bringt einer großen Zahl von Männern, Frauen und Kindern des Südens unsägliches Leid und neue Demütigungen. Auch sie nährt den Hass auf den Westen.

Im zweiten Teil des Buchs untersuche ich die Grundlagen dieser kannibalischen Ordnung und ihre Auswirkungen auf das Bewusstsein des Südens.

Seit Jahrhunderten versucht der Westen, das Wort »Humanität« zu seinem alleinigen Vorteil in Beschlag zu nehmen. In seinem meisterhaften Werk *Die Barbarei der anderen, Europäischer Universalismus* zeichnet Immanuel Wallerstein die historischen Etappen der Entstehung dieser »ethnozentrischen Humanität« nach.⁴

Der Westen sei ein Potentat, ohne es zu wissen, sagt er. Sein liebster Zeitvertreib bestehe darin, der ganzen Welt moralische Lektionen zu erteilen. Sein Gedächtnis sei aus Stein. Es vermische sich mit seinen wirtschaftlichen Interessen.

Seine Arroganz blendet ihn. Schon lange macht sich der Westen nicht mehr klar, wie viel Ablehnung er hervorruft.

Ob bei Abrüstung, Menschenrechten, Kontrolle von Atomwaffen, globaler sozialer Gerechtigkeit – der Westen spricht fortwährend mit gespaltener Zunge.

Und der Süden reagiert mit abgrundtiefem Misstrauen. Er hält diesen Westen, der in seiner Praxis ständig die von ihm verkündeten Werte Lügen straft, für schizophren.

Die Strategie der Doppelzüngigkeit lähmt die internationalen Verhandlungen. Sie verhindert den gemeinsamen Kampf des Südens und des Westens gegen die tödlichen Gefahren, die sie doch beide bedrohen.

Auf verschiedene Beispiele jüngerer Datums gestützt, analysiere ich im dritten Teil diese Gefahren und die Beweggründe für das schizophrene Verhalten des Westens.

Der vierte Teil beschäftigt sich mit dem symptomatischen Schicksal Nigerias. Denn das bevölkerungsreichste Land Afrikas, das zugleich eines der reichsten der Welt ist, wird heute regelmäßig von den Beutejägern des Weltwirtschaftskriegs geschröpft.

Nigeria, der größte Erdölförderer Afrikas und der achte weltweit, wird seit 1966 von einer Reihe aufeinanderfolgender Militärjuntas regiert. Das Land war nie wirklich souverän. Heute ist es eine ohnmächtige Beute von Shell, BP, Total, Exxon, Texaco und anderen Plünderern. Und 70 Prozent seiner Bevölkerung vegetiert in unsagbarer Armut dahin. Natürlich ist diese Realität ein idealer Nährboden für den Hass auf den Westen.

In Bolivien residiert seit Januar 2006 Evo Morales Ayma, ein aymarischer Bauer, im Palacio Quemado. Seit den spanischen Verwüstungen des 15. und 16. Jahrhunderts ist er der erste indianische Präsident eines südamerikanischen Landes.

Morales hat einen historischen Bruch mit der kannibalischen Weltordnung vollzogen und dem Westen eine bittere Niederlage zugefügt. Dadurch mobilisiert das neu erwachte Identitätsbewusstsein der Aymaras, Quechuas, Moxos, Guaraní die Kraft zum Kampf, zum Widerstand und zu ungeahnten schöpferischen Leistungen. Im fünften Teil werden wir betrachten, wie die bolivianische Renaissance auf den ganzen Kontinent ausstrahlt. Dabei geht es auch darum, ein genaues Maß anzulegen: Ist die fortwährende Aufwertung indigener Politik und Kultur, geboren aus dem Hass auf den Westen, mit den universellen Rechtsgrundsätzen vereinbar?

In der Zwickmühle zwischen der Doppelzüngigkeit des Westens und dem Hass der südlichen Völker vermag sich die internationale Gemeinschaft gegenwärtig nicht durchzusetzen. Die Vereinten Nationen sind am Rande des Ruins. Und das Verstummen des Dialogs bringt den Planeten in tödliche Gefahr.

So ist die Genfer Abrüstungskonferenz seit zweiundvierzig Jahren vollkommen lahmgelegt. Die Weiterverbreitung von immer mörderischeren Kernwaffen schreitet munter fort.

Im September 2000 versammelten sich einhundertzweiundneunzig Staats- und Regierungschefs in New York. Sie haben die »Millenniumentwicklungsziele« (engl.: *Millennium Development Goals*, MDGs) festgelegt, mit denen sie sich verpflichteten, innerhalb einer Generation Unterernährung, Hunger, Epidemien und die extreme Not von 2,2 Milliarden Menschen zu beseitigen. Doch bis heute ist auf diesem Weg nicht der geringste Fortschritt zu verzeichnen.

Zu Beginn dieses Jahrtausends stirbt auf einem Planeten von unermesslichem Reichtum alle fünf Sekunden ein Kind unter zehn Jahren. An Krankheit oder Hunger.

Der Wirtschaftskrieg schürt die Wut.

Erniedrigung, Ausgrenzung, Furcht vor dem Morgen sind das Schicksal hunderter Millionen Menschen. Besonders in der südlichen Hemisphäre. Für ihre Völker sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Charta der Vereinten Nationen nur hohle Phrasen.

Wie kann man den Westen dazu bringen, Verantwortung zu übernehmen und seine eigenen Werte zu respektieren? Wie kann man den Hass des Südens entschärfen? Unter welchen konkreten Bedingungen lässt sich der Dialog in Gang bringen?

Wie lässt sich eine Weltgesellschaft schaffen, die versöhnt und gerecht ist, die die Identität, die Erinnerungen und das Lebensrecht eines jeden Menschen achtet?

Ich möchte mit dem vorliegenden Buch alle Kräfte mobilisieren, die zur Lösung dieser Fragen beitragen und der Tragödie ein Ende setzen können.

ERSTER TEIL

An den Quellen des Hasses

I

Vernunft und Wahnsinn

Jean-Paul Sartre schreibt: »Um die Menschen zu lieben, muss man sehr stark hassen, was sie unterdrückt.«

In diesem Satz ist ein Wort entscheidend. Das Wort »was«. Ersetzen Sie es durch »wer«, und Sie rufen auf zum Hass auf Menschen und Nationen. Andernfalls sind die Unterdrückungsstrukturen, die geistigen wie die materiellen, hassenswert.

Die westliche Weltordnung beruht auf struktureller Gewalt. Der Westen geriert sich als Träger universeller Werte, einer Moral, einer Kultur, von Normen, kraft deren alle Völker der Welt aufgerufen sind, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

Doch dieser jahrhundertealte Anspruch des Westens wird heute von der überwältigenden Mehrheit der südlichen Völker radikal in Frage gestellt. Sie sehen darin einen unerträglichen Beweis für Anmaßung, eine Vergewaltigung ihrer Identität, eine Verleugnung ihrer Besonderheit und ihrer Erinnerung.

Was umfasst der Begriff »Westen«?

Sein Ursprung ist das lateinische Wort *occidere* – »fallen«. In der Antike bezeichnete es die Region der Erde, in der die Sonne untergeht (*Couchant* im Französischen, von *coucher* – »untergehen«), im Gegensatz zu der Region, in der die Sonne aufgeht (*lever*), dem Osten, der Levante. Im Deutschen haben wir diese Bedeutung in den Wörtern Morgenland und Abendland.

Der Westen ist also zunächst einmal ein Gebiet. Allerdings haben sich seine Grenzen im Lauf der Jahrhunderte verschoben. Zunächst rein europäisch, wurde es mit der »Entdeckung« Amerikas euro-atlantisch.

Außerdem wird der Westen gleichzeitig definiert durch diejenigen, die sich ihm zurechnen, und diejenigen, die ihn ablehnen.

In den arabischen Chroniken der Schlacht, in der Saladin 1187 vor Jerusalem siegte, werden die europäischen Ritter – Engländer, Franzosen, Deutsche – als »Ungläubige«, »Christen«, »Abendländer« bezeichnet.

Westen – Abendland – und Christenheit werden während des gesamten Zeitraums der Kreuzzüge, bis ins 14. Jahrhundert, gleichgesetzt. Für das heutige, weitgehend entchristlichte Europa gilt das nicht mehr. Der einzige Kontinent, auf dem die Christen noch wirklich zahlreich vertreten sind, auf dem das Christentum noch wahrhaft lebt, ist Amerika (insbesondere Südamerika).

Vom 16. bis 19. Jahrhundert, im Zeitalter der (europäischen) Kolonialeroberungen in Afrika, Amerika, Asien und Ozeanien waren die Bewohner der westlichen Welt »die Weißen«. Weiß und westlich wurden deshalb in den Schulbüchern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts synonym verwendet. Heute ist jeder Verweis auf »Rasse«, da wissenschaftlich nicht haltbar, aus dem offiziellen Sprachgebrauch verbannt. Außerdem spielen weiße Völker, die nicht aus der euro-atlantischen Welt stammen, mittlerweile eine wichtige politische, wirtschaftliche und militärische Rolle: Perser, Türken, libysche Berber und so fort.

Was ist die heute geläufige Bedeutung des Wortes »Westen«?

Fernand Braudel hat in seinen Vorlesungen an der Johns-Hopkins-Universität eine Antwort versucht: Der Westen definiert sich im Wesentlichen über seine Produktionsweise, den Kapitalismus. Der ist mehr denn je seinem Traum von der globalen Eroberung verhaftet. Er stützt sich auf seine rechtlichen oder tatsächlichen Monopole, selbst wenn er, trotz der Globalisierung, weder in den eroberten Gebieten noch seinen Herkunftsländern den gesamten sozialen Raum beherrscht.¹

Als wichtigster Vertreter der Braudel'schen Schule in den Vereinigten Staaten entwickelt Immanuel Wallerstein die Gedanken seines Mentors weiter. Er beschreibt verschiedene Erscheinungsformen des westlichen Eroberungswillens und universalistischen Anspruchs.

Zum einen behaupten die Herrscher der euro-atlantischen Welt, weltweit die »Menschenrechte« und die von ihnen »Demokratie« genannte Staatsform zu verteidigen und – notfalls – durchzusetzen. Der behauptete Universalismus ihrer Herkunftskultur veranlasst sie logischerweise zur Ablehnung und Negation aller anderen Kulturen und Zivilisationsformen. Auch wenn sie ihnen heute ein (exotisches, folkloristisches) Existenzrecht zubilligen, nehmen sie sie nicht ernst, falls sie mit anderen wirtschaftlichen Produktionsweisen einhergehen. Die Führer des Westens postulieren die Existenz »unwandelbarer«, »wissenschaftlicher« Marktgesetze, ähnlich den »Naturgesetzen«. Wenn sich also die nicht westlichen Völker »entwickeln« wollen, haben sie keine andere Möglichkeit, als sich diesen Gesetzen zu

unterwerfen.²

Dieser Anspruch schürt den Hass. Doch der Hass, um den es hier geht, ist kalt und rational. In ihm äußert sich die radikale Ablehnung eines globalen Herrschaftssystems und eines totalisierenden Geschichtsbilds – beide vom Westen aufgezwungen. Und er manifestiert sich in Widerstandshandlungen, als Forderung nach Reue und Erinnerung.

Kurzum, dieser Hass nährt heute eine ethische, radikale, definitive Revolte, die so affektiv wie ökonomisch und politisch ist.

Mit Aimé Césaire sagen die Völker des Südens: »Wir können all diese Lügen, all diese Gräueltaten nicht mehr ertragen.«

Um unseren Gegenstand richtig zu verstehen, müssen wir zwischen dem rationalen Hass und seiner dunklen Seite, dem pathologischen Hass, deutlich unterscheiden.

Immer wieder kommt es in der Geschichte zu einer »Verfinsterung der Vernunft«, wie Max Horkheimer sagt.³ Die Vernunft kollabiert, und das Handeln der Menschen wird von den finstersten Instinkten, den abscheulichsten Perversionen beherrscht.

Francisco Goya war im besetzten Madrid Zeuge der Folterungen und Hinrichtungen, die die napoleonischen Truppen vornahmen, aber auch der Gräueltaten, die die spanischen Aufständischen an den wehrlosen französischen Gefangenen verübten. In seinen schwarzen Bildern (*pinturas negras*), einer Folge von albtraumhaften Gemälden, die zwischen 1819 und 1823 an den Wänden seines Hauses, der Quinta del Sordo, entstanden, lässt Goya diese soziale Pathologie lebendig werden. Denken Sie beispielsweise an die grauenhafte Darstellung von Saturn, der einen seiner Söhne verschlingt. Die Fresken in der Quinta sind abgenommen und im Madrider Prado konserviert worden. Eines seiner Bilder, eine Radierung, trägt den Titel »Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer«.

Auf exemplarische Art manifestierte sich dieser monströse Hass am Morgen des 11. Septembers 2001 in New York, in Washington und am Himmel von Pennsylvania. An diesem Tag haben bekanntlich neunzehn junge Leute, größtenteils aus Saudi-Arabien stammend, zwei Linienflugzeuge benutzt, um die beiden an der Südspitze Manhattans gelegenen Wolkenkratzer des World Trade Center zu zerstören. Ein drittes Flugzeug zerschellte im Ostflügel des Pentagons, des amerikanischen Verteidigungsministeriums in Washington. Eigentlich sollte ein viertes Flugzeug das Weiße Haus in Brand setzen, stürzte aber in eine Prärie

Pennsylvanias, nachdem die Passagiere – auf ihren Handys über die Angriffe auf New York und Washington informiert – versucht hatten, die Terroristen in der Maschine zu überwältigen.

2973 Menschen (einschließlich der Luftpiraten), die zweiundsechzig verschiedenen Nationalitäten angehörten, kamen ums Leben.

Besonders schrecklich war das Massaker in New York.

Der erste Turm brannte sechsundfünfzig Minuten, der zweite hundertzwei Minuten lang. Von den Flammen eingeschlossen, sprangen Hunderte von Männern und Frauen aus den Stockwerken oberhalb der Einschlagspunkte der beiden Flugzeuge, also aus der hundertsten oder hundertzehnten Etage, in die Tiefe. Im Fallen hielten sich Paare und Freunde an den Händen, bevor sie auf dem Bürgersteig zerbarsten.

Mehrere hundert Opfer erstickten in den Treppenhäusern, wo auch fast vierhundert Feuerwehrmänner, städtische Wachleute und Polizisten bei dem Versuch, den Eingeschlossenen zu helfen, den Tod fanden.

Die beiden Türme stürzten fast gleichzeitig in sich zusammen. Der Vorgang dauerte zwölf Sekunden. Beim Einsturz eines benachbarten Gebäudes (Cantor Fitzgerald), wurden weitere 658 Frauen und Männer getötet.

Der Untersuchungsbericht der New Yorker Hafenbehörde (November 2001), aus dem diese Zahlen stammen, verwendet drei gleichermaßen makabre Kategorien: 1. *Bodies found intact* (»unversehrte Leichen«): 289; 2. *Body parts found* (»Leichenteile«): 19 858; 3. *Families who got no remains* (»Familien, die keine Überreste erhielten«): 1714.

1714 Familien haben also vergeblich darauf gewartet, auch nur einen Teil ihrer toten Angehörigen zu erhalten. Ihre Söhne, Töchter, Väter, Mütter oder Brüder wurden vollständig von den Flammen verschlungen oder beim Zusammenbrechen der Stahlträger bis zur Unkenntlichkeit zerstückelt.

Selten hat der pathologische Hass in der jüngeren Geschichte so hemmungslos gewütet.

Al-Qaida, die salafistischen Splittergruppen im Maghreb, die Dschihadisten des Mittleren Ostens – sie alle gehören der gleichen Wahnwelt an. Ihre Anschläge, die sich im Allgemeinen gegen die Zivilbevölkerung richten, sind ungeheuerlich. Dabei spielt es kaum eine Rolle, dass sie behaupten, nur auf die Aggressionen zu reagieren, die von der amerikanischen Soldateska und ihren Verbündeten gegen die irakische, afghanische und palästinensische Bevölkerung verübt werden.

Diese Bewegungen, die sich auf den Koran berufen, praktizieren genau

das Gegenteil dessen, was der Koran lehrt. Die Pathologie ist sicherlich einem tiefen Leiden entsprungen. Das macht die Menschen labil, vor allem die jungen. Es macht sie anfällig für Verführung, Manipulation und andere Methoden der Anwerbung, die es noch zu analysieren gilt.⁴ Der rationale Hass ist aus dem gleichen Leiden hervorgegangen. Doch der rationale Hass, der heute zahlreiche südliche Völker zum Widerstand gegen die moralische Autorität des Westens und sein globales wirtschaftliches Ausbeutungssystem aufruft, ist das genaue Gegenteil der wiederkehrenden Explosionen des pathologischen Hasses.

Denn das sei von Beginn an klargestellt: Lichtjahre trennen Nabil Sahraoui, alias Mustafa Abu Ibrahim, Amari Saif, genannt Abderrezak el Para, und Abdelaziz Abi, genannt Okada el Para, die toten Chefs der Salafisten-Gruppe für Predigt und Kampf im Maghreb oder auch Abdelaziz al-Mourkine, al-Qaida-Chef für die arabische Halbinsel, von einem Evo Morales Ayma oder einem Wole Soyinka – von denen unten noch ausführlich die Rede sein wird.

Wir erleben eine Zeit der Wiederkehr der Erinnerungen. Plötzlich besinnen sich die Völker auf die Demütigungen, die Schrecken, die sie in der Vergangenheit erlitten haben. Sie haben sich entschlossen, vom Westen Rechenschaft zu fordern.

Das verwundete Gedächtnis der einstigen Kolonialvölker ist zu einer geschichtsmächtigen Kraft geworden. Aber warum erhebt der Süden diese Forderung nach Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Reue gegenüber dem Westen erst heute, das heißt über hundert Jahre nach Abschaffung des Sklavenhandels und fünfzig Jahre nach Beendigung der kolonialen Besetzung?

II

Die rätselhaften Wege des Gedächtnisses

Das kollektive Gedächtnis folgt Rhythmen, die kein analytischer Verstand vollständig erklären kann. Von allen sozialen Strukturen ist es wahrscheinlich am rätselhaftesten.

Es gibt einen Forscher, der sich in seinem Werk fast ausschließlich damit beschäftigt, die Morphologie und die Etappen der Entstehung des kollektiven Bewusstseins zu untersuchen: Die Rede ist von Maurice Halbwachs. Zwei seiner Bücher sind in unserem Zusammenhang besonders aufschlussreich: *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*⁵ und *Das kollektive Gedächtnis*, ein Werk, das postum 1950 in Frankreich erschien.⁶

Maurice Halbwachs starb 1945 in Buchenwald, kurz vor der Befreiung des Lagers.

Halbwachs formuliert eine empirisch verifizierbare Theorie: Wie Individuen erleben auch menschliche Gesellschaften einen Schockzustand, einen lähmenden Schrecken, hervorgerufen durch eine äußere Aggression, die unvermutet erlitten wird, von extremer Gewalttätigkeit zeugt und sich durch keine bekannte Kategorie des sozialen Denkens erklären lässt. Doch wie reagiert eine Gesellschaft im Schockzustand? Indem sie das verstörende Ereignis, das ihr Bewusstsein nicht bewältigen kann, in die tiefsten Tiefen ihres Gedächtnisses verbannt. Es gibt also deutliche Erinnerungen und dunkle Erinnerungen. Jean Duvignaud, Exeget und Herausgeber von Halbwachs, schreibt: »Historische Gesellschaften besitzen Erinnerungen, die sich vorübergehend der Geschichte entziehen.«⁷

Je traumatischer ein Ereignis für eine Gesellschaft ist, desto tiefer vergräbt diese es in ihrem Gedächtnis. Dann muss das kollektive Bewusstsein den erlebten Schrecken langsam zähmen. Erst nach einer langen Reifungszeit wird die Kommunikation möglich, verwandelt sich der erlebte Schrecken in einen Analysegegenstand.

In dem Buch *Alle Flüsse fließen ins Meer*, dem ersten Band seiner Autobiografie, und 2006, in seiner Rede beim Internationalen

Literaturfestival in Mantua, hat Elie Wiesel diese geheimnisvollen Rhythmen analysiert.⁸ Die Überlebenden des Holocaust haben sich lange geweigert zu reden: entweder weil sie sich dazu nicht in der Lage fühlten – zu schrecklich waren die Erinnerungen, die ihr Gedächtnis aufbewahrte –, oder weil sie – wegen der Monstrosität der begangenen Verbrechen – Angst hatten, man würde ihnen nicht glauben.

Bekanntlich sind die die französischen (und aus anderen Ländern stammenden) Überlebenden der nationalsozialistischen Konzentrationslager vom Roten Kreuz 1945 im Hotel Lutetia auf dem Boulevard Raspail in Paris aufgenommen und gepflegt worden. Aber sie sind dort kaum befragt worden. Wie Marguerite Duras bitter anmerkt, wollte niemand ihnen zuhören.

Robert Antelme war der Mann von Marguerite Duras. Als engagierter Widerstandskämpfer hatte er dem gleichen Netz wie François Mitterrand angehört. Die Gestapo verhaftete, folterte und verschleppte ihn nach Buchenwald.

Beim Vorrücken der Roten Armee verlegte die SS die überlebenden Häftlinge mittels endloser Todesmärsche nach Westen. An Ruhr erkrankt und zu einem unkenntlichen Skelett abgemagert, gehörte Antelme zu der letzten Kolonne, die Buchenwald verließ.

François Mitterrand, in der Regierung de Gaulle damit betraut, die Kriegsgefangenen und Deportierten zu repatriieren, entdeckte Antelme in Dachau.

Er brachte ihn nach Paris zurück.

Marguerite Duras beschreibt die Rückkehr in ihrem Buch *Der Schmerz*.

Robert Antelme war selbst ein feinsinniger und hochtalentierter Schriftsteller. 1947 veröffentlichte er *L'Espèce humaine*⁹, ein Buch, in dem er schildert, was er selbst im Lager Buchenwald und im Lager Bad Gandersheim, einem Außenlager von Buchenwald, erlebte.

François Mitterrand hielt *L'Espèce humaine* für »eines der größten Bücher über die Konzentrationslager« und fügte hinzu: »Es wurde kaum gelesen und geriet fast augenblicklich in Vergessenheit.«¹⁰

In dem 1955 erschienenen Buch *Le Square*¹¹ von Marguerite Duras findet sich der Satz: »Sie wurden ins Schweigen zurückgetrieben.«

Paris wollte sich vom Albtraum der Besatzung befreien, die Nazi-Gräueltaten vergessen – die, die im eigenen Land verübt, und die, die den Deportierten in den Lagern im Osten zugefügt worden waren.

Nun konnte aber niemand beim Ende des Dritten Reichs, wie Elie Wiesel eindrücklich in Erinnerung ruft, von sich behaupten, er habe von den

Verbrechen der Nazi-Mörder nichts gewusst.

Bereits im Oktober 1945 erhoben der amerikanische Chefankläger Robert Jackson¹² und sein Stellvertreter Robert Kempner vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dabei gingen sie mit einem Höchstmaß an Strenge, aber auch – und völlig zu Recht – einem Höchstmaß an Öffentlichkeit zu Werke.

So folgten mehr als fünfhundert Journalisten aus aller Welt den Verhandlungen.

Die Nazi-Henker waren penible und fleißige Männer. Hunderttausende von Dokumenten, die ihre Verbrechen belegten, waren den Alliierten in die Hände gefallen. Jackson hatte Dutzende von Juristen damit beauftragt sie durchzusehen und die scheußlichsten herauszusuchen. Außerdem stand ihm das Material zur Verfügung, welches die Amateurfilmer der alliierten Truppen bei der Befreiung der Lager gedreht hatten.

Jackson ließ diese Filme vorführen.

Schließlich wurden noch mehrere Augenzeugen gehört.

So berichtete Marie-Claude Vaillant-Couturier, die als Widerstandskämpferin deportiert worden war, über die Schrecken, die sie in Auschwitz erlebt hatte.

Wassili Grossman hatte als erster sowjetischer Korrespondent die Ruinen des Vernichtungslagers Treblinka betreten. Auch er sagte als Zeuge aus.

Mit einem Wort: Ab November 1945 konnte niemand in Europa und der Welt vorgeben, über die Vernichtung von über sechs Millionen Menschen – Juden, Zigeunern, psychisch Kranken, Homosexuellen und Widerständlern – durch die Nazis nichts zu wissen.

Und doch geriet der Holocaust mehr als zwei Generationen lang praktisch in Vergessenheit. Das universelle Bewusstsein verdrängte ihn in seine tiefsten Tiefen.

Aufschlussreich ist das Schicksal von Raul Hilberg. Heute gilt er als einer der bedeutendsten Holocaust-Historiker, als Wissenschaftler von Weltruf, dabei ist seine Forschung zuerst überall auf Gleichgültigkeit gestoßen. Mit großer Genauigkeit hat er einen Prozess analysiert, an dem praktisch die gesamte deutsche Gesellschaft beteiligt war – Eisenbahner, Chemiker, Architekten, Ärzte, Bürokraten etc. -, und so den Mechanismus des Völkermords freigelegt.

Als österreichischer Jude in die Vereinigten Staaten geflohen, schloss er seine Dissertation mit dem Titel *Die Bürokratie Nazi-Deutschlands* 1955 ab. Es gelang ihm jedoch nicht, sie publizieren zu lassen.

1961 erschien in einer limitierten Auflage sein monumentales Werk *Die Vernichtung der europäischen Juden*. Das Buch blieb praktisch ohne Resonanz.

Als außerordentlicher Professor an der relativ unbedeutenden University of Vermont in Burlington setzte Hilberg, fast völlig unbekannt, trotzdem seine Forschungs- und Publikationstätigkeit fort.

Seine Situation veränderte sich erst zwanzig Jahre später¹³ – dann allerdings radikal –, als 1985 die zweite Auflage der *Vernichtung der europäischen Juden* erschien. Dieses Mal war die Resonanz beträchtlich. Hilbergs wissenschaftliche Autorität fand weltweite Anerkennung.¹⁴

Seinem geheimnisvollen Rhythmus folgend, war das kollektive Bewusstsein endlich an einen Punkt gelangt, wo es bereit war, die schreckliche Realität des Holocaust zuzulassen.

Wir erleben heute den Einbruch einer anderen verdrängten Erinnerung, jener der einstigen Kolonialvölker der südlichen Hemisphäre. »Ich bewohne ein langes Schweigen, ich bewohne einen unstillbaren Durst«, schrieb Aimé Césaire.¹⁵ Wie das jüdische Gedächtnis hat das der einstigen Kolonialvölker ein langes Schweigen durchlebt, dem ein plötzliches Erwachen folgte.

In der Zeit vom 18. bis 24. April 1955 kamen im Westen der indonesischen Insel Java, in Bandung, die Staatschefs von siebenundzwanzig südlichen Ländern zusammen: fünfzehn aus Asien, neun aus dem Mittleren Osten und drei aus Afrika. Die Konferenz war von einem kleinen Ausschuss vorbereitet worden, in dem Indien, Burma, Sri Lanka¹⁶, Pakistan und Indonesien mitgewirkt hatten. Dabei war es darum gegangen, eine gemeinsame militärische, kulturelle und wirtschaftliche Politik zu definieren, um den westlichen Kolonialmächten Paroli zu bieten und eine eigene kulturelle und politische Identität zu vertreten.

Die Bandung-Konferenz schuf eine gut organisierte, mächtige Bewegung mit rotierender Präsidenschaft, einem ständigen Sekretariat und kontinentalen Koordinierungskomitees. Alle drei Jahre mussten Generalversammlungen abgehalten werden. Aus diesem hochbedeutsamen Treffen entstand die Bewegung der blockfreien Staaten.

Bandung war für die Völker der südlichen Hemisphäre ein entscheidender Augenblick für die Rückgewinnung ihres Gedächtnisses und für die Rekonstruktion ihrer Identität angesichts des westlichen Imperialismus.

Auf den drei Kontinenten lebten noch etliche hundert Millionen Menschen

unter dem Joch des Kolonialismus oder der von den Metropolen eingesetzten Satellitendiktaturen.

Bandung war aber vor allem eine Identitätsbewegung. Durch die Stimmen einiger ihrer prominentesten Führer brachten die südlichen Völker – allein dadurch, dass sie diesen Gipfel abhielten – ihre kulturelle, politische und historische Besonderheit zum Ausdruck.

Hören wir Jawaharlal Nehru, Chef der Kongresspartei und Ministerpräsident Indiens: »[...] Viele Inder meiner Generation dachten, die Niederlage der aufständischen Sepoy bedeute eine tödliche Verwundung unserer Völker. Wir haben uns getäuscht. Die Auferstehung kam 1947 [...]. Die britische Herrschaft war nur ein Zwischenspiel [...]. In unserem Land gibt es viele verschiedene Kulturen. Einige von ihnen sind mehr als fünftausend Jahre alt [...]. Die britische Herrschaft war grausam und zerstörerisch, tagtäglich brachte sie Tod und Erniedrigung. Doch grundsätzlich betrachtet, bedeutete diese Herrschaft, so abscheulich sie auch war, lediglich ein Zwischenspiel, eine vorübergehende Unterbrechung unserer Geschichte. Indien erhebt sich aus seiner Erniedrigung und nimmt stolz den uralten Gang seiner Geschichte wieder auf.«¹⁷

Liest man die Dokumente und Protokolle der Bandung-Konferenz, ist man verblüfft, welche zentrale Rolle Identitätsthemen und die Forderung nach Wiederherstellung der kulturellen Besonderheit spielten.

Einen besonderen Eindruck hinterließ ein junger Oberst von siebenddreißig Jahren mit schwarz umschattetem Blick, mattem Teint und leidenschaftlicher Stimme.

Durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen,¹⁸ sah sich Gamal Abdel Nasser als »Einiger«, »Befreier«, »Erlöser« des ägyptischen Volks. Die Karawane brauchte einen Führer, und er wollte dieser Führer sein.

Die Befreiung des Volkes vollziehe sich über die Wiederentdeckung der historischen, präkolonialen Gemeinschaft, sagte Nasser: »Das Mittel zur Lösung eines Problems besteht darin, zu seinem Ursprung zurückzukehren, bis zu den Wurzeln des Übels zu gehen. Nach meiner Meinung darf man weder das pharaonische Ägypten vernachlässigen noch die wechselseitige Beeinflussung der griechischen und unserer Kultur. Die römische Invasion und die islamische Eroberung sowie die nachfolgenden Wellen arabischer Völkerwanderungen haben unser Land geprägt [...].«

Und dann: »Wenn die Kreuzzüge in Europa den ersten Schimmer der Renaissance ankündigten, so haben sie für unser Land den Beginn des dunklen Zeitalters eingeläutet. Unser Volk hat ganz allein den Schock dieser

Schlachten erlitten; sie ließen es vollkommen verarmt und hilflos zurück [...].«

Nasser schloss mit den Worten: »Vorbei sind die Zeiten, wo die kolonialistische Piraterie einige Völker zugunsten anderer ohne gesetzliche oder moralische Kontrolle um ihren Reichtum brachte. Wir müssen alle fortbestehenden Nachwirkungen dieser Situation beenden.«

Auch Achmed Sukarno, Chef der Nationalpartei und seit 1950 Präsident der Republik Indonesien, beschwor immer wieder die vorkoloniale Vergangenheit, indem er dem kollektiven Gedächtnis die Namen der großen Könige von Sumatra und Java entlehnte, vor allem Vijaya, Hayam Wuruk, Airlangga. In seinen Reden verwendete er häufig den Ausdruck »die Weißen«, womit er den Gedanken nahelegte, dass die Sowjetunion keine grundsätzlich andere Politik machte als der Westen ...

Noch einmal: Bandung kennzeichnet die Geburt einer Identitätsbewegung. Der westliche Unterdrücker wird im Namen der überlieferten Erinnerungen, Identitäten, besonderen Kulturen der südlichen Völker gemäßregelt.

Régis Debray: »Das Archaische ist der harte Kern. Was am ältesten ist, ist am aktivsten.«¹⁹

Die Schlusserklärung der Bandung-Konferenz zeigt, wie wichtig es den Teilnehmern war, der universalistischen Anmaßung des westlichen Beherrschers den eigenständigen Identitätsanspruch entgegenzusetzen.

Für die Führer der südlichen Hemisphäre war diese westliche Anmaßung eine Form des Rassismus.

In der Schlusserklärung heißt es: »Asien und Afrika sind die Wiege großer Religionen und großer Zivilisationen, die andere Kulturen und andere Zivilisationen bereichert haben. Die asiatischen und afrikanischen Kulturen beruhen auf universellen geistigen Grundlagen. [...] Die Konferenz verurteilt den Rassismus als Mittel kultureller Unterdrückung.«

Fortan folgten die Konferenzen der blockfreien Staaten einander im Dreijahresrhythmus – Kairo, Jakarta, Colombo, Lusaka, Algier, Neu-Delhi, Harare, Cartagena de las Indias, Kuala Lumpur.

Doch schon sehr bald interessierte sich niemand mehr für die Entscheidungen, die dort getroffen wurden. In Ritualen und hohler Rhetorik erstarrt, blieben diese Zusammenkünfte weitgehend folgenlos. Die Bewegung der blockfreien Staaten geriet in Vergessenheit.

Andere, regionalere Bewegungen entstanden. So beherbergten jahrzehntelang baufällige Büros in Héliopolis, Kairo, das Sekretariat der Organisation der Afro-Asiatischen Staaten. Und so wurde auch im Januar

1966 in Havanna die »Trikontinentale« gegründet. Ihre offizielle Bezeichnung: Konferenz für die Solidarität mit den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Dort waren nationale Befreiungsbewegungen aus zweiundsechzig afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Ländern vertreten. Durch die Vermehrung der antiimperialistischen Widerstandsfronten wollten die Initiatoren der Bewegung die westlichen Unterdrückungsmächte dazu bringen, sich zu verzetteln. In einem zweiten Schritt wollte die Trikontinentale das Vorgehen aller dieser Fronten durch eine gemeinsame Strategie koordinieren und so den endgültigen Sieg des Südens über den Westen vorbereiten.

Das Zustandekommen der Trikontinentale war zwei Jahre lang sorgsam vorbereitet worden. Drei Exekutivsekretäre waren die Seele des Vorbereitungsausschusses: Mehdi Ben Barka, Ernesto Che Guevara und Amilcar Cabral.

Amilcar Cabral, Gründer und Chef des Partido Africano da Independencia de Guinea e do Cabo Verde (PAIGC), fasst die Zielsetzung der Trikontinentale wie folgt zusammen: »[...] denn die Geschichte der Kolonialkriege – und auch unsere eigene Erfahrung aus zehnjährigem Kampf – lehrt uns, dass die kolonialistischen Aggressoren nur eine einzige Sprache verstehen, die des Kampfes, nur eine Realität zur Kenntnis nehmen, die Zahl ihrer Leichen«.²⁰

Doch trotz der minutiösen Vorbereitung der Konferenz, trotz der Begeisterung, welche die Debatten bestimmte, kam die gemeinsame Organisation des Kampfes, die aus all den Resolutionsentwürfen resultieren sollte, nicht zustande.

In Havanna, in einem bescheidenen Gebäude der Quinta Avenida, fristete das Sekretariat jahrzehntelang sein Dasein. Es lockte nur deshalb ausländische Besucher an, weil es von der charismatischen und mutigen Haydée Santamaria geleitet wurde, einer Überlebenden des Angriffs auf die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba am 26. Juli 1953, Auftakt der kubanischen Revolution ...

Ich erinnere mich an einen Novemberabend des Jahres 2005 in New York. Das milchige Dämmerlicht drang durch die großen Fenster im Erdgeschoss des UN-Wolkenkratzers am Ufer des East River. Auf dem braunen Wasser des Flusses entfernten sich die letzten Boote in Richtung Brooklyn.

Ich hatte gerade meinen Bericht zum Recht auf Nahrung vor der dritten Kommission der Generalversammlung verteidigt. Da zahlreiche

Botschafterinnen und Botschafter westlicher Staaten meinen Vorschlägen feindselig gegenüberstanden, war die Debatte hitzig gewesen.

Ich schickte mich an, ins Helmsley Hotel und dann zum Kennedy Airport zu fahren.

Da reichte mir ein Assistent einen Zettel. Lakhtar Brahimi wünschte mich dringend zu sprechen.

Brahimi ist ein einflussreicher Diplomat und außerordentlich intelligent, einer von denen, die die Geschichte der Vereinten Nationen geprägt haben. Als ehemaliger Außenminister Algeriens hat er das Abkommen von Taif ausgehandelt, das den fünfzehnjährigen libanesischen Bürgerkrieg beendete. 2004 war es wieder Brahimi, der die neue afghanische Verfassung aufgesetzt und dann bei den Paschtunen und Tadschiken durchgesetzt hatte.

Noch als ganz junger Student in Frankreichs war er in Kairo in den auswärtigen Dienst der FLN eingetreten.

In Bandung hatte er das kämpfende algerische Volk vertreten.

Ich fuhr mit dem Lift in die 38. Etage, wo sich die mit dunklem Holz getäfelten Büros des Generalsekretärs und der Untergeneralsekretäre befinden.

Herzlich, unaufdringlich, freundlich wie immer empfing mich Brahimi mit einer Frage, auf die ich nicht gefasst war: »Was wissen Sie über Bandung? Was halten Sie davon? Was sagen Ihre Studenten darüber? Weiß überhaupt noch jemand, was 1955 in dieser Stadt geschehen ist?«

Als er meine Überraschung bemerkte, fügte er hinzu: »In einigen Stunden muss ich nach Paris fliegen. Ich soll beim Ben-Barka-Kolloquium sprechen. Mansour²¹ hat mich gebeten, von Bandung zu berichten ... Um ehrlich zu sein, ich weiß nicht, ob das noch jemanden interessiert. Ich hatte gedacht, dass Sie mir vielleicht ein bisschen helfen können.«

Diesem Ausnahmediplomaten helfen, raten? Das erschien mir absurd. Und dann dachte ich damals, Bandung sei seit Jahrzehnten tot, begraben, vergessen.

Irrtum!

Eine falsche Geschichtswahrnehmung! Ich ließ die geheimnisvolle Arbeit des kollektiven Gedächtnisses angegriffener Völker außer Acht, die sich unterirdisch, langsam und unvorhersehbar vollzieht.

Der vierzehnte Gipfel der blockfreien Staaten fand vom 11. bis 16. September 2006 in Havanna statt. Und dort wartete eine faustdicke Überraschung! Die Bewegung, die man längst auf dem Sterbebett wähnte, erlebte ihre Auferstehung.

Von den hundertachtzehn Mitgliedstaaten waren hundertsechzehn vertreten. Die beiden anderen (Haiti und St. Lucia) kamen während des Gipfels noch hinzu. Fünfundfünfzig Staats- oder Regierungschefs ergriffen dort das Wort.

Raúl Castro Ruz, erster Vizepräsident des kubanischen Staatsrats, der seinen erkrankten Bruder vertrat, verbarg sein tiefes Staunen nicht: »Während der verschiedenen Etappen ihrer Geschichte hat die Bewegung die Last der Gleichgültigkeit und Untätigkeit tragen müssen. In den neunziger Jahren war sie sogar vom Aussterben bedroht ...«

Vier Dokumente wurden in Havanna verabschiedet: das Schlussdokument des Gipfels, der Aktionsplan der Bewegung, die politische Erklärung und das Dokument über Palästina. Diese vier Texte bilden seither das normative Gerüst der blockfreien Staaten.

In der Generalversammlung der Vereinten Nationen gehören hundertzwanzig der hundertzweiundneunzig Mitgliedstaaten der Bewegung an. Diese stimmen ihr Vorgehen mit den Mitgliedstaaten einer anderen einflussreichen und effizienten zwischenstaatlichen Organisation ab, der Organisation der islamischen Konferenz (OCI). Diese zählt siebenundfünfzig Mitglieder. 2008 ging die Präsidentschaft der OCI von Pakistan auf Senegal über.

Die politische, diplomatische Macht der Bewegung der blockfreien Staaten ist beeindruckend. Ein Beispiel: Im März 2006 rief die Generalversammlung der UNO den Menschenrechtsrat ins Leben, der den Auftrag hat, die Beachtung der Allgemeinen Erklärung besagter Rechte durch die Mitgliedstaaten zu beaufsichtigen. Diesem Rat gehören siebenundvierzig Mitglieder an, die alle drei Jahre neu gewählt werden. Die Bewegung der blockfreien Staaten hat eine Troika aus Ägypten, Malaysia und Kuba damit beauftragt, diese Wahlen vorzubereiten. Ergebnis: Von den siebenundvierzig Mitgliedstaaten gehören derzeit siebenundzwanzig Staaten der Bewegung der Blockfreien an.

III

Sklavenjagd

In seinem Buch *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen* erläutert Maurice Halbwachs: »Die Rekonstruktion der erinnerten Vergangenheit vollzieht sich immer an privilegierten Objekten.«²² Was haben die Völker des Südens für »privilegierte Objekte«, die ihnen als Substrat ihrer Gedächtnisrekonstruktion dienen?

Um ihre Forderungen nach wiedergutmachender Gerechtigkeit, finanziellen Entschädigungen und Reue zu begründen, berufen sich die südlichen Völker hartnäckig insbesondere auf zwei Verbrechen des Westens: den Sklavenhandel und die koloniale Eroberung.

Wenden wir uns zunächst dem Sklavenhandel zu.

Zwischen der Mitte des 16. Jahrhunderts und der Mitte des 19. Jahrhunderts wurden mehr als vierzig Millionen afrikanischer Männer, Frauen und Kinder ihren Familien entrissen und nach Übersee deportiert, um als Arbeitskräfte auf Plantagen und in Minen eingesetzt zu werden, wo sie Hunger, Krankheiten und Folter erlitten. Bei der Schilderung der haitischen Deportation schrieb Alfred Métraux: »Ohne Auschwitz hätten die Europäer nie begriffen, was sie den Afrikanern angetan haben.«²³

Nehmen wir das Beispiel Brasilien. Während der Überfahrt zwischen dem Golf von Benin und der Allerheiligenbucht von Salvador da Bahia (sie dauerte durchschnittlich länger als zwei Monate) starben etwa zwanzig Prozent der zwei- bis dreihundert angeketteten Männer, Frauen und Kinder, die ein Sklavenschiff transportierte, an Skorbut, Hunger oder schlechter Behandlung.²⁴

In der ersten Nacht der Überfahrt stiegen die Seeleute, trunken vom Rum, in den Laderaum hinunter, um die Frauen zu vergewaltigen. Eine Schwangere erzielte auf dem Markt von Olinda einen höheren Preis. Ein Viertel der Überlebenden war so geschwächt, dass sie das Schiff nicht ohne Hilfe verlassen konnten. Viele von ihnen – lebende Leichname mit grauer Haut und blinden Augen – schafften nur ein paar Schritte auf dem Strand, bevor sie tot zusammenbrachen. Man begrub sie umgehend, indem man

einige Schaufeln amerikanischer Erde auf sie warf. In allen Hafenstädten an der brasilianischen Atlantikküste gab es eine – oft bis heute erhaltene – *cafuna*, ein befestigtes Gebäude, wo die Überlebenden des Transatlantiktransports eingesperrt wurden, um sich zu erholen.

Nach einigen Wochen, wenn die zu Skeletten abgemagerten Überlebenden wiederhergestellt waren, öffneten die Sklavenhändler die Tore der *cafuna* und ließen die Schwarzen auf den Marktplatz führen: Dort wurden sie verkauft – der Mann von seiner Frau, die Kinder von ihrer Mutter getrennt.

Die durchschnittliche Lebenserwartung eines Arbeitssklaven auf den Zuckerrohrplantagen im Reconcavo von Bahia, Brasilien, betrug sieben Jahre.²⁵

Wer sich näher über die Lebensbedingungen der Sklaven auf den Plantagen Brasiliens informieren möchte, dem seien die Predigten des Jesuiten Antonio Vieira ans Herz gelegt, vor allem die Predigt aus dem Jahr 1663, die er auf der Plantage Torcular im Reconcavo vor Sklaven hielt: »Eure Leiden gleichen denen unseres Herrn am Kreuz aufs Haar [...]. Sein Kreuz bestand aus zwei Holzbalken, während eures deren drei hat [Anspielung auf die drei Speichen des Rades, das die Zuckermühle drehte und an das die Sklaven gekettet wurden]. Und wie euch die zwei Ernten [die beiden jährlichen Zuckerrohrernten] doppelte Qual bescherten, hat auch Er doppeltes Leid erfahren, zunächst, als die Männer ihm eine Dornenkrone aufs Haupt drückten, und dann ein weiteres Mal, als die Männer ihm Essig vermengt mit Galle einflößten [...]. Das Leiden Christi erstreckte sich über eine Nacht ohne Schlaf und einen ganzen Tag ohne Schonung, und genauso euer Leiden: Tag und Nacht und Nacht und Tag [...]. Christus war nackt. Ihr seid nackt. Christus hatte Hunger, und ihr seid hungrig. Christus wurde gepeinigt. Und auch ihr werdet gepeinigt. Man demütigt euch und ruft euch bei schändlichen Namen [...]. In alledem seid ihr das Ebenbild Christi. Ihr seid Märtyrer.«

In der finsternen Nacht der Sklaverei hat das verschleppte Volk wie durch ein Wunder seine Kräfte bewahrt – die Kraft zu leben, zu schaffen, zu widerstehen. Mir ist in der Geschichte kaum ein anderes Beispiel für solche Charakterstärke, solchen Mut, solchen Glauben bekannt, wie sie diese Völker bewiesen haben, die, auf so unmenschliche Weise unterdrückt, ihre Kultur in der Fremde nicht nur bewahrt, sondern auch vertieft haben.

Eine mögliche Parallele: die jüdischen Shtetl in Siebenbürgen und Polen, die zwischen zwei Pogromen einige der größten Musiker und Schriftsteller der Geschichte hervorgebracht haben. In der Nacht von Bahia,

Alagoas, Pernambuco zelebrieren noch heute die Yawalorixas, die großen Priesterköniginnen der Orixas (der Yoruba-Gottheiten) ihre Mysterien. Die Buzios werden geworfen, die Ifa-Kette wird befragt. Die Orixas sprechen, die Egun kehren zurück. Zwischen Aye (Erde) und Orun (Himmel) kreist endlos das Leben.

Ein bestimmter Umstand erklärt, warum die Kultur der afrikanischen Diaspora in Amerika heute noch so einflussreich ist. Die weißen Herren der Plantagen, ihre Vorarbeiter, ihre Priester, ihre Wachen verfügten im Prinzip über Leib und Leben ihrer schwarzen Sklaven. Doch auf den Plantagen gab es nur ein Handvoll Weiße. Daher peinigte sie die Angst. Die dunkle Furcht vor der Revolte trieb ihnen den Angstschweiß auf die Stirn. Der Aufstand ihrer Arbeitstiere war ihr Albtraum. Um die Gefahr zu bannen, griffen die Plantagenbesitzer zu einer einfachen Methode: Sie schürten die Zwietracht zwischen den verschleppten Völkern, um sie besser gegeneinander aufhetzen zu können. So kaufte der Betreiber einer Zuckermühle Sklavenkontingente, die jeweils aus einem bestimmten afrikanischen Land und einer bestimmten Kultur kamen. Auf seiner Plantage förderte er die Ausübung aller mit dieser Kultur verknüpften Riten. Deshalb wurden die religiösen Kalender, Zeremonien und Riten aller einzelner in der Senzala²⁶ vertretenen Völker peinlich genau beachtet.

Ein Paradox mit beträchtlichen historischen Konsequenzen: Die beständigsten afrikanischen Identitäten sind in der Nacht der Sklaverei geschmiedet worden. In all den Jahrhunderten der Sklaverei ist das Feuer der kulturellen, künstlerischen, politischen Schöpfungen der Afrikaner nie erloschen.

Heute lebt ein Drittel der afrikanischen Bevölkerung in der Diaspora, vor allem in Amerika. In Übersee hat der Sklavenhandel Gesellschaften hervorgebracht, die heute regelrechte kulturelle Sammelbecken, einflussreiche Hochburgen afrikanischer Identität sind – etwa die Candomblés von Bahia, die kubanische Santeria, der haitianische Voodoo, die Cabildos an der Pazifikküste Kolumbiens oder die Shangos Jamaikas und Venezuelas.

»Ich bewohne einen dreihundertjährigen Krieg«,²⁷ schrieb Aimé Césaire. Während der dreihundert Jahre Sklaverei hat der bewaffnete Widerstand nie aufgehört. Die Sklavenaufstände, die während des 17., 18. und 19. Jahrhunderts immer wieder aufflammten, sind ein weiterer wichtiger Grund, warum der Sklavenhandel eine so maßgebliche Rolle für die Gedächtnisrekonstruktion spielt.

Die spanischen Vizekönigreiche Neugranada, Peru, Hispaniola ²⁸, der portugiesische Staat Groß-Para²⁹ oder das portugiesische Vizekönigreich Brasilien³⁰ erlebten Sklavenaufstände, die sogar für die Macht der Mutterländer eine ernsthafte Gefahr bedeuteten.

Heute sind drei *Républiques maronnes* von besonderer Bedeutung für die Vorstellungswelt der Afrikaner: Palenque in Columbien, Cockpit auf Jamaika, Palmares in Brasilien.

Der *Nègre marron* ist ein Mensch, der sich gegen die Unterdrückung auflehnt oder vor einer Strafe flieht. Er zerbricht seine Ketten, flüchtet von der Plantage ins Innere des Kontinents oder seiner Inseln, um ein unabhängiges Leben als Jäger oder Bauer zu führen.³¹ Glücklicherweise gab es auf dem spärlich bevölkerten südamerikanischen Kontinent genügend Zufluchtsorte – dichte Wälder, schroffe Gebirge, tiefe Schluchten oder Täler.

In Brasilien hießen die parastaatlichen Siedlungen der *Marrones* und ihrer Familien »Quilombo«, im spanischen Kolonialreich »Palenque«.

1794 gelangten erstaunliche Nachrichten aus Paris in die Karibik: Die Sklaverei sei abgeschafft, die Gleichheit der Menschen verkündet und Sklavenhalter, die sich widerspenstig zeigten, würden guillotiniert. Doch am 20. Mai 1802 richtete Bonaparte die Sklaverei wieder ein. Ein weiterer Erlass, vom 5. Juli desselben Jahrs, untersagte jedem Farbigen die Einreise nach Frankreich. Bonaparte fand, dass es schon zu viele »Neger im Mutterland« gebe und dass mit dem Zufluss dieses Blutes die Gefahr bestand, dem europäischen Blut »jene Spur beizumischen, die sich in Spanien nach der Invasion der Mauren ausgebreitet hatte ...«

Auf den Inseln wurden die Schwarzen, Bürger der Republik, von Bestürzung und Entsetzen ergriffen. Die französischen Behörden in den überseeischen Gebieten trieben die schwarzen Bürger zusammen, um ihnen wieder die Eisen anzulegen und sie ihren früheren Besitzern zuzuführen. Auf allen Inseln wurden gewaltige Menschenjagden veranstaltet. Bei Fackelschein wurden die eingefangenen Flüchtlinge mit Stockschlägen zu Tode geprügelt oder verstümmelt. Viele von ihnen wurden von Hunden zerfleischt, die nur zu diesem Zweck aus Frankreich eingeführt worden waren. In Fort-de-France und Pointe-à-Pitre wurden die Guillotinen wieder in Betrieb genommen. Doch dieses Mal nicht mehr, um die Békés³², die »Großen Weißen«, und die widerspenstigen Herren zu enthaupten – einst ihre Hauptaufgabe -, sondern um den von Hunden aufgespürten schwarzen Männern, Frauen und Jugendlichen, die gewagt hatten, sich der

Gefangennahme zu widersetzen, den Kopf abzutrennen.

Zahlreiche ehemalige Revolutionäre wechselten die Seite.

Billaud-Varenne, Mitglied des Konvents und des aus diesem hervorgegangenen Wohlfahrtsausschusses, war 1794 einer der entschiedensten Fürsprecher des Erlasses zur Abschaffung der Sklaverei gewesen. Als Kommissar in den Kolonien hatte er widerspenstige Plantagenbesitzer guillotiniert lassen. Im Konvent hatte er erklärt: »Der Tod ist ein Aufruf zur Gleichheit, besiegelt durch ein freies Volk in einem öffentlichen Akt, der ihm fortwährend zur notwendigen Warnung dient.«

Nach dem 9. Thermidor, als Robespierre und Saint-Just hingerichtet wurden, gelang es Billaud-Varenne, dem Schafott zu entgehen. Er wurde nach Guyana deportiert. Dort wurde er in den Bagno Sinnamary verbannt. Das Konsulatsregime setzte ihn auf freien Fuß. Nach der Wiedereinführung der Sklaverei kaufte er sich eine Plantage in Orvilliers an der Küste von Guyana. Er verschaffte sich Sklaven und brachte es zu beträchtlichem Reichtum.

Ein weiteres Beispiel für den Verrat an den eigenen Idealen: Victor Hughes, auch er Kommissar des Konventregimes auf den Antillen. In dem Roman *El Siglo de las Luces* zeichnet Alejo Carpentier sein Porträt.³³

In Port-au-Prince, Fort-de-France, auf der Insel Marie-Galante, überall, wo sich die weißen Pflanzer den Beschlüssen des Konvents nicht fügen wollten und sich weigerten, ihre Sklaven freizulassen, ließ Hughes sie verhaften, in Schnellverfahren aburteilen und hinrichten. Kaum war die Revolution in Frankreich beendet, die Sklaverei in den Kolonien wiedereingeführt, wechselte auch Hughes die Gesinnung. Er kehrte nach Guadeloupe zurück, dieses Mal allerdings, um dort Ländereien und Sklaven zu erstehen. Er starb in seinem Bett, als steinreicher Sklavenhalter und Plantagenbesitzer, aber von seinen einstigen Freunden verachtet und von der Frau, die er liebte, verlassen.³⁴

IV

Die Kolonialmassaker

Léon Bloy: »Die Geschichte unserer Kolonien ist, vor allem im Fernen Osten und in Afrika, nichts als Leid, maßlose Grausamkeit und namenlose Schändlichkeit.«³⁵

Das zweite »privilegierte Objekt«³⁶ ihrer Gedächtnisrekonstruktion sind für die Völker des Südens die bewaffneten Eroberungen ihrer Länder durch den Westen. Aus Gründen der Klarheit und der Platzersparnis beschränke ich mich hier auf die Feldzüge des französischen Militärs. Doch es versteht sich von selbst, dass die gleiche Gewalt, die gleiche Grausamkeit charakteristisch war für die englischen, niederländischen, deutschen, belgischen, italienischen, spanischen und portugiesischen Eroberungen.

1830 begann Frankreich mit der Eroberung Algeriens. 1853 bemächtigte es sich Neukaledoniens. Im Jahr danach nahm Faidherbe die Eroberung des Senegal in Angriff. Die Handelsniederlassung Saint-Louis war seit dem Wiener Kongress (1815) in französischem Besitz. 1857 wurde Dakar gegründet. Der Feldzug von Faidherbe war lang und blutig: Er sollte erst 1898 enden.

1858 besetzte die französische Kolonialarmee Tourane (Da Nang) in Annam; im Jahr darauf eroberte sie Saigon.

1862 ein neuer Vorstoß in Afrika, dieses Mal an der Küste des Indischen Ozeans: Frankreich vereinnahmte Obock in Somalia (heute Djibouti).

1863: Die Regierung in Paris erreichte durch eine geschickte Erpressung die Unterwerfung des kombodschanischen Königs, der in einem Vertrag »aus freien Stücken« das französische Protektorat anerkennt. 1867 trat Kaiser Tu Duc, um sein Volk zu schützen, Frankreich ganz Kotschinchina ab.

Hören wir, wie sich die französische Eroberung von Annam, Tonkin und Kotschinchina (das heißt, Mitte, Norden und Süden Vietnams) vollzog. Ich möchte an dieser Stelle das Wort einem privilegierten Zeugen überlassen, der annamitischer Sympathien kaum verdächtig ist. Der Schriftsteller Pierre Loti, zugleich renommierter Reporter des *Figaro* und beim französischen Fernostgeschwader akkreditiert, beschrieb die Einnahme von Huê wie folgt:

»Die Franzosen sind von zwei Seiten zugleich in die große kreisförmige Festung eingedrungen, die die Granaten des Geschwaders schon mit Toten gefüllt hat. Die letzten dorthin geflüchteten Annamiten retten sich, kopflos vor Angst, mit einem Sprung von den Mauern; einige verlegen sich aufs Schwimmen, andere versuchen den Fluss in Booten oder über eine Furt zu durchqueren, um ans Südufer zu flüchten. Die Franzosen, die die Mauern der Festung erklommen haben, feuern von oben auf sie herab, aus geringer Distanz, und strecken sie scharenweise nieder. Hilflös versuchen die Männer im Wasser sich mit Matten, Schilden aus Weidengeflecht, Blechstücken zu schützen; all das durchschlugen die französischen Kugeln. Die Annamiten fallen in Gruppen, mit ausgebreiteten Armen, drei- oder vierhundert von ihnen werden vom Schnellfeuer und den Salven in weniger als fünf Minuten niedergemäht. Aus Mitleid stellen die Marinesoldaten das Feuer ein und lassen die übrigen entkommen; sie werden am Abend vor dem Schlafengehen in der Festung auch so genügend Leichen fortzuräumen haben.«³⁷

Als die Armeen Napoleons III. 1871 vor den Preußen kapitulierten, erhoben sich in Algerien die Entrechteten. Sidi Mokrani führte den Aufstand an. Das Expeditionskorps schlug die Revolte nieder und richtete in den aufständischen Regionen ein grauenhaftes Massaker an.

1873: Francis Garnier und seine Truppen eroberten das Tonkindelta.

1878: Dank der Umtriebigkeit Savorgnans de Brazza errichtete die französische Regierung ein De-facto-Protectorat über Gabun. Am Ende dieses Jahrzehnts kam es zu einem neuen, heftigen Aufstand in Algerien; dieses Mal waren es die Bergbewohner des Aurès, die das französische Joch abschütteln wollten. Die Niederschlagung war erbarmungslos, es gab Abertausende von Toten, vor allem unter Kindern und Frauen.

Oktober 1880: Am rechten Ufer des Kongo errichtete die französische Regierung ein Protectorat; gegenüber den Stromschnellen wurde Brazzaville gegründet.

Von 1880 bis 1895 verwüstete Gallieni riesige Landstriche Westafrikas. Seine Truppen eroberten Französisch-Sudan (das heutige Mali) trotz des erbitterten Widerstands von Samory Touré und zahlreichen einheimischen Stammesführern.

1881: erneuter Aufstand in Algerien. Der ganze Süden der Provinz Oran erhob sich. Bou-Hamma führte die algerischen Aufständischen an. Tapfer stellte er sich dem General mit dem passenden Namen »Négrier«. Bou-Hamma und die Seinen wurden geschlagen. Es folgten die üblichen

Massenhinrichtungen und Kollektivstrafen aller Art. Zur gleichen Zeit versuchten die Kolonisatoren einen Vorstoß nach Süden, in Richtung der unendlichen Weiten der Sahara. Nomaden töteten Hauptmann Flatters und seine Begleiter.

März desselben Jahres: Aus Tunesien kommend, überschritten andere Krieger, die Krumir, die algerische Grenze. Die französische Armee schickte eine Strafexpedition nach Tunesien. Am 12. Mai zwang die französische Regierung den Bei von Tunis zur Unterzeichnung des Vertrags von Bardo, wodurch ein französisches Protektorat über Tunesien besiegelt wurde.

September 1881: Krise in den Kolonialgebieten in Fernost. Die Annamiten erhoben sich gegen Kolonialterror, Kopfsteuer, Landenteignung. Das neue Expeditionskorps brauchte zwei Jahre, um die annamitischen Patrioten niederzumachen und das fruchtbare Land in verbrannte Erde zu verwandeln.

1882: Frankreich besetzte die antiken Städte und die Gebiete des Mzab, sechshundert Kilometer südlich von Algier. Ende April desselben Jahres gelangte eine erstaunliche Nachricht nach Paris: Kommandant Henri Rivière und seinen Truppen war es gelungen, Hanoi einzunehmen. Die Presse jubelte. Doch, o Schreck: Bewohner Tongkings erdreisteten sich, unter Führung der Chefs einer Geheimgesellschaft, der »Schwarzflaggen« (*Pavillons noirs*), zurückzuschlagen und zum Gegenangriff überzugehen. Am 19. Mai wurde der heldenhafte Kommandant Rivière gefangen gesetzt und geköpft. Daraufhin entsandte die französische Regierung ein starkes Truppenkontingent, das unter der Zivilbevölkerung ein Blutbad anrichtete.

Namen, die im Westen längst vergessen sind, suchen heute noch das Gedächtnis der Bewohner des Maghreb und Schwarzafrikas heim: Bugeaud, Gérard, Gallieni, Voulet, Chanoine und so fort.

General Thomas Robert Bugeaud war seit 1840 Generalgouverneur von Algerien. Er war der Erfinder der *Enfumades*, der »Ausräucherungen«. Diese neue Technik hatte ihm großes Ansehen in Paris verschafft. In Algerien ist sein Name gleichbedeutend mit »Albtraum«.

Bei den *Enfumades* wurden die Einwohner ganzer Dörfer in Höhlen getrieben und an deren Eingang Feuer entzündet. Während die Soldaten in die Flammen schauten, ihr Brot aßen und Schnaps tranken, drangen aus dem Höhleninneren die Schreie der vom Rauch eingeschlossenen Frauen und Kinder. Wenn das Stöhnen des letzten Erstickenden verstummt war, mauerten die Soldaten die Eingänge der Höhlen zu.

Gallieni und Gérard eroberten das Königreich Madagaskar im Indischen Ozean, wobei sie ihre Eroberungskriege mit wahrhaft exemplarischer Grausamkeit führten.

1971, in seiner berühmten Rede vor der UNESCO, lieferte Claude Lévi-Strauss folgende Definition des Rassismus: »Eine Lehre, die behauptet, in den geistigen und moralischen Eigenschaften, die einer wie auch immer definierten Gruppe von Individuen zugeschrieben werden, die unausweichliche Wirkung eines gemeinsamen genetischen Erbes zu erkennen.«³⁸

Nach dieser Definition ist der Rassismus geradezu das Wesen des Kolonialismus. Er leugnet die Menschlichkeit des Kolonisierten. Von vornherein schließt er jede Beziehung der Gegenseitigkeit und Komplementarität mit dem Kolonialisten aus. Doch der Rassismus zerstört nicht nur den Kolonisierten. Er richtet auch den Kolonialisten zugrunde. Er steht im Widerspruch zu einem ursprünglichen, »jedem Menschen, kraft seiner Menschheit, zustehenden Recht« (Immanuel Kant).

Doch ohne Rassismus keine koloniale Eroberung. Die Unterjochung eines Menschen setzt die Negation seiner Menschlichkeit voraus. Wenn der Herr (der Eroberer) den Menschen, den er in Eisen legt, als seinesgleichen und ebenbürtig sähe, könnte er sein Verbrechen weder rechtfertigen noch seelisch verkraften.

Deshalb treten Kolonialismus und Geisteskrankheit auch so häufig zusammen auf. Das seltsame Schicksal des Hauptmanns Voulet mag dieses Phänomen verdeutlichen.

An einem Maimorgen des Jahres 1899 zitierte der Kolonialminister André Lebon in Paris den Hauptmann der Marineinfanterie Voulet und den Leutnant der Spahi Chanoine in sein Ministerium. Er erteilte ihnen folgenden Auftrag: »Erforschen Sie alle Länder zwischen Französisch-Sudan und dem Tschadsee, nördlich der Linie Say-Barroua, und knüpfen Sie Beziehungen zu den Stammesführern der wichtigsten Gebiete des Zentralsudans.«³⁹

Das Projekt war von höchster Bedeutung, weil es darum ging, die Ufer des Tschadsees vor den englischen Truppen zu erreichen, um eine Landbrücke zwischen den französischen Besitzungen im Maghreb und den französisch besetzten Gebieten in Niger, in Dahomey und in Kongo herzustellen. Außerdem galt es, den Aufstand im Keim zu ersticken, der von der Sekte der Senussi (deren Führer in Tripoli residierte) im Tschad gegen die Präsenz der »Ungläubigen« im Sudan (dem heutigen Mali) angezettelt

worden war. Schließlich ging es noch darum, den Ambitionen des deutschen Kaiserreichs einen Riegel vorzuschieben. Der deutsche Kaiser hatte aus seiner Kolonie in Kamerun Truppen nach Ubangi-Schari entsandt. Im Herzen Afrikas boten sich riesige Gebiete dem Zugriff dar.

Voulet, 1898 gerade zweiunddreißig, stammte aus einer bürgerlichen Familie, der Vater war Arzt, und wurde von dem obsessiven Eroberungsdrang beherrscht, der für seine Klasse und Zeit charakteristisch war. Er war ein intelligenter, aber brutaler Mensch.

Von Anfang an hatte seine Expedition mit enormen Schwierigkeiten zu kämpfen, zunächst, was die Verpflegung anbelangte. Täglich brauchte seine Truppe (mehrere hundert Soldaten und ebenso viele Träger) zwei Tonnen Hirse, einige Hektoliter Wasser und ein Dutzend Ochsen. Aber die Gebiete, durch die sie kamen, waren arm, ausgeblutet. Seit zwei Jahren suchte eine schreckliche Dürre die Region im Norden von Sokoto heim. Trotzdem verlangten Voulet, Chanoine und ihre Soldaten von der Bevölkerung, auf die sie trafen, dass sie für ihre Verpflegung sorgte. Häufig weigerten sich die halb verhungerten Bauern, Hirten und Nomaden. Dann wurden sie gefoltert und ermordet, ihre Häuser und Zelte verbrannt, ihre Frauen vergewaltigt, ihre Kinder verstümmelt.

Gelegentlich versuchten die Dorfbewohner sich mit dem Mut der Verzweiflung gegen die Plünderung zu wehren. In einem Bericht schrieb Voulet: »Die drei Dörfer Uële, Bore und Gassam, die uns bei unserem Marsch durch das Land der Samo angegriffen haben, wurden vollständig zerstört und dem Erdboden gleichgemacht.«⁴⁰

Anfang Mai 1899 verweigerten die Einwohner der Stadt Birni N’Konni, dem Hungertod nahe, die Herausgabe ihrer Lebensmittel und versteckten ihre spärlichen Hirsevorräte. In einem nach Paris gelangten Bericht werden die anschließenden Ereignisse beschrieben: »Es musste für die Bestattung aller Leichen gesorgt werden, die infolge der sehr hohen Temperaturen augenblicklich verwesten. [...] Die Leichen wurden in große Gruben geworfen, anschließend wurde die Stadt auf Befehl von Voulet systematisch zerstört.«⁴¹

Leutnant Chanoine, stellvertretender Expeditionskommandeur und so alt wie Voulet, bediente sich der gleichen Methoden wie sein Vorgesetzter: Auf seinen Befehl rissen die Soldaten in den als unsicher geltenden Dörfern am Wege die Hirsepflanzen systematisch aus der Erde und verbrannten die Ernten. Chanoine schrieb seinem Vater davon, der General und Verteidigungsminister war: »Schluss mit der Diplomatie und der gütlichen

Einigung mit diesen Barbaren, die nur die Sprache der Gewalt verstehen. [...] Ohne zu zögern, muss man den Eingeborenen Frondienste auferlegen, um sie endlich zur Arbeit zu zwingen.«

Voulet und die Seinen töteten mit dem Bajonett und der Lanze, legten Feuer, plünderten. Ihren Weg säumten Massengräber.

Voulets und Chanoines Gräueltaten provozierten in Paris den Protest von Jean Jaurès und anderen sozialistischen Deputierten der Nationalversammlung.

Kolonialminister André Lebon wollte Voulet durch einen elsässischen Obersten namens Klobb ablösen lassen. Doch Voulet dachte nicht daran, sein Kommando abzugeben, tötete Klobb und ließ auf dessen Begleitmannschaft schießen.

Während der Oberst tot zu seinen Füßen lag und die Verwundeten zwischen den Riesenwurzeln eines Affenbrotbaums stöhnten, sammelte Voulet seine Männer um sich. In tadelloser Uniform, mit blankem Säbel, hielt er ihnen mit blitzenden Augen folgende Rede: »Nun bin ich ein Gesetzloser. Ich sage mich von meiner Familie, meinem Land los. Ich bin kein Franzose mehr. Ich bin ein schwarzer Häuptling. [...] Wir werden uns ein starkes, uneinnehmbares Reich schaffen. Ich werde es mit einem großen Buschland ohne Wasser umgeben [...]. Um mich zu fangen, wird man 10 000 Mann brauchen. Wäre ich in Paris, wäre ich heute Herr über Frankreich.«⁴²

Als die weißen Offiziere und Unteroffiziere ihren bewunderten Kommandant, dem sie blind gehorcht und kein Verbrechen verweigert hatten, so sahen, waren sie beunruhigt. Auf ihre Karriere bedacht, verspürten sie wenig Lust, an dem Aufbau dieses »von einem großen Buschland ohne Wasser« umgebenen Reichs mitzuwirken.

Auch die senegalesischen Askari lehnten sich auf und verweigerten Voulet, bis auf sechs Ausnahmen, den Gehorsam. Hunderte von Trägern zerstreuten sich in der Savanne. Mit sechs Begleitern blieb Voulet allein zurück; sehr bald mussten sie das Lager abbrechen, um ohne Lebensmittel und mit sehr wenig Wasser ihren verbissenen Marsch zum Tschadsee fortzusetzen.

Im Morgengrauen des 17. Juli 1899 sah ein senegalesischer Wachsoldat nahe des Dorfes Maygiri eine zerlumpfte, schwankende Gestalt aus dem Morgendunst auftauchen; von seinem abgemagerten Leib hing eine französische Offiziersuniform in Fetzen herab. Der Afrikaner erkannte Voulet und tötete ihn.

Es ist leicht zu begreifen, welchen Platz Voulet im afrikanischen

Gedächtnis einnimmt. Auf exemplarische Weise verkörpert er das ganze Ausmaß an Grausamkeit und Zynismus, die pathologische Dimension, die die koloniale Eroberung kennzeichnete.

Postskript

Ohne allzu sehr ins Detail zu gehen, soll hier doch darauf hingewiesen werden, dass die Engländer ganz eigene Methoden zur Vernichtung widerspenstiger autochthoner Bevölkerungsgruppen entwickelt haben. Betrachten wir das Beispiel Tasmaniens.

Tasmanien ist eine Insel von annähernd 70 000 Quadratkilometern, die zum australischen Kontinent gehört. Sie liegt an der Bass-Straße, die den Indischen Ozean vom Pazifik trennt. Im Besitz der britischen Krone seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, hat diese Insel mit ihrem fruchtbaren Boden und gemäßigten Klima zahlreiche weiße Siedler angelockt. Allerdings beeinträchtigte ein Problem ihre ungehinderte Entfaltung: die Existenz der Palawah, halbnomadischer Viehzüchter, Bauern, Fischer, Jäger. Sie lebten seit zwei Jahrtausenden auf der Insel. Die Angehörigen dieses rätselhaften Volks, das sich keiner bekannten Ethnie (weder den Melanesiern noch anderen) zuordnen ließ, waren hochgewachsen, schlank und elegant in ihren Bewegungen. Sie hatten eine kupferfarbene Haut und fein geschnittene Gesichter. Die Frauen waren auffallend schön.

Um sie von ihrem Land zu vertreiben, versuchten die Engländer es zunächst mit den in Australien üblichen Methoden: Sie brannten ihre Dörfer nieder, vergifteten ihre Quellen und Brunnen, organisierten Pogrome.

Diese Methode hatte schon zufriedenstellende Ergebnisse gezeitigt, vor allem in Queensland, einem weiteren fruchtbaren Gebiet des Kontinents. In ihrer Panik waren die wenigen überlebenden Kalkadoon auf die ausgedörrten Hochebenen der Australischen Kordillere geflüchtet.

Doch bei den Palawah fruchtete das nichts. Vergebens brannten die englischen Soldaten die Dörfer nieder, schlachteten die Familien ab, vernichteten die Ernten, die Felder und vergifteten die Brunnen, immer wieder griffen die Palawah-Krieger die hinter ihren Palisaden verschanzten Siedler an. Nur mit Bogen und Schwertern bewaffnet.

Seit Ende der 1820er Jahre herrschte Vizegouverneur George Arthur⁴³ über Tasmanien. Er stammte aus Sussex und liebte die Treibjagd über alles.⁴⁴

Bei der Treibjagd gehen die Jäger bekanntlich in einer langen Linie, der sogenannten *Black Line*, in Stellung. Hinter den Hunden, die vorausgeschickt werden, um das Wild aufzustöbern, rücken die Jäger geschlossen zu Pferd oder zu Fuß vor und schießen auf alles, was sich im Unterholz bewegt.

George Arthur beschloss, eine Black Line zu organisieren, um Tasmanien von den Palawah zu säubern.

In seinem Erlass befahl er die Mobilmachung »aller Weißen, die eine Waffe tragen können«. So gesellten sich Tausende von Kolonialisten zu den Soldaten. Doch Tasmanien beherbergte auch wichtige Strafkolonien, in die Verurteilte aus dem ganzen Empire verbannt wurden. Nun wurden also die weißen Sträflinge freigelassen und in die Black Line eingereiht.

Die »Linie« wurde nach allen Regeln der Kunst organisiert: Mehrere tausend Jäger wurden aufgefordert, im Gleichschritt vorzurücken, wobei jeder Abschnitt der Leitung eines Masters unterstand. Hunderte von Hörnern verkündeten den Jagdbeginn; vor der »Linie« hetzten viele hundert abgerichtete Hunde auf die Ebene hinaus.

Arthurs Black Line erfasste eine Breite von 120 Kilometern. Sechs Wochen lang rückte sie vor. Alles war perfekt geregelt.

George Arthur war sehr stolz auf seine Black Line. Das hat der australische Historiker Nick Beams deutlich gemacht⁴⁵, nachdem er in britischen Archiven die für das Colonial Office bestimmten Berichte durchgesehen hatte.

Arthur argumentierte geschickt: Bei den Gebieten, die die Siedler den Palawah raubten, handele es sich um *settled areas*, um zivilisierte, besiedelte Gebiete. Die Palawah aber seien nur *black savages*, »schwarze Wilde«, die immer wieder solche Gebiete überfielen. Sie müssten zurückgedrängt werden. Wie das anzustellen sei? Ganz einfach. Indem man einen Vernichtungskrieg führe, *a war of extirpation*. Die Vernichtung der Palawah sei eine absolute, unausweichliche Notwendigkeit, *an absolute and inescapable necessity*.

Die von George Arthur geführten »schwarzen Kriege« überlebte in Tasmanien nur eine Handvoll Palawah.

Für seine genozidären Heldentaten wurde George Arthur von Königin Viktoria in den Adelsstand erhoben. Fortan war er ein stolzer *Sir*.

James Stephen hatte von 1836 bis 1847 das löbliche Amt eines Unterstaatssekretärs im Colonial Office inne. Er schrieb: *Tasmania has very few aborigines or preserved native culture of note* (»Tasmanien hat

nur noch sehr wenige Aborigines oder nennenswerte Reste autochthoner Kultur«). James Stephen war jedoch ein besonders gewissenhafter Beamter: Es sollte keine Spur autochthoner Kultur in Tasmanien erhalten bleiben. Denn sie drohte die Ausbreitung der weißen Zivilisation zu behindern.

Infolgedessen ergriff der Unterstaatssekretär radikale Maßnahmen. Jedes Kind, das – gleich, in welcher Region oder Ethnie Australiens – in einer autochthonen Familie geboren wurde, sollte von dieser getrennt werden. Die Polizei hatte den Befehl, jedes autochthone Kind von über drei Jahren (die Zeit, die man der Mutter im Höchstfall zum Stillen ließ) notfalls gewaltsam fortzunehmen. Der Familie entrissen, bekam das Kind eine neue Identität, einen neuen Namen. Anschließend kam es in ein Waisenhaus oder eine staatliche Erziehungsanstalt.

Jeder Kontakt zur Mutter, zum Vater oder zu einem anderen Familienmitglied war ihm auf Lebenszeit verboten.

Viele dieser von der Polizei entführten Kinder wurden kastriert oder sterilisiert. In den Erziehungsanstalten und Waisenhäusern waren Vergewaltigungen und grausame Bestrafungen der autochthonen Kinder an der Tagesordnung.

Erst 1969 wurde der systematische Raub autochthoner Kinder abgeschafft.⁴⁶

Das Colonial Office aber hatte versucht, die autochthonen Kulturen im gesamten Empire auszulöschen.

So dehnte James Stephen die Politik des Kinderraubs, die in Australien so gut geklappt hatte, auf Kanada aus. Bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts wurden Kinder, die in Kanada in einem der Indianerstämme geboren wurden, die den Völkermord überlebt hatten, ihren Familien entrissen. Diese bedauernswerten Kinder verschwanden und wurden häufig in Klöstern und katholischen Einrichtungen weggesperrt. Der kanadische Premierminister Stephen Harper entschuldigte sich am 10. Juni 2008 im Namen seines Landes bei den indigenen Völkern »für die Misshandlungen, die sie ein Jahrhundert lang in den kanadischen Heimen erlitten haben«. Hören wir Harper: »Vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1969 sind rund 150 000 indigene Kinder ihren Eltern fortgenommen und in konfessionellen Waisenhäusern untergebracht worden, wo sie sexuellen und seelischen Übergriffen ausgesetzt waren.«⁴⁷

Immer und überall waren die westlichen Kolonialisten und Siedler von dem Drang besessen, die Kultur, die besondere Identität, das Gedächtnis und die

affektiven Bindungen der beherrschten Völker zu vernichten.

V

Durban oder wenn der Hass auf den Westen den Dialog blockiert

Heute befindet sich das Gedächtnis der südlichen Völker im offenen Krieg mit dem Westen. Die Erinnerungen, die aus Lateinamerika und der Karibik, Schwarzafrika, Arabien und Asien auftauchen, sind schmerzvolle Erinnerungen – »eine heilige Wunde«, wie Césaire sagt.

Der Westen dagegen präsentiert ein triumphierendes, arrogantes, gegen jeden Zweifel resistentes Gedächtnis.

Zwei führende Politiker von außerordentlicher Hellsichtigkeit haben begriffen, welche Gefahr in diesem »Krieg der Erinnerungen« liegt – Mary Robinson und Kofi Annan. Beiden ist bewusst geworden, dass dieser – wenn auch noch so berechtigte – Hass der südlichen Völker auf den Westen langsam die internationale Gemeinschaft zerstört, die Hoffnung zunichte macht, dass die Vereinten Nationen endlich ihren Platz auf der internationalen Bühne einnehmen und die Lösung praktisch aller gemeinsamen Probleme der Menschheit zunichte macht: Überrüstung, nukleare Bedrohung, Hunger, Aids, Wassermangel, fortschreitende Versteppung, ständige Regionalkriege, Inbesitznahme der meisten Ressourcen durch kleine, jeder Kontrolle entzogene Oligarchien.

Trotzdem lassen sich kaum zwei unterschiedlichere Persönlichkeiten vorstellen. Kofi Annan, herzlich, intuitiv, diskret, entstammt einer Herrscherfamilie der Fante in den Hochwäldern der Aschanti-Region in Zentralghana. Mary Robinson dagegen, eine elegante, prinzipienstrenge Großbürgerin von unbeugsamer Hartnäckigkeit, war von 1990 bis 1997 Staatspräsidentin von Irland.

2001 war Kofi Annan Generalsekretär der Vereinten Nationen, Mary Robinson Hochkommissarin für Menschenrechte. Gemeinsam beriefen sie für August/September 2001 die Weltkonferenz gegen Rassismus nach Durban in Südafrika ein.⁴⁸

Die Konferenz verlief in zwei Etappen. Vom 28. August bis 2. September kamen die Vertreter von über dreitausend nichtstaatlichen Organisationen

und Bewegungen aus fünf Kontinenten zusammen. Die Staats- und Regierungschefs tagten vom 31. August bis zum 7. September.

Durban war ausgewählt worden, weil es eine Stadt von mittlerer Größe und aus diesem Grund geeignet ist, zwischenmenschliche Kontakte außerhalb der Konferenzsäle zu fördern. Außerdem liegt Durban am Indischen Ozean, am Fuß des Kwa-Zulu-Gebirges, hat ein mildes Klima und eine kosmopolitische Bevölkerung – eine Mischung aus Indern, Tamilen, Chinesen, Buren, Xhosa, Zulus, (mosambikanischen) Makonde und so fort. Ständig wiegt eine leichte Brise die prachtvollen Palmen auf der Seepromenade. Einige hundert Meter vom Strand entfernt sind Stahlnetze ins Meer eingelassen. Sie sollen die Badenden vor den Weißen Haien schützen, die sich weiter draußen herumtreiben. Ein unzulänglicher Schutz, denn während meines einwöchigen Aufenthalts hat ein Schwimmer einen Arm eingebüßt und ein anderer ein Bein ...

Wozu sollte diese Konferenz dienen? Diese Frage beantwortete Kofi Annan in seiner Eröffnungsrede: »Vertreten durch ihre Nachkommen, verlangen die Toten, dass ihnen Gerechtigkeit widerfährt [...]. Der Schmerz und die Wut sind noch vorhanden. Die internationale Gemeinschaft muss den Erwartungen der ganzen Welt gerecht werden.«⁴⁹ Es gehe darum, erklärte er, die aus den »Identitätsdämonen« geborene Gewalt zu bannen.

Mary Robinson ihrerseits steckte den Horizont der Konferenzarbeit wie folgt ab: »Zum ersten Mal zeigt sich ein gemeinsamer Wille, die Geschichte schwieriger Themen zu schreiben. In einigen Ländern gilt der Kolonialismus als glorreiche Epoche. In anderen ist er gleichbedeutend mit Verwüstung. Durban kann nur ein Ausgangspunkt zur Vereinigung dieser Vorstellungen sein.«⁵⁰

Drei Jahre lang wurden überall in der Welt von zehntausenden Vertretern sozialer Bewegungen, religiöser Gemeinschaften, Gewerkschaften, Staaten im Rahmen nationaler, dann regionaler und schließlich kontinentaler Konferenzen das Treffen von Durban vorbereitet. Kofi Annan ging in seiner Eröffnungsrede darauf ein: »Statt den Stein auf ein bestimmtes Land oder eine bestimmte Region zu werfen, sollten wir lieber beschließen, dass sich jeder von uns, wenn wir Durban verlassen, verpflichtet hat, sein eigenes nationales Programm für den Kampf gegen den Rassismus auszuarbeiten und ins Werk zu setzen, und zwar gemäß den allgemeinen Prinzipien, die wir dann in einer gemeinsamen Entschließung festgelegt haben werden [...]. Über Wochen und Monate haben unsere Vertreter unermüdlich um eine Einigung bezüglich dieser Prinzipien gerungen.«

Doch bereits mitten in dieser hoffnungsvollen Rede meldete sich die Furcht vor dem Scheitern: »[...] Diese Konferenz wird die internationale Gemeinschaft auf die Probe stellen; sie wird darüber Auskunft geben, ob die internationale Gemeinschaft bereit ist, sich zu einigen, um für eine Sache einzutreten, die die alltäglichen Lebensverhältnisse der Menschen so tief berührt. [...]

Wenn wir Durban verlassen, ohne eine Einigung erzielt zu haben, wird das eine ermutigende Botschaft für die schändlichsten Elemente unserer Gesellschaften sein. [...]

Schluss mit den Streitereien! Lassen wir unsere Meinungsverschiedenheiten hinter uns, und wiederholen wir den Ruf, der bei den Wahlen von 1994, am Ende des langen Kampfes gegen die Apartheid alle Menschen dieses Landes zusammenschweißte: *Sekunjalo!* Der Augenblick ist gekommen!«⁵¹

Sowohl die Konferenz der sozialen Bewegungen wie die der Staats- und Regierungschefs endeten in einem Desaster.

Durban war ein totaler Misserfolg.

Vom ersten Tag an machte sich der Hass auf den Westen Luft.

Im Namen der Koalition der nichtstaatlichen Organisationen Afrikas trug Aloune Tine den Angriff vor: »Wir verlangen, dass die Sklaverei und der Kolonialismus als doppelter Holocaust und Verbrechen gegen die Menschlichkeit benannt werden. Wir verlangen Reparationen vom Westen für die Plünderung der Rohstoffe, die Zwangsverschleppung von Bevölkerungen sowie die gegenwärtige unmenschliche Behandlung und Armut Afrikas, die die Frucht dieser Geschichte von Verbrechen und Raub sind.«⁵²

Der am ersten Tag formulierte Resolutionsentwurf der nichtstaatlichen Konferenz formulierte: »Wir erkennen an, dass der transatlantische Sklavenhandel und die Versklavung der Afrikaner und ihrer Nachkommen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie eine in der Menschheitsgeschichte beispiellose Tragödie sind und dass die Wurzeln dieses Verbrechens infolge der Ausmaße, die es annahm, wirtschaftlicher, institutioneller, systemischer und übernationaler Natur waren. Die finanzielle Wiedergutmachung soll dazu dienen, die Nachkommen der Opfer, vor allem die afrikanischen, zu entschädigen, indem sie die durch diese Verbrechen geschaffene wirtschaftliche Kluft verringern.«⁵³

Mit dem Entschluss, dem Treffen der Staats- und Regierungschefs diese erste Konferenz vorzuschicken, hatten die beiden Organisatoren von

Durban, Mary Robinson und Kofi Annan, scheinbar eine gute Idee gehabt.

Die UNO ist eine zwischenstaatliche Organisation, an der hundertzweiundneunzig souveräne Staaten beteiligt sind. Daher werden die ernsthaften Dinge im Rahmen von zwischenstaatlichen Konferenzen diskutiert, dort trifft man die wichtigen Entscheidungen. Nach dem Willen der beiden Organisatoren, die sich dieses Hasses auf den Westen bewusst waren, sollte die Konferenz der globalen Zivilgesellschaft als Sicherheitsventil dienen. Sie sollte den Vertretern der Gewerkschaften, Bauernverbände, religiösen Gemeinschaften etc. erlauben, Dampf abzulassen, damit vor Beginn des Treffens der Staats- und Regierungschefs der psychologische Druck verringert würde.

Eine Fehlkalkulation!

Denn in Durban befand sich die Geistesverfassung von tausenden Vertretern sozialer Bewegungen in vollkommenem Einklang mit derjenigen der allermeisten Staatschefs des Südens.

Die kritischsten Töne gegenüber dem Westen wurden sogar von den wichtigsten Präsidenten der südlichen Republiken angeschlagen.

So verwies Abdelaziz Bouteflika auf die »abscheuliche Erbfolge« all der einander ablösenden Unterdrückungs- und Ausbeutungssysteme, die der Westen den Völkern des Südens im Laufe der Jahrhunderte aufzwang. Frantz Fanon und sein Buch *Die Verdammten dieser Erde* rief er als Zeugen an: »Die Pflicht zur Erinnerung ist wesentlich, weil uns die Vergangenheit verfolgt, weil sie uns immer noch mit ihren Stigmen grausam zeichnet und weil es wichtig ist, diese schmerzlichen Seiten, die wir fatalerweise nicht zerreißen können, möglichst rasch umzublättern. Erinnerung auch, um unsere unbedingte und endgültige Ablehnung der abscheulichen Praktiken und all dieser die Menschheit entehrenden Ideen zum Ausdruck zu bringen. Erinnerung schließlich, um in Zukunft alle Versuche zu unterbinden, das schändliche Ungeheuer, das noch im Unbewussten der Menschen schlummern könnte, wieder zum Leben zu erwecken. [...] Um die bösen Geister der Vergangenheit auszutreiben und der Gegenwart Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, ist es notwendig, in den unmittelbaren Schäden und den dauerhaften Auswirkungen das zu bestimmen, was die einen erlitten und die anderen verübt haben, ohne der Versuchung der Rachsucht oder den uneinsichtigen Vereinfachungen der Konfrontation zu erliegen.«

Bouteflika appellierte an die wiedergutmachende Gerechtigkeit: »[...] Sie [die Opfer] rufen uns zu Einkehr und Ehrerbietung auf: Alle Opfer sind für das menschliche Gewissen eine ständige Erinnerung an jene Verirrungen,

in deren Verlauf Menschen versuchten, andere Menschen zu entpersonalisieren und zu verdinglichen und die menschliche Intelligenz zur Schändlichkeit zu verurteilen [...]. Gerechtigkeit also für diese Verdammten der Erde, denen Frantz Fanon, Nachkomme afrikanischer Sklaven von den Antillen, zum analytischen Zeugen wurde in dem kolonisierten, um seine Befreiung kämpfenden Algerien, das er zu seiner endgültigen Heimat machte.« Und Bouteflika schloss: »Es muss die Zeit kommen, da die Ungerechtigkeiten der Vergangenheit wiedergutmacht und damit die Funktions- und Gleichgewichtsstörungen eines Systems beseitigt werden, das unbarmherzig auch weiterhin den Mächtigsten zu noch mehr Reichtum verhilft und die Schwächsten in alle Ewigkeit zum Elend verurteilt.«

So gut wie alle Staatschefs des Südens formulierten – wenn auch oft mit geringerem rhetorischen Talent – die gleichen Forderungen wie Bouteflika: wiedergutmachende Gerechtigkeit, Reue des Westens, Anerkenntnis des verwundeten Gedächtnisses der südlichen Völker.

Die westlichen Reaktionen auf Bouteflikas Rede waren schlichtweg hinterhältig. In den Delegationen der Franzosen, Belgier, Briten und so fort herrschten Hohn und Spott vor.

Das roch verdächtig nach kolonialer Verachtung.

Wiedergutmachende Gerechtigkeit? Eine absurde Forderung, aus persönlichem Groll geboren!

Die Forderung nach Reue? Ein Paukenschlag, dazu bestimmt, die Aufmerksamkeit der algerischen Bevölkerung vom eigenen Geschick, von der gegenwärtigen Not, abzulenken und auf die verteuflten westlichen Feinde zu richten.

Gedächtnisarbeit? Eine billige Schuldzuweisung, oder schlimmer: eine Erpressung, um dem Westen finanzielle und wirtschaftliche Zugeständnisse abzurufen.

Neben Nelson Mandela und Fidel Castro gehört Abdelaziz Bouteflika heute zu den Staatsmännern, die bei den Völkern des Südens am meisten Gehör finden. Die Sarkasmen und die Verachtung, mit denen die westlichen Delegationen seine Rede aufnahmen, verdeutlichen – wie immer man über seine Innenpolitik in Algerien denken mag -, mit welcher Blindheit und Geringschätzung der Westen den Forderungen des Südens begegnet.

In diesem Augenblick verflüchtigte sich Mary Robinsons Hoffnung, einen brüderlichen Dialog zwischen gegensätzlichen kollektiven Erinnerungen herstellen zu können. Kofi Annans Utopie von einer allmählichen Vereinigung antagonistischer Weltbilder zerbrach.

In Durban hagelte es von morgens bis abends auf beiden Seiten Beleidigungen und Vorwürfe. Türenknallend verließen Delegierte den Saal, kamen zurück, brüllten, gingen wieder.

Die Regierungsvertreter der USA verließen Durban schon nach achtundvierzig Stunden. Die der EU-Staaten konnten in letzter Minute zurückgehalten werden, nachdem Nelson Mandela persönlich mehrere Kommissare in Brüssel angerufen hatte. Doch die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten wiesen jeden Gedanken an eine finanzielle Entschädigung oder auch nur an eine Entschuldigung weit von sich.

Haiti verlangte von Frankreich eine Entschädigungszahlung von 150 Millionen Goldfranken. Die Forderung hat eine Vorgeschichte: Der Sklavenaufstand von 1802 hatte Haiti die Freiheit gebracht. 1804 schlugen die befreiten Sklaven das hochgerüstete Expeditionskorps Napoleons in die Flucht. Es sollte in Haiti die Sklaverei wiederherstellen. 1814 schickte König Ludwig XVIII. den Unterhändler Franco de Medina. Die befreiten Sklaven enthaupteten ihn. Frankreich änderte daraufhin die Strategie: Ein wirtschaftliches, diplomatisches, finanzielles Embargo wurde gegen Haiti verfügt. Die anderen europäischen Großmächte schlossen sich der Blockade an. Um den Totalruin abzuwenden, erklärte sich 1825 der haitianische Präsident Jean-Pierre Boyer bereit, mit König Karl X. einen Vertrag auszuhandeln. Die ehemaligen französischen Sklavenbesitzer wurden von Haiti mit 150 Millionen Goldfranken entschädigt. Die Riesensumme wurde bis 1883 vollständig ausgezahlt.

Das heutige, schreckliche Elend des haitianischen Volkes findet in dieser Zwangskompensation ihre Erklärung.

In Durban verweigerte die französische Delegation die Rückerstattung der Beute.

Durban hat gezeigt, wie tief und schwer die Verwundungen der südlichen Völker sind. Die Konferenz hat die Intensität ihres Hasses auf den Westen offenbart.⁵⁴

Im Babylonischen Talmud steht der Satz zu lesen: »Die Zukunft hat eine lange Vergangenheit.« Nahezu verzweifelt flehte Abdulaye Wade, Präsident des Senegals, den Westen um Verständnis an: »Wir möchten, dass die Menschheit begreift, dass uns in einem bestimmten Augenblick ihrer Entwicklung ein unermesslicher Schaden zugefügt wurde, dass uns ein großes Unrecht geschehen ist. Wir möchten, dass die gegenwärtigen und künftigen Generationen das verstehen. Ich denke, dazu müssten die entwickelten Länder – und ganz allgemein die internationale Gemeinschaft –

die Sklaverei und den Sklavenhandel in die Lehrpläne ihrer Schulen, die Studiengänge ihrer Universitäten, ihre Forschungsprogramme aufnehmen. Stelen und Mahnmale müssten errichtet, Filme gedreht werden, um die Geschichte in ihrer ganzen Authentizität wieder aufleben zu lassen. Die Archive – und ich meine damit: alle Archive – müssten für Forscher aus allen Ländern der Welt geöffnet werden.«

Man kann nur hoffen, dass es Wade niemals nach Bordeaux verschlägt! Denn in dieser Stadt wimmelt es von Avenuen, Straßen, Plätzen und Denkmälern, die den Sklavenhändlern (Eignern und Kapitänen von Sklavenschiffen) des 18. Jahrhunderts gewidmet sind: Rue Pierre-Baour, Place Johnson-Guillaume, Impasse Letellier, Rue David-Gradis, Place John-Lewis-Brown, Rue Pierre-Desse, Rue François-Bonafé und so fort.

François Bonafé war Teilhaber der Sklavenhandels-gesellschaft Romberg et Bapst. Er lebte von 1723 bis 1809. Während der gesamten zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts war er einer der mächtigsten Reeder und Sklavenhändler des Königreichs.

William (Guillaume) Johnson (1699-1772) war ein mittelloser junger Ire, der nach Bordeaux gekommen war, um den »Handel« zu erlernen. Er wurde Großmeister der Freimaurerloge L'Amitié. Dank seiner Verbindung mit den Gebrüdern Germé erwarb er einen ungeheuren Reichtum, vor allem indem er 1741 und 1743 zwei besonders einträgliche Sklavenjagden organisierte.

Jacques Letellier, von 1801 bis 1805 Bürgermeister von Bordeaux, stammte aus einer Familie, die ihr (beträchtliches) Vermögen den Expeditionen von 1788, 1789 und 1791 verdankte. Er war einer der mächtigsten Reeder Europas. Der Fachausdruck zur Beschreibung seiner – und seiner Kollegen – Tätigkeit lautete »Ausrüster für den Sklavenhandel«: Die nach Benin, Christiansborg (Ghana) oder zur Kongomündung auslaufenden Schiffe hatten Soldaten an Bord, künftige Jäger von Afrikanern. Dann organisierten die Kapitäne den »Feldzug«, verstaute ihre menschliche Fracht und verkauften sie auf den Märkten von Havanna, New Orleans, Salvador da Bahia. Für die Rückfahrt luden sie Zucker, Edelmetalle, später auch Kaffee.⁵⁵

Pierre Baour, Spross einer mächtigen protestantischen Sklavenhändlerfamilie, kontrollierte jahrzehntelang den Handel mit Santo Domingo. In seiner Niederlassung in Port-au-Prince wurden Tausende von verschleppten afrikanischen Männern, Frauen und Kindern verkauft.⁵⁶

Wie soll man sich erklären, dass Bordeaux die Großkriminellen des Sklavenhandels heute noch dergestalt ehrt? Eines ist gewiss: Die Haltung

der Bordelaiser illustriert auf exemplarische Weise die Blindheit des Westens für die eigenen Massenmorde.

Für die beiden Initiatoren der Antirassismuskonferenz von Durban hatte das Desaster besonders fatale persönliche Folgen.

Auf Betreiben der Vereinigten Staaten und Großbritanniens verlor Mary Robinson 2002 ihren Posten als Hochkommissarin.

Auch Kofi Annan sah sich heftigen Angriffen ausgesetzt, weil er angeblich mit den »inakzeptablen« Forderungen von Durban sympathisierte. Er blieb zwar bis zum Ende seines Mandats im Amt,⁵⁷ konnte aber die angestrebte Strukturreform der UNO nicht mehr durchführen.

Wie hellsehtig Mary Robinson und Kofi Annan waren und wie richtig sie mit ihrer ursprünglichen Eingebung lagen, erwies sich knapp eine Woche nach Ende der Konferenz von Durban mit den Attentaten vom 11. September 2001.

Ein letzter Versuch, die katastrophale Konferenz von Durban doch noch zu retten, fand in April 2009 im Genfer Völkerbundpalast statt. Von Montagmorgen, dem 20., bis Freitagabend, 24. April, organisierte die UNO die sogenannte Durban Review Conference. Ihre Aufgabe: den unterbrochenen Dialog zwischen den westlichen Staaten und den Staaten des Südens wiederherzustellen.

In der »Bar du Serpent« herrschte Hochbetrieb am Dienstagnachmittag, 21. April 2009. Ein paar Schritte weiter, im riesigen Kongresssaal, tagten die Delegierten des UNO-Weltgipfels. Über 4000 Diplomaten, Vertreter der Nicht-Regierungsorganisationen, Fernsehteams und Journalisten aus den fünf Kontinenten bevölkerten den Genfer Völkerbundpalast während dieser Woche.

In der »Bar du Serpent« finden die inoffiziellen Treffen statt. Hinter der weiten Fensterflucht dehnt sich der Park mit seinen permanent verärgerten – und deshalb Rad schlagenden – Pfauen, der See und die Stadt. In der Ferne glitzert das Mont-Blanc-Massiv in der warmen Frühlingssonne. »Hermano, explique-me ...« sagt mir eine rundliche, in traditionellen Farben gekleidete Aymara-Indianerin mit klugen schwarzen Augen. Sie heißt Celima Torrico und ist Justizministerin von Bolivien. Soeben hat sie im nahen Kongresssaal vor der internationalen Öffentlichkeit die Antirassismusstrategie ihrer Regierung erklärt. Zum ersten Mal seit 500 Jahren regiert ein Aymara-Indianer und Coca-Bauer, Evo Morales Ayma, das über eine Million Quadratmeter große, uralte Andenland. Rassismus und koloniale Diskriminierung hielten bis dahin die Mehrheit des Zehn-Millionen-Volkes

nieder. Celima Torrico stammt aus Cochabamba. Die UNO und das Weltparkett entdeckt sie mit staunenden Augen. Sie will von mir wissen, ob die Leute im Saal ihren Appell verstanden haben und wozu eigentlich eine solche Riesenkonferenz von Nutzen ist.

Neben ihr sitzt ein Deputierter des MAS (Movimento al Socialismo) aus Chucisaca, auch er ein Bauer, Überlebender des Massakers von Pando. 2008 ermordeten die Pistoleros der weißen Großgrundbesitzer in Pando 65 indianische Männer, Frauen und Kinder. Auch er fragt: »Explique-me, Hermano ...«

Meine Antwort ist einfach: Die Durban Review Conference, genannt Durban II, nützt überhaupt nichts.

Im Juni 2008 hatten die Vorbereitungsarbeiten begonnen. Die Regionalkonferenzen von Brasilia, Abuja etc. erarbeiteten einen Resolutionstext von über 60 Seiten. Sofort erklärten zehn westliche Staaten ihren Totalboykott. Darunter die Vereinigten Staaten, Deutschland, Großbritannien, Australien, Kanada, die Niederlande, Italien, Israel, Polen ... Die USA änderten ihre Haltung auch nicht, als ein kluger Afro-Amerikaner im November 2008 zu ihrem Präsidenten gewählt wurde.

Am ersten Konferenztag schloss sich die Tschechische Republik, die im April 2009 turnusgemäß den Vorsitz des EU-Ministerrates innehatte, dem Boykott an.

Als am Montag, 20. April 2009, um 15 Uhr im Völkerbundpalast der iranische Staatspräsident Mahmoud Ahmadinejad das Wort ergriff, verließen die dreiundzwanzig verbliebenen EU-Botschafter und Botschafterinnen den Saal.

Ein Dialog zwischen den Staaten des Westens und des Südens fand nicht statt.

In der Nacht vom 22. zum 23. April 2009 herrschte Alarmstimmung im Genfer Völkerbundpalast. Selbst die europäischen Staaten hatten plötzlich gemerkt, dass die Zukunft der multilateralen Diplomatie auf dem Spiel stand. Navanethem Pillay, eine südafrikanische Anwältin tamilischen Ursprungs, UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, gelang es, die verfeindeten Lager an einen Tisch zu bringen. Eine Schlussresolution von 143 Paragraphen wurde verabschiedet Mit 173 zu 9 Stimmen. In der Resolution wird keines der Konfliktthemen von Durban auch nur erwähnt: weder die Reparationsforderungen der südlichen Staaten für die Sklavendeportation und die Kolonialmassaker noch das nicht enden wollende Martyrium des palästinensischen Volkes, noch irgendein anderer

rassistisch bedingter Konflikt (Darfur, Sri Lanka, Tibet etc.).

Die Durban-II-Resolution ist ein Monument sinnentleerter, realitätsblinder Diplomatie.

In der »Bar du Serpent« stoße ich auf einen untersetzten, kahlköpfigen, sympathischen Mann, der dank seiner Intelligenz und Bildung in der afrikanischen Staatengruppe eine Schlüsselrolle spielt, Mohamed-Siad Doualeh, Botschafter der Republik Djibouti. Seine dunklen Augen blitzen vor Zorn: »Ils nous ont roulés dans la farine« ... »Sie [die westlichen Staaten] haben uns hereingelegt«.

Der Hass auf den Westen hatte auch diesmal auf der ganzen Linie gesiegt.

VI

Sarkozy in Afrika

Im Juli 2007 unternahm Präsident Nicolas Sarkozy mit dem Besuch Dakars seine erste offizielle Reise nach Schwarzafrika. Im riesigen Audimax der Universität Cheikh Anta Diop wandte er sich an die Jugend des Kontinents.

Das Auditorium war überhitzt. Viele hundert Studenten aus allen Ländern Westafrikas hatten sich eingefunden, blockierten die Treppen, verstopften die Flure. Die Tuniken – gelb, rot, weiß – der jungen Mädchen leuchteten wie Blumen in der Menge. Den Ministern, Diplomaten und Honoratioren auf den Holzbänken in den ersten Reihen lief der Schweiß in dicken Tropfen über das Gesicht. Die Luft war unerträglich stickig. Die grellen Scheinwerfer, die die Beleuchter der Fernsehsender aufgebaut hatten, trugen das Ihre zu der Temperatur bei.

Die verzweifelten Männer der französischen Leibwache waren hoffnungslos in der Menge verkeilt.

Sarkozy ging unverzüglich zum Angriff über: »Jugend Afrikas, ich bin nicht gekommen, um von Reue zu sprechen.«⁵⁸

Dann erging er sich in einer langen Beschwörung der Vergangenheit, die den Zweck hatte, die Kolonialisten zu rehabilitieren: »Es gab unter ihnen [den Kolonialisten] schlechte Menschen, aber auch solche guten Willens, Menschen, die glaubten, eine zivilisatorische Mission zu erfüllen, Menschen, die glaubten, Gutes zu tun. Manche irrten, aber einige waren aufrichtig. Sie glaubten, die Ketten des Obskurantismus, des Aberglaubens, der Knechtschaft zu zerbrechen. [...] Sie glaubten, Liebe zu schenken, ohne zu sehen, dass sie Aufruhr und Hass säten. [...] Die Kolonisierung war ein Fehler, der mit der Bitternis und dem Leid derer bezahlt wurden, die nur das Beste wollten, und nicht verstanden, warum ihnen solcher Hass entgegenschlug.«

Und das Leid der Afrikaner? Lässt Sarkozy es unter den Tisch fallen? Nein. Er erkennt es an, weigert sich aber, es dem Wirken der Kolonialisten zuzuschreiben: »Dieses Leid des schwarzen Mannes [...] – und ich spreche hier nicht nur vom Mann, sondern auch von der Frau –, dieses Leid des

schwarzen Mannes ist das Leid aller Menschen.«

Verblüffung macht sich im Saal breit. Die Zuhörer – auch die Weißen – trauen ihren Ohren nicht.

Die Sklaven in Ketten? Das Martyrium des Hungers? Die Massaker der Fremdenlegion an den Frauen und Kindern in den eroberten Dörfern? Das alles ist eigentlich nur Teil der *Conditio humana*, der Bedingung des Menschseins. Kein Anlass, so viel Aufhebens davon zu machen!

Das Gemetzel, das Rauben, die Zerstörungen, die mit der Kolonisierung einhergingen? Die Zwangsarbeit, die abgeschlagenen Hände der Baumwollpflücker, die die vom Vorarbeiter festgesetzte Norm nicht erfüllten? Ein schlichter »Fehler«, laut Sarkozy.

Die Sklaverei? Die Kolonialmassaker? Das »gemeinsame«, wenn auch schmerzliche Schicksal von Afrikanern und Europäern. Henker und Opfer, das gleiche Leid! Und eben weil dieses schmerzliche Schicksal »gemeinsam« ist, haben die Henker keinen Grund, Abbitte zu leisten.

Ignoranz? Politisches Kalkül?

Nicolas Sarkozy hat vom afrikanischen Menschen eine ganz besondere Vorstellung. Unter diesem Blickwinkel ist der Afrikaner ein Geschöpf, das allein den Naturgesetzen unterworfen ist, an die ewige Wiederkehr gekettet, ein erschöpfter Sisyphus, der Zukunft beraubt.

Der Afrikaner lebt gewissermaßen außerhalb der Geschichte. Der Fortschrittsbegriff ist ihm fremd. Ein besonderes Schicksal? Er hat überhaupt kein Schicksal.

Doch hören wir ihn selbst: »Das Drama Afrikas liegt darin, dass der afrikanische Mensch noch nicht genügend in die Geschichte eingetreten ist. Der afrikanische Bauer, der seit Jahrtausenden mit den Jahreszeiten lebt, dessen Lebensideal der Einklang mit der Natur ist, kennt nur die ewige Wiederkehr der Zeit, die von der ewigen Wiederholung der gleichen Gesten und gleichen Worte geprägt ist. [...] In dieser Vorstellungswelt, wo alles immer von vorn beginnt, ist kein Platz für das menschliche Abenteuer, für die Idee des Fortschritts. [...] Nie stürmt der [afrikanische] Mensch der Zukunft entgegen. Nie kommt er auf die Idee, aus der Wiederholung auszubrechen, um sich ein Schicksal zu erfinden. [...] Das Problem Afrikas, und gestatten Sie einem Freund Afrikas, das zu sagen, liegt genau dort. Die Herausforderung Afrikas besteht darin, in die Geschichte einzutreten.«

Doch wie soll das gehen, »in die Geschichte einzutreten«? Ganz einfach. Es genügt, sich dem Westen zu unterwerfen.

Der Westen ist der Meister. Seine Zivilisation ist berufen, sich über den

ganzen Planeten auszubreiten. Das sollten sich vor allem die Afrikaner hinter die Ohren schreiben. So gesehen, hatten sie Glück, kolonisiert zu werden. Die Kolonisierung war ein »Fehler«, einverstanden. Aber ein Fehler mit positiven Folgen. »Niemand kann so tun, als wäre dieser Fehler [die Kolonisierung] nicht begangen worden. Niemand kann so tun, als wäre dieser Fehler nicht geschehen. Zum Guten wie zum Bösen hat die Kolonisierung den afrikanischen Menschen und den europäischen Menschen verändert. Jugend Afrikas, ihr seid die Erben all dessen, was der Westen in das Herz und die Seele Afrikas abgelegt hat.«

Diese westliche Zivilisation, die von dem Kolonialisten, Legionär, dem Missionar, Sklaventreiber, Plantagenvorarbeiter etc. in die afrikanische Seele »abgelegt« wurde – was für ein aufschlussreiches Wort! –, ist heute die globale Zivilisation: »Öffnet die Augen, Jugend Afrikas, und betrachtet die globale Zivilisation nicht, wie es eure Vorfahren so oft taten, als eine Bedrohung eurer Identität, sondern als etwas, was auch euch gehört.«

Besonders grotesk wurde es, als sich Sarkozy die »Mythen« der schwarzafrikanischen Identität vornahm. Denn nach den Worten des Präsidenten der französischen Republik sind sie für die gegenwärtigen Übel des Schwarzen Erdteils verantwortlich.

Sarkozy sprach an der Universität Cheikh Anta Diop. Es war Cheikh Anta, der zusammen mit Leopold Senghor für die Idee einer besonderen und unbeirrbaren negroafrikanischen Identität und eine selbst bestimmte wirtschaftliche Entwicklung eintrat.

Insbesondere hatte Cheikh Anta den negroafrikanischen Ursprung der ersten ägyptischen Pharaonendynastien ans Licht gebracht. Sein Werk hat die nachfolgenden Generationen afrikanischer Studenten, vor allem im Senegal, stark beeinflusst und bis heute nichts von seiner Aktualität eingebüßt.⁵⁹

Vor seinem fassungslosen Publikum griff Sarkozy Cheikh Antas Lehre an: »Jugend Afrikas, gebt nicht der Versuchung der Reinheit nach, denn sie ist eine Krankheit, eine Krankheit der Intelligenz, und zählt damit zu den gefährlichsten der Welt. Und dieser Mythos verstellt den Blick auf die Realität Afrikas. Die Realität Afrikas ist die eines großen Kontinents, der alle Voraussetzungen zum Erfolg besitzt, aber keinen Erfolg hat, weil es ihm nicht gelingt, sich von seinen Mythen zu befreien.«

Gegen Ende seiner Strafpredigt griff Sarkozy zu äußerst plumpen demagogischen Mitteln: »Wollt ihr, dass es keinen Hunger mehr auf afrikanischem Boden gibt? Wollt ihr, dass auf afrikanischem Boden nie mehr ein Kind verhungert? Dann bemüht euch um eine selbstversorgende

Landwirtschaft. Dann entwickelt den Nahrungsmittelanbau. Afrika muss als Erstes seine Ernährungsgrundlage produzieren. Wenn es das ist, was ihr wollt, Jugend Afrikas, dann haltet ihr die Zukunft Afrikas in euren Händen, und Frankreich wird mit euch am Bau dieser Zukunft arbeiten.«

Schauen wir, wie Frankreich »arbeitet«, um diese strahlende Zukunft zu schaffen. Zwischen 1972 und 2002 hat sich in Afrika die Zahl der schwer und dauerhaft unterernährten Männer, Frauen und Kinder von achtzig auf zweihundert Millionen Menschen erhöht. Eine der Hauptursachen dieser Katastrophe ist die von den westlichen Staaten praktizierte Agrar-Dumpingpolitik. Diese subventionieren ihre eigenen Bauern jedes Jahr mit Milliarden Dollar als Produktions- und Exporthilfe. Die Mitgliedstaaten der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), der Organisation der westlichen Industrieländer, haben ihren Landwirten 2008 an Zuschüssen insgesamt mehr als 365 Milliarden Dollar zukommen lassen. Die Folge: Auf jedem beliebigen afrikanischen Markt – etwa der Sandaga in Dakar – kann die afrikanische Hausfrau französisches, spanisches, italienisches, portugiesisches etc. Geflügel, Obst und Gemüse für die Hälfte oder ein Drittel des Preises kaufen, den die entsprechenden einheimischen Produkte kosten.⁶⁰ Und ein paar Kilometer weiter arbeitet der Wolof-, Tukuleur- oder Bambara-Bauer täglich zwölf Stunden unter glühender Sonne mit seiner Frau und seinen Kindern, ohne die geringste Aussicht auf ein erträgliches Existenzminimum zu haben.

Die westliche Dumpingpolitik zerstört systematisch die Nahrungsmittel produzierende Landwirtschaft Afrikas. Siebenunddreißig der dreiundfünfzig Länder des afrikanischen Kontinents sind fast reine Agrarländer.

Die letzte Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) fand im Dezember 2005 in Hongkong statt. Unter dem Druck der südlichen, vor allem der afrikanischen und lateinamerikanischen Länder, hat sich eine Mehrheit der westlichen Staaten bereit erklärt, die Exporthilfen zu streichen. In den folgenden drei Monaten sollten multilaterale Verhandlungen, so der Plan, dem Agrardumping ein Ende setzen.

Im Namen Frankreichs sprach sich Präsident Jacques Chirac gegen diese Entscheidung aus. In Hongkong in der Minderheit, verlegten sich die französischen Diplomaten in der Folge darauf, die multilateralen Verhandlungen zu sabotieren, die einen allmählichen Abbau und schließlich die Streichung der Subventionen erreichen sollten.

Ein erfolgreiches Sabotage-Unternehmen, denn bis heute wird die Dumping-Praxis fortgesetzt. Im Ministerrat der Europäischen Union in

Brüssel und im Allgemeinen Rat der WTO in Genf praktiziert Nicolas Sarkozy genau die gleiche Politik, die so verheerend für die afrikanische Landwirtschaft ist wie die seines Vorgängers.

Die Rede von Dakar sollte programmatisch sein. Über den Senegal hinaus wandte sich Nicolas Sarkozy an die Jugend des ganzen Kontinents.

Sie wurde als Ohrfeige empfunden.⁶¹

Als UN-Sonderberichterstatter für zeitgenössische Formen von Rassismus, rassistisch motivierte Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz ergriff am 9. November 2007 der senegalesische Intellektuelle Doudou Diène vor der UNO-Generalversammlung in New York das Wort.

Diène ist einer der maßvollsten, sanftmütigsten Menschen, die ich kenne. Und doch war er an diesem Tag von flammendem Zorn erfüllt. »Der französische Präsident Nicolas Sarkozy soll wissen, dass seine Rede eine tiefe Kränkung verursacht hat [...]. Den afrikanischen Intellektuellen zu erklären, dass sie nicht in die Geschichte eingetreten seien, knüpft an die rassistischen Schriften des 17., 18. und 19. Jahrhunderts an.«⁶²

Im Dezember 2007 besuchte Sarkozy Algerien. Dieses Land hat sich, ungeachtet der Probleme, die es bedrängen, um die Sanierung seiner Staatsfinanzen bemüht und verfügt über beachtliche Devisenreserven. Es hat sogar ein soziales Investitionsprogramm für fünf Jahre aufgestellt, das sich insgesamt auf 180 Milliarden Dollar beläuft.

Als bedeutender Erdölproduzent wird Algerien von der ganzen Welt hofiert und braucht weder Bouygues noch Dassault noch sonst einen der Freunde Nicolas Sarkozys, um zurechtzukommen.

Daher verlief der keine 48 Stunden dauernde Besuch des französischen Präsidenten vom 3. und 4. Dezember 2007 – im Wesentlichen in Algier, Tipasa und Constantine – in einem eisigen Klima.

Mit kurz geschnittenem ergrauendem Haar, elegant, schlank, gerissen und vorsichtig, mit einer Meinung zu allem und jedem, von oberflächlicher Bildung, aber rhetorisch beschlagen – ist Hervé Guaino der Prototyp der austauschbaren Technokraten, die die Grandes Ecoles Frankreichs jedes Jahr zu Hunderten auf den Markt werfen.

Guaino ist der Verfasser der Hochglanzreden Sarkozys.

In Algerien ging Guaino kein Risiko ein. Weder ein flammender Appell an die Jugend noch geschichtsphilosophische Abschweifungen. Kein spektakulärer Exkurs in vergangene Jahrhunderte. Einfach zwei Reden, die eine so farblos wie die andere. Die erste vor Unternehmern in Algier, die

zweite vor Studenten in Constantine.

Konsterniert vom Desaster in Dakar, wollte Sarkozy in Algerien nur über Geschäfte sprechen. Doch er hatte seine Rechnung ohne Abdelaziz Bouteflika, dessen Regierung und praktisch die gesamte öffentliche Meinung Algeriens gemacht.

Im Präsidentenpalast von Algier setzten sich die beiden Delegationen einander gegenüber an einen mit kostbarem Damast bedeckten langen Holztisch. Die Verhandlungen hatten noch nicht begonnen. Da sagte Abdelaziz Bouteflika plötzlich: »Zuerst will ich Ihre Entschuldigung für Setif.«

Am 8. Mai 1945, während in Paris die Freudenglocken läuteten, demonstrierten in Setif und den Nachbarstädten Hunderttausende unbewaffneter Algerier – darunter viele Frauen und Kinder – für die Autonomie ihres Landes. Fünfundvierzigtausend unter ihnen wurden von der französischen Luftwaffe, der Fremdenlegion und der Armee niedergemetzelt. Der Tagesbefehl des kommandierenden Generals Duval war eindeutig: »Es ist jetzt 12 Uhr 25. Bis morgen um 12 Uhr 25 sind alle männlichen Eingeborenen über 15 Jahre, die euch über den Weg laufen, zu töten.«⁶³

Sarkozy versuchte es mit einer wenig geschickten Ausflucht: »Die Vergangenheit, die gibt es, die Zukunft muss erbaut werden. Ich bin gekommen, um zu bauen, nicht der Nostalgie wegen.«

Bouteflika verlangte eine Entschuldigung. Sarkozy entzog sich durch »Verweigerung der Nostalgie«. Die Replik Bouteflikas war scharf: »Das Gedächtnis kommt vor den Geschäften.«

Die beiden Delegationen gingen auseinander ohne Verhandlungen.

Auf den Rat von Henri Guaino schlug Sarkozy, später auf der Reise, trotzdem die Einsetzung einer algerisch-französischen Historikerkommission vor, um die Vergangenheit zu erforschen. Sarkozy: »Unsere Geschichte besteht aus Schatten und Licht, Blut und Leidenschaft. Der Augenblick ist gekommen, um algerischen und französischen Historikern die Aufgabe zu übertragen, gemeinsam dieses unruhige Kapitel der Geschichte zu schreiben, damit künftige Generationen von beiden Seiten des Mittelmeers den gleichen Blick auf unsere Geschichte des Einvernehmens und der Zusammenarbeit werfen können.«

Algerien hat einen mehr als siebenjährigen Befreiungskrieg (1954-1962) geführt. Fast eine Million Araber, Kabylen, Mozabiten, Schauia – Männer, Frauen und Kinder – wurden verbrannt, von französischen

Maschinengewehren niedergemäht, von französischen Bomben zerrissen, getötet, verstümmelt, verwundet.

Angesichts dieser schrecklichen Tragödie zog sich Sarkozy auf die Position des Agnostikers zurück: Wer sind die Henker? Wer die Opfer? Wo liegt die geschichtliche Schuld? Niemand weiß es.

Die Historiker werden es uns sagen.

Es gibt Streit um das Gedächtnis? Legen wir ihn bei! Es gibt mehrere einander widersprechende Wahrheiten? Mögen die Historiker darüber entscheiden!

Konstruieren wir eine gemeinsame Erzählung, die für alle »akzeptabel« ist. Aber bis dahin bitte keine Polemik!

Sarkozy machte diesen Vorschlag an der Universität Mentouri in Constantine.

In diesem Dezember war es kalt auf den Hochplateaus. Es hatte geschneit. Trotzdem waren Hunderte von Menschen, Studenten und Schaulustige, gekommen, um den französischen Präsidenten zu hören.

Die Stimmung im Saal war feindselig, Pfiffe und Buhrufe wurden laut.

Nicolas Sarkozys Vorschlag empörte die algerischen Studenten. Einer von ihnen sagte zu Hassan Zeytouni, dem Korrespondenten der Zeitschrift *Afrique-Asie*: »Man stelle sich vor, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland schlägt die Schaffung einer deutsch-polnischen oder deutsch-israelischen Historikerkommission vor, um die Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg ans Licht zu bringen!«⁶⁴

Im Grunde wird die Atmosphäre von der Affäre um den algerisch-französischen Freundschaftsvertrag vergiftet. Daher müssen wir hier kurz auf seine Geschichte zurückkommen.

2003 besuchte Jacques Chirac Algerien. Er setzte die Idee eines Freundschaftsvertrags in die Welt, der die Versöhnung der beiden Länder besiegeln sollte.

Anderthalb Jahre später brachten ein paar Abgeordnete der UMP, der *Union pour un mouvement populaire* (»Volksbewegungsunion«), die sich von den Nostalgikern eines französischen Algeriens, verschiedenen Verbänden der Algerien-Rücksiedler und der Harkis, der Angehörigen der von Frankreich rekrutierten algerischen Hilfstruppen, hatten einspannen lassen, in der Nationalversammlung einen Gesetzesartikel durch, der die »positive Rolle der Kolonisierung« unterstrich.⁶⁵

Bestimmt war der Paragraph zur Aufnahme in ein Gesetz mit dem Titel »Reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des

rapatriés« (»Dankbarkeit der Nation und nationaler Beitrag zugunsten der repatriierten Franzosen«).

Sprachlos erwarteten die Algerier eine heftige Reaktion der Regierung und der politischen Parteien Frankreichs. Nichts geschah.

Weder Präsident Chirac noch Nicolas Sarkozy, damals Chef der UMP, meldeten sich zu Wort. Schweigen auch in der KP und dem *Parti socialiste*.

Der anstößige Artikel wurde schließlich gestrichen. Doch das Unheil war angerichtet.

Zur Erinnerung möchte ich noch hinzufügen, dass die französische Regierung mehr als fünfundzwanzig Jahre brauchte, um vom »Algerienkrieg« zu sprechen. Bis Ende der 1980er Jahre lautete die offizielle Sprachregelung: »die Ereignisse in Algerien«.

Am 17. Oktober 1961 verübten Polizei und CRS (mobile Bereitschaftskräfte) von Paris unter Leitung des Polizeipräfekten Maurice Papon ein Pogrom an Nordafrikanern, das eine Nacht und einen Tag lang dauerte.

Dutzende algerische Arbeiter wurden in die Seine geworfen. Dutzenden anderen wurde der Schädel mit Polizeiknüppeln eingeschlagen. Wieder andere wurden in der Haft zu Tode gefoltert. Zwanzig, dreißig Jahre später bedurfte es der ganzen Überzeugungskraft einiger Pariser Verleger, François Masperos und dann vor allem Olivier Bétournés, um der öffentlichen Meinung das Ausmaß der Tragödie vor Augen zu führen.⁶⁶

Doch die Staatsorgane hüllen sich noch immer in Schweigen.

2007 wollte Sarkozy die Unterzeichnung des Freundschaftsabkommens.

Bouteflika wollte Entschuldigungen.

Sarkozy äußerte seinen Widerwillen gegen »Reue«. Bouteflika verweigerte die Unterschrift.

Wir müssen Nicolas Sarkozy Gerechtigkeit widerfahren lassen. Als Bürgermeister, Minister, Präsidentschaftskandidat, Präsident der Republik ist er sich immer treu geblieben. Stets ist er in der Frage der Sklavereiverbrechen und der Kolonialmassaker seiner Meinung treu geblieben.

Als Präsidentschaftskandidat sagte er am 7. Februar 2007 in Toulon: »Der europäische Traum, der Traum Bonapartes in Ägypten, Napoleons III. in Algerien, Lyauteys in Marokko, [...] war weniger ein Eroberungstraum als ein zivilisatorischer Traum. Hören wir auf, Frankreichs Vergangenheit zu beflecken [...]. Ich möchte allen Befürwortern von Reuebekundungen sagen [...]: Mit welchem Recht verlangt ihr von den Söhnen, Buße für die Fehler

ihrer Väter zu tun, für Fehler dazu, die ihre Väter oft nur in eurer Fantasie begangen haben?«

Gilles d'Elia schreibt: »Der letzte Augenblick der Kolonisierung ist die Kolonisierung der Geschichte des Kolonialismus.«⁶⁷ D'Elia spricht von Sarkozys »Buchhalter-Diskurs«. Ausgaben und Einnahmen. Da der Kolonialismus das unmittelbare Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise ist, sagt d'Elia, sei diese buchhalterische Geschichtsauffassung eigentlich ganz natürlich.

Trotzdem ist sie abscheulich. Wie viele Schulen, Straßen, Brunnen wurden in hundert Jahren Kolonisierung in der Sahel-Zone gebaut? Wie viele Männer, Kinder und Frauen 1947 in Antananarivo von der Fremdenlegion abgeschlachtet? Ein paar hundert Kilometer Teerstraße gegen fünfundachtzigtausend Tote auf Madagaskar.

Für Nicolas Sarkozy eine ausgeglichene Bilanz.

Für jeden vernünftigen Menschen ist allein schon der Vergleich ein Horror.

2007 waren Präsidentschaftswahlen in Frankreich. 2006 bat der Kandidat Sarkozy, damals Innenminister, Aimé Césaire, ihn zu empfangen.

Der lehnte zunächst ab.

Angesichts der Hartnäckigkeit des Ministers gab Césaire schließlich nach. So kam Sarkozy in Fort-de-France auf Martinique mit Aimé Césaire zusammen.

Niemand weiß, was der Kandidat und der Dichter einander zu sagen hatten.

Die einzige Gewissheit: Zum Abschied schenkte Aimé Césaire seinem Besucher den *Discours sur le colonialisme*, ein Meisterwerk von vierundsiebzig Seiten, das noch heute den Widerstandsgeist in Millionen Männern und Frauen überall in der südlichen Hemisphäre wachhält.

Dort heißt es: »Entscheidend ist hier, klar zu sehen, klar zu denken, klar zu verstehen, klar auf die unschuldige Ausgangsfrage zu antworten: Was ist die Kolonisierung ihrem Prinzip nach? Einigkeit darüber zu erzielen, was sie keinesfalls ist; weder Missionierung noch philanthropisches Unternehmen, noch das Bestreben, die Grenzen der Unwissenheit, der Krankheit, der Tyrannei zurückzudrängen, noch der Wunsch, zum höheren Ruhm Gottes oder zur Ausbreitung des Rechts beizutragen; ein für alle Mal zuzugeben, dass wir es hier maßgeblich mit den Beweggründen des Abenteurers und Piraten zu tun haben, des Gewürzgroßhändlers und Reeders, des Goldsuchers und Kaufmanns, der Gier und der Gewalt, und im

Hintergrund dem unheilvollen Schatten einer Zivilisation, die in einem bestimmten Augenblick ihrer Geschichte den inneren Zwang verspürt, den ganzen Erdball mit der Konkurrenz ihrer widerstreitenden Volkswirtschaften zu überziehen. [...] Europa ist moralisch und geistig unentschuldbar.«⁶⁸

ZWEITER TEIL

Die abscheuliche Erbfolge

I

Vom Sklavenhalter zum alles verschlingenden Raubtier

Eine zweite Quelle des Leidens nährt den Hass der Völker des Südens auf den Westen: die gegenwärtige kannibalische Weltordnung des globalisierten Finanzkapitals. In den Augen der meisten Staatsmänner und Aktivisten sozialer Bewegungen des Südens fügt sich diese Ordnung – die die ärmsten Schichten des Südens besonders hart trifft – nahtlos ein in die Erbfolge der Produktionsweisen, die auf Sklavenhaltung und Kolonialisierung basierten.

Am Morgen des 2. Septembers 2001 trat Oulai Seine, der Justizminister der Elfenbeinküste, in Durban an das Rednerpult. Er sagte: »Wenn Sie denken, die Sklaverei sei überwunden, müssen Sie umdenken. Wie wäre denn anders zu verstehen, dass der Preis für ein Produkt, das in langen Monaten harter Arbeit, bei Regen und Sonnenschein, von Millionen Bauern erzeugt wurde, von jemandem, der in einem klimatisierten Büro auf seinem Sessel hinter einem Computer sitzt, festgesetzt wird, ohne dass er ihr Leiden berücksichtigt? Nur die Methoden haben sich [seit Abschaffung der Sklaverei] geändert. Sie sind ›humaner‹ geworden. Die Schwarzen werden nicht mehr mit Schiffen auf die Antillen oder nach Amerika verfrachtet. Sie schwitzen Blut und Wasser, während sie mit ansehen müssen, wie der Preis ihrer Arbeit in London, Paris oder New York verhandelt wird. Die Sklavenhalter sind nicht tot. Sie haben sich in Börsenspekulanten verwandelt.«

Edgar Morin stellt fest: »Die Herrschaft des Westens ist die schlimmste in der Geschichte der Menschen, durch ihre Dauer und ihre Ausdehnung über den ganzen Planeten.«¹

Seit mehr als fünfhundert Jahren beherrscht der Westen den Planeten. Dabei stellen die Weißen, wie schon erwähnt, lediglich 12,8 Prozent der Weltbevölkerung. Auch in der Vergangenheit sind sie nie über 24 Prozent hinausgekommen.

Eine Minderheitsherrschaft zwar, aber eine brutale – und eine vorzüglich organisierte noch dazu.

Vier Herrschaftssysteme haben sich im Laufe der neueren Geschichte abgelöst. Zunächst das der so genannten »Eroberungen«. Ab 1492, als sie Amerika »entdeckten«, haben die Bewohner des Westens seine Gebiete in Besitz genommen. Die bis dahin »unbekannten« Völker vernichteten sie oder legten sie in Eisen.

Dann kam die Zeit des Dreieckshandels, der massenhaften Verschleppung von Schwarzafrikanern auf den durch die Massaker an den Indianern entvölkerten amerikanischen Kontinent.

Es folgte ein drittes westliches Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem: Während des gesamten 19. Jahrhunderts wurde – vor allem in Afrika, aber auch in Asien das koloniale System errichtet. Die militärische Besetzung garantierte den direkten Zugriff auf die Bodenschätze und die landwirtschaftlichen Ressourcen. Die Vernichtung der autochthonen Kulturen durch die christlichen Missionare und die Apostel des westlichen Universalismus brach den Widerstand der Unterdrückten. Dadurch wurde die Einführung der Zwangsarbeit erheblich erleichtert.

Aus Sicht der südlichen Völker ist die gegenwärtige globalisierte Ordnung des westlichen Finanzkapitals mit seinen Söldnern der Welthandelsorganisation, des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, den transkontinentalen Privatunternehmen und der neoliberalen Ideologie das letzte, und bei Weitem mörderischste der Unterdrückungssysteme, die im Laufe der vergangenen fünf Jahrhunderte vom Westen errichtet wurden.

Die Gewalt, die durch die viel zitierte »unsichtbare Hand« des Marktes ausgeübt wird, und die Monopolisierung des Reichtums durch die transkontinentalen Oligarchien setzen die drei früheren Unterdrückungssysteme in verstärkter Form fort.

Die Nacht des Elends und der Ungerechtigkeit verfinstert viele Länder des Südens. Sie ist heute undurchdringlicher denn je.

Denn noch nie waren die Herrschaftsklassen des Westens mächtiger als heute.

Betrachten wir zwei Beispiele für die strukturelle Gewalt, die der Westen den Völkern des Südens aufzwingt: die Vernichtung des afrikanischen Baumwollmarktes und das neue Wirtschafts-Partnerschaftsabkommen (WPA), das den AKP-Staaten von der Europäischen Union durch Erpressung aufgezwungen wird. In den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) sind die Länder zusammengefasst, die aus den ehemaligen europäischen Kolonien hervorgegangen sind.

Die erste dieser beiden Schlachten reduziert sich praktisch auf ein Duell

zwischen zwei völlig unterschiedlichen, aber gleichermaßen faszinierenden Persönlichkeiten.

Sidiki Lamine Sow ist ein schlanker, hochgewachsener Fulbe mit düsterem Blick und großer Intelligenz, der fließend Chinesisch spricht. Er zeichnet sich durch den Scharfsinn, die Differenziertheit und die Komplexität der fulbischen Kultur aus. Lamine ist Botschafter Malis bei der UNO und der WTO (Welthandelsorganisation) in Genf. Sidiki ist einer der zehn Söhne von Lamine Sow, einem der Väter der Unabhängigkeit von Mali und Gefährte von Modibo Keita, der nach dem Militärputsch von Moussa Traoré in die Salzminen des Nordens verbannt wurde und dort ums Leben kam. Während des algerischen Befreiungskriegs hatte Sidikis Onkel in Gao die Logistik der Südfront der FLN organisiert und eine enge Freundschaft mit dem Chef dieser Front, Abdelaziz Bouteflika, geschlossen.

Pascal Lamy ist Generaldirektor der WTO, ein gerissener französischer Technokrat, der, außerordentlich kompetent, voller Energie und leicht nach links tendierend, sich seiner Sache stets sehr sicher ist und keinen Widerstand duldet. Außerdem ist er ein beachtlicher Marathonläufer. Wie übrigens auch sein langjähriger Freund und Komplize Robert Zoellick, der Weltbankpräsident.

Die beiden Männer, Sidiki Lamine Sow und Pascal Lamy, gerieten in der Frage der afrikanischen Baumwolle aneinander.

Jahr für Jahr schüttet die Regierung in Washington an die rund sechstausend amerikanischen Baumwollpflanzer fünf Milliarden Dollar Subventionen aus. Auf dem Weltmarkt wird deshalb die amerikanische Baumwolle zu Preisen gehandelt, die 30 bis 40 Prozent unter denen der afrikanischen Baumwolle liegen. In West- und Zentralafrika leben fünf Länder, unter ihnen auch Mali (das rund 340 000 Tonnen pro Jahr erzeugt), fast ausschließlich von der Baumwolle. 85 Prozent seiner Einkünfte stammen aus dem Erlös dieses Rohstoffs.

Auf den Dorfplätzen Malis (wie auf denen Burkinas, Benins, Tschads, Nigers) türmen sich die Berge der weißen Faser zum Himmel empor. Kein Lastwagen, kein Händler kommt, um auch nur den kleinsten Ballen zu laden. Der Volkswirtschaft dieser Länder – die alle zu den neunundvierzig ärmsten der Welt gehören – droht der Ruin.

Offiziell verbieten die Statuten der WTO das Agro-Dumping. Theoretisch hätte Mali (wie die anderen Baumwollerzeugerstaaten) das Recht, eine Beendigung der amerikanischen Subventionen zu verlangen. In Genf gibt es genügend internationale Anwaltskanzleien, die auf Verfahren vor den

Rechtsinstanzen der WTO spezialisiert sind. Doch weder Mali noch eines der anderen Länder hat die Mittel, um diese Anwälte zu bezahlen.

Die WTO ihrerseits ist offiziell verpflichtet, ihre Statuten anzuwenden, das heißt, von den Vereinigten Staaten bei Androhung empfindlicher Handelssanktionen zu verlangen, auf die Subventionierung ihrer Baumwollpflanze zu verzichten.

Greift Lamy die Vereinigten Staaten an?

Wo denken Sie hin!

Sidiki Lamine Sow, der den WTO-Direktor auf die Not der afrikanischen Pflanzfamilien aufmerksam macht, bekommt von Lamy zu hören: »Die WTO ist keine Entwicklungsorganisation.«²

Daraufhin versucht Lamy mit allen Mitteln, Mali (und den anderen Ländern) ein Abkommen aufzuzwingen, das auf einer »freiwilligen Akzeptanz« basiert.

Mali lehnt ab.

Das Land verfügt über eine Geheimwaffe: Bei wichtigen Entscheidungen verlangen die Statuten der WTO einstimmige Beschlüsse der hundertneunundvierzig Mitgliedstaaten.

Um die Außenhandelsminister West- und Zentralafrikas zu überzeugen, greift Lamy tief in die Trickkiste.

Zuckerbrot und Peitsche wechseln sich ab.

Doch Sidiki ist wachsam: Bislang hat sich noch kein westafrikanischer Minister mit der amerikanischen Dumpingpolitik einverstanden erklärt.

Vor Kurzem änderte der Westen seine Taktik.

Alle afrikanischen Baumwollerzeugerländer werden von enormen Außenhandelsschulden erdrückt. Diese Schulden werden vom IWF (Internationaler Währungsfonds) verwaltet. Der IWF ist der Zwingherr der afrikanischen Wirtschaft.

Der IWF lehnt eine Umschuldung ab. Er verlangt die Privatisierung der sogenannten *filière du coton*, der staatlichen Organisation des gesamten Baumwollbereichs.

Fortan haben die betroffenen Staaten nicht mehr das Recht, die Pestizide, die Dünge- und Transportmittel ihrer Bauern zu subventionieren. Auch die Möglichkeit der internationalen Vermarktung wird ihnen genommen: Überall werden die staatlichen Instanzen der Baumwollwirtschaft geschwächt.

So wurden die afrikanischen Baumwollproduzenten dem Dschungel des freien Marktes und der westlich kontrollierten Konkurrenz ausgeliefert. Nur wenige afrikanische Pflanze sind in der Lage, das Saatgut, die Düngemittel,

die Pestizide etc. zu den Preisen zu erwerben, die von den transkontinentalen Privatunternehmen verlangt werden. Einer nach dem anderen macht Bankrott. Die meisten unter ihnen sind dazu verurteilt, mit ihren Kindern, ihren Frauen in den Elendsvierteln an der Küste Zuflucht zu suchen.

Die Folgen sind Familienzerfall, Hunger, Kinderprostitution, Dauerarbeitslosigkeit, Verzweiflung.

Das erste Baumwollland, das der vom IWF verhängten Kur unterzogen wurde, war Benin: 2005 hat Benin pro Saison mehr als 250 000 Tonnen Baumwolle ausgezeichnete Qualität erzeugt, 2008 dagegen keine 20 000 Tonnen mehr.

Die Taktik des Westens ist wirksam. Die Afrikaner weigern sich, die amerikanische Dumpingpolitik hinzunehmen? Sie verlangen, ihr von den WTO-Statuten garantiertes Widerstandsrecht in Anspruch zu nehmen? Wie sie wollen! Mit Hilfe der Zwangsprivatisierung werden ihre Baumwollplantagen zerstört.

Zweites Beispiel: das von der Europäischen Union erzwungene neue Wirtschafts-Partnerschaftsabkommen (WPA).

Die sechundsiebzig AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) sind alle ehemalige Kolonien der einen oder anderen europäischen Macht. Im Laufe des wirtschaftlichen Vereinigungsprozesses Europas haben die Mitgliedstaaten beschlossen, besondere Wirtschaftsbeziehungen zu ihren ehemaligen Kolonien zu garantieren.

Doch wenn einige Völker des Südens ein wenig aus ihrem Elend herausgekommen sind, so sind andere nur umso mehr darin versunken.

Der Oxfordder Wirtschaftsprofessor Paul Collier hat die Ergebnisse einer Erhebung veröffentlicht, die einen Zeitraum von dreißig Jahren (1975 bis 2005) erfasst.³

Seit 1975 sind achtundfünfzig Länder des Südens verelendet. Sie beherbergen die *Bottom Billion*, die eine Milliarde Menschen, die weltweit die unterste Armutsschicht bilden.

Die meisten dieser Länder gehören zu den AKP-Staaten.

Seit der Dekolonialisierung unterhielt die Europäische Gemeinschaft, später die Europäische Union, stets Abkommen mit den AKP-Staaten, die den bedürftigsten Ländern gewisse Privilegien einräumten. Das letzte, das sogenannte Cotonou-Abkommen, wurde im Jahr 2000 unterzeichnet. Es beruhte auf einem komplizierten, asymmetrisch genannten System des Warenaustausches: Die AKP-Staaten konnten zu für sie günstigen Zolltarifen

Produkte nach Europa ausführen, ohne das Recht einzubüßen, auf Waren aus der Europäischen Union Einfuhrzölle zu erheben.

Das Cotonou-Abkommen war auf zwanzig Jahre angelegt. Theoretisch wäre es also 2020 ausgelaufen. Doch 2006 zogen die Kommissare in Brüssel ihre Unterschrift plötzlich zurück. Einseitig.

Augenblicklich verlangte der Handelskommissar Peter Mandelson von den AKP-Staaten die Aufnahme von Verhandlungen über ein neues Wirtschafts-Partnerschaftsabkommen (WPA). Um den Widerstand der südlichen Länder von Anfang an zu schwächen, verzichtete er auf die alte, in Cotonou (und davor in Lomé) verwendete Methode multilateraler Verhandlungen.⁴

Die Verhandlungen wurden gruppenweise geführt.

Schließlich wurde ein System eingerichtet, kraft dessen sechs Brüsseler Delegationen mit sechs Gruppen der AKP-Staaten verhandeln.

Das WPA schaffte die Asymmetrie ab.

Die AKP-Staaten wurden aufgefordert, keine Einfuhrzölle mehr auf Waren aus Europa zu erheben.

Das Großherzogtum Luxemburg wird bei der UNO in Genf durch Jean Feyder, einen Botschafter von erfrischend unabhängiger Geisteshaltung vertreten. Der spricht aus, was evident ist: »Der Wegfall der Zollschränken auf die Einfuhr europäischer Produkte wird die Produkte einer der wirtschaftlich fortgeschrittensten Regionen mit denen einiger der ärmsten Länder der Welt in unmittelbaren Wettbewerb bringen.«⁵

Die siebenundzwanzig Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben ein kumuliertes Bruttonationaleinkommen (BSP) von über 10 000 Milliarden Euro. 2007 schickten sich also diese Länder an, geschlossen Front gegen die sechs AKP-Gruppen zu machen.

Die kleinste dieser Gruppen besteht aus den Pazifikinseln. Ihr addiertes BSP beläuft sich auf noch nicht einmal 7 Milliarden Euro und ist damit 1400 Mal kleiner als das der Europäischen Union! Die größte Gruppe umfasst die Länder Westafrikas. Deren gemeinsames BSP ist 80 Mal kleiner als das kumulierte BSP der Länder der Europäischen Union.

Peter Mandelson ist ein eleganter, gewiefter Rhetoriker, ein Salonlinker aus London mit neoliberalen Einschlag. Er war der Mentor, der Vertraute und lange Zeit der Minister Tony Blairs. Seine Arroganz ist legendär. Er sagt: »Zölle gehören ins Mittelalter. Sie sind vollkommen überholt [...]. In der modernen Volkswirtschaft spielen sie überhaupt keine Rolle mehr.«⁶

Wohl wahr! In den Staatsfinanzen Frankreichs, Englands, Deutschlands

etc. spielen die Zolleinnahmen so gut wie keine Rolle mehr.

Doch in den armen Ländern, wo es kein leistungsfähiges Steuersystem gibt, wo der öffentliche Sektor defizitär, die inländische Kapitalakkumulation gering ist, machen die Zölle den Hauptanteil der Staatseinkünfte aus.⁷

Wenn man also einen AKP-Staat seiner Zolleinkünfte beraubt, so heißt das, ihn zu Unterwerfung, Abhängigkeit, Ausbeutung zu verurteilen.

Doch die gegenwärtigen Brüsseler Verhandlungen, die den AKP-Staaten aufgezwungen werden, betreffen nicht nur die Handelsbeziehungen. Auf das WPA soll schon bald ein Investitionsabkommen folgen.

Schlau eingefädelt! Der Westen spielt ein doppeltes Spiel.

Er will nämlich überall diese Investitionsabkommen durchsetzen, um die Länder des Südens für die transkontinentalen Privatunternehmen des Westens zu öffnen. Doch er weiß seine Strategie geschickt zu verschleiern, indem er behauptet, durch dieses Investitionsabkommen werde westliches Kapital den einheimischen Industrien des Südens zufließen.

Lüge! Afrika hat zwischen 1996 und 2007 mehr als tausend Investitionsabkommen unterzeichnet. Doch die ausländischen Direktinvestitionen, von denen die einheimischen Industrien, die Dienstleistungsunternehmen etc. profitierten, machen heute nur zwei Prozent der weltweit getätigten ausländischen Direktinvestitionen aus ...

Jean-Jacques Rousseau schreibt: »Zwischen dem Starken und dem Schwachen ist es die Freiheit, die unterdrückt, und ist es das Gesetz, das befreit.« Das Kernstück jedes internationalen Investitionsabkommens ist die Nichtdiskriminierungsklausel: Der empfangende Staat muss dem ausländischen multinationalen Unternehmen die gleichen fiskalischen, administrativen gesetzlichen Bedingungen einräumen wie seinen eigenen Industrie-, Handelsoder Dienstleistungsunternehmen. Dabei weiß jeder, dass alle Länder der Erde, die sich industrialisiert haben, dies mittels Diskriminierung geschafft haben. Lange Zeit haben sie ihre eigenen Unternehmen gegen die Konkurrenz ausländischer Unternehmen durch die Errichtung protektionistischer Zollschränken geschützt.

Die von Brüssel verhängte Nichtdiskriminierung für die AKP-Länder bedeutet, dass sie keine wie auch immer geartete nationale Industrialisierungspolitik entwickeln können. Das Investitionsabkommen beraubt die Länder des Südens nicht nur jeglichen Zollschatzes, sondern macht auch die Anwendung ergänzender Schutzmaßnahmen unmöglich, wie etwa die obligatorische Schaffung von Joint Ventures zwischen

ausländischen Firmen und einheimischen Unternehmen, die Festsetzung einer Beschäftigungsquote für einheimische Arbeitskräfte etc.

Verhandlung ist entschieden nicht das richtige Wort in diesem Zusammenhang. Erpressung wäre angebrachter.

Stellen wir uns die Szene vor: ein langer Designertisch, mit Blumen geschmückt und mit Mikrofonen übersät, inmitten eines riesigen klimatisierten Saals im obersten Stockwerk des Glasund Betonpalastes von Varlimont in Brüssel, dem Sitz der EU-Kommission. Im Hintergrund die Kabinen der Dolmetscher. An der Decke Kristallllüster.

Auf der einen Seite die wichtigsten Kommissare der Europäischen Union. Hinter ihnen, in mehreren Reihen, ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, den Laptop geöffnet auf den Knien. Auf der anderen Seite die Frauen und Männer mit der dunklen oder kupferfarbenen Haut, die Vertreter der AKP-Staaten.

Die Verhandlung beginnt, Punkt für Punkt wird abgearbeitet. Und über den Köpfen der Senegalesen, der Haitianer, der Madagassen etc. hängt wie ein Schwert, das jederzeit auf ihr Genick niedersausen kann, die Drohung, die Zuwendungen aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) auszusetzen.

Denn niemand an diesem Tisch ist sich darüber im Unklaren, dass eine große Zahl von AKP-Ländern nur dank der Finanzhilfe der Europäischen Union überlebt.

Jedes Jahr sind im September oder Oktober (je nach Land und Ernte) die Kassen leer. Wenn die EU-Finanzverwaltung nicht die nötigen Mittel für den Rest des Jahres bereitstellen würde, würde niemand – weder Beamte noch Soldaten oder Krankenschwestern – bezahlt werden können.

Und wie sollten sie ihre Familien ohne Gehalt durchbringen? Es würden Demonstrationen, Streiks, Krawalle drohen.

Ohne die Brüsseler Zuwendungen zum Staatshaushalt würden wohl zahlreiche AKP-Minister an diesem Tisch aus dem Amt gejagt.

Mit seinem üblichen Zynismus fasst Peter Mandelson die Situation exakt zusammen. Nach einem Verhandlungsmarathon mit der AKP-Gruppe aus dem karibischen Raum im März 2007 erklärte er der BBC: »Die karibische Region macht in dem Prozess schnellere Fortschritte als die anderen. Sie wird auf diese Weise sicherlich viel gewinnen und als Erste berücksichtigt werden, wenn es um die Entwicklungshilfe geht, denn sie verhandelt und versucht, die Abkommen zu implementieren.«

Haiti ist die bedürftigste Nation Lateinamerikas und das drittärmste Land

der Welt.

Daher ist leicht zu verstehen, warum die Verhandlungen mit Haiti »schnelle Fortschritte machen«.

Kommissar Mandelson zu widersprechen wäre für Präsident René Préval schlicht politischer Selbstmord.

Doch auch wenn der Westen vorgibt, mit den Völkern des Südens zu verhandeln, kommt immer der Augenblick, wo die Masken fallen. An einem schönen Frühlingstag des Jahres 2007 war es wieder einmal so weit.

Im dem großen sterilen, fensterlosen Saal des monströsen Komplexes Varlimont, des Brüsseler Kommissionssitzes, leisteten die Vertreter Westafrikas den europäischen Kommissaren seit dem Morgen Widerstand.

Es war der 1. März.

Plötzlich verlor der sonst stets gut gelaunte, rundliche Louis Michel, EU-Kommissar für Entwicklungshilfe, vollkommen die Fassung. Er drohte den Afrikanern mit wirtschaftlichen Repressalien, indem er sie daran erinnerte, dass die Entwicklungshilfegelder jederzeit gestrichen werden könnten.

Doch zur großen Überraschung der EU-Kommissare ließen sich die Afrikaner nicht einschüchtern: Sie setzten eine sofortige Unterbrechung der Sitzung durch.

In ihrem Namen berief der Botschafter Nigerias eine Pressekonferenz ein. Bei dieser Gelegenheit machte er seinem Zorn darüber Luft, mit ansehen zu müssen, dass die Afrikaner »wie Schuljungen«, wie »Bettler« behandelt würden. Außerdem verlangte er eine »Klarstellung« über die künftigen Zuwendungen im Rahmen der Entwicklungshilfe.⁸

Er wagte es sogar, den »respektlosen Ton einiger Kommissare« zu verurteilen.⁹

Am Abend desselben Tages entschuldigte sich Louis Michel öffentlich bei den afrikanischen Vertretern, indem er bedauerte, dass er sich »habe hinreißen lassen«.¹⁰

Der Ausgang der Schlachten um die Baumwolle und das WPA ist noch ungewiss. Gewiss ist aber, dass der Zynismus und die Arroganz, mit der Peter Mandelson, Louis Michel und Pascal Lamy versuchen, den Widerstand der südlichen Völker zu brechen, wesentlich dazu beitragen, den Hass auf den Westen weiter wachsen zu lassen.

II

In Indien, in China

In manchen Ländern des Südens sind mächtige Finanzoligarchien einheimischen Ursprungs entstanden. Sie kopieren den unbarmherzigen Kapitalismus und häufen astronomische Reichtümer an. Sie halten beträchtliche Anteile an der Société Générale in Frankreich, der UBS (United Bank of Switzerland) und zahlreichen anderen großen Geschäftsbanken und Industrien im Westen.

Steht die Entstehung dieser Oligarchien des Südens nicht im Widerspruch zu der These, dass das globalisierte Ausbeutungssystem vom Westen beherrscht wird? Wie können wir vom allmächtigen Westen sprechen, wenn Indien und China beispielsweise ein jährliches Wachstums ihres Bruttoinlandsprodukts von 9,8 beziehungsweise 12 Prozent aufzuweisen haben?¹¹

Der Einwand ist unzulässig.

Die Multipolarität des globalisierten Finanzkapitalismus ist eine Illusion. Überall, wo kapitalistische Oligarchien am Werk sind, gehen sie nach den gleichen Methoden vor. Durch Maximierung und Monopolisierung der Profite, Zerstörung gesellschaftlicher Normen, den Raubbau an natürlichen Ressourcen und menschlicher Arbeitskraft, selbst wenn ihr Verhältnis untereinander durch heftige Konkurrenz und Konflikte bestimmt wird.

Deshalb hassen die Völker des Südens die einheimischen Oligarchen genauso – und aus den gleichen Gründen –, wie sie den Westen hassen. So mächtig die Oligarchen auch sind, sie reproduzieren lediglich das globale Herrschafts- und Ausbeutungssystem, das der Westen errichtet hat.

Die mächtigsten Oligarchen des Südens wohnen in London, Paris, New York oder Genf. Im April 2008 hat die britische Finanzpresse eine Liste der hundert reichsten Bewohner des Vereinigten Königreichs veröffentlicht. Der erste gebürtige Engländer taucht erst an neunter Stelle auf. Ein indischer Stahlmagnat nimmt den ersten Platz der Liste ein.

Der Einfluss der Oligarchen des Südens im globalen kapitalistischen Ausbeutungssystem wächst ständig. Im Zeitraum von sieben Jahren (2001-

2008) hat sich der Anteil multinationaler Unternehmen aus dem Süden an den tausend höchsten Kapitalisationen an den Börsen der Welt von 5 auf 19 Prozent erhöht.¹²

Betrachten wir den Fall Indien, insbesondere den von Hyderabad, im Südosten des Landes. In der unmittelbaren Nachbarschaft dieser prächtigen, lärmenden, farbigen, dreckigen und tausendjährigen Stadt hat die Regierung von Andhra Pradesh sechs »wirtschaftliche Entwicklungszonen« bauen lassen. Diese Zonen werden zusammengekommen »Cyberabad« genannt. Endlose, sechsspurige Prachtstraßen, Paläste aus Glas und Beton, prächtige Parkanlagen, Hotels von unglaublichem Luxus ... Das erste Gebäude von »Cyberabad« stammt aus dem Jahr 2000.

Microsoft hat in »Cyberabad« sein weltweit zweitwichtigstes Entwicklungszentrum errichtet. Neben seinem Palast ragen die Türme von Dell, IBM, Google, Oracle, Capgemini in die Höhe. Auch die mächtigen indischen Unternehmen haben sich in diesen Zonen niedergelassen: Satyam, Infoys, Wipro, Tata etc.

Die internationalen Großbanken folgten den Giganten der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT). UBS beschäftigt hier zweitausendvierhundert Angestellte, HSBC noch mehr. Anfang 2008 hatten sich mehr als eintausendfünfhundert weltweit operierende Unternehmen in Hyderabad niedergelassen. Und ihre Zahl wächst unablässig.

Die Privilegien, die den transkontinentalen Konzernen aus der Elektronikbranche und dem Bankwesen von der Regierung Andhra Pradeshs eingeräumt werden, können sich sehen lassen: kostenlose Grundstücke; zehnjährige Steuerbefreiung; Wegfall der Besteuerung eingeführten Materials; Befreiung von jeglichen Steuern und Abgaben auf die Einkünfte ausländischer Arbeitnehmer; Stromversorgung fast zum Nulltarif; auf ein Minimum reduzierte Gewerbeaufsicht.

Ein interkontinentaler Flughafen mit Direktflügen aus London steht bereit.

2008 arbeiteten mehr als hunderttausend Menschen in Cyberabad, die Einheimischen unter ihnen für einen unglaublich geringen Lohn. Die indischen Kader sind zahlreich und meistens hoch qualifiziert. Die 2002 gegründete Indian School of Business steht auf der Liste der besten Wirtschaftshochschulen der Welt bereits an der zwanzigsten Stelle.

Auf den heruntergekommenen Höfen der Altstadt oder dem brachliegenden Gelände, das die »wirtschaftlichen Entwicklungszonen« umgibt, stehen die windschiefen Zelte und Plastikhütten der Armen. Zehntausende von Familien vegetieren dort in entsetzlichem Elend dahin.

Die Luft ist schwer vom beißenden Rauch der Holzfeuer, auf denen eine dünne Suppe köchelt, angereichert mit Speiseresten aus den Mülleimern von »Cyberabad«.

Fast die Hälfte der schwerst (und dauerhaft) unterernährten Menschen der Erde leben in den Elendsvierteln von Mumbai (Bombay), Kalkutta, Neu-Delhi, in den Tribal Areas oder den isolierten ländlichen Gebieten von Orissa, Uttar Pradesh und Bengalen. Von insgesamt einer Milliarde Menschen, die weltweit unter einem schweren, permanenten Mangel an ausreichender Nahrung leiden,¹³ entfallen auf Indien 382 Millionen.

Die weitgehend erschöpften Böden vieler Bundesstaaten brauchen immer mehr Düngemittel. Das Klima ist rau, die kargen Ernten sind ständig von Insekten bedroht. Pestizide sind dringend erforderlich.

Die Indische Union kümmert sich kaum um diese Subsistenzwirtschaft.

Es gibt praktisch kein Subventionssystem, um den Kauf von Düngemitteln und Pestiziden zu erleichtern. Es gibt auch kein ausreichendes staatliches Kreditsystem für Bauern. Der Bauer muss also die (meist überhöhten) Preise der transkontinentalen Agrochemieunternehmen bezahlen.

Für den Kredit muss er sich an den Dorfwucherer wenden.

Danilo Ramos, philippinischer Generalsekretär der Asian Peasant Coalition (APC, Koalition asiatischer Bauern), schrieb in einem offiziellen Bericht an die WTO: »Zwischen 2001 und 2007 haben 125 000 indische Bauern Selbstmord begangen, weil sie durch die Liberalisierung der Landwirtschaft völlig verelendet sind.«¹⁴

Ein seltsames Ritual bestimmt den Selbstmord.

Der Bauer sondert sich mehrere Tage von seiner Familie ab. Er verlässt seine Hütte nicht mehr. Spricht nicht mehr. Isst nicht mehr.

Seine Frau, seine Kinder müssen verängstigt, aber machtlos seinem Verfall zusehen.

Eines Morgens verlässt er bei Sonnenaufgang seine Hütte und trinkt einen Kanister voll Pestizid aus. Als wollte er an dem Stoff sterben, der ihn ruiniert hat.

Er stirbt langsam und qualvoll.

Die Bauern erdulden diese Qual, als wollten sie sich dafür bestrafen, dass sie nicht in der Lage sind, ihre Kinder, ihre Frau, ihre Eltern zu ernähren. Die Schande bringt sie um.

Viele Bauern nehmen sich auch das Leben, weil sie hoffen, ihre Familie auf diese Weise von der Versklavung durch die Schulden zu befreien. Doch in der Mehrzahl der Fälle ist diese Hoffnung vergeblich. Schon bald lässt

der Wucherer Land, Brunnen und Hütte pfänden.

Die Witwe und die Kinder werden vertrieben. Sie werden sich dem zahllosen Heer der Hungerleider in den Slums von Kalkutta, Mumbai oder Delhi anschließen. Die große Mehrheit der Inder ist zu einer Existenz in bitterster Armut verdammt. Laut dem *Business Standard* (New Delhi, 13. Mai 2009) leben fast 800 Millionen Menschen mit weniger als zwanzig Rupien (rund einem halben Dollar) pro Tag. Indien ist zwar eine eindrucksvoll lebendige Demokratie: Im April 2009 haben 714 Millionen Wähler in 828 000 Wahllokalen ihre 543 Bundesparlamentarier gewählt. Jedoch hält die Wirtschaftsdiktatur der einheimischen Finanzoligarchie die Mehrheit des Volkes im Elend nieder. Dazu kommt das immer noch effiziente Kastensystem. Der völlig rechtlosen untersten Kaste der Dalit gehören 250 Millionen Menschen an. Die Guerillabewegung der Naxaliten, deren Einfluss sich rasch ausbreitet, kämpft insbesondere für die Rechte der Landlosen.

Auf dem Index der menschlichen Entwicklung des UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen) rangiert Indien 2007 an der 128. Stelle. Der genannte Index erfasst einhundertneunundsiebzig Länder. Er berücksichtigt Unterernährung, Schulbesuch, medizinische Versorgung, Bürgerrechte etc.

Wenden wir uns China zu.

1983 verfügte Ministerpräsident Deng Xiaoping die Eingliederung Chinas in das kapitalistische Weltsystem. Er öffnete das Land für ausländische, vor allem westliche Investitionen, hob die Preisbindungen auf, privatisierte Zehntausende von Fabriken und Dienstleistungsunternehmen und schaffte nach und nach den sozialen Schutz der Arbeiter ab.¹⁵

Die Bevölkerung leistete Widerstand. Im Mai 1989 errichteten Tausende von Arbeitern und Studenten Barrikaden auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Herzen Pekings. Sie forderten demokratische Rechte. Im Morgengrauen des 4. Juni wälzten Panzer die Barrikaden nieder und feuerten in die Menge. Das Ergebnis: über siebentausend Tote und viele tausend Verletzte. Deng Xiaoping rief den Kriegszustand aus. Anschließend kam es zu einer Menschenjagd im ganzen Land und Zehntausenden von Hinrichtungen.

Heute rekrutiert sich die chinesische Finanzoligarchie fast ausschließlich aus den regierenden Familien der Kommunistischen Partei.¹⁶ Unabhängige

Gewerkschaften gibt es nicht. Streik wird als »Wirtschaftsverbrechen« bestraft.¹⁷

Ist es da verwunderlich, dass mehr als hundert Millionen Chinesen weder einen festen Arbeitsplatz noch ein ausreichendes Einkommen haben? Die meisten von ihnen sind Inlandsmigranten, ohne Anrecht auf Gesundheitsversorgung und Schulbesuch. Sie gehören zu der großen Gruppe, die die Regierung als »fluktuierende Bevölkerung« bezeichnet.

Soziale Aufstände werden in China mit größter Härte niedergeschlagen. Auf dem Land greift eine spezielle Polizeitruppe durch, die Chengguan. Sie ist für ihr brutales Vorgehen berüchtigt.

Dorfbewohner der Provinz Hubei protestierten gegen die Umweltzerstörung durch eine Müllkippe unter freiem Himmel. Die Chengguan massakrierten Frauen, Männer und Kinder.

Ein mutiger Bürger namens Wei Wenhua hat die Szene gefilmt und die Aufnahmen heimlich in Umlauf gebracht. Am 7. Januar 2008 wurde Wei Wenhua von den Chengguan totgeprügelt.¹⁸

In den chinesischen Fabriken, vor allem denen, die in den »Wirtschaftssonderzonen« liegen, sind die Arbeitsbedingungen häufig unmenschlich, Arbeitsschutz gibt es so gut wie gar nicht.¹⁹ Um mit den anderen »Wirtschaftssonderzonen« (in Südkorea, Taiwan, Thailand, Bangladesch und so fort) konkurrenzfähig zu bleiben, friert die chinesische Regierung die Löhne auf dem Existenzminimum ein (*subsistence level*, laut *New York Times*).²⁰

Das Mindestalter für Fabrikarbeit beträgt 16 Jahre. Ein normaler Arbeitstag hat zwischen vierzehn und sechzehn Stunden.

Viele Fabriken, die für ausländische Konzerne arbeiten, konzentrieren sich im Mündungsdelta des Perlflusses, in der Provinz Guangzhou, nicht weit von Hongkong. David Barboza von der *New York Times* hat in der Provinz recherchiert. Er schreibt: »*Factory workers break or lose about 40 000 fingers on the job every year*« (»Die Fabrikarbeiter erleiden an ihrem Arbeitsplatz jedes Jahr den Bruch oder Verlust von etwa 40 000 Fingern«).²¹

China hält auch den Weltrekord bei Hinrichtungen. Die Regierung hütet die Statistik zur Todesstrafe wie ein Staatsgeheimnis, doch Amnesty International schätzt, dass im Jahr 2007 mehr als achttausend Hinrichtungen stattgefunden haben.²²

In den Kohlezechen kommen jedes Jahr mangels ausreichender Belüftung und Sicherheitseinrichtungen Hunderte von Bergleuten durch

Schlagwetterexplosionen ums Leben. Auch andere Minengesellschaften lassen erkennen, wie gründlich die Probleme des öffentlichen Gesundheitswesens vernachlässigt werden. Pascale Nivelle hat in Xinzhuang, in der Provinz Hunan, südlich von Peking recherchiert, wo (unter freiem Himmel) Gebirge von Uranabfällen gelagert sind. Sie stammen aus Minen, die 2003 stillgelegt wurden.

Ein Bauer und Familienvater, der in der Nachbarschaft der ehemaligen Mine 712 lebt, berichtet Pascale Nivelle: »Die Radioaktivität tötet sehr langsam ... Es wird lange dauern, bis sich in der Bevölkerung das ganze Ausmaß der Katastrophe zeigt, die wir heute bei den Bergarbeitern beobachten.«²³

Der Sohn dieses Bauern ist 24 Jahre alt. Er arbeitet in einer Fabrik in Kanton. Er leidet an einem Halstumor.

2003, dem Jahr, in dem die Mine stillgelegt wurde, waren dreihundertfünfzig der viertausend noch lebenden Bergarbeiter an Krebs erkrankt.

Die 2007 von den westlichen Finanzspekulantinnen ausgelöste Weltwirtschaftskatastrophe erreichte China mit eineinhalbjähriger Verspätung. 2009 gingen Tausende von Fabriken in Konkurs. Viele Millionen Wanderarbeiter verloren ihre Arbeit. In den »Wirtschaftssonderzonen« herrschen seitdem sklavereiähnliche Zustände. Ein Beispiel: In Chenghai, Provinz Guangdong, der Welthauptstadt für die Produktion von Kinderspielzeug, arbeiten die Frauen und Mädchen, welche die große Mehrheit der Arbeiterschaft bilden, 49 Stunden die Woche unter meist abscheulichen hygienischen und sozialen Verhältnissen. Ihr Lohn ist seit Anfang 2009 um rund 30 Prozent gesunken. Sie verdienen inzwischen 900 Yuan (100 Euro) pro Monat, anstatt 1350 Yuan im Jahr 2008. Vom Lohn werden den Arbeiterinnen monatlich noch 120 bis 150 Yuan abgezogen, als Miete für die schäbigen Massenquartiere, in denen sie hausen.²⁴

Die Mongolen, Uiguren und Tibeter sind einem eisernen Regime unterworfen. Die chinesische Gewaltherrschaft wird klammheimlich von den westlichen Konzernen unterstützt. Diese sind vor allem an der Stabilität und Rentabilität der »Wirtschaftssonderzonen« interessiert.

Widerstand regt sich überall. Wolfgang Rauer vom *Greenpeace Magazin* (Deutschland) schätzt, dass in China im Jahr 2008 mehr als hunderttausend Protestaktionen stattgefunden haben. Sie wurden allesamt, zum Teil blutig, niedergeschlagen.²⁵

Die chinesischen, indischen und westlichen Finanzoligarchen sind

Konkurrenten und solidarisch zugleich im Rahmen desselben Systems zur Unterdrückung und Ausbeutung der Völker.

Das Leid dieser Völker nährt den Hass auf den Westen.

DRITTER TEIL

Die Schizophrenie des Westens

I

Die Menschenrechte

Menschenrechte sind das Fundament jeder zivilisierten Gesellschaft. Sie legen die Mindestnormen fest, die es Menschen aus den verschiedensten Kulturkreisen ermöglichen, sich zu begegnen, sich zu erkennen, miteinander zu sprechen.

Diese Rechte sind ziviler und politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Natur. Die meisten sind individuell, aber einige sind auch kollektiv, wie beispielsweise das Selbstbestimmungsrecht der Völker oder das Recht auf Entwicklung.

Alle sind sie dem Menschen konsubstanziell – das heißt gleichwesentlich. »Die Menschen sind frei geboren und gleich vor dem Gesetz«, heißt es wunderbar klar im Artikel 1 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789 in Paris, die zur Vorlage vieler späterer Erklärungen wurde.

Alle Menschenrechte sind universell, unteilbar und voneinander abhängig.

Wem setzen sie heute Grenzen? Zunächst einmal den Staaten, aber auch allen nicht staatlichen Akteuren, vor allem den transnationalen Privatunternehmen.

Boutros Boutros-Ghali, bis 1995 Generalsekretär der Vereinten Nationen, schreibt: »Als Bezugssystem konstituieren die Menschenrechte die gemeinsame Sprache der Menschheit, dank deren die Völker gleichzeitig die anderen verstehen und ihre eigene Geschichte schreiben können. Die Menschenrechte sind definitionsgemäß die letztgültige Norm aller Politik [...]. Sie sind ihrem Wesen nach Gesetze in Bewegung. Damit will ich sagen: Sie sprechen unwandelbare Gebote aus und bringen zugleich einen Augenblick des geschichtlichen Bewusstseins zum Ausdruck. Sie sind also zugleich absolut und situationsbedingt.«¹

Hören wir Boutros-Ghali weiter: »Die Menschenrechte sind nicht der kleinste gemeinsame Nenner aller Nationen, sondern, ganz im Gegenteil, das, was ich den Wesenskern des Menschlichen nennen möchte, die

Quintessenz der Werte, durch die wir gemeinsam bekunden, dass wir eine einzige menschliche Gemeinschaft sind.«²

Leider gibt es keinen internationalen Gerichtshof für Menschenrechte, der den Opfern Gerechtigkeit verschafft und die Schuldigen zu Entschädigungen verurteilt.

In Abwandlung einer Formulierung Hegels könnte man sagen, dass die Menschenrechte – die bürgerlichen und politischen wie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte – das relativ Absolute, das konkret Universelle darstellen. Sie bilden tatsächlich den Horizont unserer Geschichte. Doch ein Recht, das keine Macht hat, sich Geltung zu verschaffen, ist zum Dasein eines Phantoms verurteilt. Im Schlusskapitel werden wir auf die soziale Rolle und die historische Funktion der internationalen Normativität zurückkommen.

Daher liegt die einzige Realität der Menschenrechte auf der internationalen Bühne in der Überzeugungskraft, die ihnen zugeschrieben wird, und die hängt ihrerseits von der Glaubwürdigkeit derer ab, die die Menschenrechte verkünden.

Die Aufrichtigkeit, die Ernsthaftigkeit dessen, der spricht, sind hier von entscheidender Bedeutung.

Nun ist aber der ganze Menschenrechtsdiskurs des Westens von Doppelzüngigkeit geprägt, wenn nicht von Schizophrenie.

Schauen wir uns die Geschichte an.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde, orientiert sich vor allem an der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten, wie sie am 4. Juli 1776 in Philadelphia verkündet wurde. Den Vorsitz der UNO-Kommission, die 1946 zur Ausarbeitung der Erklärung eingesetzt wurde, hatte Eleanor Roosevelt.

Neben Benjamin Franklin war Thomas Jefferson der Hauptverfasser der Erklärung von Philadelphia. Bei seinem Tod im Jahr 1826 hinterließ er seinen Erben, abgesehen von unermesslichen Ländereien in Virginia, die vollen Besitzrechte an mehr als zweihundert Sklaven.

Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung von 1948 lautet: »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.«

Artikel 3: »Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.«

Doch 1948 lebten drei Viertel der Menschheit unter dem Joch des Kolonialismus. In den Zwangsarbeiterlagern der Kautschukplantagen Kambodschas starben die Kinder an Unterernährung, unreinem Wasser und Malaria.

In Gabun, Kamerun und Kongo-Brazzaville schlugen die Vorarbeiter der französischen Forstunternehmen die Holzfäller, die zu schwach oder zu krank waren, um die Norm an gefällten Bäumen zu erfüllen, mit Nagelpeitschen bis aufs Blut.

In Kivu, Maniema, Kasai hängten die belgischen Verwalter des Diebstahls verdächtige Arbeiter an Handschellen in die Bäume, bis der Wundbrand sein Werk getan hatte, dann wurden den Gefolterten die Handschellen abgenommen und die Hände amputiert.

Währenddessen feierten die westlichen Staaten jedes Jahr am 10. Dezember mit großem Pomp die hehren Grundsätze der Menschenrechte. Das ändert jedoch nichts an der Gültigkeit der betreffenden Grundsätze. Noch einmal müssen wir diese Fähigkeit des Westens, anderen Gesetze vorzuschreiben, ohne sich selbst an sie zu halten, etwas genauer betrachten. Dieses an Schizophrenie grenzende Verhalten ist beeindruckend.

Betrachten wir einige jüngere Beispiele.

Zunächst die Resolution des Sicherheitsrats vom 6. Oktober 2006, zwanzigtausend Blauhelme nach Darfur zu entsenden, um dem Völkermord ein Ende zu setzen. Für diese Resolution, in der von der »Pflicht zum Schutz« die Rede war, stimmte auch Frankreich.

Angesichts der Unmöglichkeit, die Resolution zu implementieren, schlug der UNO-Generalsekretär vor, die internationalen Truppen in die Zentralafrikanische Republik und nach Tschad zu entsenden, um die Hunderttausende von Massalit, Zaghawa und Fur zu schützen, die sich in das Grenzgebiet geflüchtet hatten.

Die sechs Flüchtlingslager im Tschad (Bahai, Ereba, Guerida, Forshana, Goz-Beida, Nigrana), die vom UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge angelegt wurden und vom Welternährungsprogramm (WEP) mit Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten versorgt werden, beherbergen 217 000 Menschen.³

Die Dschandschawid fallen fast täglich in tschadisches Gebiet ein, töten Menschen und vergiften die Brunnen.

Frauen, die sich vom Lager entfernen, um Brennholz zu sammeln, werden häufig entführt, vergewaltigt und dann ermordet. Auch Kinder, die am Rand der Lager das abgemagerte Vieh auf der Savanne hüten, werden entführt.

Die Präsenz der Blauhelme war also dringend erforderlich, um die Flüchtlinge zu schützen.

Doch im April 2007 verweigerte der tschadische Präsident Idriss Déby, obwohl ein Todfeind der in Khartum herrschenden Generäle, zur allgemeinen Verblüffung jegliche Stationierung von Blauhelmen auf seinem Territorium.

Diese Weigerung war ihm von seinem Mentor, dem Präsidenten der Französischen Republik, diktiert worden. Die französische Armee unterhält in N'Djamena und Abéché zwei Stützpunkte. Tschad ist das spezielle Einflussgebiet Frankreichs: Und dieses hat beschlossen, dass die Dislozierung einer UN-Truppe im Tschad nicht wünschenswert sei. Sollen die Flüchtlinge doch krepieren.⁴

Ein anderes Beispiel:

Die Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe wurde von der Generalversammlung am 10. Dezember 1984 verabschiedet.⁵ Von hundertfünfundvierzig Mitgliedstaaten der UNO unterzeichnet und ratifiziert, ist sie seit dem 26. Juni 1987 in Kraft.

Die Vereinigten Staaten haben die Konvention 1988 unterschrieben und 1994 ratifiziert.

Doch am 18. September 2004 hat Präsident George W. Bush einen *Executive order* (»Präsidialerlass«) unterschrieben, der die Bildung von Kommandotruppen autorisiert, die außerhalb aller nationalen und internationalen Gesetze operieren dürfen. Ihre Aufgabe? »Terroristen« überall in der Welt festzunehmen, zu verhören und, falls notwendig, zu exekutieren. Die Kommandos gehen nach Namenslisten vor, die von den Geheimdiensten erstellt werden.

Präsident Bush hat die Folter wieder eingeführt. Praktiziert wurde sie entweder von amerikanischen Beamten oder von Agenten ausländischer Staaten, an die die Häftlinge überstellt wurden. Viele Häftlinge wurden in Geheimgefängnisse in Drittländern verbracht.

Der Präsidialerlass vom 18. September 2004 steht in offenkundigem Widerspruch zur UNO-Konvention gegen Folter.⁶ Im Januar 2008 waren vierhundertfünfundfünfzig »feindliche Kämpfer«, in Guantanamo Bay interniert. Ihre amerikanischen Wächter praktizierten dort täglich Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe.

Laut den amerikanischen Erlassen, die in Kraft waren, ist ein »feindlicher Kämpfer« weder ein Kriegsgefangener noch ein dem normalen Recht unterliegender Strafgefangener. Auf sie finden weder die Genfer Konventionen noch das amerikanische Strafrecht Anwendung. Mithin sind sie der Willkür ihrer Kerkermeister ausgeliefert.

Seymour Hersh schätzt, dass zwischen 2002 und 2004 in den offiziellen Kerkern und den Geheimverliesen der USA sowie in den von der CIA genutzten Haftzentren in Drittländern mehrere Dutzend Menschen unter der Folter umgekommen sind.⁷ Barack Obama tat seine Absicht kund, Guantanamo zu schließen. Die gerichtliche Verfolgung der Folterer sowie die Einsetzung einer Untersuchungskommission, die Geheimgefängnisse in Drittstaaten betreffend, lehnte er aber ab, anders gesagt: Obama gewährte den Folterern Straffreiheit. Wer die Folterer nicht bestraft, legitimiert die Folter. Die *Washington Post* titelt: »Der schwache Punkt Obamas sind die Menschenrechte« (zitiert nach der französischen Fassung in: *Le Courrier International*, Paris, 14. Mai 2009).

Die Außenpolitik der USA wird auch unter Obama im Wesentlichen von geostrategischen Interessen, also vom Pentagon, der CIA und deren Methoden beherrscht. Der Hauptgrund: Die USA sind trotz ihrer vergleichsweise geringen Einwohnerzahl von 300 Millionen die weitaus größte Industriemacht der Welt. Fünfundzwanzig Prozent aller in einem Jahr produzierten Industriegüter werden von Amerikanern produziert. Der dominierende Rohstoff ist das Erdöl: Die USA verbrauchen pro Tag 20 Millionen Barrel. Davon sind nur acht Millionen im Inland produziert, zwölf Millionen, also über sechzig Prozent, müssen aus dem Ausland beschafft werden, zumeist aus instabilen, krisengeschüttelten Regionen (Mittlerer Osten, Persischer Golf, Nigeria u.a.). Laut Amnesty International (Report 2009) zählen zahlreiche strategische Alliierte der USA (Usbekistan, Saudi-Arabien, Israel, Kuwait, Nigeria, Kolumbien) zu den Ländern, die sich permanente gravierende Menschenrechtsverletzungen zuschulden kommen lassen.

Die Radikalkritik der *Washington Post* ist berechtigt. Der Universalschutz der Menschenrechte ist – all seiner schönen Reden zum Trotz – keine Priorität für Obama. Und dies schürt wiederum den Hass auf den Westen.

Der Menschenrechtsrat hat die Aufgabe, auf die Einhaltung der Bestimmungen der universellen Erklärung durch die Mitgliedstaaten der

UNO zu achten. Von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York gewählt, hat er seinen Sitz in Genf. Er umfasst siebenundvierzig Staaten, die mehrheitlich in der südlichen Hemisphäre liegen.

Das endlose Martyrium des palästinensischen Volkes ist ein ständiges Anliegen des Rats. Nehmen wir ein Beispiel.

Beit Hanoun ist eine palästinensische Stadt im äußersten Norden des Gazastreifens. Um halb sechs Uhr morgens am 8. November 2006 beschoss die israelische Artillerie zwei Wohngebäude am Südrand der Stadt. Die Artilleristen töteten neunzehn schlafende Menschen, darunter fünf Frauen und acht Kinder. Zwanzig Schwerverletzten mussten Gliedmaßen amputiert werden.

Für das Massaker lieferte die israelische Armee folgende Erklärung: Die Schüsse seien nicht absichtlich abgegeben, sondern verursacht worden durch »ein seltenes und schwerwiegendes technisches Versagen des Artillerie-Radarsystems«.⁸ Das vorgesehene Ziel sei vielmehr ein unbebautes Gelände gewesen, das 450 Meter vom ersten Gebäude entfernt lag und von dem palästinensische Hamas-Krieger Kassam-Raketen abgefeuert hätten.

Die amerikanische Nichtregierungsorganisation Human Rights Watch bezweifelt diese Darstellung. In zwanzig Minuten wurden fünfzehn Granaten abgeschossen. Hätte ein Versagen des Richtsystems vorgelegen, wäre das Schießen nach der ersten Granate abgebrochen worden.

Wie die Bewohner von Beit Hanoun schließt Human Rights Watch daraus, dass es sich um ein vorsätzliches Massaker handelt.

Daraufhin beruft der Menschenrechtsrat eine Sondersession ein, um das Massaker von Beit Hanoun zu erörtern.

Unter dem Vorsitz des südafrikanischen Bischofs und Friedensnobelpreisträgers Desmond Tutu wird eine internationale Untersuchungskommission eingesetzt. Sie soll sich im Dezember nach Gaza begeben und dem Rat anschließend, zwei Monate später, Bericht erstatten.

Doch die israelische Besatzungsmacht weigert sich, Visa auszustellen.

Infolgedessen reist die Kommission nicht nach Gaza. Es gibt keine Untersuchung. Der Rat kann die israelischen Kriegsverbrechen nicht untersuchen. Die wenigen Überlebenden der ermordeten palästinensischen Familien erhalten keine Entschädigung und können nicht nach Genf kommen.

Die im Rat sitzenden Botschafter der Europäischen Union haben keinen Finger gerührt. Nicht der geringste Protest. Totgeschwiegen reihte sich Beit Hanoun in die endlose Folge nicht geahndeter Verbrechen ein.

Im Dezember 2006 kommt der Menschenrechtsrat zu einer weiteren Sondersitzung zusammen, in der es dieses Mal um die Verbrechen in Darfur geht. Eine Untersuchungskommission unter Leitung von Jody Williams, auch sie eine Nobelpreisträgerin, wird einberufen.

Wieder gehört Desmond Tutu der Kommission an.

Wenn von dem Rat eine Untersuchung beschlossen wird, übernimmt die Hochkommissarin für Menschenrechte, in diesem Fall Louise Arbour, die logistischen Vorbereitungen.

Louise Arbour erbittet daher von Khartum die erforderlichen Visa. Keine Antwort. Louise Arbour erhöht den Druck, bemüht sich um die Unterstützung der Gruppe der afrikanischen Staaten, erbittet die Hilfe des Generalsekretärs der Vereinten Nationen.

Vergebene Liebesmüh. Khartum antwortet nicht.

Schließlich bricht die Williams-Kommission trotzdem auf. Am Morgen des 10. Februar 2007 erreicht sie Addis-Abeba, in der Hoffnung, dass während ihres Aufenthalts in der äthiopischen Hauptstadt (durch Vermittlung des dort residierenden Präsidenten der Afrikanischen Union, Alpha Umar Konaré) die sudanesischen Generäle umgestimmt werden könnten.

Eine Fehleinschätzung.

Schließlich lässt sich der Chef der sudanesischen Junta zu einer Antwort an Louise Arbour herab: Eine internationale Untersuchungskommission in Darfur komme nicht in Frage, da auch die israelische Regierung nicht bereit gewesen sei, eine solche Untersuchungskommission in Beit Hanoun arbeiten zu lassen.

Die Botschafter und Botschafterinnen der EU-Staaten mit Sitz im Rat schreien daraufhin Zeter und Mordio.

Ein weiteres Beispiel für die Schizophrenie des Westens: Mitte Januar 2008 schließt die israelische Armee alle Übergänge nach Gaza, wo auf einer Fläche von nur 357 Quadratkilometern 1,5 Millionen Menschen leben. Kein Lastwagen mit Nahrungsmitteln oder Medikamenten kommt mehr durch. Die Stromversorgung aus Israel wird unterbrochen. In Karni, dem einzigen offenen Übergang für den Güterverkehr, lassen die israelischen Soldaten keine Tankwagen durch. Ohne Heizöl, ohne Benzin können die Generatoren nicht laufen. In den Krankenhäusern fallen die Kühlschränke aus. Die Medikamente verderben. Die Behandlung der Krebspatienten muss ausgesetzt werden.

Aus »Sicherheitsgründen« verweigert Israel die Verlegung Schwer- und Schwerstkranker, die in den Krankenhäusern Gazas nicht mehr versorgt werden können, nach Ägypten, Israel oder irgendein anderes Land. Die Folge: Zahlreiche Patienten, die hätten gerettet werden können, sterben.

Betrachten wir den Fall von Karima Abu Dalal, vierunddreißig Jahre alt, Mutter von fünf Kindern, erkrankt an einem 2006 diagnostizierten Krebs (Hodgkin-Lymphom).⁹ Vor der Schließung der Grenze erhielt sie in Ägypten eine Knochenmarkspende, eine Chemotherapie und eine Strahlentherapie. Im August folgte eine weitere Behandlung in Nablus, Westjordanland. Diese sollte mit einer Chemotherapie im November weitergeführt werden. Im November aber wurde ihr die Erlaubnis, Gaza zu verlassen, von den israelischen Militärbehörden verweigert. In ihrem Fall lehnte der Oberste Gerichtshof Israels, ein Gesuch der israelischen Sektion der Nichtregierungsorganisation Ärzte für Menschenrechte (Physicians for Human Rights) ab. Die Richter sahen »keinen Grund zum Eingreifen«.¹⁰

Dieses Urteil bedroht neben Karima Abu Dalal eine große Anzahl weiterer Kranker mit Tod oder Invalidität, weil sie im belagerten Gaza nicht versorgt werden können.

Die Regierung in Tel Aviv beruft sich als letztendliche Rechtfertigung für die Blockade auf den Beschuss Südisraels mit Kassam-Raketen durch Palästinenser.

Aber wer wüsste nicht, dass die Kollektivbestrafung einer Zivilbevölkerung völkerrechtlich verboten ist? Wer wüsste nicht, dass sich der Hass auf den Westen an solchen Praktiken nährt?

Der Menschenrechtsrat trat also am 23. und 24. Januar 2008 zu einer Sondersitzung zusammen. Seine Präsidentschaft wechselt turnusmäßig. Zwischen Juni 2007 und Juni 2008 hatte sie der rumänische Botschafter Doru Romulus Costea inne.

Costea war der offizielle Dolmetscher von Nicolae Ceaușescu. Nach dem Sturz des Diktators erlebte er eine wundersame Bekehrung zur Demokratie. Wie eine große Zahl seiner diplomatischen Kollegen aus dem Osten ist Costea ein treuer Diener des US-amerikanischen Außenministeriums.

Vom 23. bis 27. Januar 2008 fand in Davos das Weltwirtschaftsforum statt. Ban Ki-moon, der Generalsekretär der UNO, war für den 24. dort angekündigt.

Am 23. war er noch in Genf. Um der außerordentlichen Sitzung des Menschenrechtsrats mehr Sichtbarkeit und diplomatisches Gewicht zu verleihen, forderten die Mitglieder der blockfreien Staaten Costea auf, den

Generalsekretär einzuladen.

Die Antwort Costeas: »*The answer is no. The Secretary General should not dignify this meeting*« (»Die Antwort ist Nein. Es ist nicht opportun, dass der Generalsekretär dieses Treffen [durch seine Anwesenheit] aufwertet«).

Mit anderen Worten, der Westen hatte keine Einwände gegen die Kollektivbestrafung der Palästinenser.

Und tatsächlich weigerten sich die Botschafter der Europäischen Union, die Blockade zu verurteilen.

Seine Exellenz, der elegante Warren W. Tichenor, Botschafter der Vereinigten Staaten und Besitzer mehrerer Fernsehsender in Südtexas, boykottierte die Sitzung.

Noch ein Beispiel:

Am Montagmorgen, dem 3. März 2008, eröffnete der Menschenrechtsrat der UNO seine siebte ordentliche Session im Plenarsaal des Völkerbundpalastes in Genf.

Auf den Fernsehschirmen erreichen uns an diesem Tag unerträgliche Bilder aus dem von der israelischen Luftwaffe und Artillerie in Schutt und Asche gelegten Gaza. Die Zahl der zerfetzten Kinder, niedergeschossenen Frauen, der Toten und Schwerverwundeten erhöht sich von Stunde zu Stunde. Der israelische Verteidigungsminister beschließt für die kommenden Tage eine groß angelegte Militäroperation in Gaza und gibt seine Absicht bekannt, das Gebiet in drei Teile zu zerstückeln.

Angesichts der Bevölkerungsdichte dieses Gebietes und in Anbetracht der Umstände der Einkesselung bedeutet eine solche Operation nach der IV. Genfer Konvention einen klaren Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht. Als Vorwand zur Durchführung der Operation diene wiederum der Abschuss von Kassam-Raketen.

Das palästinensische Rote Kreuz und die UNRWA, das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten, beziffern die Zahl der toten Palästinenser auf hundertzweiundsechzig, darunter achtundfünfzig Kinder unter zwölf Jahren, zahlreiche Frauen und drei Säuglinge. Mehr als vierhundert Menschen müssen aufgrund von Verletzungen durch Bomben- oder Granatsplitter Gliedmaßen abgenommen werden.

In ihrem eleganten schwarzen Kostüm begibt sich Rama Yade, die eloquente französische Staatssekretärin für die Menschenrechte, gegen 16

Uhr an das Rednerpult. Sie hält eine lange Rede über die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die historische Aufgabe Frankreichs. Laut Rama Yade hat Frankreich die Menschenrechte erfunden, daher obliege es ihm, überall als Garant der Menschenrechte aufzutreten. Doch über den Bombenterror, die verbrannten Kinder in Gaza kein Wort.

An dieser Stelle ist Bernard Kouchner, dem französischen Außenminister und Minister für Europäische Angelegenheiten, Respekt zu zollen. Klugerweise verzichtete er auf die Teilnahme an der westlichen Komödie vom 3. März in Genf. Am Morgen eingetroffen, begnügte er sich damit, in aller Stille mit Ban Ki-moon im Hotel Intercontinental zu frühstücken, um gleich wieder nach Paris zurückzureisen.

Im Zuge ihrer Rede war Rama Yade auch auf die Ereignisse bei der internationalen Konferenz gegen den Rassismus in Durban aus dem Jahr 2001 eingegangen, indem sie die »Verirrungen und Entgleisungen« beklagte, die diesen Gipfel charakterisierten hätten.

Auf die Rede der Staatssekretärin folgte eine Pressekonferenz. Als die Journalisten sie fragten, von welchen »Verirrungen« sie gesprochen habe, sagte sie mit entwaffnender Naivität: »Das kann ich Ihnen nicht sagen, ich war nicht in Durban.«¹¹

Einige Minuten darauf wurde sie von Jamil Jade, dem Korrespondenten des *Estado de São Paulo*, gefragt, ob sie sich mit Micheline Calmy-Rey treffen werde. Gegenfrage von Madame Yade: »Wer ist das?« Geduldig erklärte ihr ein Journalist: »Micheline Calmy-Rey ist Außenministerin der Schweiz, des Gastgeberlandes des Menschenrechtsrates.«

Vom 27. Dezember 2008 bis zum 22. Januar 2009 bombardierten die israelische Luftwaffe, Artillerie und Marine das überfüllte Ghetto von Gaza. Das Resultat: Mehr als 1400 Tote, über 6000 Amputierte, Verbrannte, Gelähmte, Schwerverletzte – die große Mehrheit unter ihnen Zivilisten, darunter viele Kinder. Die UNRWA, Amnesty International, die Delegierten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz stellten zahlreiche Kriegsverbrechen fest – Exekutionen ganzer Familien, Beschießung von Ambulanzen etc. –, begangen von den israelischen Streitkräften. In Israel selbst protestierten mutige Intellektuelle – Gideon Levy, Ilan Pappé, Michaël Warschawski, Lea Tsemel – gegen die Bombardierung von Spitälern und Schulen.

Israel ist der viertgrößte Kriegswaffenexporteur der Welt. Wie zur Zeit seines Angriffs auf den Libanon im Sommer 2006 testete Israel an der

palästinensischen Bevölkerung von Gaza seine neuesten Waffen. Für zahlreiche Beobachter bedeuteten diese Tests einer der Hauptgründe für die Aggression gegen Gaza. Eine Waffe die den Namen DIME (Dense Inert Metal Explosive) trägt, wurde insbesondere in den dicht bewohnten Flüchtlingslagern ausprobiert. Es handelt sich um ein Geschoss, das aus kleinen Kohlenstoffkügelchen besteht, die eine Legierung von Kobalt, Wolfram, Nickel und Eisen enthalten. Die DIME besitzt eine extreme Explosionskraft und zerlegt sich, sobald die Höhe von zehn Meter unterschritten ist. Ein norwegischer Arzt des Al-Shifa-Spitals gab der Zeitung *Le Monde* vom 13. Januar 2009 zu Protokoll: »Explodieren die Kügelchen in zwei Meter Höhe, zerschneiden die befreiten Partikel den menschlichen Körper in zwei Hälften; bei einer Explosion auf 8 Meter Höhe werden Arme und Beine abgetrennt; das Opfer erlebt die Verletzungen als tausendfache, brennende Nadelstiche.«

In Gaza erprobten die israelische Luftwaffe und Artillerie außerdem neue Bomben und Granaten mit weißem Phosphor, die schreckliche Verbrennungen verursachen. Alle diese neuen Waffen werden sicherlich bald in Verkaufsprospekten angepriesen werden.

Der UNO-Menschenrechtsrat berief für den 12. Januar 2009 eine Sondersitzung ein. Richard Falk, UNO-Sonderberichterstatter für die besetzten Gebiete und hoch angesehenen Völkerrechtsprofessor der Universität Princeton, legte einen akribischen Bericht über die israelischen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor. Die Ratsresolution verlangte die sofortige Einstellung der Bombardements. In der Resolution wurden ebenfalls die Raketenabschüsse der Hamas auf Südisrael ausdrücklich verurteilt.

Die westlichen Staaten weigerten sich, der Resolution zuzustimmen.

Frankreich unterhält bei den Vereinten Nationen in Genf eine große und sehr kompetente Mission. Ihr Argument: Frankreich verurteile die israelischen Massaker nicht, weil es keinerlei Handhabe besitze, um auf die Handlungen der Regierung in Tel Aviv einzuwirken.

Irrtum! Das im Juni 2000 unterzeichnete Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Israel sieht in seinem Artikel 2 die Einhaltung der Menschenrechte als Vertragsvoraussetzung für seine Gültigkeit vor. Mehr als 65 Prozent der israelischen Exporte gehen an einen der siebenundzwanzig Staaten der Europäischen Union. Mit anderen Worten, angesichts der flagranten Verletzungen der Menschenrechte durch Tel Aviv

hätte Frankreich problemlos die Importe aus Israel sperren können.

Eine Sperrung von vierzehn Tagen ... und die israelischen Generäle wären mit Sicherheit zur Vernunft gekommen.

An einem Spätnachmittag im März befand ich mich im achten Stockwerk des Palastes aus getöntem Glas und Beton in Genf, der das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge beherbergt. Ich diskutierte mit dem Hochkommissar António Guterres.

Draußen schneite es. Auf der Avenue de France brachte das Glatteis den Verkehr zum Erliegen.

Wir sprachen über den blockierten Dialog im Menschenrechtsrat, der in diesem Augenblick wenige Schritte vom Hochkommissariat entfernt im Völkerbundpalast seine dritte ordentliche Session abhielt.

Ich fragte den Hochkommissar: »Warum lehnen es so viele aufgeklärte, intelligente Vertreter der südlichen Länder ab, mit den westlichen Botschaftern in Fragen der Menschenrechte zusammenzuarbeiten?«

António Guterres, ehemaliger Ministerpräsident Portugals, ehemaliger Präsident der Sozialistischen Internationale und praktizierender Katholik, ist ein Mann von unabhängiger, warmherziger und differenzierter Geistesart. Die Augen auf dem Völkerbundpalast gerichtet, sagte er zu mir: »Das ist die Quittung für den Irak und Palästina.«

II

Zynismus, Arroganz und Doppelzüngigkeit

Im September 2000 kamen die Staats- und Regierungschefs der hundertzweiundneunzig Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen in New York zusammen, um eine Bestandsaufnahme der ungelösten Konflikte und Probleme vorzunehmen, die unseren Planeten an der Schwelle zum neuen Jahrtausend heimsuchen. Anhand dieser Bestandsaufnahme haben sie eine Liste der sogenannten Millenniumsziele (MDG, Millennium Development Goals, »Millenniumsentwicklungsziele«) aufgestellt, die bis 2015 verwirklicht werden sollen.

Hier die Liste:

- I. Bekämpfung von extremer Armut und Hunger; Halbierung der Zahl der Hungernden bis 2015
- II. Sicherung der Grundschulbildung für alle Jungen und Mädchen
- III. Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rechte der Frauen
- IV. Reduzierung der Kindersterblichkeit
- V. Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Müttern
- VI. Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten
- VII. Schutz des Klimas
- VIII. Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft zwischen dem Westen und dem Süden

Heute, 2009, nachdem mehr als die Hälfte der gesetzten Frist verstrichen ist, ist keines der in der Bestandsaufnahme genannten Probleme einer Lösung näher gebracht worden. Ganz im Gegenteil. Mehrere von ihnen – Rechte der Frauen, übertragbare Krankheiten, mangelnde Schulbildung, extreme Armut und Unterernährung – verschlimmern sich unaufhörlich.

2000 zählte die FAO (UN-Sonderorganisation für Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei und Forstwesen) 785 Millionen schwer und permanent unterernährte Menschen. 2008 waren es 854 Millionen. 2009 sind es eine Milliarde. Alle fünf Sekunden verhungert auf der Erde ein Kind

unter zehn Jahren.

Am schnellsten greift die Verelendung im Fernen Osten und in Schwarzafrika um sich. In Kambodscha hat nur die Hälfte der Bevölkerung regelmäßigen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Von zehn Kambodschanern kommen nur zwei in den Genuss einer regelmäßigen Gesundheitsversorgung.¹²

In der Hälfte der Länder des subsaharischen Afrikas verringert sich das Pro-Kopf-Einkommen seit 2000 jährlich im Durchschnitt um 0,5 Prozent.

Nur zweiunddreißig der hundertsevenundvierzig Länder, die eine zuverlässige Statistik zur Säuglingssterblichkeit vorzuweisen haben, sind auf dem Weg, diese Geißel in den Griff zu bekommen.

Zu Ziel Nr. V (Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Müttern) schreibt UNICEF lakonisch: »In Asien sind achtundzwanzig Länder weit vom Ziel entfernt« (*»countries off track«*). Im subsaharischen Afrika sind 2008 rund fünfhunderttausend Frauen bei der Entbindung gestorben.

Bei Ziel Nr. VI (Zugang zu medizinischer Versorgung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten) sind die Aussichten keinesfalls hoffnungsvoller. 2008 hatten 1,7 Milliarden Menschen keinen Zugang zu primärer Gesundheitsversorgung (wichtige Medikamente, Impfung von Kindern, Krankenhauspflege etc.).

Außerdem schätzt die WHO, dass rund 70 Prozent der in Westafrika verkauften Medikamente Fälschungen ohne Sicherheits- oder Qualitätsgarantie sind.

2008 waren schon 39,5 Millionen Menschen mit HIV infiziert. 2004 waren es 36,9 Millionen. Da die westlichen Pharmariesen zu hohe Preise verlangen, kommt die Mehrheit der Aidskranken in der südlichen Hemisphäre nicht in den Genuss von Kombinationstherapien.

Vor allem junge Erwachsene erkranken an Aids. Das schmälert die Arbeitskraft der südlichen Länder erheblich. In Botswana ist die Hälfte der Landarbeiter dem Virus zum Opfer gefallen.

Häufig hinterlassen infizierte Erwachsene alte Eltern und kleine Kinder, die keine Mittel mehr zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts haben. Die WHO stellt fest: »2003 sind im Süden Afrikas [infolge von Aids] zwölf Millionen Kinder verwaist [...]. Diese Zahl wird bis 2010 auf achtzehn Millionen steigen.«¹³

Da der größte Teil der Aidskranken junge Erwachsene sind, die normalerweise arbeiten würden, geht die landwirtschaftliche Produktion in Ländern mit einem hohen Prozentsatz an Infizierten dramatisch zurück.

Die FAO schreibt: »Die Ausbreitung der HIV/Aids-Epidemie ist rasch zu einem Haupthindernis im Kampf gegen Hunger und Not geworden.«¹⁴

Kurzum, im Hinblick auf den angeblichen Kampf gegen die Epidemien, den Hunger, die extreme Armut, die Diskriminierung der Frauen oder die fehlende Grundschulbildung ist seit 2000 noch kein nennenswerter Fortschritt erzielt worden.

Denn die unselige Politik, die zur wachsenden Unterentwicklung der ärmsten Länder führte, wirkt, so wie sie von den westlichen Mächten praktiziert und ihren Söldnern in WTO und IWF gehandhabt wird, unverändert fort.

Keines der »Millenniumsziele« kann erreicht werden, ohne multilaterale Verhandlungen über Arzneimittelpreise, Zahlungsfristen im Außenhandel, Technologietransfer, Patente etc.

Doch in neun Jahren sind in dieser Hinsicht keinerlei Fortschritte zwischen dem Westen und dem Süden gemacht worden, noch nicht einmal zaghafte Ansätze.¹⁵

Daher erscheint der Millenniumsgipfel in den Augen der südlichen Völker als eine neue Manifestation leerer Rhetorik, der Doppelzüngigkeit, des Zynismus und der Unaufrichtigkeit des Westens.

Warum diese Blindheit? Warum diese ungerührte Arroganz, während Hunderte von Millionen Menschen sich über die Doppelzüngigkeit empören und dem Westen das Recht auf moralische Hegemonie absprechen?

Ich formuliere eine Hypothese. Der Zusammenbruch der Sowjetunion, der Misskredit, in den die kommunistische Idee geraten ist, haben ein Schwarzes Loch geschaffen.

Der (selbstverständlich notwendige) Fall der Berliner Mauer hat alle Emanzipationsperspektiven begraben und sogar jeden Gedanken an Protest vertrieben.

Aimé Césaire schreibt: »*Ich bewohne einen dunklen Willen, ich bewohne einen unstillbaren Durst.*«¹⁶ Der Westen versteht weder das Verlangen der südlichen Völker nach einer gerechten und angemessenen Ordnung noch ihre Entschlossenheit, diese Ziele zu erreichen. Seit dem Mauerfall ist der Gedanke an eine andere Weltordnung, ein anderes Gedächtnis, einen anderen Willen in Verruf geraten.

Unterdessen nährt die Kluft zwischen Erklärungen und tatsächlicher Praxis den Hass wie nie zuvor.

VIERTER TEIL

Nigeria, die Fabrik des Hasses

I

Die Paten von Abuja

Das Flugzeug aus Europa landet um Mitternacht in Abuja. Die Hauptstadt Nigerias liegt 600 Meter über dem Meeresspiegel auf einer ausgedehnten, felsigen Hochebene im geografischen Zentrum des Landes. Im Januar, der Zeit des Harmattan, des afrikanischen Nordostpassats, liegen die Temperaturen noch zu dieser Nachtzeit bei 30 Grad Celsius. Die Luft ist trocken. Der warme Wind fegt über die schwarzen Granitpyramiden des Plateaus.

Der internationale Flughafen, ein Gebäude aus Beton und orangefarbenem Glas, ist praktisch menschenleer. Pierre Helg, der feinsinnige, höchst rührige Botschafter der Schweiz, erwartet mich am Ausgang.

Fünzig Kilometer liegen zwischen Flughafen und den ersten Vororten der Hauptstadt.

Die Nacht ist dunkel, warm und von tausenden Schatten belebt, die sich zu beiden Seiten der Schnellstraße bewegen.

Neun Flugstunden von Amsterdam. Immer wieder nicke ich im Wagen ein.

In Mabushi, dem äußersten Vorort nördlich der Hauptstadt, weckt mich Pierre Helg. »Schauen Sie sich das an!« Hunderte LKW, Reisebusse, Traktoren, Schulbusse, Straßenbaumaschinen und sonstige Kraftfahrzeuge aller Art stehen entlang der Straße. Der Stau scheint endlos zu sein.

In der Schwärze der Nacht kommen die Fahrzeuge nur im Schneckentempo voran, Zentimeter um Zentimeter. In der Ferne sehe ich die einzige Zapfsäule, in weißes Neonlicht getaucht. Mehr als hundert Fahrer aus allen Landesteilen warten, erschöpft und fatalistisch, bis sie an der Reihe sind. »Das gleiche Bild von Nord bis Süd, von Lagos bis Kano, von Ibadan bis Maiduguri und Enugu«, sagt der Botschafter zu mir. »Überall verbringen die Fahrer einen großen Teil ihrer Nacht mit Warten, in der ungewissen Hoffnung auf einen vollen Tank ...«

Ich fasse es nicht: Als achtgrößter Erdölerzeuger der Welt und größter Afrikas leidet Nigeria unter empfindlichem und chronischem Treibstoffmangel. Der kostet seiner Wirtschaft täglich Millionen von

Arbeitsstunden.

2008 exportierte Nigeria im Durchschnitt 2,6 Millionen Barrel Rohöl pro Tag. Gleichzeitig muss es den Großteil der raffinierten Erdölprodukte importieren, die seine Wirtschaft braucht.

Die drei Raffinerien des Landes in Port Harcourt, Warri und Kaduna sind außer Betrieb. 2006 wurden mehr als eine Milliarde Dollar für ihre Reparatur ausgegeben. Ohne Erfolg.

Das Land verfügt über mehr als 5000 Kilometer Erdölleitungen. An den wichtigsten, vor allem denen von Suleja nach Warri, von Port Harcourt nach Enugu und von Port Harcourt nach Atlas Cove, werden regelmäßig Sabotageakte verübt.¹

Die Schnellstraße ist bei Mabushi, dem ersten Vorort, gesperrt. Wir biegen in eine dunkle Straße ein, Richtung Stadtmitte. Plötzlich zwingen verstreut auf dem Asphalt liegende Steine das Auto, erst langsamer, dann Slalom zu fahren. Im Scheinwerferlicht taucht ein Trupp Polizisten auf, in abgetragenen dunkelblauen Uniformen, die Kalaschnikow in der Hand – die National Police Force of Nigeria.

Das Diplomatenfahrzeug kann ungehindert passieren. Doch zu unserer Linken, am Rand des Grabens, der den Bewohnern der umliegenden Hütten als Abwasserkanal dient, halten drei Lieferwagen, bis obenhin beladen mit Gurken, Tomaten, Jamswurzeln, Süßkartoffeln, Maniokwurzeln, Bohnen, und warten darauf, durchsucht zu werden.

Ein weißes japanisches Auto überholt uns, ein Europäer am Steuer. Er verlangsamt, lässt die Scheibe herunter und wirft eine Handvoll Neira (die nigerianische Währung) auf den Boden. Die Polizisten stürzen sich darauf.

Die (afrikanischen) Fahrer der Lieferwagen hingegen werden noch lange brauchen, vielleicht Stunden, um das Lösegeld auszuhandeln.

»Rund um Abuja gibt es Dutzende solcher Straßensperren«, erläutert mir Pierre Helg. »Im ganzen Land wahrscheinlich Zehntausende. Hier auf dem Plateau bauen die Menschen Gemüse, Ananas, Apfelsinen an. Im Morgengrauen verkaufen sie sie auf dem Markt von Wuze oder Garki. Doch infolge der Straßensperren verdoppelt sich der Preis ihrer Ware, manchmal vervierfacht oder verfünffacht er sich sogar, bevor sie auf den Markt kommen [...]. Die Polizisten bekommen nur unregelmäßig Löhnung. Man muss Verständnis für sie haben. Auch sie müssen ihre Familien ernähren.«

Abuja ist eine Stadt, die praktisch genauso teuer ist wie Tokio, Genf oder New York. Die 8000 Quadratkilometer des Bundesdistrikts beherbergen

Hunderte von kleinen landwirtschaftlichen Siedlungen, Dörfern, Rinder-, Zebu- und Hühnerfarmen, Gemüse- und Obstplantagen. Wegen der polizeilichen Wegelagerei erhöht sich der Preis aller Produkte erheblich, bevor sie die Märkte von Garki oder die Zonen 1 und 2 von Wuzze erreichen.

Die Folge: Die Einkünfte des Bauern, des Gemüsegärtners, des Viehzüchters im Bundesdistrikt bleiben unverändert armselig, und die Verbraucher von Abuja zahlen maßlos überhöhte Preise.

Die National Police Force von Nigeria zählt hundertvierzigtausend Frauen und Männer. Ihre Devise ist: »*Serve and protect.*«

Die Praxis sieht anders aus. Die Presse klagt: »Die Checkpoints dienen dazu, von den Autofahrern Geld zu erpressen [...]. Die polizeiliche Wegelagerei, die Erpressungen auf den Landstraßen und in den Städten haben ein unerträgliches Ausmaß erreicht. Andere [auf das Konto der Polizei gehende] Verbrechen nehmen ebenfalls zu: Entführung, Raub, Mord.«²

Die Korruption wütet auf allen Ebenen der Hierarchie. Der Inhaber des höchsten Dienstgrads der Nationalpolizei trägt die Bezeichnung Generalinspekteur. Der vorletzte wurde verhaftet und vor Gericht gestellt. Man hat sein Vermögen eingezogen (zumindest den in Nigeria befindlichen Teil). Er musste dem Staat eine Summe von 132 Millionen Dollar zurückzahlen ... Sein Nachfolger heißt Ehindero Sunday. Er hat sich eine wahre Herkulesarbeit vorgenommen: eine Horde von Straßenräubern in eine Schutztruppe für die Bevölkerung umzuwandeln.

Noch eine halbe Stunde Fahrt in der Hitze des Harmattan, und unser Fahrzeug biegt in eine prächtige Allee mit Königspalmen ein. Am Parkeingang werden wir von privaten Sicherheitsleuten, jungen Männern in tadellosen Uniformen, peinlich genau kontrolliert. Dann hält das Fahrzeug ein zweites Mal vor dem prunkvollen Portal des Hotels Transcorp-Hilton.

Der Palast gehört der Transcorporation of Nigeria. Und die wiederum gehört der Familie von General Olusegun Obasanjo, dem Präsidenten der Republik.³

Unter dem grauen schweren Harmattan-Himmel ist Abuja ein Gewirr von Ausfall- und Ringstraßen, Verwaltungshochhäusern, Bürotürmen, prachtvollen Villen (mit Swimmingpool, Garage, gepflegten Rasenflächen, Überwachungskameras und Ringmauern), Bankpalästen, Kasernen, Pferderennbahnen, Paradeplätzen, riesigen Moscheen mit vergoldeten Kuppeln ... Man sieht dort auch Kirchen, eine Kathedrale, Luxushotels, Restaurants. Und vor allem, in den Randbezirken, endlose Elendsviertel. In

der Innenstadt herrscht grauer Beton vor. Das Wellblech, die Holzbretter, die Lehmmauern in den Außenbezirken beherbergen die anonyme Menge der kleinen Beamten, der hungernden Arbeitslosen, der armen Familien, der Hausangestellten.

Die Hauptstadt erstreckt sich über eine Fläche von 250 Quadratkilometern. Wie viele Menschen leben dort? Die plausibelste Schätzung beläuft sich auf drei Millionen Einwohner. Doch jede Woche strömen neue Migranten in die Stadt.

Die Landschaft um Abuja ist herrlich, mit diesen Felsspitzen, die aus der schwarzen Wüste der Hochebene emporragen. Seltene Bäume, viele Büsche, zwei Flüsse, Usama und Guara, unterbrechen die Eintönigkeit der Steine. Während der Regenzeit sind die Hügel mit einem Teppich aus Gras und leuchtenden Blumen bedeckt.

1976 beschloss die Regierung von General Murtala Mohammed, die Bundeshauptstadt von Lagos genau in die Mitte des Landes, auf die Jos-Hochebene, zu verlegen.

Dem lag der Gedanke zugrunde, eine »neue Hauptstadt« zu errichten, die von »der Einheit und Größe der Nation zeugte«. Aber verwechseln Sie es nicht mit Brasilia oder Chandigarh: keine Spur von einem Niemeyer oder Le Corbusier.

Abuja ist ein städtebaulicher Albtraum. Die Arroganz seiner maßlosen Bauten aus grauem Beton ist niederschmetternd. Die ganze Gewalt und Verachtung gegenüber gewöhnlichen Menschen, die die verschiedenen Militärregimes seit 1966 an den Tag gelegt haben, kommen in der nigerianischen Hauptstadt zum Ausdruck. Die aggressive Diskriminierung manifestiert sich in diesen hochmütigen Türmen, diesen maßlos luxuriösen Villen, den schmutzigen und endlosen Elendsviertel am Stadtrand. In Abuja ist die Arroganz zu Stein geworden.

Zwischen den »zentralen Zonen« – die offizielle Bezeichnung der Verwaltungsviertel und Wohnquartiere für die Angehörigen der Führungsschichten – und dem Meer der Elendsbehausungen, das den fernen Stadtrand bedeckt, sind die Verkehrsverhältnisse schwierig und der Personenverkehr problematisch.

Bis Oktober 2006 sorgten im Wesentlichen Mofas und Moto-Taxis für die Beförderung der Arbeiter und der Scharen von Arbeitslosen auf der Suche nach einem Gelegenheitsjob. Doch 2006 untersagte der für den Bundesdistrikt zuständige Minister per Erlass die Moto-Taxis. Der angegebene Grund? Moto-Taxis belasten die Umwelt und sind zu laut.

Deshalb beschloss der Minister, sie durch einen Bus-Liniendienst zu ersetzen.

Eine kleine Einzelheit: Die Busgesellschaft, die heute das Monopol innehat und täglich mehrere zehntausend Personen zwischen Peripherie und Stadtmitte hin- und herbefördert, gehört einem nahen Verwandten des Ministers.

Der Plan, Abuja zur Hauptstadt Nigerias zu machen, ist aus der krankhaften, jedoch verständlichen Furcht vor dem Auseinanderbrechen des Landes geboren. Um die Situation zu verstehen, ist ein kurzer Abstecher in die Geschichte unentbehrlich.

In der Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober 1960 verzeichnete die Geschichte Nigerias einen tiefen Einschnitt. Um Mitternacht wurde die Unabhängigkeit ausgerufen. Ein Meer von Menschen überschwemmte die Straßen von Lagos. In einiger Entfernung, im Hafen, gingen die letzten Soldaten der britischen Garnison an Bord der Schiffe. Aus Hunderttausenden von Kehlen erschallte es:

»Nigeria, Nigeria, Nigeria is free today.«

Nnamdi Azikiwe, ein Intellektueller vom Volk der Ibo mit ungewöhnlichem Charisma und einer klaren, strategischen Vorstellung von der Zukunft, wird der erste Präsident des unabhängigen Staates. Augenblicklich muss er ein dringendes Problem angehen: das Zerbrechen des Staatsgebietes, den Riss zwischen Nord und Süd, die Konfrontation zwischen Muslimen und Christen. Zwischen den wichtigsten Völkern droht der Bruderkrieg.

Azikiwe setzt eine Bundesrepublik durch.⁴

Auf der Fläche von fast einer Million Quadratkilometern, die Nigeria umfasst, leben mächtige Völker (Fulani, Hausa, Ibo, Yoruba und andere), Träger großartiger Kulturen und eines jahrhundertealten symbolischen, künstlerischen und religiösen Erbes; sie sind stolz auf ihre kollektives Gedächtnis und erheben Anspruch auf ihre Identität. Ferner bevölkern noch mehr als zweihundert andere, weniger mächtige, aber auf ihre Identität ebenso bedachte Ethnien das Land. Um die interethnischen Konflikte zu begrenzen, die Hegemoniebestrebungen der großen Ethnien einzudämmen und für den Schutz der Minderheiten zu sorgen, war die Entscheidung für den Föderalismus vollkommen vernünftig.

1966 stürzte ein erster Militärputsch die verfassungsmäßige Regierung und leitete eine ununterbrochene Folge von Militärdiktaturen ein. Diese höhlten die föderalen Institutionen zunehmend aus.

Der Mann, der Nigeria in diesen letzten zwanzig Jahren am stärksten

geprägt hat, ist der Yoruba-stämmige General Olusegun Obasanjo, ein wiedergeborener Christ anglikanischer Observanz. Seine Karriere: Kommandeur der Bundestruppen während des Biafrakrieges; unter der Diktatur des aus dem Norden stammenden Sani Abacha als Oppositioneller gefoltert und eingekerkert; schließlich Staatschef von 1999 bis Mai 2007. Noch immer ist er der mächtigste Mann des Landes.

Heute, mit mehr als 70 Jahren, strahlt dieser Mann noch immer pure Lebensfreude und eine raubtierhafte Lust an der Macht aus. Er ist eloquent und cholerisch. Hinter seiner schmalen Brille sprühen seine Augen vor Intelligenz, Vitalität und Humor. Meist trägt er eine bunte Baumwollkappe, deren Form an eine phrygische Mütze erinnert, eine weite ockerfarbene und braune Tunika und Sandalen, die mit den traditionellen Motiven der Yoruba-Herrscher geschmückt sind. Ich bin ihm begegnet: eine wirklich eindruckliche Persönlichkeit.

1999 hat General Obasanjo seine Machtübernahme durch die Errichtung einer neuen Republik legalisieren lassen. Die Verfassung von 1999, zu deren Architekten er gehört, hat den Residenten von Aso Rock, dem Präsidentenpalast, mit außergewöhnlichen Befugnissen ausgestattet: So ist er zugleich Staatschef, Ministerpräsident und Oberkommandierender der Streitkräfte. Vor allem kontrolliert der Staatschef drei nationale Behörden, deren Macht weit größer ist als die aller Ministerien und sonstigen Institutionen zusammen: die Nationale Wahlkommission, die Antikorruptionsbehörde und die Kommission zur Bekämpfung von Wirtschafts- und Finanzverbrechen.

Die Wahlkommission entscheidet, wer sich zu den (nationalen, regionalen und kommunalen) Wahlen stellen darf und wessen Kandidatur – unter irgendwelchen juristischen Vorwänden – abgelehnt wird. Die Antikorruptionsbehörde und die Kommission zur Bekämpfung von Wirtschafts- und Finanzverbrechen kann die berufliche Laufbahn eines jeden Oppositionellen vernichten, indem sie ihn wegen Korruption oder Wirtschafts- und Finanzverbrechen anklagt, ihn inhaftiert und sein Vermögen einzieht. Die People's Democratic Party (PDP, Volksdemokratische Partei) beherrscht diese drei Instanzen. Sie wird von Obasanjo kontrolliert.

Die Junta der Militärpaten, die ihre Macht im Schatten ausüben, gleicht einem Haifischbecken. Denn bis 2005 hat Obasanjo neben seinen Funktionen als Staatschef auch das Amt des Erdölministers bekleidet ...

Dann haben ihn die anderen Haie gezwungen, die Einkünfte aus dem schwarzen Gold offenzulegen. Diese Einkünfte sind beträchtlich. Nach einer

Berechnung von *Le Monde* haben die nigerianischen Paten während der letzten vierzig Jahre 352 Milliarden Petrodollar kassiert. Diese Summe ist vier Mal so hoch wie die öffentliche Entwicklungshilfe, die die westlichen Staaten in diesem Zeitraum insgesamt für die subsaharischen Staaten Afrikas aufgewandt haben.⁵ In dem Jahrzehnt von 1997 bis 2007 haben sich die Einkünfte Nigerias, und damit der Paten, aus Erdöl und Gas jährlich auf 10 bis 12 Milliarden US-Dollar belaufen.

Hier möchte ich eine Zwischenbemerkung über das nigerianische Erdöl einschieben.

Nigeria ist heute, wie erwähnt, der achtgrößte Erdölproduzent der Welt (2,6 Millionen exportierte Barrel pro Tag im Jahr 2008). Seine Vorkommen werden auf 36 Milliarden Barrel geschätzt (3 Prozent der Vorkommen weltweit). Beim Erdgas vermutet man Vorkommen in Höhe von 5200 Milliarden Kubikmetern (2,9 Prozent der weltweiten Vorkommen). Die Erdölgewinnung vollzieht sich nach einem Vertragssystem, das für die ausländischen Gesellschaften besonders gewinnträchtig ist, die Production Sharing Agreements. Die Gesellschaften übernehmen anstelle des Staates die Vorfinanzierung diverser Kosten: Bohrung (Erschließung neuer Felder), Betriebskosten, Transport, Vermarktung. Anschließend teilen sie die Verkaufserlöse mit dem Staat. Doch diese Teilung findet erst nach Erstattung und Amortisation aller von den Gesellschaften getätigten Investitionen statt. Diese Methode ist eine afrikanische Besonderheit und wird weder im Mittleren Osten noch in Europa oder Nordamerika angewendet. Es wird geschätzt, dass der Staat unter dem Strich 30 bis 50 Prozent des Verkaufspreises einnimmt. Doch weder die Regierung in Abuja noch die ausländischen Erdölgesellschaften sind bereit, die genauen Bedingungen der Production Sharing Agreements auf den Tisch zu legen.⁶

Unter dem Motto »Veröffentlicht, was ihr bezahlt« bemüht sich die internationale NGO Global Witness seit Jahren, die Ölund Gasgesellschaften zu Einkommenstransparenz zu bewegen. Ohne Erfolg. Die Weltbank hat 2007 verschiedene Wirtschaftsprüfungen im Erdöl- und Gassektor vorgenommen, hütet sich aber wohlweislich, die Ergebnisse zu veröffentlichen.

Beispielsweise ist das nigerianische Erdöl von deutlich höherer Qualität als das aus dem Mittleren Osten. Vor allem liegen die Vorkommen näher an der Erdoberfläche, und es lässt sich kostengünstiger verarbeiten. Sein niedriger Schwefelgehalt ist ein unschätzbarer Vorteil für die – außerhalb des afrikanischen Kontinents gelegenen – Raffinerien, sofern sie den immer

strengerer Umweltauflagen unterworfen sind.

Die nigerianische Armee ist eine gesellschaftliche Gruppierung von großer Komplexität und geringer Transparenz. Militärisch erweist sie sich bei innenpolitischer Repression und Aufrechterhaltung der Ordnung sowie bei Einsätzen außerhalb der Landesgrenzen im Auftrag der UNO, der Afrikanischen Union und der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) als äußerst effizient. Sie ist überaus korrupt und von einem maßlosen patriotischen Stolz beseelt.

Obwohl die Truppe ständig von heftigen persönlichen Fehden und traditionellen interethnischen und religiösen Konflikten zerrissen wird, war ihr Oberkommando nur ein einziges Mal uneins: 1967, als sich die reichen Erdölstaaten im Südosten von der Föderation lossagten.

II

Zur Zeit des Biafrakriegs

Der Biafrakrieg führt uns exemplarisch vor Augen, mit welcher Verachtung der Westen die Bevölkerung Nigerias behandelt.

1960, im Augenblick der Unabhängigkeit, waren die Erdöl- und Gasfelder im Delta sowie die Offshore-Felder im Golf von Guinea fest in der Hand der angelsächsischen und holländischen Erdöl- und Gasgesellschaften. Nnamdi Azikiwe versuchte den Würgegriff zu lockern: Er gewährte anderen europäischen Unternehmen, vor allem der französischen Gesellschaft Elf, Schürfrechte.

Nach dem Militärputsch von Oberst Yacubu Gowon am 29. Juli 1966 wurde die Elf-Konzession widerrufen.

Präsident Charles de Gaulle reagierte im Zorn. Er weigerte sich, die Vertreibung von Elf stillschweigend hinzunehmen. Er befahl seinem Geheimdienst, der im benachbarten Gabun über einen wichtigen Stützpunkt verfügte, die Verteidigung der »strategischen Interessen Frankreichs« zu organisieren.⁷ Daraufhin erklärte General Ibo Odumegwu Ojukwu, der Militärgouverneur der Ostregion, am 30. Mai 1967 ihre Unabhängigkeit von der Föderation. Die Ostregion (im Norden von der Provinz Bénoué, im Westen von Kamerun, im Osten vom Fluss Niger und im Süden vom Golf von Guinea begrenzt) beherbergt den größten Teil der nigerianischen Erdölfelder. Dem secessionistischen Gebiet gab Ojukwu den Namen »Biafra«. Hauptstadt: Enugu.

Vierzehn Millionen Männer, Frauen und Kinder, überwiegend den Ibo-Völkern oder ihnen angegliederten Ethnien entstammend, bewohnen diese Region. Doch die Unabhängigkeit des neuen Staates war im Wesentlichen das Werk der französischen Geheimdienste, während die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Biafras die Sezession ablehnte.

In Genf hatte Elf die Werbeagentur Markpress beauftragt, eine »erläuternde« Kampagne zu entwickeln, die sich an die Weltöffentlichkeit wenden sollte. Die Markpress-Behauptungen: In Nigeria würden die muslimischen Militärs die christlichen Bevölkerungen verfolgen; daher

hätten diese Zuflucht und Schutz in dem neuen Staat Biafra suchen müssen. Ihr Präsident General Ojukwu, der hehre Held, verteidigte die Demokratie gegen die Diktatur von Oberst Gowon.

Alles Lüge.

Ojukwu wurde von Frankreich und Elf (fürstlich) bezahlt und mit Waffen versorgt; Gowon von London und Shell.

Französische Söldneroffiziere unter dem Kommando von Hauptmann René Faulques befehligten Ojukwus Soldaten.

Faulques und die anderen mit ihm in Biafra tätigen französischen Militärs gehörten zu den sogenannten »verlorenen Offizieren«. Ihre Vorgeschichte: Im Algerienkrieg zeichneten sie sich durch besondere Brutalität, namentlich in den Folterkellern der Villa Susini in Algier aus. Zwei von Opfern geschriebene Bücher bezeugen die entsetzliche Grausamkeit, mit der Faulques und seine Spießgesellen zu Werke gingen: Henri Alleg, *Die Folter*, Berlin, AufbauVerlag, 1958; Paris, Éditions de Minuit, 1958; Mohamed Sahnoun, *Mémoire blessée*, Paris, Presse de la Renaissance, 2007. Als de Gaulle sich 1961 entschloss, mit den algerischen Aufständischen zu verhandeln, rebellierte Faulques und seine Kumpane. Sie waren in der OAS (*Organisation de l'Armée Secrète*) organisiert. Der Putsch wurde niedergeschlagen, die überlebenden Putschisten tauchten ab.

Im September 1961 waren Faulques und seine Komplizen dann in Katanga aufgetaucht. Diese rohstoffreiche Bergbauprovinz hatte sich im Juli 1960 von der Republik Kongo losgesagt und ihre Unabhängigkeit als »Staat Katanga« ausgerufen. Es ging darum, die reichen Kupfer-, Uran- und Goldminen der Kontrolle der nationalrevolutionären Zentralregierung von Patrice Lumumba zu entziehen und die Monopole der westlichen Konzerne zu sichern. Zurück zu Biafra. In Enugu behauptete Faulques, für die westliche Zivilisation, das Christentum und die »Demokratie« zu kämpfen. Allen OAS-Offizieren war der Dienstgrad aberkannt worden, nach allen wurde von der französischen Polizei gefahndet, der Geheimdienst jedoch finanzierte sie.

Für den Nachschub an Munition und Waffen, für die Evakuierung von hochrangigen Verwundeten und ihren Familien, für den Transport der Söldner hatte Elf zwei Luftbrücken eingerichtet: die eine von Libreville, die andere von Abidjan aus, beide endeten in Enugu.

Der Krieg dauerte dreißig Monate. Es kam zu grauenhaften Massakern.

Bilanz: fast zwei Millionen Tote, Millionen Kriegsversehrte, Hunderte von niedergebrannten Städten und Dörfern.

Dann versöhnten sich die hohen Herren von Elf und von den (angelsächsischen und holländischen) Konkurrenzunternehmen. So wurde am 12. Januar 1970 im Hotel Crillon, Place de la Concorde, ein Abkommen geschlossen, welches die nigerianische Ölund Gasbeute neu aufteilte.

Daraufhin endete der Krieg.

Nach einem kurzen Exil in Gabun kehrten Ojukwu und seine überlebenden Generäle wieder in ihre Villen in Lagos zurück. Das Oberkommando verzieh ihnen ihre flüchtige geistige Umnachtung.

Der Bevölkerung Biafras blieb nach ihrem Martyrium nichts anderes übrig, als ihre Toten zu begraben und zu beweinen.

III

Die Wahlfarce

Der Westen gründet seine moralische Überlegenheit, seinen Anspruch auf Universalität bekanntlich auf die »Demokratie« und die »Menschenrechte«. Schauen wir uns diesen Anspruch einmal näher an.

In Nigeria ist der Prokonsul des Westens der britische Hochkommissar (Botschafter). Nigeria gehört zum Commonwealth, deshalb trägt der britische Botschafter den Titel eines Hochkommissars. Im Frühjahr 2007 war es Richard Gozney, ein trockener Intellektueller, brillant und mit sympathischem Lächeln. Sein Einfluss auf Nigeria war beträchtlich. Er galt als bestinformierter Mann der Hauptstadt.

Ich fragte ihn: »Wie viele Generäle gehören zu dieser scheinbar allmächtigen Junta?« Gozney: »Etwa zwanzig.«

Später erklärte mir Pierre Helg: »Gozney ist der Einzige von uns [westlichen Diplomaten] der die Handynummern eines jeden von ihnen hat.«

Die Herren von Shell, British Petroleum, Chevron, Elf, Agip, die im Nigerdelta die sagenhaften Öl- und Gasschätze des Landes ausbeuten, sind gezwungen, ausschließlich mit dieser obskuren Junta zu verhandeln.

Doch im Frühjahr 2007 musste der Prokonsul ein schwieriges Problem lösen: Olusegun Obasanjo wollte sich unbedingt eine dritte Amtszeit als Präsident sichern. Bemüht, die »demokratische« Fassade Nigerias zu wahren, meldete der Prokonsul entschiedenen Widerspruch an. Er forderte Obasanjo auf, sich an die Verfassung zu halten, die die Amtszeit des Präsidenten auf vier Jahre und eine einzige Wiederwahl begrenzt.

Bei einem privaten Mittagessen wiederholte der Prokonsul mir gegenüber, was er öffentlich nicht müde wurde zu wiederholen: »*We want free, transparent elections.*«

Hinter diesen schönen Worten verbarg sich ein seit über vierzig Jahren erprobtes System: die sogenannte Vorauswahl.

Hinter den verschlossenen Türen von Aso Rock – dem Präsidentenpalast, eigentlich einer Ansammlung von weißen Prunkvillen in herrlichen Gärten – findet zwischen den verschiedenen Fraktionen der Junta ein hochriskantes

Pokerspiel statt. 2007 war vorgesehen, dass die Macht von den christlichen Yoruba- und Ibo-Generälen aus dem Süden an die muslimischen Generäle des Nordens überging. Friedlich. Ohne Staatsstreich, ohne Morde, ohne Blutvergießen. Der Prokonsul spielte den Schiedsrichter.

Nach der Einigung der verschiedenen Fraktionen der Junta untereinander – über die Aufteilung der Öl- und Gaspfründen, über die Verteilung der Posten im Oberkommando und der Regierung (und über die Verteilung der verschiedenen Gouverneursposten der Bundesstaaten der Föderation) – nimmt der Prokonsul Rücksprache mit den Verantwortlichen der ausländischen Erdölunternehmen. Die Konzerne segnen die Vereinbarung ab.

Dann konnten die Wahlen stattfinden.

Tatsächlich »wählten« im April 2007 fünfundsechzig Millionen Nigerianer ihre Abgeordneten für Senat und Abgeordnetenhaus, die sechsunddreißig Gouverneure der Bundesstaaten, ihre Vertreter in den Regionalversammlungen sowie den Präsidenten der Republik.

Obwohl Obasanjos PDP alle Bundesbehörden und achtundzwanzig der sechsunddreißig Bundesstaaten kontrolliert, ist sie nicht die einzige Partei. Es gibt Oppositionsparteien. Auch sie werden von Generälen geführt. Beispiel: Die All Nigerian People's Party (ANPP, Allnigerianische Volkspartei), die mächtigste aller Oppositionsparteien, wird von dem klugen General Muhammadu Buhari aus dem Norden geführt. Außerdem ist die PDP keine homogene Partei: Sie wird von Rivalitäten, von Interessenkonflikten, religiösen und ethnischen Fehden zerrissen. So gehören Obasanjo und sein erbittertster Feind, General Atiku Abubakar, beide zur PDP.

Die britische Journalistin Kaye Whiteman beschreibt die Gemütsverfassung, in der sich fünfundsechzig Millionen Wählerinnen und Wähler am Vorabend der Wahl vom April 2007 befanden, wie folgt: »Für die Mehrheit der Nigerianer ist die Vorstellung freier und fairer Wahlen eine Utopie. Seit den sechziger Jahren hängt den Wahlen der Ruf an, fest auf Betrug, Einschüchterung und Gewalt gegründet zu sein. Die einzige Wahl, die anerkanntermaßen mit mehr oder weniger rechten Dingen zugeht, war die des Yoruba-Fürsten Chief M. K. Abiola im Jahr 1993, aber sie wurde durch den Militärputsch von Ibrahim Babangida annulliert. Selbst unter der neuen Regierung der 1999 neugegründeten Republik leben die alten Gewohnheiten unvermindert fort. Die höchsten Offiziere der Armee, die sich jedes Mal vereinen, wenn ihr System in Gefahr ist, erinnern an die

Bourbonen, die nichts gelernt und nichts vergessen hatten.«⁸

Und der *Observer* schrieb: »Die Hoffnung von Millionen Nigerianern, dass diese Wahlen – die einer schrecklichen Folge von militärischen Staatsstreichern ein Ende setzen sollten – einen endgültigen Bruch mit der das Land ruinierenden Praxis der Korruption und der tribalistischen Politik brächten, hat eine Ohrfeige [*a blow*] erhalten.«⁹

In Hunderten von Städten, Ortschaften und Dörfern wurde keine Wahlurne aufgestellt, hatte kein Wahlbüro seine Tore geöffnet. Protestierende Wähler wurden von der Polizei systematisch auseinandergetrieben und niedergeknüppelt.

Mit Blick auf diese Wahlen stellt Nobelpreisträger Wole Soyinka, selbst Nigerianer, trocken fest: »In Nigeria ist die Demokratie besudelt [...]. Unsere Nation wird keinen Schritt weiterkommen, solange die Paten entscheiden können, welche Gesetze angewendet werden [...]. In Nigeria ist die Politik Ekel erregend.«¹⁰

Serge Michel hat die Wahlen von 2007 für die Tageszeitung *Le Monde* in Ibadan, im Bundesstaat Oyo, beobachtet. Der örtliche Machthaber heißt König Lamidi Adedibu und ist ein traditioneller Yoruba-Herrscher von fünfundsiebzig Jahren, der mit Obasanjo verbündet ist. Der Journalist konstatierte, dass in bestimmten Stadtvierteln, die hinsichtlich der Wahl als »wenig sicher« eingestuft waren, Dutzende von gedungenen Schlägern die Wahlbüros angegriffen, die Urnen geraubt und zerstört hatten, während in anderen Wahlbüros die Wahlzettel, die die Bürger in die Urne legten, zuvor von Polizisten kontrolliert wurden.

Mehrere Oppositionskandidaten wurden angegriffen und verletzt, andere ermordet.

Hören wir Serge Michel: »Später am Tag machte ein in Ibadan stationiertes Kommando der zweiten Division der nigerianischen Armee einen höflichen Besuch im Kral des Königs, um einige dort befindliche, mit Wahlzetteln gefüllte Urnen an sich zu bringen. Nicht zum ersten Mal beschlagnahmten sie solche dort nicht hingehörige Dinge: Mitte Januar handelte es sich um sechs Maschinen zur Herstellung von Wahlzetteln.«¹¹

Gelegentlich kommt es zu spektakulären Kehrtwendungen. Doch stets gelingt es dem Potentaten, die Kontrolle zu behalten. Serge Michel: »Der Gouverneur [des Bundesstaates Oyo], der drei Jahre zuvor nach der gleichen Methode von Lamidis Gnaden die Wahl gewonnen hatte, ein gewisser Rashidi Ladoja, war es leid, dem König eine monatliche Steuer von zwei Millionen Dollar zu zahlen und dessen Freunden

Schlüsselpositionen im Staat Oyo zuzuschancen. Er brach mit dem König. Dem wutschnaubenden Lamidi Adedibu gelang es, ihn von der Bundesregierung absetzen zu lassen.«

Am Samstag, dem 21. April 2007, dem Ende dieser Farce, wurde Umaru Musa Yar'Adua, 56, der farblose Gouverneur des muslimischen Bundesstaates Katsina, mit fünfundzwanzig Millionen Stimmen zum Präsidenten gewählt. Sein Gegner, General Muhammad Buhari, brachte sieben Millionen Wähler auf seine Seite. Yar'Adua war der Kandidat von Obasanjo und der PDP. Sein Bruder, General Shehu Musa Yar'Adua, war lange Jahre hindurch Militärberater des Paten von Aso Rock gewesen.

Max van Berg, Missionschef der von der Europäischen Union entsandten Wahlbeobachter, sagt: »Ich war 2003 dort, die Wahlen waren nicht in Ordnung. Seit damals haben wir gearbeitet und mit den Nigerianern wirklich gehofft, dass es einen demokratischen Übergang geben würde. Trotz allem sehen wir wieder Wahlen, die von Betrug und unzähligen Unregelmäßigkeiten gekennzeichnet sind. Das tut verdammt weh.«¹²

Van Bergs Bericht ist niederschmetternd. Ende Mai 2007 in Brüssel amtlich vorgelegt, stellt er fest, dass in acht der sechsunddreißig Bundesstaaten die Wahl einfach nicht stattfinden können, weil Polizisten, Soldaten und private Milizionäre Zehntausende von Wählerinnen und Wählern daran hinderten, sich den Wahlbüros zu nähern. Dutzende Menschen wurden an Polizeisperren, in Wahlbüros oder bei Zwischenfällen während des Transports der Urnen in die regionalen Wahlzentren getötet.

Am Morgen des 29. Mai 2007 befand sich eine endlose Kolonne von Polizisten auf blitzenden Motorrädern, politischen Honoratioren, Generälen und Stammesherrschern in gepanzerten Mercedeslimousinen auf dem Weg zum Eagle Square im Stadtzentrum Abujas. Auf den Dächern wachten Scharfschützen. Eine Dreifachkette schwer bewaffneter Soldaten stand einer bescheidenen Protestmenge gegenüber. Aktivisten der Oppositionsparteien und der Gewerkschaften hatten angekündigt, dass sie versuchen würden, die Vereidigungszeremonie zu verhindern. Doch ihr Demonstrationszug war noch vor dem Erreichen des Stadtzentrums mit Gummiknüppeln auseinandergetrieben worden.

Für den 29. Mai hatten die Gewerkschaften den Generalstreik ausgerufen. In der Mitte des Podests, kaum zu sehen unter all den Würdenträgern, stand Umaru Musa Yar'Adua, leise lächelnd, ein Mann Mitte fünfzig, mittelgroß, zierlich, Narben im Gesicht. An diesem Tag trug er eine Tunika und einen Tarbusch von makellosem Weiß, um die Brust die grünweiße

Präsidentenschärpe. Dann leistete er den Schwur auf die Verfassung.

Ein Fahnenwald, hunderte Flaggen, die den Eagle Square wie eine Schutzhecke umgaben, flatterten in der Morgenbrise. Mit der bissigen Ironie der Yoruba kommentierte Wole Soyinka das Ereignis wie folgt: »Vermutlich sind sich alle darüber einig, dass das, was man im April 2007 in Nigeria als Wahlen durchgehen ließ, einen Missbrauch des Wortes ›Demokratie‹ darstellte.«¹³ Mit Blick auf Yar'Adua fügt er hinzu: »Der Mann ist eine Marionette.«¹⁴

IV

Bestechung als Herrschaftsinstrument

In der südlichen Hemisphäre herrscht der Westen häufig durch Bestechung. Die Methode ist kostspielig, aber sie bietet beträchtliche Vorteile. Vor allem garantiert sie eine wirksame Machtausübung. Die Korruption zerstört die Vertrauensbeziehung zwischen den Bürgern und ihrer Regierung. Sie zersetzt und schwächt den Staat. Ein schwacher Staat, in Misskredit gebracht und handlungsunfähig, ist der Traumpartner für die transkontinentalen Konzerne, zumal im Fall Nigerias, wo mehr als 90 Prozent der Haushaltsmittel des bevölkerungsreichsten Staats Afrikas aus den Gas- und Ölerlösen stammen.

Seit 1966 – unter wechselnden konstitutionellen Masken – an der Macht, praktizieren die Generäle Korruption in großem Stil. Die nimmt unterschiedliche Formen an. Am häufigsten ist die Plünderung der Staatskasse: Ein General oder seine Familie lässt sich von der Zentralbank (oder einem Staatsunternehmen) einen (oder mehrere) Barkredit(e) gewähren. Der Schuldner leistet keine Unterschrift, hinterlegt keine Sicherheit. Er zahlt den Kredit nie zurück.

Diese Kredite belaufen sich in der Regel auf mehrere Millionen Dollar. Sie werden meist direkt auf das persönliche Konto des Kreditnehmers in London, New York, Zürich oder Genf überwiesen.

In den meisten Ministerien ist die Unter- oder Überfakturierung eine geläufige Praxis, je nachdem, ob es sich um Exportoder Importgüter handelt.

Auf den ausländischen Privatkonten der Generäle gehen regelmäßig gewaltige Summen ein – »Steuern«, die die Konzerne zahlen, um sich das Wohlwollen der Junta-Mitglieder sichern.

Monsieur X. ist ein bekannter Mineralölhändler französischer Nationalität mit Wohnsitz in Genf. Er verbindet große berufliche Tüchtigkeit mit einem außerordentlich kritischen Blick auf das Milieu, in dem er sich bewegt. Ich verdanke ihm wertvolle Informationen über die Korruption in Nigeria.

Denn nichts ist einfach in diesem Geschäft.

Die Junta von Abuja hat die Erdölgesellschaften in der Hand, und die

Erdölgesellschaften haben die Junta in der Hand. Unter dem Druck der UNO und mehrerer NGOs hat Shell einen Verhaltenskodex für seine in Nigeria tätigen Mitarbeiter ausgearbeitet. Die Junta hingegen kennt solche Skrupel nicht. Sie steckt die gesetzlichen und vertraglich vereinbarten Gebühren ein, die Shell an die nigerianische Staatskasse zahlt. Doch damit nicht zufrieden, die Staatskasse zu schröpfen, werden einige Minister, Generäle, Gouverneure oder hochrangige Funktionäre der PDP regelmäßig bei den Chefs verschiedener in ihrer Region tätigen Ölgesellschaften vorstellig. Sie verlangen von ihnen, dass sie »vergessen«, die Befüllung des einen oder anderen Tankers zu buchen. So verschwindet die Ölladung aus der Buchführung der betreffenden Gesellschaft. Sie wird unmittelbar auf dem Spotmarkt (dem freien Markt) in Rotterdam verkauft. Der Verkaufserlös wird anschließend auf das Privatkonto des nigerianischen Nutznießers in Europa oder bei einer Offshore-Gesellschaft auf den Bahamas eingezahlt.

Diese »Phantomfrachter« genannte Praxis ist verbreitet in Nigeria. Internationale Quellen errechnen, dass im Durchschnitt rund fünf Prozent der nigerianischen Ölproduktion gestohlen wird.¹⁵

In der Regel beugen sich die örtlichen Repräsentanten der Ölgesellschaften dem Druck ihrer nigerianischen Gesprächspartner. Täten sie es nicht, hätten sie für sich und ihre Familien üble Vergeltungsmaßnahmen zu befürchten.

Morde an westlichen Staatsbürgern sind im Delta keine Seltenheit.

Allerdings ist festzustellen, dass die westlichen Ölgesellschaften trotz der Gier einiger ihrer nigerianischen Geschäftspartner, nicht gerade zu bedauern sind, wie ihre Jahresbilanzen zeigen.

»Obszön!« lautet das Adjektiv, mit dem Unite, die größte britische Gewerkschaft, den Rekordgewinn des Jahres 2007 (31 Milliarden Dollar) des britischen Zweigs der Shell-Gruppe kommentiert. Ein Ergebnis, das der Hausse der Barrel-Preise auf dem Markt zu verdanken ist – ein Anstieg von 85 auf 99 Dollar im vierten Quartal 2007 an der New Yorker Börse, und das trotz eines Produktionsrückgangs in der gleichen Periode. Unite forderte die Regierung auf, von den britischen Ölgesellschaften Zusatzsteuern zu erheben. Jeroen van der Veer, Generaldirektor der Shell, wies diesen Gedanken entrüstet zurück, da eine solche Steuererhöhung die Prospektierung neuer Vorkommen beeinträchtigen könnte ...

Exxon-Mobile, der zweitmächtigste Konzern in Nigeria, hat 2007 den höchsten Gewinn seiner Firmengeschichte erzielt: 40,6 Milliarden Dollar. Allein im vierten Quartal betrug der Nettogewinn 11,6 Milliarden Dollar,

was einen Anstieg um 14 Prozent gegenüber demselben Zeitraum des Vorjahres bedeutete.

Postskript

Natürlich ist nicht das ganze Land von der Korruptionsseuche befallen. Es gibt eine Vielzahl gesellschaftlicher Gruppierungen, meist jüngeren Datums, eine Zivilgesellschaft mit einem unerhörten Maß an Erfindungsreichtum, Vitalität und Widerstandskraft.

Environmental Rights Action (ERA) und Niger Delta Human and Environmental Rescue Organisation (NDHERO) gehören zu den einflussreichsten Gruppierungen dieser neuen Art. Sie genießen die Unterstützung von Greenpeace International, der Internationalen Naturschutzunion, des World Life Fund und anderer internationaler NGOs. Aber die finanzielle und politische Macht der Paten verurteilt ihren Kampf zur Unwirksamkeit.

Blutspur im Delta

Der Fluss Niger hat das ausgedehnteste Delta der Erde, noch größer als das des Amazonas, des Ganges und des Brahmaputras. Es bedeckt eine Fläche von mehr als 70 000 Quadratkilometern Festland, Meeresküste, sumpfigen Ufern, Lagunen, Mangrovenwäldern, Inseln.

Bewohnt wird das Delta von siebenundzwanzig Millionen Menschen der verschiedensten Kulturen und Berufe – Bauern, Viehzüchtern, Fischern, Händlern, Seeleuten, Ölarbeitern. Hauptsächlich gehören sie zu den Ethnien der Ibo, Ogoni, Ibibio, Ijaw, Ekoi, Mbembe, Itsekiri und Urhoboan.¹⁶ Acht der sechsdreißig Bundesstaaten der Föderation teilen sich das Delta: Abia, Akwa, Ibom, Delta, Edo, Ondo, Rivers und Cross Rivers.

Heute produziert das Delta mehr als 90 Prozent der Deviseneinnahmen Nigerias.

Zahlreiche transkontinentale Gas- und Ölkonzerne beuten die Vorkommen des Deltas und des Festlandssockels aus. Der mächtigste unter ihnen ist die Royal Dutch Shell Group. Sie besitzt offshore und onshore über tausend Ölquellen und betreibt ein Pipelinesystem von über sechstausend Kilometern.

Shell ist ein Konglomerat aus mehr als tausendsiebenhundert verschiedenen, auf allen Kontinenten tätigen Unternehmen. 60 Prozent gehören der niederländischen Royal Dutch Shell; 40 Prozent der britischen Shell Transport and Trading Company. Diese beiden Gesellschaften – die holländische und die englische – arbeiten seit 1903 weltweit zusammen. Gemeinsam besitzen sie beispielsweise die US-amerikanische Shell Petroleum Company, die Shell South Africa, die Shell Argentina etc.

Theoretisch gehört das nigerianische Öl und Gas der Föderation.¹⁷ Diese vergibt Schürfrechte an ausländische Privatunternehmen.

In Nigeria verwertet Shell seine Rechte über vier verschiedene Unternehmen: Die Shell Petroleum Development Company kontrolliert ein Gebiet von mehr als 30 000 Quadratkilometern des Deltas, 6000 Kilometer Pipelines, 90 Erdölfelder, 73 Pumpstationen und, auf der Insel Bonny und in

Forcados, die beiden größten Ausfuhrterminals. Seine Förderanlagen, Labors, Bürotürme und Hotelplattformen beherbergen 4500 ausländische Angestellte. Außerdem sind 20 000 einheimische Mitarbeiter in dem Unternehmen beschäftigt.

Die Shell Nigeria Exploration and Production Company ist auf die Erforschung und Nutzung von Offshore-Vorkommen spezialisiert. Dank der von ihr entwickelten modernsten Technik beutet diese Gesellschaft seit 1999 vor allem Öl- und Gasfelder aus, die mehr als 120 Kilometer vor der Küste liegen, unter 1000 bis 1100 Meter tiefem Meeresgrund. Allein das Bonga-Feld erstreckt sich über 60 Quadratkilometer und lieferte (2008) 225 000 Barrel Öl und 150 Millionen SCF (*Standard Cubic Feet*) Gas pro Tag.

Die Shell Nigeria Gas Limited vertreibt Gas an industrielle Abnehmer.

Die Shell Nigeria Oil Products Limited befasst sich mit der Herstellung und dem Vertrieb einer Vielzahl von Mineralöl- und petrochemischen Produkten, vom Diesel bis zum Flugbenzin.

Regelrechte Schwindelanfälle löst bei mir die Lektüre der verschiedenen jüngeren Shell Nigeria Annual Reports aus. Denn jedes im Delta operierende Shell-Unternehmen ist Aktionär anderer Öl- und Gasgesellschaften, ist an Joint Ventures beteiligt und unterhält Verbindungen von oft unglaublicher juristischer Kompliziertheit. Immerhin zeigt eine solche Lektüre, wer die wichtigsten Partnerunternehmen der Shell im Delta sind: Total, ENI, Agip, Chevron, Sun Oil, Exxon Mobil, British Petroleum und British Gas.

An den Bohrlöchern wird Erdöl gefördert. Doch mit dem Öl tritt Gas aus. Dieses Gas enthält Gifte, die für den Menschen gefährlich sind. In den Ländern mit rechtsstaatlichen Verhältnissen sind Filter Pflicht: Mit ihnen lässt sich das Gas reinigen, bevor es in die Atmosphäre gelangt. In den USA wird jeder Verstoß gegen diese Schutzvorschriften mit Geldstrafen belegt, die bis zu hundert Millionen Dollar betragen können.

Doch in Nigeria wird das Gas aus dem Delta am Ende langer Schornsteine verbrannt. Tag und Nacht flammen die Fackeln, gigantische Feuersäulen, die in den Himmel schießen. Vollkommen straffrei.

Amerikanische Forscher schätzen, dass die Ölfelder des Deltas mehr Kohlendioxid ausstoßen als alle Ölfelder der Erde zusammen.

Auch die Öl-Leckagen (*Oil Spills*), unkontrolliert in die Natur austretendes Öl, ziehen die siebenundzwanzig Millionen Bewohner des Deltas in Mitleidenschaft. Zu solchen Leckagen kann es auf zweierlei Weise kommen: entweder infolge einer Fehlbedienung der hochkomplizierten

Förderanlagen der transkontinentalen Gesellschaften oder durch Materialfehler. Die Ölmengen, die bei solchen Zwischenfällen verloren gehen, spielen für die Gesellschaften keine Rolle. Für Mensch und Tier, für Pflanzen und Trinkwasser haben sie hingegen katastrophale Folgen.

1989 zerbrach der Öltanker Exxon Valdez vor Alaska nach Strandung auf einem Felsen und verursachte damit die größte Umweltkatastrophe, die die Vereinigten Staaten jemals erlebt hatten. Im gleichen Jahr traten bei den Leckagen in Nigeria viermal so große Ölmengen aus wie im Fall der Exxon-Valdez. Die Zahlen sind eindrucksvoll. 2005 wurden einundfünfzig Leckagen verzeichnet; 2006 achtunddreißig, 2007 sechsunddreißig, wie aus dem Bericht der NGO ERA (Environmental Rights Action, Lagos, 2008), hervorgeht.

Überall im Delta flattert die weiße Shell-Flagge mit der berühmten gelben Muschel und rotem Rand. Sie bezeugt den stolzen Machtanspruch von Shell. Doch in den Augen der unterernährten Bauern und Fischer, ihrer Kinder und Frauen ist diese Flagge ein Symbol der Arroganz und Unterdrückung. Denn die Landwirtschaft siecht dahin, die Ölpalmen ersticken an den schwarzen Qualmwolken, die sich über den Fackeln bilden.

Immer wieder werden Ölleitungen undicht, mit katastrophalen Folgen für das Grundwasser. In der Bucht von Bonny und im River-State ist die Küstenfischerei nur noch eine ferne Erinnerung.

So haben die Beutejäger der transkontinentalen Ölkonzerne mit ihrer hemmungslosen Profitgier die Existenz von Millionen nigerianischen Fischern, Landwirten, Viehzüchtern und Gemüsebauern zerstört.

In den ölverseuchten Mangrovenwäldern verenden auch die Affen. Die Korrosion, verursacht von den schwappenden Ölteppichen in den Buchten, zerfrisst die Fischerboote. Der Himmel ist schwarz.

Das empfindliche Ökosystem des Deltas – eines der reichsten, aber auch anfälligsten des Planeten – wird zerstört.

Heute tobt im Delta einer der blutigsten, aber auch heimlichsten Kriege der Welt.

Der stärkste Arm des bewaffneten Widerstands, die MEND, Movement for the Emancipation of the Niger Delta (Befreiungsbewegung für das Nigerdelta), besitzt große militärische Schlagkraft. Ihre mehrere tausend Kämpfer verfügen über schnelle Außenborder, bestückt mit schweren Maschinengewehren. Diese Kämpfer, die Gesichtsmasken tragen und strikte

Anonymität wahren, rekrutieren sich im Wesentlichen aus dem Volk der Ijaw, der stärksten Ethnie des Deltas. In den Jahren 2007 bis 2009 fanden die spektakulärsten Angriffe in den Bundesstaaten Bayelsa und Rivers statt, Kerngebiete des Ijaw-Lands.

Die MEND besitzt einen leistungsfähigen Nachrichtendienst und gut funktionierende Kommunikationssysteme, die sich vor allem auf Satellitentelefone stützen.

In praktisch allen Städten und Dörfern des Deltas können die Kämpfer der MEND auf die logistische Unterstützung der Bevölkerung zählen, die ebenso geheim wie wirksam ist, und die unzähligen Verstecke nutzen, die die Bundespolizei und die Eingreiftruppe offenbar nicht ausheben können. Der Alltag im Delta ist von Mordtaten, bewaffneten Überfällen und Kämpfen geprägt.

Woher kommen alle diese schnellen Zodiac-Schlauchboote, Sturmgewehre, Satellitentelefone, Granatwerfer, Tretminen, Maschinengewehre und Raketen, über die die MEND-Kämpfer verfügen? Durch wiederholte Geiselnahmen ist es der MEND gelungen, sich eine beträchtliche Kriegskasse zuzulegen. Die hat sie sicherlich dazu benutzt, die Angehörigen der zu ihrer Verfolgung eingesetzten nigerianischen Elitetruppen zu bestechen und von den nigerianischen Offizieren modernste Waffen zu kaufen.

Die verschiedenen westlichen Ölgesellschaften liefern sich einen erbitterten Konkurrenzkampf, um neue Lizenzen zu bekommen oder eine Verlängerung der alten zu erwirken. Daher ist es nicht ausgeschlossen, dass einige von ihnen die eine oder andere MEND-Einheit irgendwo im Delta heimlich finanzieren und mit Waffen versorgen.

Ein Beispiel: Im März 2007 haben MEND-Guerilleros wichtige Einrichtungen der italienischen Gesellschaft Agip angegriffen. Nach einem kurzen Scharmützel mit dem Wachpersonal von Agip und den rasch an den Ort des Geschehens entsandten nigerianischen Soldaten sprengten die Kämpfer eine Pipeline in die Luft, was die Agip-Produktion um 67 000 Barrel pro Tag reduzierte. Mehrere Ingenieure wurden entführt.

Eine andere Bewegung, die »Brigaden der Märtyrer«, ist noch rätselhafter als die MEND. Sie ist nicht in einer bestimmten Ethnie verwurzelt. Daher weist sie in ihrer multiethnischen und klassenübergreifenden Vielfalt (dort kämpfen Akademiker und Fischer Seite an Seite) alle Charakteristiken einer bewaffneten Befreiungsbewegung klassischer Prägung auf. Sie beruft sich auf einen Intellektuellen namens

Alhadji Mujahid Dokubo Asari. Er hatte 2006 zum »totalen Krieg« aufgerufen. Wenig später wurde er in einem Versteck in einem Außenquartier von Lagos von Spezialeinheiten der Armee verhaftet. Er ist seither verschollen.

Der Großbrand der Shell-Anlagen im Südosten des Deltas im März 2007 ist das Werk der »Brigaden der Märtyrer«. Genauso wie das Attentat, das die Hauptleitung der Gesellschaft zerstörte, die Pipeline, die zum Mündungsarm von Opobo führte, etwa fünfzig Kilometer südwestlich von Port Harcourt. Diese beiden Angriffe haben Shell gezwungen, seine Produktion auf 187 000 Barrel pro Tag zu verringern.¹⁸

Eine Politik der verbrannten Erde zu praktizieren, die Eindringlinge zu vertreiben, die Paten von Abuja zu liquidieren – dem Programm der Brigadisten fehlt es nicht an Schlüssigkeit.

Eines schönen Januartages im Jahr 2007 hielten die traditionellen Könige und Herrscher in Kula, einer Stadt im Bundesstaat Rivers, eine Versammlung ab. Bei Anbruch der Dunkelheit umzingelte ein Kommando junger Leute in Masken, mit Sturmgewehren bewaffnet, das Haus. Sie drangen gewaltsam in den Festsaal ein, schossen ein Dutzend der anwesenden Würdenträger nieder und verletzten mehrere andere.

Die »Brigaden der Märtyrer« werfen den traditionellen Herrschern vor, den verschiedenen Völkern des Deltas Unterwerfung zu predigen, den Widerstand zu verleumden oder, schlimmer noch, gemeinsame Sache mit den »ausländischen Unterdrückern« zu machen.¹⁹

Der bewaffnete Widerstand wird von Jahr zu Jahr waghalsiger, effizienter. Beispiel: Im Morgengrauen des 14. Mai 2009 stürmten maskierte MEND-Kämpfer vor der nigerianischen Südküste das Hochseeschiff MW-The Spirit und brachten fünfzehn ausländische Geiseln in ihre Gewalt.²⁰

Mit schweren Maschinengewehren bestückte »Speedboats« der MEND griffen in einer Juninacht 2008 die von Shell betriebene Bohrinsel Bonga, hundert Kilometer vor der Küste gelegen, an, entführten die Bewohner und sprengten die Plattform.²¹

Die nigerianische Regierung erklärte in einem Kommuniqué vom Juni 2009, dass die »Sabotageakte« der Guerillagruppen im Delta die Staatskasse mit einem täglichen Verlust von 8 Milliarden Nairas, umgerechnet etwa 39 Millionen Euro, belasteten.²²

Nicht aller Widerstand im Delta ist gewalttätig. Das bezeugt das Schicksal des Schriftstellers Ken Saro Wiwa.

Am Freitag, dem 10. November 1995, stieg die Morgenröte über dem Zentralgefängnis von Port Harcourt auf. Soldaten des nigerianischen Bundesheers stürmten in die Zellen von Ken Saro Wiwa, damals vierundfünfzig Jahre alt, und von acht weiteren Gefangenen. Brutal rissen sie sie aus dem Schlaf, legten ihnen Handschellen an und stießen sie in den Gefängnishof. Dort stand der Galgen. Nacheinander wurden die acht jungen Leute gehängt.

Als Letzten richteten sie Ken Saro Wiwa hin.

Die neun zu Tode gebrachten Männer gehörten alle dem Volk der Ogoni an.

Ken Saro Wiwa war ein weltweit bekannter Schriftsteller.²³

Als überzeugter Umweltschützer hatte er eine friedliche Protestbewegung organisiert, Movement for the Survival of the Ogoni People (MOSOP). Er hatte die europäische und amerikanische Presse informiert, ans Europäische Parlament, die UNO, die Organisation für afrikanische Einheit geschrieben. Vergeblich. General Sani Abacha ertränkte die friedlichen Demonstrationen der Ogoni im Blut.

Am Montag, dem 13. November 1995, drei Tage nach der kollektiven Hinrichtung von Port Harcourt, wurde die Bundesrepublik Nigeria aus dem Commonwealth ausgeschlossen. Alle westlichen Länder beriefen ihre Botschafter aus Abuja ab.

Doch kein Jahr später kehrte alles in die alten Geleise zurück. Sani Abacha wurde wieder in den Kreis der nützlichen und deshalb achtbaren Staatschefs aufgenommen. Abacha starb im Juni 1998 bei einer Orgie in Aso Rock, vermutlich an einer Überdosis Kokain. Der Teil seines in der Schweiz gebunkerten Vermögens beläuft sich nach Angaben des nigerianischen Justizministeriums auf 1,8 Milliarden Dollar.

Für Millionen Afrikaner bleibt Ken Saro Wiwa der Martin Luther King des Deltas. Seine Verteidigungsrede vor den Richtern von Port Harcourt zirkuliert in ganz Nigeria. Widersprüchlichkeit eines als parlamentarische Demokratie getarnten Militärregimes: Ich habe mir sogar am Kiosk des Hotels Transcorps-Hilton in Abuja ein Exemplar auf DVD besorgen können

...

Diese Rede ist außerordentlich maßvoll. An die Adresse der Firmenleitung von Shell gerichtet, sagt der Angeklagte: »Je reicher ihr seid, desto höher erhebt ihr euch über das Gesetz [...]. Die Ölförderung hat mein Land in ein unermessliches Ödland verwandelt; die Atmosphäre ist vergiftet, belastet mit den Dämpfen von Methan, Kohlenstoffoxiden, von

Ruß, ausgespien von den Fackeln, die seit dreiunddreißig Jahren vierundzwanzig Stunden am Tag ihre Gase in unmittelbarer Nachbarschaft der Wohngebiete verbrennen. Das Ogoni-Land ist von sauren Niederschlägen sowie den Öl- und Gasausbrüchen verwüstet worden. Das Netz der Hochdruckleitungen, das die bebauten Flächen und Dörfer der Ogoni überzieht, stellt eine tödliche Gefahr dar. [...] *No matter death, we shall win* [»Was gilt uns der Tod, wir werden siegen.«]

Ken Saro Wiwas Tod wurde spät geahndet. Bei einem New Yorker Gericht reichte sein Sohn eine auf den Alien Tort Claims Act gestützte Verantwortlichkeitsklage gegen Shell ein. Die Klage bezichtigte Shell der Komplizenschaft mit dem Abacha-Regime. Jenes aus dem Jahre 1789 stammende amerikanische Gesetz ermöglicht es, gegen jede irgendwo auf der Welt begangene Menschenrechtsverletzung zu klagen, sofern eine der beteiligten Parteien eine Verbindung zu den USA besitzt. Am Dienstag, dem 9. Juni 2009 – nach Jahren des Prozesses –, gestand Shell seine Schuld ein und schloss mit den Familien der Getöteten einen Vergleich. Als Entschädigung zahlt Shell 15,5 Millionen Dollar.²⁴

Die Unterdrückung, die die Zivilbevölkerung des Deltas erleidet, ist eine endlose Folge von Schrecknissen. Die Angehörigen der von den nigerianischen Paten aufgestellten Spezialtruppe der Joint Task Force führen sich in der Regel wie Barbaren auf, indem sie vergewaltigend, raubend, die Einwohner terrorisierend über die Dörfer und Elendsviertel der Städte herfallen.

Am verhasstesten unter diesen Kommandos ist die »Rivers State Internal Security Task Force«. Sogar Shell hat gelegentlich die von dieser Truppe begangenen Verbrechen verurteilt.

Nur selten nimmt die Weltöffentlichkeit von diesen Massakern Kenntnis.²⁵ Es gibt jedoch einige Ausnahmen. So das Massaker von Odioma im Jahr 2006.

Der griechische Filmemacher Yorgos Avgerropoulos hat in seinem Film *Delta oil's dirty business* die Überlebenden des Blutbads zu Wort kommen lassen. Zunächst haben die Düsenjäger der nigerianischen Luftwaffe die Ortschaft Odioma im Tiefflug überflogen. Dann sind sie zurückgekehrt, um die öffentlichen Gebäude und die Wohnstätten der traditionellen Würdenträger mit Raketen in Brand zu schießen. Gegen Mittag war ein Bataillon der Rivers State Internal Security Task Force auf Lastwagen eingerückt. Die Soldaten hatten die Fliehenden auf den Straßen niedergeschossen. Wer sich in seinem Haus versteckt hatte, war bei

lebendigem Leib verbrannt worden.

Bei Einbruch der Nacht hatten die Überlebenden hundertzwei tote oder schwer verletzte Kinder unter zehn Jahren geborgen.

Was für ein Verbrechen hatten die Menschen in Odioma begangen?

Durch friedliche Besetzungen, Demonstrationen, Eingaben an die Behörden in Abuja und Port Harcourt hatten sie gegen die neuen Bohrungen der Konzerne protestiert, die auf ihren dem Nahrungsmittelanbau dienenden Feldern geplant waren.

Die Task Force hatte ein Ultimatum gestellt: »Entweder ihr gebt die Felder für die Bohrungen frei, oder ihr werdet als ›Gesetzlose‹ behandelt.« Nach Ablauf des Ultimatums hatte sie Odioma zu einer »aufständischen Stadt« erklärt und zerstört.

VI

Lagos, Mülleimer des Westens

An diesem Januartag des Jahrs 2007 sind alle Plätze in der Business-Class belegt. Die Touristenklasse ist praktisch leer.

Neben mir hat eine junge Frau Platz genommen, blond und elegant, in einem malvenfarbenen Kostüm. Sie trägt eine fein gefasste Brille und arbeitet ununterbrochen auf dem Laptop, den sie vor sich auf das Klapp Tischchen gestellt hat. Vollkommen von ihrem Bildschirm absorbiert, spricht sie kein Wort mit mir.

Erschöpft von Wochen der Arbeit und einigen Tagen Skilaufen im Wallis, nicke ich ein.

Acht Stunden später, als wir uns der Küste von Benin nähern, wache ich auf. Meine Nachbarin tippt noch immer auf ihrer Tastatur.

Das Essen wird serviert. Die hübsche Mitreisende schließt endlich ihren Computer. Wir kommen ins Gespräch.

Sie ist Amerikanerin und stammt aus einer Familie von Hochschullehrern in Rochester. Sieben Jahre hat sie in der europäischen Hauptniederlassung von Hewlett Packard in Genf gearbeitet.

Ihr Französisch ist perfekt.

Ihr Mann ist Niederländer, Marineoffizier. Augenblicklich tut er Dienst bei den NATO-Truppen in Afghanistan.

Die junge Frau arbeitet am Hauptsitz der Royal Dutch Shell, Carel van Bylandtlaan 16, Den Haag. Sie ist Expertin für Personalmanagement.

Alle drei Monate fliegt sie nach Nigeria. Mit einer täglichen Fördermenge zwischen 2005 und von 900 000 Barrel Rohöl ist Shell die bei Weitem bedeutendste Mineralölgesellschaft in Nigeria.

Ich frage sie, warum sie nicht lieber auf dem Flughafen Murtala-Muhammed in Lagos aussteige, dem Wirtschaftszentrum des Deltas, das viel näher an den Einrichtungen der Royal Dutch Shell liegt als Abuja.

Die junge Frau antwortet: »Zu gefährlich.« Sie hat recht.

Der Flughafen Murtala-Muhammed ist tatsächlich ein gefährliches Pflaster. Kein Ausländer, der über Geld verfügt, wagt ihn ohne eine

(kostspielige) Eskorte von Leibwächtern zu durchqueren.

Mit seinen fünfzehn Millionen Einwohnern ist Lagos heute nach Kairo die zweitgrößte afrikanische Megapolis. Alleine zwischen 2005 und 2008 hat sie einen Zuwachs von sechshunderttausend Migranten verzeichnet, die auf der Suche nach einer Überlebensebene sind.

Dort ist die Hitze besonders feucht und drückend. Sie klebt auf der Haut, lastet zentnerschwer auf der Lunge, kocht das Gehirn. Der junge Yoruba-Romancier Chris Abani, der wegen »subversiver Betätigung« mehrfach im Gefängnis saß, hat in seinem Roman *Graceland* auf eine höchst lyrische und anschauliche Weise das chaotische Stadtuniversum von Lagos auferstehen lassen.²⁶

Lagos ist der Mülleimer des Westens. Jeden Monat landen in seinem Hafen fast fünfhundert Container mit Sondermüll (Asbest, Säuren, ionische Lösungsmitteln, Elektronikschrott etc.) aus Europa und den Vereinigten Staaten.²⁷

Dieser Giftmüll hat zum größten Teil eine enorme Lebensdauer. Er bedroht mehrere Generationen.

Trotzdem wird er in Lagos unter freiem Himmel gelagert – mit welchen Gefahren für die Anwohner, kann sich jeder ausrechnen.

Auf der Third-Mainland Bridge – der mehrere Kilometer langen Brücke, die den Flughafen mit der Innenstadt und den Inseln Victoria und Ogororo verbindet, wo die weißen Ausländer und reichen Einheimischen wohnen – sind Entführungen an der Tagesordnung.

In der Abenddämmerung stürmen Jugendbanden, die in der Regel für die Polizei arbeiten, die gelben Busse mit der abblätternden Farbe, sobald sie in den *Go-Slows* feststecken, den üblichen Staus in den Armenvierteln Surulere, Ikeja oder Alapere, um die Passagiere auszurauben.

Diese Rowdies haben einen pittoresken Namen: *Area Boys* (Vorstadtjungen). In Wahlkampfzeiten arbeiten sie für die Paten, stehlen Wahlurnen und ermorden aufmüpfige Kandidaten.²⁸

Das ist der Grund, warum die junge Frau neben mir, wie alle Angestellten aus der Zentrale von Royal Dutch Shell in Den Haag, lieber den Umweg über Abuja in Kauf nimmt.

Sie wird eine Nacht im Hotel Transcorp-Hilton verbringen. Am folgenden Tag fliegt ein Lear-Jet der Shell sie nach Port Harcourt. Von dort bringt sie ein ebenfalls der Shell gehörender Hubschrauber auf eine schwimmende Bohrinself im Golf von Guinea, wo sie drei Tage lang mit den Betriebsleitern der Abteilung Förderung und Transport konferiert.

Anschließend kehrt sie auf dem gleichen Weg über Abuja nach Den Haag zurück.

Mehr als viertausend ausländische Belegschaftsangehörige der Shell – Angestellte und Arbeiter – leben und arbeiten auf Dauer in der Region von Bayelsa, Port Harcourt und Calabar.

Die meisten von ihnen schlafen auf See, auf den im Golf verankerten künstlichen Inseln, die zu Gemeinschaftsunterkünften oder schwimmenden Hotels umgebaut wurden: sogar dort von Wachleuten und Stacheldraht geschützt. An Land, unter Nigerianern, zu schlafen, ist gefährlich. Denn in den undurchdringlichen Mangrovensümpfen, dem Reich der Alligatoren, Schlangen und Moskitos, entlang der mehreren tausend Flussarme, Lagunen und Kanäle des unermesslichen Nigerdeltas wütet seit mehr als einem Jahrzehnt der Krieg.

VII

Die Heuchelei der Weltbank

In Nigeria sieht sich der Westen mit einem Problem konfrontiert: Der krasse und permanente Amtsmissbrauch, die Korruption der Paten sind für die entsetzliche Not des größten Teils der Bevölkerung verantwortlich. Und diese Not, diese Verzweiflung der Bevölkerung stellt eine ständige Bedrohung für die Sicherheit der gigantischen westlichen Investitionen dar. Was tun?

Versuchen wir uns zunächst einen Eindruck von diesem Elend zu verschaffen. Die Lebenserwartung liegt in Nigeria, Männer und Frauen zusammengefasst, bei 45 Jahren.

Mehr als 70 Prozent der 140 Millionen Nigerianer leben unter Bedingungen, die die Weltbank als »extreme Armut« bezeichnet. Sie müssen mit weniger als 1 Dollar 25 Cent pro Tag auskommen.

54 Prozent sind permanent und schwer unterernährt. Von zehn Kindern stirbt eines, bevor es fünf Jahre alt ist.

Seit mehr als fünfzehn Jahren errechnet das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) den »Index der menschlichen Entwicklung« (HDI, *Human Development Index*). Wie erwähnt: Zur Bewertung der einzelnen Länder wendet das UNDP folgende Kriterien an: Schulbesuch, medizinische Versorgung, Zugang zu Trinkwasser, politische Freiheiten, wirksamer Schutz der Menschenrechte, Kaufkraftniveau, Prozentsatz der schwer und permanent unterernährten Menschen, Säuglings- und Müttersterblichkeit, Umweltsituation etc. Regelmäßig rangiert Nigeria ganz unten in der Tabelle.

2006 hat das UNDP hundertsevenundsiebzig Länder bewertet.²⁹ Nigeria landete auf dem 159. Rang. Ganz richtig, der weltweit achtgrößte Erdölproduzent gehört zu den zwanzig ärmsten Ländern des Planeten!

Die Hälfte der Nigerianer sind Analphabeten. Nur 64 Prozent der Kinder im schulpflichtigen Alter gehen zur Schule. Schon die Grundschule ist kostenpflichtig, und die Anmeldegebühren sowie die Kosten für die Lernmittel und die obligatorischen Schuluniformen übersteigen die

finanziellen Mittel vieler Familien.

Wie in praktisch allen subsaharischen Ländern Afrikas ist auch die Bevölkerung in Nigeria sehr jung: 45 Prozent sind unter 15 Jahren. Die demographische Wachstumsrate beträgt 2,4 Prozent pro Jahr.

80 Prozent der Bauern besitzen ihr Land als gemeinsames oder Privateigentum. Außerdem steht Land in Hülle und Fülle zur Verfügung: 58 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen liegen brach. Doch die öffentlichen Investitionen in die Agrarwirtschaft zur Nahrungsmittelerzeugung sind praktisch gleich null. Düngemittel sind unerschwinglich, Mechanisierung ist in den meisten Regionen unbekannt, Bankkredite für Ackerbauern, Viehzüchter oder Fischer sind unerreichbar. Sie müssen sich an einen Wucherer wenden. Der nimmt ihre Ernten als Sicherheit und vorfinanziert das Saatgut zu horrenden, jeder staatlichen Kontrolle entzogenen Zinsen.

Aus diesem Grund importiert Nigeria den größten Teil seiner Nahrungsmittel.³⁰

Mit dem Elend kommt die organisierte Kriminalität. In Nigeria ist die Entführung von Kindern, ihre Verschleppung ins Ausland und ihr Verkauf an Pädophilennetze eine lukrative Einnahmequelle für zahlreiche Verbrecherkartelle.

2007 zerschlug Interpol zwei Banden. Die Infiltration eines italienischen Netzes ermöglichte die Verhaftung von sechsundsechzig nigerianischen Kinderhändlern. Andere Ermittlungen – in den Niederlanden – führten zur Festsetzung nigerianischer Polizisten und des Direktors eines Waisenhauses.

Hunderte nigerianischer Kinder sind in den letzten Jahren spurlos in Europa verschwunden. Seit 2000 sind in den Niederlanden 3800 Minderjährige ohne Begleitung aufgenommen worden, überwiegend aus Nigeria. 2007 wurden 238 von ihnen in den Auffanglagern vermisst – vermutlich von Händlern, Komplizen der Pädophilennetzwerke, entführt.³¹

Olusegun Obasanjo, nach eigenem Bekunden ein »*Born again Christian*«, »wiedergeborener Christ«, wie George W. Bush, beendete seine zweite Amtszeit als Staatschef im April 2007. Im Interview mit der Londoner *Financial Times* nach den politischen Leistungen befragt, auf die er besonders stolz sei, nannte der gerissene Yoruba »die Zahl der Milliardäre«, die seiner Tätigkeit zu verdanken sei ... und seine industriell betriebene Hühnerzucht in der Nähe von Lagos.

Eines allerdings bedauerte der Pate von Aso Rock.

Die mörderische Unterernährung, die das Volk zugrunde richtet? Die

Kinderlähmung und die Malaria, diese um sich greifende Krankheit, die Jahr für Jahr zehntausende Kinder umbringt? Das komplette Chaos im Gesundheitswesen und in der Landwirtschaft?

Nicht doch.

Nach acht Jahren an der Spitze des Staates plagten den Paten weit edlere Gewissensbisse. Hören wir ihn selbst: »*Why can't we have a Nigerian among the ten richest persons in the world? ... Why are the others making it and we are not making it? What makes the Russian oligarchy or whatever you call it and those in China, in India more different?*« (»Warum gelingt es uns nicht, einen Nigerianer unter die zehn reichsten Leute der Welt zu bringen? ... Warum schaffen es die anderen und wir nicht? Was macht die Oligarchie, oder wie immer man sie nennen will, in Russland, China und Indien so anders als unsere?«)

Mit sehr britischem Pragmatismus stellt die *Financial Times* fest: »Die neu entstehende Herrschaftsklasse der nigerianischen Politiker und Geschäftsleute scheint unempfindlich für das Leiden der Armen zu sein ... obwohl diese doch weit zahlreicher als jene sind.«³²

Angesichts dieser von Elend und Gier geprägten Verhältnisse ist die Beunruhigung der Herren von Shell, British Gas, Exxon oder Total nur zu verständlich.

Glücklicherweise haben diese Philanthropen Freunde in Washington. Überall in der südlichen Hemisphäre, wo westliche Investitionen von größerer Bedeutung getätigt werden, übernimmt die Weltbank eine Art Vollkaskoversicherung gegen mögliche Volksaufstände.

Die Paten von Abuja haben seit der Unabhängigkeit 352 Milliarden Petrodollar eingestrichen?³³ Sie weigern sich, die notwendigen Gelder in den Nahrungsmittelanbau, in die medizinische Grundversorgung, das Schulsystem, die Krankenhäuser zu investieren? Aufruhr droht? Macht nichts! Die Weltbank deckt die Risiken ab.

Die Weltbank ist die größte Entwicklungsinstitution innerhalb des Systems der Vereinten Nationen. Laut ihren eigenen Statuten ist es ihre Aufgabe, die staatlichen Entwicklungsprojekte der ärmsten Länder der Erde zu fördern, zu unterstützen und zu finanzieren.

Doch in Nigeria (wie in zahlreichen anderen Ländern des Südens, die sich unter der Zuchtrute des Westens befinden) sieht die Wirklichkeit ganz anders aus. Die Weltbank ist hier ganz unverhohlen den Konzernherren, also der Privatwirtschaft des Westens, zu Diensten.

Sie lindert ihre Ängste.

Sie finanziert ein Minimum an sozialen Investitionen, die dazu bestimmt sind, den Volkszorn zu besänftigen. Die Weltbank ist aufs Engste mit den Konzernen und privaten Banken an der Wall Street verflochten. Seit ihrer Gründung im Jahr 1944 wurde sie stets von einem Amerikaner geleitet. Ihr gegenwärtiger Direktor Robert Zoellnick ist ein ehemaliger Minister von George W. Bush.

Der Regionaldirektor der Weltbank in Abuja heißt Hafez Ghanem. Er ist ein korpulenter, lebhafter und herzlicher Ägypter und ein äußerst tüchtiger Volkswirt. Jedes Jahr, so erläutert er, wende die Weltbank durchschnittlich zehn Milliarden Dollar für die dreiundfünfzig Staaten des afrikanischen Kontinents auf. Von dieser Summe fließen zwei Milliarden Dollar allein nach Nigeria!

Um Hungerrevolten zu vermeiden, die die ungeheuren Privilegien der westlichen Konzerne gefährden könnten, tritt die Weltbank ohne zu zögern ihre eigenen Statuten mit Füßen. Die legen nämlich unmissverständlich fest, dass die Investitionen der Bank ausschließlich den ärmsten Ländern zugute kommen sollen. Nigeria ist jedoch eines der reichsten Länder der Erde. Indem die Direktoren der Bank diesem Staat Jahr für Jahr astronomische Summen zukommen lassen, setzen sie sich also fröhlich über ihre eigenen Regeln hinweg.

Die Situation ist absurd. Die meisten subsaharischen Länder Afrikas leben in schrecklicher Not. Doch Nigeria ist unermesslich reich. Wenn die Weltbank also ihre Entwicklungsgelder bevorzugt Nigeria zufließen lässt, dient sie damit den Herren des Öls, während sie gleichzeitig zahlreichen armen Ländern die elementarsten sozialen Investitionen verweigert.

Daraus macht der sympathische Hafez Ghanem übrigens keinen Hehl: »Leider werden die Entscheidungen nicht hier im Regionalbüro getroffen, sondern in Washington.«

VIII

Die Sklavenkinder von Wuze

Wuze-Market II ist ein Chaos, ein endloses Labyrinth von grauen Betonbaracken, Kneipen, eleganten Restaurants, Lagerhäusern, Abstellplätzen für Lastwagen und Eselskarren, zahllosen engen Gassen, mit Plastikabfällen übersäten Straßen, Tausenden von Marktständen unter freiem Himmel, Brunnen, Kapellen, Moscheen.

Eine lärmende, farbige Menge strömt Tag und Nacht hindurch. Völker aus ganz Nigeria und vielen anderen Ländern Schwarzafrikas, aus dem Maghreb, dem Mittleren Orient, den Ufern des Roten Meers sind an ihren Schmucknarben, ihren Kaftanen, Tuniken, Pagnes (Wickeltüchern) oder Sprachen und Gesängen zu erkennen. Ständig sieht man dort Zehntausende trinken, essen, verhandeln, verkaufen, kaufen, beten, singen, umherschlendern.

Der große Frieden der Händler liegt über dem Markt. Die Atmosphäre ist angenehm, man lächelt sich zu. Keine Spur von Aggressivität. Hier preist ein jemenitischer Händler lautstark seine Gewürze und Duftkräuter an, dort bietet ein senegalesischer Juwelier – zu erstaunlich niedrigen Preisen für eine Hauptstadt – seinen prächtigen Schmuck an. Kanister mit Palmöl, Reissäcke, Pyramiden von Zwiebeln, Kartoffeln, Tomaten, Berge von Yamswurzeln, Kisten mit Ananas, mit Kolanüssen, Feuerbohnen, mit Räucherfisch (kaum frischem Fisch), Rippenstücke von Zebus und Ham meln – das alles stapelt sich, so weit das Auge reicht.

Wuze II ist ein reicher Unschlagplatz, der vielfältigste Produkte in großen Mengen anbietet. In den Verkehrsadern der Umgebung fahren schwarze, klimatisierte Peugeots – die Standard-Dienstwagen der Minister, Generäle und hohen Beamten. Ihre hochmütigen Frauen und Mätressen kommen auf den Markt. Doch im Wesentlichen wird der Verkehr von überladenen Eselskarren bestritten.

Von Zeit zu Zeit kommt ein Kamel vorbei.

Die Mehrheit der Käufer ist arm. Sie überlegen lange, zögern, gehen fort, kehren zurück, versuchen, den Preis zu drücken, kaufen schließlich eine

kleinere Menge.

In Nigeria gibt es einen bezaubernden Brauch. Jeder Fremde, der die Schwelle einer Behausung, egal, welcher Art, überschreitet – des Präsidentenpalastes oder der Elendshütte eines Arbeitslosen –, bekommt auf einem Tablett, dort aus Silber, hier aus Holz, drei Kolanüsse gereicht: zwei rote und eine weiße.

Ein Willkommensgruß, Zeichen der Gastfreundschaft.

Als ich in der Abenddämmerung – ein leichter warmer Wind vertrieb die schwarzen Wolken – in einem Gässchen von Wuze II spazieren ging, rief mich mit breitem Lächeln ein Hausa-Händler zu sich. Er lud mich ein, ihm bei einem Glas Tee Gesellschaft zu leisten.

Sein Laden diene gleichzeitig als Restaurant, im Hintergrund des Raums saßen noch einige Gäste bei Tisch. Auf der Grünfläche vor der Moschee ganz in der Nähe verneigten sich die Gläubigen zum Abendgebet.

Eine Matrone von beachtlicher Korpulenz, die einen himmelblauen Pagne und einen Turban von gleicher Farbe trägt, tritt mit strahlendem Lächeln über die Schwelle des Ladens. Sie reicht mir ein Holztablett mit den traditionellen Nüssen.

Der Händler, der die Vereinigten Staaten und England bereist hat, spricht ein perfektes Englisch.

Der Abend ist mild und friedlich. Wir unterhalten uns.

Plötzlich ertönen Schreie. Schmerzensschreie. Durchdringend. Verzweifelt.

Ich springe auf.

Hinter der Baracke entdecke ich die Matrone im blauen Pagne, wie sie, zur Furie geworden, ein kleines Mädchen von vielleicht fünf Jahren mit einer Metallrute schlägt. Dem Kind spritzt das Blut aus Nase und Stirn. Vergebens versucht es sein Gesicht mit den mageren Ärmchen zu schützen. Neben ihm duckt sich ein anderes Mädchen mit verschreckten, verstörten Augen.

Auf der Erde vor den Mädchen befand sich ein großes Becken mit gelblichem Wasser. Neben dem Becken standen zwei wacklige Pyramiden aus Metalltellern und Bechern – das schmutzige Geschirr der Gäste der Schankwirtschaft.

Alles ließ darauf schließen, dass die beiden Mädchen, seit Morgengrauen mit Geschirrwaschen beschäftigt, vor Erschöpfung zusammengebrochen waren.

Jade und Lallah hießen sie. Sie trugen Kopftücher über dem schwarzen Haar und verblichene Kleidchen. Ihre Beine und Arme waren mit blauen Flecken übersät, Spuren früherer Schläge.

Offenkundig waren sie unterernährt.

Sie hatten die Augen von gehetztem Wild, halb flehend, halb resigniert. Im Ohrläppchen und in der Nase trugen sie winzige Goldringe.

Ihre Geschichte war zum Weinen banal: Die beiden Mädchen kamen aus zwei Dörfern des Bundesstaates Kaduna, der Trockensavanne, in der der Hunger grassiert. Die Matrone ließ sich von den Mädchen »Tante« nennen. Das System ist hervorragend eingespielt: Die Frauen aus Abuja, Lagos, Kano begeben sich in die Elendsdörfer des Nordens und versprechen den geplagten Eltern goldene Berge für ihre kleinen Töchter: Schulbesuch, Nahrung, später einen Mann. Sie gehen mit den Mädchen fort. Deren Schicksal? Zwangsarbeit und Schläge vor der Pubertät, danach Prostitution und noch mehr Schläge.

Solche Kindersklaven gibt es zu Hunderttausenden in Nigeria.

IX

Als Angela Merkel Wole Soyinka ohrfeigte

Bei ihren Begegnungen mit Ausländern sind die Nigerianer, egal, welcher Ethnie, Religion oder Kultur sie angehören, stets von großer Herzlichkeit. Doch in ihrem Innersten hegen die meisten unter ihnen einen tiefen Hass auf den Westen.

Sie fühlen sich ständig gedemütigt.

Durch Vermittlung seiner einheimischen Satrapen zwingt ihnen der Westen eine unerbittliche Zwangsherrschaft auf, die jeden Aufstand als aussichtslos erscheinen lässt. Die Ausbeutung der Bodenschätze und der Arbeitskraft des Landes erzeugen abgrundtiefes Elend. Wie gesagt, mehr als 70 Prozent der Bevölkerung sind davon betroffen.

Hier weiß jeder, dass sich die Junta ohne die aktive Unterstützung von Shell, Total, Exxon, Chevron, Agip und den wichtigsten westlichen Regierungen keine drei Monate halten könnte.

Doch im Frühjahr 2007 hat die Verachtung, die die Nigerianer für den Westen empfinden, einen neuen Höhepunkt erreicht.

Kommen wir noch einmal auf die berüchtigten Wahlen jenes Jahres zurück, als Umaru Yar'Adua, Bruder des Generals gleichen Namens und ehemaliger Gouverneur des muslimischen Bundesstaats Katsina, Präsident der Republik wurde. Die britische Wochenschrift *The Economist* charakterisiert die Wahlen vom April 2007 wie folgt: »Die Ursache all dessen [des Wahlschwindels] waren horrende Bestechungen und schamloser Amtsmissbrauch sowie eine politische Kultur, die den Prinzipien der organisierten Kriminalität näher steht als denen der Demokratie [...]. Die April-Wahlen waren von Gewalt und Betrug in einem Maße geprägt, das jeder Vorstellung spottet, selbst derjenigen der leidgeprüften nigerianischen Wähler.«³⁴

Eine machtvolle Zivilgesellschaft ist im Begriff, sich im subsaharischen Afrika zu konstituieren. Auch in Nigeria. So forderte zum Beispiel die Resolution des Sozialen Weltforums vom 20. Januar 2007 in Nairobi »ein Ende des Wahlbetrugs in Afrika«.

Um die nigerianischen Wahlen zu beobachten und die Kritik aus den Reihen der Zivilgesellschaft zu beschwichtigen, hatten die Kommissare der Europäischen Union in Brüssel eine umfangreiche Kommission von Wahlbeobachtern entsandt – mehrere hundert europäische Beobachter, die den verschiedenen Regionen Nigerias zugewiesen wurden.

The Economist spricht von politischem »Gangstertum«. Der Bericht der europäischen Wahlbeobachter verwendet eine etwas gepflegtere Sprache, kommt im Prinzip aber zu gleichen Schlussfolgerungen: Die nigerianischen Präsidentschaftswahlen 2007 glichen einer Farce. Umaru Yar'Adua besitzt nicht die geringste demokratische Legitimation.

Zum G-8-Gipfel im Juni 2003 in Evian hatte Jacques Chirac, damals Präsident der Französischen Republik, in das Grand Hôtel du Parc neben seinen Amtskollegen aus den wichtigsten Industriestaaten auch ausgesuchte Ehrengäste als Vertreter der südlichen Völker eingeladen: Abdelaziz Bouteflika für Afrika, Luiz Inácio Lula da Silva für Lateinamerika.

2007 fand der G-8-Gipfel auf Einladung der Bundeskanzlerin Angela Merkel in Deutschland statt. Tagungsstätte war das Kurhaus von Heiligendamm, ein imposantes weißes Bauwerk aus wilhelminischer Zeit, am Ostseestrand gelegen.

Ein riesiges Metallnetz im Meer, eine Mauer, 12 Kilometer Stacheldraht, Kampfschwimmer, ein amerikanisches Kriegsschiff, schwarze Apache-Hubschrauber, sechzehntausend Polizisten, Elitetruppen, Scharfschützen auf den Dächern aller umliegenden Dörfer – all das wurde aufgeboten, um den G-8 zu schützen. Zahlreiche Journalisten aus aller Welt, im Nachbarort Kühlungsborn zusammengepfercht, berichteten über den Gipfel.

Jenseits der Mauer erstreckten sich, über die wunderschöne Landschaft Mecklenburgs verstreut, die Zelte und Behelfsunterkünfte der G-8-Gegner, so weit das Auge reichte. Zehntausende Frauen und Männer jeden Alters und aus allen Schichten waren aus 42 Ländern gekommen, um gegen den Gipfel und seine Agenda zu protestieren.

In Heiligendamm diskutierten Wladimir Putin, Angela Merkel, George W. Bush, Nicolas Sarkozy und ihre Kollegen vor allem über Afrika. Die beiden wichtigsten Punkte der Tagesordnung waren die »Garantie privater Auslandsinvestitionen« und die »Universalität des Patentschutzes« auf dem afrikanischen Kontinent.

Das Wort »Hunger« tauchte im Programm von Heiligendamm nicht auf.

Doch Angela Merkel wollte es Jacques Chirac gleichtun. Als Ehrengast und Vertreter der schwarzafrikanischen Völker hatte sie Umaru Yar'Adua

eingeladen.

Wole Soyinka ist ein sanftmütiger Mann, ein überzeugter Gegner aller Gewalt. Nie hat er gemeinsame Sache mit irgendeiner Bewegung des bewaffneten Widerstands gemacht.

Als erster Afrikaner hat er den Literatur-Nobelpreis bekommen. Seine Theaterstücke werden in London, Berlin, New York und Paris aufgeführt, seine Essays in alle wichtigen europäischen Sprachen übersetzt, seine Romane in hohen Auflagen veröffentlicht.

Er ist ein gefeierter Autor des Royal Court Theatre in London. Seine Gedichte werden auf dem Campus amerikanischer Universitäten rezitiert. Seine Autobiografie *You Must Set Forth at Dawn* stand während des ganzen Frühjahrs 2006 auf der Bestsellerliste der *New York Times*.³⁵

1967, als Rundfunkjournalist in Ibadan, hatte der junge Soyinka gegen den Biafrakrieg protestiert. Oberst Gowon hatte ihn verhaften und in einer unterirdischen Zelle »verschwinden« lassen.³⁶ Die Mobilisierung Hunderter englischer, amerikanischer, französischer, deutscher etc. Schriftsteller und Intellektueller rettete ihn vor dem sicheren Tod.

1993 wurde Soyinka von General Sany Abacha zum Tode verurteilt. Soyinka gelang die Flucht aus dem Land. Anschließend verbrachte er fast zehn Jahre als Gastprofessor an verschiedenen englischen und amerikanischen Universitäten. Nur ganz wenige afrikanische Intellektuelle verdanken ihren westlichen Kollegen so viel wie Wole Soyinka.

Trotzdem ist sein Hass auf den Westen leidenschaftlich.

Angela Merkels Einladung an Umaru Yar'Adua empfindet er als eine »Ohrfeige«.³⁷

Er schreibt: »Der westliche Rassismus ist der Hauptgrund für das Unglück meines Volkes.«³⁸

In Heiligendamm hat die Heuchelei des Westens einen Höhepunkt erreicht. Im Juni 2007 war Angela Merkel Präsidentin des Ministerrats der Europäischen Union ... Derselben Union, die drei Monate zuvor die Wahl des nigerianischen Präsidenten als »betrügerisch« verurteilt hatte.³⁹

FÜNFTER TEIL

Bolivien: der Bruch

I

Als die Schweine hungrig waren

In der mächtigen Basilika von Aparecida, auf halbem Weg zwischen Rio de Janeiro und São Paulo gelegen, fallen die Strahlen der untergehenden Sonne durch die in kräftigen Farben leuchtenden Glasfenster. Das Bauwerk ist extra für den hohen Besuch errichtet worden: 37 Millionen Dollar. Es ist Spätherbst in den Tropen, drückend lastet die Hitze.

Eine zerbrechliche Silhouette in Weiß. Langsam, mit brüchiger Stimme wendet sich Benedikt XVI. an die vielen tausend Gläubigen sowie die zweihundert Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe, die an diesem Sonntag, dem 13. Mai 2007, hier in der Kathedrale und auf dem riesigen Vorplatz zusammengekommen sind.

Josef Ratzinger sagt: »Der christliche Glaube beseelt seit mehr als fünf Jahrhunderten das Leben und die Kultur der indianischen Völker dieser Länder. [...] Tatsächlich hat die Verkündigung Jesu und seines Evangeliums zu keiner Zeit eine Entfremdung der präkolumbischen Kulturen mit sich gebracht und war auch nicht die Auferlegung einer fremden Kultur.«

Der Papst fragt: »Welche Bedeutung hatte aber die Annahme des christlichen Glaubens für die Menschen Lateinamerikas und der Karibik? Es bedeutete für sie, Christus kennenzulernen und anzunehmen, Christus, den unbekannten Gott, den ihre Vorfahren, ohne es zu wissen, in ihren reichen religiösen Traditionen suchten. Christus war der Erlöser, nach dem sie sich im Stillen sehnten.«¹

Selten ist eine historische Lüge mit so viel Kaltblütigkeit verkündet worden.

1550 lag die spanische »Entdeckung« Amerikas rund sechzig Jahre zurück. Die beunruhigende Kunde von dem Massaker an den Azteken und Aymara sowie dem schrecklichen Massenmord der iberischen Soldateska auf den Inseln war in diesem Jahr sogar bis in den spanischen Königspalast und den päpstlichen Hof von Rom gedrungen.

Im Einvernehmen mit Papst Julius III. beschloss Kaiser Karl V. daraufhin eine große Disputation zu veranstalten und die Beteiligten in Valladolid zu

versammeln. Als König von Aragon und Kastilien (von Flandern, Neapel und Sizilien) herrschte er über die Neue Welt. Als Kaiser des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation war ihm Deutschland untertan. Da er kein Deutsch und nur wenig Spanisch sprach, hielt er sich am liebsten in Burgund auf. In Spanien hatte er eine Vorliebe für Valladolid.

Hier die Fragen, die bei dieser Gelegenheit diskutiert wurden: Gehören die jüngst entdeckten Völker zum Menschengeschlecht oder nicht? Sind sie im Erlösungsplan Christi vorgesehen? Sind sie Geschöpfe des lebendigen Gottes oder eine kaum noch menschliche Unterart der Menschheit? Haben Indianer eine Seele? Ist Christus auch für sie gestorben?

Einvernehmlich hatten Kaiser und Papst zwei Hauptdisputanten bestimmt: den Dominikaner Bartolomé de Las Casas als Verteidiger der Indianer und Juan Ginés de Sepúlveda als Verfechter der These vom »Untermenschentum« der neu entdeckten Völker.

Bartolomé de Las Casas war 1550 76 Jahre alt. Er stammte aus einer Familie von Conversos, das heißt zum Katholizismus übergetretenen Juden, und war Bischof von Chiapas in Mexiko gewesen.

Juan Ginés de Sepúlveda war fast zwanzig Jahre jünger als Las Casas. Dieser, ein leidenschaftlicher Andalusier, war ein geborener Prediger, Sepúlveda dagegen ein kalter Jurist, der in Bologna studiert hatte. Außerdem hatte er eine Vertrauensstellung inne, wie sie kaum bedeutender vorstellbar ist – Erzieher des Infanten, des künftigen Königs Philipp II.

Nach Auffassung von Las Casas waren die Indianer durchaus Menschen, mit einer Seele begabt und fähig, der göttlichen Gnade teilhaftig zu werden. Sepúlveda dagegen weigerte sich hartnäckig, ihnen den Status menschlicher Wesen zuzubilligen.

Schließlich standen enorme wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel. Wenn die Indianer uneingeschränkt als Menschen anerkannt wurden, wenn sie Kinder Gottes und Teil des göttlichen Erlösungsplans waren, hatte niemand mehr das Recht, sie zu versklaven und ihnen ihr Land, ihre Wälder und ihre Bodenschätze zu stehlen. Man hätte sie für ihre Arbeit entlohnen und ihren Besitz kaufen müssen ... Was mit Sicherheit den Ruin des Reichs bedeutet hätte.

Es bestand nie ein Zweifel am Ausgang des Disputs von Valladolid. Sepúlveda und die Eroberer hatten das königliche Schatzamt auf ihrer Seite.

Im Juli 1566 starb Las Casas verzweifelt und vereinsamt in Madrid.

Nichts ist einfach im Spanien des 16. Jahrhunderts.

1542 hatte Kaiser Karl V. *Las Leyes Nuevas de las Indias* (»die neuen

Gesetze für Indien«) verkündet, in denen die Versklavung der Indianer verboten und die allmähliche Abschaffung der *Encomienda* angeordnet wurde. Die *Encomiendas* sind große Ländereien, die – mitsamt den darauf lebenden Menschen – durch den König an die Kolonialisten übertragen wurden.

Protestgeschrei der Kolonialisten! In Lima jagten bewaffnete Aufständische den Vizekönig aus seinem Palast.

Karl V., machte einen Rückzieher und verzichtete auf die Anwendung der Gesetze. Die hatten natürlich eine Geschichte.

In seiner Jugend hatte Karl V. die Vorlesungen des Dominikaners Francisco de Vitoria an der Universität von Salamanca gehört. Vitoria war ein Zeitgenosse und Weggefährte von Las Casas gewesen. Er gilt als Begründer des Völkerrechts.

Ich erinnere mich an einen heißen Sommertag in Salamanca. Die Universität hat den kleinen Saal mit den grob behauenen Bänken in dem Zustand erhalten, in dem er Francisco de Vitoria für seine Vorlesungen gedient hatte. Karl V. sprach kaum Spanisch, verstand aber ausgezeichnet Latein. Sein Fleiß ist überliefert, vor allem der Umstand, dass er im Jahr 1528 sehr regelmäßig die Vorlesungen mit dem Titel *De potestate civili* besucht hatte.

Hier die in *De potestate civili* vertretenen Thesen: Die Macht liegt beim Volk, das sie von Gott erhält und eine Zeit lang an eine Gruppe oder einen Fürsten abtreten kann. Einziger Zweck der Macht ist das materielle und geistige Wohl der Menschen. Die Gemeinschaft ist die Grundlage der Macht, jedoch eine ursprüngliche, keine vertragliche Gemeinschaft. Der Papst besitzt keinerlei Macht über die weltlichen Regierungen.

Ich stellte mir Karl V. vor, wie er auf diesen Holzbänken zwischen seinen Kommilitonen saß und still der Theorie des Naturrechts lauschte, er, der künftige Herr der Welt, dessen Macht von den Anden bis nach Flandern reichte!

Nach der Disputation von Valladolid versuchte der Kaiser den *Nuevas Leyes* wieder Geltung zu verschaffen ... allerdings ohne sich um ihre Anwendung auf Amerika zu kümmern. Mit anderen Worten, die indianischen Sklaven auf iberischem Boden wurden freigelassen, während die Millionen gefangener Indianer, die in den amerikanischen Minen oder auf den *Encomiendas* arbeiteten, weiterhin die Sklaverei ertragen mussten ...

Bewundernswert, wie das Heilige Römische Reich Deutscher Nation diese Doppelzüngigkeit über so lange Zeit praktiziert hat!

Las Casas erinnert an die seltsamen europäischen Sitten, die von den Konquistadoren praktiziert wurden. Hören wir Las Casas: »Oh, uns ist alles recht. Aber vor allem das Eisen, weil das Pulver teuer ist. Manchmal durchbohren wir sie [die Indianer] in Gruppen von dreizehn, oder wir umgeben sie mit trockenem Stroh und setzen es in Brand. In anderen Fällen schlagen wir ihnen die Hände ab und schicken sie in die Wälder.«

Warum in Gruppen von dreizehn? Las Casas liefert die Antwort: »Zu Ehren Christi und der zwölf Apostel! Ja, ich sage euch die Wahrheit. Christus der Herr wird durch menschliche Schreckenstaten ›geehrt‹ [...]. Manchmal fasst man die Kinder an den Füßen und zerschmettert ihren Schädel an Felsen! Oder sie werden auf den Rost gelegt, ertränkt, den gefräßigen Hunden vorgeworfen, die sie wie Schweine zerreißen! Sie wetten, wer den Bauch einer Frau mit einem einzigen Messerhieb öffnen kann! [...] Ich habe Grausamkeiten gesehen, die so ungeheuerlich waren, dass man sie sich nicht vorzustellen wagt. Keine Sprache, kein Bericht kann wiedergeben, was ich gesehen habe.«²

Die vorkoloniale Bevölkerung Mexikos umfasste 30 bis 37,5 Millionen Menschen. Auf etwa die gleiche Zahl schätzt man die in der Andenregion lebenden Indianer. Zentralamerika wurde von 10 bis 13 Millionen Menschen bewohnt. Die Azteken, Inkas und Mayas zählten bei Eintreffen der Konquistadoren insgesamt 70 bis 90 Millionen. Doch anderthalb Jahrhunderte später waren es nur noch 3,5 Millionen Menschen.³

In einem Nahuatl-Text, der im *Codex Florentinus*, einem Buch aus dem 16. Jahrhundert, überliefert ist, beschreibt ein aztekischer Augenzeuge die Plünderung von Tenochtitlán und das Martyrium des Herrschers Montezuma: »Die Spanier sind außer sich vor Freude. Wie Affen schleudern sie das Gold in die Luft. Sie lassen sich niederfallen mit Gesten, die ihr Frohlocken ausdrücken. Man könnte meinen, ihre Herzen seien jung und heiter geworden. Es ist offenkundig, dass sie nach dem hier fiebern. Ihr ganzer Leib schwillt an bei diesem Gedanken, sie lassen alle Anzeichen eines unstillbaren Verlangens erkennen. Sie gieren nach dem Gold wie hungrige Schweine.«⁴

Für diese »hungrigen Schweine«, die weder Kultur noch Mitleid hatten, dafür aber Schwarzpulver, Pferde und scharfe Schwerter, waren die Astronomen, Bauern, Baumeister, Mathematiker und Botaniker aus den Völkern der Azteken, Aymara, Quechua oder Maya lediglich Tiere, mit denen man nach Belieben verfahren konnte.

Das Ausmaß der Reichtümer, die das iberische Raubgesindel in drei

Jahrhunderten aus der Erde, den Feldern, den Wäldern und Tälern Südamerikas gestohlen hat, übersteigt jede Vorstellungskraft.

Ich begnüge mich hier mit einem einzigen Beispiel, dem Cerro Rico, dem »Reichen Berg«, der die Stadt Potosí überragt.

1543 war Potosí, erst kürzlich am Fuß des Cerro Rico erbaut, die einwohnerstärkste Stadt Amerikas und eine der reichsten der abendländischen Welt. Der Cerro Rico war von unzähligen Silberadern durchzogen. 40 000 Tonnen Silber wurden in drei Jahrhunderten abgebaut.⁵

Fast vier Millionen Indianer kamen dort ums Leben.

Das Gold war die Obsession der Konquistadoren gewesen, der ersten Plünderer, die in Amerika an Land gingen. Doch rasch hatte das Silber dem Gold den Rang abgelassen als wichtigster Schatz, den es in der Neuen Welt zu heben galt. Der Historiker Earl Hamilton schätzt, dass schon Mitte des 17. Jahrhunderts das Silber mehr als 90 Prozent der aus dem spanisch beherrschten Teil Amerikas exportierten Bodenschätze ausmachte.⁶

Die Herren der Minen oder ihre Zulieferer gingen in einem Umkreis von Hunderten Kilometern um Potosí auf Sklavenjagd. Die Agrarkommunen der Quechua und Aymara auf dem Altiplano wurden bei Nacht angegriffen, verwüstet, ihre überlebenden Bewohner zusammengekettet und wie Vieh in die Stollen getrieben, die in das unterirdische Labyrinth des Cerro führten. Damals versuchten viele Menschen ihren Mischlingsstatus vor Gericht nachzuweisen, um nicht in die Bergwerke geschickt beziehungsweise auf den Märkten verkauft und weiterverkauft zu werden.

Dieses Abbausystem in den Minen hieß *Mita*, die Sklaven in den Bergwerken *Mitayos*.

Die bewaffneten Wachen schickten die *Mitayos*-Trupps in die Stollen – Männer, Jugendliche, aber auch Kinder und Frauen. Wer sich weigerte hinabzusteigen, wurde auf der Stelle getötet.

Die *Mitayos* kletterten die Leitern hinunter, klammerten sich an Sprossen, versuchten verzweifelt, den Sturz in die Schächte zu vermeiden, die teilweise mehrere hundert Meter tief waren.

In den Stollen angelangt, mussten sie eigenhändig mit den über die Leitern hinabgeschleppten Balken die Wände und Decken der Stollen abstützen: Häufig kam es zu Einstürzen. Noch heute birgt der Cerro Rico tausende, vielleicht sogar zehntausende Leichen von *Mitayos*, die unter den einstürzenden Stollenwänden und -decken lebendig begraben wurden.

Von den Stollen aus, die die in der Tiefe gefangenen Männer, Frauen und Kinder mit ihren Spitzhacken gegraben hatten, mussten sie wie Reptilien auf

dem Bauch kriechen, um weitere Seitengänge vorzutreiben und dort neue Erzklumpen herauszuschlagen. Anschließend standen sie vor der Aufgabe, das Erz auf den Rücken geladen, die Leitern wieder nach oben zu klettern.

Kein Bergsklave durfte wieder an die Erdoberfläche klettern, wenn er nicht ein bestimmtes Gewicht an Silbererz mitbrachte. Die bewaffneten Wachen standen oben an der Leiter. Sklaven – egal, ob Männer, Frauen oder Kinder –, die beim Aufstieg nicht ihr »Soll« bei sich trugen, wurden unbarmherzig wieder in die Dunkelheit zurückgestoßen.

Noch heute heißt der Hauptstollen, der in den Cerro führt, »Höllenschlund«.⁷

Es gab Aufstände. Aus den Knochen ihrer dem Hunger oder der Erschöpfung erlegenen Kameraden fertigten sich die überlebenden Bergsklaven in den Tiefen der Stollen Dolche. Unter Aufbietung ihrer letzten Kräfte kletterten sie die Leitern hoch und griffen ihre Peiniger an.

Juan Ginés de Sepúlveda, der Theologe, der in Valladolid der Gegner von Bartolomé de Las Casas war, bringt, um die Leiden der Indianer in den Minen und auf den *Encomiendas* zu rechtfertigen, folgende Erklärung vor: »Die Indianer verdienen es nicht besser, denn mit ihren Sünden und Götzendiensten versündigen sie sich gegen Gott.«⁸

Karl Marx liefert eine etwas realistischere Erklärung.

Die ursprüngliche Kapitalakkumulation, Grundlage der industriellen, finanziellen und politischen Entwicklung des Westens, hat in der südlichen Hemisphäre stattgefunden.

Laut Marx erblickt das Kapital das Licht der Welt »von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend.« Und weiter: »Überhaupt bedurfte die verhüllte Sklaverei der Lohnarbeiter in Europa zum Piedestal die Sklaverei sans phrase in der neuen Welt.«⁹

Noch einmal Marx: »Welthandel und Weltmarkt eröffnen im 16. Jahrhundert die moderne Lebensgeschichte des Kapitals.«¹⁰ Und weiter: »Den aufschießenden Manufakturen sicherte die Kolonie Absatzmarkt und eine durch das Marktmonopol potenzierte Akkumulation. Der außerhalb Europas direkt durch Plünderung, Versklavung und Raubmord erbeutete Schatz floss ins Mutterland zurück und verwandelte sich hier in Kapital.«¹¹

Natürlich ist keine territoriale Eroberung, keine dauerhafte Herrschaft möglich ohne die Mithilfe eines ideologischen Unterdrückungsapparates, der rücksichtslos, zielstrebig und effizient arbeitet. Der Apparat, der diese Funktion für die indianischen Völker der Anden übernahm, war die Heilige

Inquisition. Ihr offizieller Name war harmloser: Glaubensgericht (*Inquisitio haereticae pravitatis* oder *Sanctum Officium*). Die Inquisition reicht bis ins 12. Jahrhundert zurück. Sie entstand auf Beschluss des Konzils von Verona (1184), das den lombardischen Bischöfen aufgetragen hatte, die Ketzer, die die Konversion verweigerten, der Justiz zu übergeben.

Seine Ankläger, Untersuchungsbeamten, Folterknechte, Richter, Henker und Beichtväter reisten auf den Karavellen und Galeonen der Könige von Portugal und Spanien. Seit Ende des 15. Jahrhunderts schwärmten die Inquisitoren und ihre Tribunale über die Weltmeere aus: vor allem nach Amerika und auf die Antillen.

Haben sich die Indianer also »in stiller Sehnsucht« den Segnungen der Inquisition und der Zwangsbekehrung zur römischen Glaubenslehre unterworfen, wie Benedikt XVI. behauptet?

Natürlich nicht!

Während der mehr als dreieinhalb Jahrhunderte, die die spanische Kolonialherrschaft in Amerika dauerte, hat der indianische Widerstand nie nachgelassen.

Das Martyrium der indianischen Aufständischen, in den Tälern, den Schluchten und auf den Hochebenen der Anden, durchzieht die Jahrhunderte. Evo Morales beschwört es immer wieder in seinen Reden.

Beispielsweise erschütterte 1571 ein Bauernaufstand die Zentralanden. Angeführt wurde er von dem jungen Túpac Amaru, der nach eigenem Bekunden ein Nachkomme des letzten Inkas war. Er geriet in Gefangenschaft. Tausende seiner Kampfgefährten wurden zusammen mit ihren Frauen und Kindern niedergemetzelt, ihre Dörfer in Schutt und Asche gelegt. Francisco de Toledo, der spanische Vizekönig von Peru, inszenierte in Cuzco einen öffentlichen Prozess.

Túpac Amaru wurde entsetzlich gefoltert, dann enthauptet.

Ende des 18. Jahrhunderts organisierte sich der entschlossenste Widerstand in den Bergwerken.

1776 forderte eine Bewegung unter Führung von José Gabriel Condorcanqui die Abschaffung der Bergsklaverei, der *Mita*, vor allem in Potosí. Zehntausende von Bauern und Bergleuten folgten seinem Ruf und brachten die Bergwerksbesitzer, die Großgrundbesitzer und deren Aufsichtspersonal um.

José Gabriel war ein junger Mischling, Sohn eines spanischen Vaters und einer indianischen Mutter, dessen Schönheit und Körperkraft als außergewöhnlich gerühmt wurden. Er nahm den Namen Túpac Amaru II. an.

Sieben Jahre lang hielt Túpac Amaru II. die überlegen bewaffneten Spanier mit einem äußerst beweglich geführten Guerillakrieg in Schach. Doch schließlich wurde der Rebellenführer, von einem seiner Gefährten verraten, im Schlaf überrascht, in Ketten gelegt und nach Cuzco gebracht.

Ein gewisser Ardeche, ein Abgesandter des Vizekönigs, suchte Túpac eines Nachts in seiner Zelle auf.

Dem von der Folter gezeichneten, von Hunger und Durst gepeinigten Gefangenen bot Ardeche die Freiheit in Mexiko und eine große Summe Geldes an. José Gabriel lehnte ab.

Am 18. Mai 1781 wurde er auf dem Wacaypata-Platz in Cuzco hingerichtet. Bevor er aus seiner Zelle geholt wurde, schnitt ihm der Henker die Zunge ab.¹²

Der Vizekönig fürchtete die Worte, die Túpac Amaru II. an die unüberschaubare, auf dem Platz zusammengeströmte Menge hätte richten können.

Bevor er starb, musste der Verurteilte mit ansehen, wie seiner Frau, seinen Kindern und den Gefährten, die drei Monate zuvor bei Tinta mit ihm in Gefangenschaft geraten waren, die Kehle durchgeschnitten wurde.

Dann banden die Henker seine Arme und Beine an vier Pferde. Als diese die Peitsche bekamen, wollten sie in vier verschiedene Richtungen davonlaufen, doch der Leib von Túpac Amaru II., so erzählt man sich, zerriss nicht. Schließlich schleppten die Henker ihn zum Schafott, köpften ihn und zerstückelten seine Leiche.

Der Kopf des Gemarterten wurde nach Tinta gebracht und dort auf dem Marktplatz zur Schau gestellt. Ein Arm wurde in Tungasucu gezeigt, der andere in Carabaya, ein Bein in Livitaca und das zweite in Santa Rosa.

Einige Monate nach dem Martyrium von José Gabriel nahm der siebenundzwanzigjährige Julian Apaza, ebenfalls ein Aymara, den Namen Túpac Katari an und rief zum Aufstand auf, dieses Mal auf den Hochebenen im Süden des Vizekönigreichs, auf dem Gebiet des heutigen Boliviens.

An der Spitze einer Armee von mehr als vierzigtausend Bauern und Bergarbeitern, unter denen sich auch eine große Zahl entflohener afrikanischer Sklaven befand, belagerte er La Paz.

Ein spanisches Expeditionskorps aus Andalusien besiegte die Aufständischen.

Am 15. November 1781 musste Julian Apaza, alias Túpac Katari, seinerseits miterleben, wie allen seinen Kindern und Familienangehörigen

die Kehle durchgeschnitten wurde, bevor er selbst enthauptet und gevierteilt wurde.

Julian Apazas letzte Worte sind über die Jahrhunderte weitergegeben worden, nachts an den Feuern der Quechua und Aymara. Den Henkern, die sich anschickten, ihn zu köpfen, soll der junge Túpac Katari gesagt haben: »Ihr könnt mich töten: Doch ich werde wiederkommen, und meiner werden Millionen sein.«

Heute, auf den Hochebenen der Anden in Ecuador, Peru oder Bolivien, sind Millionen Menschen davon überzeugt, dass Evo Morales Ayma der wiedergeborene Túpac Katari ist.

II

Ein Indianer im Palacio Quemado

Am Samstag, dem 21. Januar 2006, fand in Tiwanaku die feierliche Amtseinführung des ersten indianischen Präsidenten Südamerikas statt.

Die rote, bald schon goldene Sonne des Andensommers stieg über dem Titikakasee auf. Die Megalithen von Tiwanaku traten langsam aus der Dunkelheit hervor. Zehntausende von Decken lagen ausgebreitet auf dem steinigen Boden, von dem sich jetzt zehntausende Männer, Frauen und Kinder erhoben. Sie hatten die Nacht – teilweise mehrere Nächte und Tage – am Fuß der Riesenstatuen unter den Basaltträgern verbracht, unweit der halb zerfallenen Pyramiden und der großartigen Säulenhalle der heiligen Stadt.

Einige Archäologen halten die Tiwanaku-Kultur für ebenso hochstehend wie die des alten Ägyptens. Trotzdem gibt es in Peru, in Bolivien noch zahlreiche kreolische und Oligarchen-Familien, die in der vornehmen Abgeschiedenheit ihrer Paläste in Lima oder Santa Cruz oder an ihren Swimmingpools in Miami auch weiterhin von »los animales« (»den Tieren«) sprechen, um die Nachkommen der Inkas zu bezeichnen, die immer noch einen Großteil der Bevölkerung ihrer Länder stellen.

Der Himmel war jetzt klar. Zarte weiße Wolken kamen vom Titikakasee herüber. Der tiefe Klang der *Zamponas*, der Panflöten, weckte die letzten Schläfer. Das Gemurmel der Morgengebete erfüllte die Luft.

Die Gemeinschaften hatten getrennt geschlafen. Jetzt mischten sie sich. Die jungen Frauen aus Tarija, häufig strahlend schön in ihren weiten, bunten Röcken und runden Hüten, Blumen im pechschwarzen Haar, sprachen in ihrem melodischen Quechua die aymarischen Burschen an, die würdevoll ihre braunen Festtagsponchos trugen.

Der Duft von geröstetem Mais und der tiefe Klang der *Bajones*, Flöten, so gewaltig, dass sie von zwei Männern getragen werden mussten – die Moxos hatte sie aus dem Tiefland mitgebracht -, erfüllten die Luft.

Es war noch kalt.

Die Oligarchen, die Bolivien seit der formellen Unabhängigkeit 1825 bis zur Präsidentschaft von Morales regiert hatten, behaupten, um ihren virulenten Rassismus zu verschleiern, mit schöner Regelmäßigkeit: »Es gibt hier keine Weiße, Indianer oder Schwarze. Wir sind alle Mischlinge.«

Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Die letzte offizielle Volkszählung in Bolivien fand 2001 statt. Unter anderem wurden die zehn Millionen Einwohner aufgefordert, auf die Frage nach ihrer ethnischen Identität zu antworten. Für Minderjährige mussten die Eltern oder Erziehungsberechtigten antworten.

Das Ergebnis? Mehr als 60 Prozent der Befragten hielten sich für Indianer. Die Kategorie der *Cholos* umfasst alle Spielarten der Rassenmischung: Schwarze/Indianer, Indianer/Weiße, Schwarze/ Weiße, Schwarze/Indianer/Weiße. Die Afro-Bolivianer, Nachkommen der Schwarzen, die während der Kolonisierung verschleppt wurden, um die ermordeten indianischen Sklaven zu ersetzen, und die, vor allem in der Region der Yungas, zahlreich sind, wurden von keiner Kategorie der Volkszählung erfasst.

Heute gibt es in Bolivien rund zwölftausend indianische Gemeinschaften. Ihre Größe reicht von fünfzig bis viertausend Familien. Selbst wenn sie in die Stadt oder ein Bergarbeiterlager abwandern, bleiben die Indianer auch weiterhin der Autorität des Mallku, des Dorfältesten und seines Rates, unterworfen.

Die Herkunft all dieser faszinierenden und so überaus vielfältigen Andenvölker bleibt ein Rätsel: Einig ist sich die moderne Anthropologie in der Vermutung eines gemeinsamen Ursprungs in Sibirien. Man nimmt an, dass die ersten indianischen Familien und Sippen die Beringstraße vor Alaska um 12 000 v. Chr. überquert haben.

Mit ihren Gipfeln von mehr als 6000 Metern Höhe, ihren wasserlosen Hochebenen, den fruchtbaren Tälern, den wilden Gebirgsbächen und Schluchten ziehen sich die Anden über mehr als 7000 Kilometer auf der Westseite des südamerikanischen Kontinents entlang. Sie beherbergen eine Vielzahl jahrtausendealter Kulturen. Im Westen grenzt der Pazifik an die Anden, im Osten die tropischen Dschungel des Amazonasgebiets und des Mato Grosso.

Noch heute weisen die drei wichtigsten Andenstaaten – Bolivien, Peru und Ecuador – einen großen Bevölkerungsanteil indianischen Ursprungs auf. Tiwanaku ist ihre gemeinsame heilige Hauptstadt.

Zurück zum 21. Januar 2006.

Die Karawane der Lastwagen, Lieferwagen, Jeeps und aller möglichen anderen Fahrzeuge und Motorräder taucht in der Ferne auf. Das Umland von Tiwanaku ist flach. Von der Höhe der Mauern, wo sich jetzt eine aufgeregte Menge drängt, sieht man in der Ferne die Staubwolke.

Sie kommt rasch näher. 11 Uhr 30. Die Priester lassen die tiefen, mächtigen Töne ihrer Hörner erklingen.¹³

Schon bald kommt die Karawane zum Stillstand. Die Sommersonne steht hoch am Himmel. In der Luft liegt der Duft von Weihrauch und gegrilltem Mais.

Aus dem Lieferwagen an der Spitze der Kolonne springt ein Mann in der Blüte seiner Jahre, muskulös, flächiges Gesicht, kräftig vorspringende Nase, die Haare wie eine pechschwarze Kappe. Er landet mit der Geschmeidigkeit eines Jünglings auf dem Boden.

Die auf den Mauern zusammengedrückte Menge spendet tosenden Beifall, die Musikinstrumente – *Charangos* (Zupfinstrumente), Trommeln, Trompeten, Flöten und Becken – brechen in eine ohrenbetäubende Kakophonie aus.

Respektvoll nähern sich jetzt die Priester in roten Ponchos. Der *Huayruru*, der rote Poncho mit schwarzen Bändern, gilt als Zeichen der Autorität. Die Priester tragen die *Whipala*, das Banner in den sieben Farben des Regenbogens.

Evo Morales Ayma trägt einen weiten schwarzen Poncho. Bänder in Rot, Grün und Gelb – den Farben Boliviens – schmücken Hals und Schultern wie Girlanden.

Die Priester reichen dem Präsidenten ein großes Brot dar, das am Morgen in einem der noch immer betriebenen Öfen hinter der Pyramide Akapana gebacken wurde – das *Brot der Pachamama*, der Mutter Erde.

Evo ergreift das Brot und legt es sich auf den Kopf, als Zeichen, dass er sich der Muttergöttin unterwirft.

Die Priester ziehen Evo den Poncho und das Hemd aus, sodass dieser bis zur Taille nackt ist. Sie rufen Tata Inti, Vater Sonne, an, dann *Pachamama*. Mit energischen Bewegungen massieren sie Evos Oberkörper. Sie reiben ihn mit einer Mischung aus Eukalyptus-, Brennnessel- und Malvenblättern ein. Auf diese Weise empfängt sein Leib die Kräfte der Natur.

Dann legen sie Evo einen roten Poncho mit schwarzen Bändern an.

Nun setzt der Festzug seinen Weg zu Fuß fort. Zehntausende von Indianern jeden Alters und verschiedenster Herkunft, ein farbiger Strom, bunt

gemischt, lärmend, mitreißend, folgt ihm nach. Der Festzug, die aymarischen Priester an der Spitze, hält auf die Puerta del Sol zu.

Evo Morales Ayma, der im Dezember 2005 im ersten Wahlgang mit 53 Prozent der Stimmen zum einhundertdreißigsten Präsidenten Boliviens gewählt wurde, ergreift auf dem großen Platz das Wort.¹⁴ Er ist kein großer Redner. Seine zunächst stockende Stimme gewinnt nach und nach an Festigkeit. Er wählt seine Worte mit Bedacht. Wie die meisten Indianer spricht er leise.

Gelegentlich spürt man seine innere Bewegtheit.

In den Ruinen von Tiwanaku wird die Stille nur ab und zu vom Bellen eines Hundes oder dem Weinen eines Säuglings unterbrochen.

Sacht bewegt der Sommerwind die Zweige der rachitischen Büsche, die den Platz bedecken.

Evo Morales Ayma ist der erste indianische Präsident, der in Südamerika gewählt wurde. Ein westlicher Beobachter vermag nicht wirklich zu begreifen, was das für die Andenvölker bedeutet. Fünfhundert Jahre der Demütigungen und Leiden scheinen an diesem Morgen in Tiwanaku zu enden.

Die »offizielle« (kreolische, weiße) Amtseinführung des Präsidenten Evo Morales Ayma wird erst am folgenden Tag vor dem Nationalkongress in dem großen weißen Gebäude mit der lächerlichen Turmuhr auf der Plaza Murillo in La Paz stattfinden. Dort wird Evo vor den geladenen Staatschefs aus aller Welt, vor den Abgeordneten und Würdenträgern sprechen. Er wird den traditionellen Eid auf die Verfassung ablegen, eine Pressekonferenz geben und in die Kameras der westlichen Fernsehsender lächeln.

Doch alles deutet darauf hin, dass der Sohn der Pachamama hier, unter der mittäglichen Sommersonne von Tiwanaku, der heiligen Stadt der Andenvölker, seine eigentliche Amtseinführung erlebt, dass er seine tiefere Legitimation aus den Händen der Priester des Tata Inti, von Vater Sonne, empfängt.

Die ganze Zeremonie wird auf Quechua und Aymara abgehalten.

Die Riten und die Musik sind Bestandteil einer über tausendjährigen Geschichte.

Was sagt Evo Morales Ayma an diesem Tag? »Schwestern und Brüder Boliviens, der lateinamerikanischen Länder und der ganzen Welt: Heute beginnt von Tiwanaku, von Bolivien aus ein neues Zeitalter für die Urvölker, ein neues Leben, in dem wir nach Gleichheit und Gerechtigkeit

streben; eine neue Ära ein neues Jahrtausend für alle Völker. [...]

Ich bin sehr bewegt und überzeugt, dass wir nur dank der Kraft und Einheit des Volkes mit dem Kolonialstaat Schluss machen können. [...]

Ich verpflichte mich an diesem heiligen Ort Tiwanaku, das Urvolk nicht nur Boliviens, sondern ganz Amerikas zu verteidigen.«¹⁵

Evo Morales verdankt seinen Wahlsieg dem Movimiento al socialismo (MAS), Bewegung zum Sozialismus, einem Bündnis der bäuerlichen, Bergarbeiter- und städtischen Gewerkschaften. Die treibende Kraft des MAS ist die Gewerkschaft der *Cocaleros*, der Kokabauern; wir kommen darauf zurück.

Doch Evo Morales weiß genau, dass das MAS ein zerbrechliches Gebilde ist, von Konflikten erschüttert, und dass er daher seinen Sieg nicht einem politischen Apparat, nicht einer Partei verdankt, sondern etwas viel Geheimnisvollerem, Tieferem: einem Aufstand des Bewusstseins, der Identität, der kollektiven Erinnerung. »Dank unserer Mutter Erde, dank unseres Gottes hat das Bewusstsein die Wahlen gewonnen, und jetzt wird das Bewusstsein des Volkes unsere Geschichte verändern, Schwestern und Brüder. [...] Mein besonderer Gruß gilt den roten Ponchos, den Jilakata-, Mallku- und Mamatalla-Brüdern.«¹⁶

Das Leben im Untergrund, die Folter, die rassistische Verachtung haben Morales eines gelehrt: Es bedarf der Aufmerksamkeit, Vorsicht und Entschlossenheit eines jeden Augenblicks, um den Schlichen des Feindes zuvorzukommen.

Nicht alle indianischen Würdenträger sind Heilige.

Doch die Einigkeit der Unterdrückten war der Schlüssel zum Überleben in den Zeiten des Kolonialstaats. Heute ist sie die Bedingung für den Erfolg der Volksregierung.

Die *Whipala*, die karierte Fahne in den Farben des Regenbogens, deren Ursprung bis zu den Inkas zurückreicht, weht über allen Demonstrationen des MAS. Sie bezeugt, dass das MAS der Pluralität aller in Bolivien vertretenen Ethnien und Kulturen verpflichtet ist.

Mit einem Wort, Morales und das MAS vertreten die Gegenposition zum ethnischen Fundamentalismus, zum tribalistischen Fanatismus. In Tiwanaku rief Morales zur Einheit auf: »Ich möchte euch um Einheit bitten, Brüder und Schwestern, um Einheit in allen Belangen [...].«

Seit der spanischen Eroberung sind die Produktionsbeziehungen in Bolivien von heftigem Rassismus geprägt. Egal, welcher Ethnie oder Gemeinschaft die Indianer angehören, sie sind seit fünf Jahrhunderten das

Subproletariat – ausgebeutet, unterdrückt, praktisch rechtlos.

Das MAS, ein Bündnis der Gewerkschaften der Bauern und Viehzüchter auf der einen Seite und denen der Bergarbeiter auf der anderen, ist stark von den ethnischen und kulturellen Traditionen seiner Mitglieder geprägt. Vor allem aber ist es eine Klassenfront. Und in der Tat muss die Organisation schleunigst weitere Verbündete gewinnen, denn nur der klassenübergreifende Kampf hat Aussicht auf Erfolg. Hören wir Evo: »Viele akademische und intellektuelle Brüder aus der Mittelschicht haben sich unserem Kampf angeschlossen. Als Aymara bin ich stolz auf diese Akademiker und Intellektuellen aus der Mittelschicht, doch ich fordere unsere Brüder aus der Mittelschicht, aus der Schicht der Akademiker, der Intellektuellen und der Unternehmer auf, stolz zu sein auf unsere Urvölker¹⁷, auf die Aymaras, Quechuas, Mojenos, Guaranis, Chiquitanos, Yuracarés, Chipayas, Muratos. Alle müssen wir unsere Vielfalt respektieren, unsere Unterschiede, denn wir haben alle dasselbe Recht auf Leben.«

Morales' Bruch mit dem Westen ist unmissverständlich. Das Kernstück der Rede von Tiwanaku ist der Aufruf zur internationalen Solidarität: »Ich möchte den Brüdern und Schwestern in Amerika und auf der ganzen Welt sagen: Vereint und organisiert, werden wir eine Wirtschaftspolitik verändern, die nicht dazu beiträgt, die Situation der nationalen Mehrheiten zu verbessern. Im gegenwärtigen Stadium sind wir davon überzeugt, dass die Konzentration des Kapitals in wenigen Händen keinesfalls eine Lösung für die Menschheit ist; die Konzentration des Kapitals in wenigen Händen ist keine Lösung für die Armen der ganzen Welt. [...] Wir haben die Verpflichtung, die Wirtschaftsprobleme zu lösen, die durch die Privatisierung und Versteigerung unserer natürlichen Ressourcen hervorgerufen wurden. [...] Die sozialen Bewegungen werden sich weiterentwickeln, um unser Bolivien, unser Amerika zu befreien. Der Kampf, den uns Túpak Katari als Vermächtnis hinterlassen hat, wird fort dauern, Brüder und Schwestern, wir werden ihn weiterführen, bis wir unser gesamtes Gebiet zurückerobert haben. Den Kampf, den Che Guevara begonnen hat, werden wir zu Ende führen. Dieser Kampf hört nicht auf, endet nie. In der Welt regieren die Reichen oder regieren die Armen. [...] Dank eurer Stimmen, Brüder und Schwestern, sind zum ersten Mal in der bolivianischen Geschichte die Aymaras, Quechuas, Mojeños Präsidenten. Nicht nur Evo ist Präsident, sondern wir alle. Ich bin euch unendlich dankbar.«¹⁸

III

Der wiedergewonnene Stolz

Im Laufe der vergangenen fünf Jahrhunderte ist die indianische Identität in Amerika auf zwei gegensätzliche Weisen erlebt worden: entweder als ein durch den westlichen Blick aufgezwungenes und als Schande verinnerlichtes Stigma oder als verhöhlte Würde, als identitäres Refugium, als Hoffnung auf die künftige Befreiung.

Nie jedoch verlosch in diesen fünf Jahrhunderten die Glut unter der Asche. Nie endete der Widerstand. Durch welche Ereignisse wurde diese indianische Renaissance ausgelöst?

In Bolivien kündigte sich der aus einer tiefen, unversöhnlichen Ablehnung geborene, vollständige Bruch mit dem Kolonialstaat bereits 1992 an. Der Kolonialstaat und seine weiße Regierung schickten sich an, im Beisein vieler geladener Gäste, vor allem aus Europa, den fünfhundertsten Jahrestag der »Entdeckung Amerikas« durch Christoph Kolumbus zu feiern.

Am 12. Oktober 1492 waren die *Santa Maria*, die *Pinta* und die *Niña* auf Guanahani gelandet, einer der Inseln der Lucayes-Gruppe (Bahamas).¹⁹ Die prunkvollen Feierlichkeiten, die Militärparade, die diplomatischen Zeremonien sollten vom 12. bis 14. Oktober in La Paz stattfinden.

Auf dem Prado, vor der weißen Marmorsäule, auf welcher der »Entdecker« thront, und in der Kathedrale auf der Plaza Murillo war ein *Te Deum* geplant in Anwesenheit von Dutzenden Kardinälen, Bischöfen und Erzbischöfen, die aus ganz Lateinamerika und Europa zusammengekommen waren.

Doch am Morgen des 12. Oktobers, als sich ein schöner Tag des Andenfrühlings ankündigte, waren mehrere hunderttausend Aymaras, Quechuas, Moxos und Guaranis, in ihre traditionellen Trachten gekleidet, die *Queñas* und *Bajones* voran, die Frauen, die kleinsten Kinder in Tüchern aus Lamawolle auf dem Rücken, gemeinsam auf dem Weg zum Canyon von La Paz.

Die Indianer schmähten Christoph Kolumbus, warfen die Ehrentribüne um und besetzten die Hauptstadt vier Tage lang. Bei Einbruch der Nacht wurden

auf allen Plätzen der Stadt Holzfeuer entzündet. Darauf wurden riesige Kessel gesetzt. Die Indianer kochten ihr *Quinoa*, auch Inkareis oder Andenhirse genannt. (Von den spanischen Konquistadoren wurde der Anbau von Quinoa verboten und sogar unter Todesstrafe gestellt. Die Indianervölker sollten geschwächt werden. Das Nahrungsmittel wurde von den Eroberern als »unchristlich« eingestuft.) Schwarzer Rauch legte sich über die Stadt.

Entsetzen packte die westliche Seele. Am Morgen des fünften Tages zogen die Indianer den Canyon wieder hinauf, um sich friedlich in ihre Gemeinschaften auf dem Altiplano und in ihre Ortschaften und Dörfer im Tiefland zurückzuziehen.

Die Wege der Geschichte sind rätselhaft. Die indianische Besetzung von La Paz im Oktober 1992, ein Ereignis, das die weißen und kreolischen Bewohner schwer traumatisiert hatte, war anscheinend ein isoliertes Ereignis gewesen. Tatsächlich aber kündigte es den kommenden Sturm an. Dieser Sturm hat einen Namen: der Wasserkrieg.

Der Minenbesitzer Losada, der Spanisch mit nordamerikanischem Akzent spricht, ist der Prototyp des neoliberalen Satrapen, den der Westen auf den Präsidentenstuhl im Palacio Quemado gesetzt hat. Der Dollarmilliardär hatte den größten Teil seines Lebens in Miami verbracht. Gewissenhaft verwirklichte er die Privatisierungspolitik, die ihm seine Herren aufgetragen hatten. Für ihn hatten die Bolivianer eine anschauliche Bezeichnung gefunden: »Vende-patria«, Vaterlandsverkäufer.

Als es keine Bodenschätze mehr zu privatisieren – das heißt, an die ausländischen Konzerne zu verkaufen – gab, trieb Losada die unter seinem Vorgänger, General Banzer, begonnene Privatisierung des Trinkwassers verstärkt voran. Die westlichen Gesellschaften erhielten die Konzessionen für die Trinkwasserversorgung der wichtigsten Städte. Auf diese Weise erhielt Aguas del Tunari, Tochter des multinationalen britischen Konzerns International Water Limited, die Konzession für die Stadt Cochabamba zu einem lächerlichen Preis. Das Leitungsnetz und die Aufbereitungsanlagen von El Alto wurden an Aguas del Illimani verkauft, Eigentum der französischen GDF-Suez-Gruppe.

Die neuen Eigentümer nahmen ein paar Reparaturen an den Leitungen vor, dann setzten sie den Trinkwasserpreis massiv in die Höhe. Hunderttausende von Familien sahen sich außerstande, ihre Wasserrechnung zu begleichen. Sie mussten sich aus verschmutzten Bächen und arsenkontaminierten Brunnen versorgen. Die Zahl der Kleinkinder, die an »blutigem Durchfall«

starben, stieg steil an.

Die Menschen gingen auf die Straße.

Sánchez Losada rief den Belagerungszustand aus. In den Städten wurde eine Ausgangssperre verhängt.

Bei den folgenden Zusammenstößen mit der Polizei wurden Dutzende Personen getötet und hunderte verletzt, darunter zahlreiche Frauen und Kinder. Doch die Bolivianer wankten und wichen nicht. Vielmehr griff die Bewegung auf das ganze Land über.

Am 17. Oktober 2003 beschlossen Präsident Sánchez de Losada und seine engsten Komplizen, von zwanzigtausend wütenden Demonstranten im Palacio Quemado eingeschlossen, aus dem Land zu fliehen. Richtung Miami.

Der farblose Vizepräsident Carlos Mesa, seines Zeichens Professor, trat die verfassungsgemäße Nachfolge an. Dem aufständischen Volk machte er eine Reihe feierlicher Versprechen, vor allem die Einberufung einer konstituierenden Versammlung zur Ausarbeitung des Entwurfs einer neuen Verfassung. Darin sollte das Recht der indianischen Gemeinschaften auf ihre Bodenschätze und damit auch auf das Wasser festgeschrieben werden.

Doch der blässliche Professor hielt seine Versprechen nicht. Woraufhin der Volksaufstand von Mai bis Juni 2005 erneut ausbrach und die Armee den Altiplano besetzte.

Von seinem Hubschrauber aus leitete der Innenminister persönlich das Maschinengewehrfeuer auf die Demonstrationszüge und die von Bergarbeitern und Bauern errichteten Straßensperren. Die Armee besetzte die wichtigsten Ortschaften und Städte des Altiplano auf Dauer.

Die nächtlichen Morde an Indianern – Gewerkschaftern, Bauern, Männern und Frauen – nahmen zu. Manchmal löschten die Todesschwadronen ganze Familien aus.

Daraufhin kam es zu Massenerhebungen der Gemeinschaften. Zuerst jagten sie die Militäreinheiten davon, und schließlich alle Vertreter des Staates. Ein beträchtlicher Teil des riesigen Altiplano wurde zum »autonomen Indianergebiet« ausgerufen.

Der Lügen-Professor dankte ab. Es wurden neue Präsidentschaftswahlen festgesetzt. Doch in der Zwischenzeit hatten sich die Menschen und Bewegungen, die gegen die Privatisierung des Wassers protestiert hatten – vor allem die Gewerkschaften der Cocaleros und die Bauerngemeinschaften des Altiplano -, zu einer gemeinsamen Widerstandsfront (MAS) zusammengeschlossen.

In dieser aufständischen Volksbewegung profilierte sich Evo Morales schon bald als einer der wichtigsten Anführer. Durch seinen außergewöhnlichen Mut, sein heftiges Temperament und sein hervorragendes Organisationstalent erwarb er sich die Bewunderung und Sympathie der Aufständischen.

Da lag es nahe, dass die Bewegung Evo Morales als ihren Präsidentschaftskandidaten aufstellte. Wahltag war der 18. Dezember 2005. Evo wurde, wie gesagt, mit 53,7 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang gewählt! Ein Ergebnis, das in der gesamten Geschichte des Landes noch kein bolivianischer Präsident erreicht hatte.

Evo Morales' Biografie sieht derjenigen hunderttausender Indianerkinder aus den Anden zum Verwechseln ähnlich.

Not und Hunger. Hunger und Not.

Evo wurde am 26. Oktober 1959 in einer baufälligen Hütte inmitten der kargen Mais- und Kartoffeläcker von Orenoca in der Provinz Oruro geboren. In den Wintermonaten (Juni bis Oktober) liegt die Hochebene unter eisigen Winden. Im Sommer (November bis Mai) herrscht häufig Dürre.

Die Brunnen leeren sich. Die Pflanzen gehen ein. Ohne Regen wird der Boden hart wie Stein.

Vier seiner Brüder sterben schon in jungen Jahren an Krankheit und Unterernährung. Mit dem Mut der Verzweiflung versuchen Vater und Mutter, Kleinbauern aymarischer Herkunft, die drei Kinder, die ihnen geblieben sind, am Leben zu erhalten.

Der Vater und Sohn Evo gehen zeitweilig als Zuckerrohrschneider nach Argentinien.

Im Jahr 1981 kommt es auf der Hochebene zu einer Katastrophe: »El Niño«, ein Orkan, verwüstet die Äcker, vernichtet 70 Prozent der Agrarproduktion und 50 Prozent der Tiere in der Provinz Oruro. Daraufhin beschließt die Familie, in den tropischen Regenwald des Tieflandes abzuwandern.

Im Chapare rodet die Familie und macht ein Stück Land urbar. Am Waldrand baut sie eine Bretterhütte mit einem Dach von Palmwedeln.

Sie beginnt, Koka zu pflanzen.

An dieser Stelle ein Exkurs.

Der Kokastrauch ist eine außerordentlich rentable Pflanze. Sie verlangt wenig Pflege, wächst praktisch von alleine und lässt sich pro Jahr dreimal

abernten. Auf den Märkten von Santa Cruz, Trinidad, La Paz oder Sucre erzielen die Blätter einen guten Preis. Er ist stabil. Der Markt ist garantiert.

Zehntausende von Bergarbeitern im ganzen Land, die unter entsetzlichen hygienischen Verhältnissen und ohne saubere Atemluft 500 Meter unter Tage arbeiten, kauen Kokablätter. Auch die Bauern tun es – um die Unbilden der Witterung, das Elend, die Verzweiflung zu ertragen.

Im Mund des Konsumenten werden die Blätter zerkaut und bilden einen Klumpen. Der Saft gelangt langsam in den Magen. Dort veranlasst er eine Kontraktion der Magenmuskeln, die das Hungergefühl vertreibt.

Die bolivianischen Behörden stehen vor einem fast unlösbaren Problem: Wie lässt sich der Kampf gegen das organisierte Verbrechen, das in seinen illegalen Labors die Blätter in Kokain verwandelt, mit dem legitimen Anspruch der Bauern, die Kokablätter anzubauen und an die bolivianischen Abnehmer zu verkaufen, in Einklang bringen?

Seit jeher gilt folgende Regelung: Die Regierung von La Paz schätzt jährlich den Eigenbedarf der bolivianischen Konsumenten an Kokablättern. Aufgrund dieser Daten wird eine bestimmte Anbaufläche freigegeben. 12 000 Hektar im Chapare, 8000 in den Yungas (für das Jahr 2007). Jede Kokapflanzung, die nicht zu diesen Flächen gehört, wird von der Armee zerstört.

Im Chapare bewirtschaftete die Familie von Evo Morales Land, das offiziell als Kokapflanzung ausgewiesen war.

Eines Morgens, als die rote Andensonne über dem Canyon aufging und ihre ersten Strahlen in das weiße Präsidentenbüro schickte, fragte ich Evo Morales, ob es ein Schlüsselerlebnis für sein politisches Engagement gebe.

Morales erzählte: Eines Tages hatte er als junger Mann in einem Dorf des Chapare den Streit eines ihm bekannten Kokapflanzers mit bolivianischen Offizieren und Agenten der amerikanischen Drogenbekämpfungsbehörde DEA (Drug Enforcement Administration) miterlebt. Vor den Augen seiner machtlosen Angehörigen und Nachbarn wurde der aymarische Bauer von den Soldaten mit Bajonettstichen gefoltert. Dann bei lebendigem Leibe verbrannt. Nach diesem Mord schrieb sich Evo bei der lokalen Gewerkschaft der Cocaleros ein.

Die DEA warf den »legalen« Kokapflanzern vor, ihre Ernten heimlich an die illegalen Labors zu verkaufen. Wie Bolivianer aller Parteien und Schichten versichern, hatte die DEA jedoch nur ein Ziel: die Unterdrückung des öffentlichen Protestes gegen das soziale Elend oder, anders gesagt, den

Schutz der Privilegierten, der Minenbesitzer und Ölmagnaten aus den Vereinigten Staaten.²⁰

1997 beschießt ein DEA-Hubschrauber den Sitz der Gesellschaft zum Schutz der Menschenrechte des Chapare, wo Evo an einer Versammlung teilnimmt. Wie durch ein Wunder überlebt er. Andere Teilnehmer werden getötet, wieder andere schwer verletzt.

Mehrfach verhaftet, von nordamerikanischen Agenten geschlagen und verhört, gibt der junge Gewerkschaftler kein Sterbenswörtchen preis. In Bolivien sehen sich die Indianer einem heftigen Rassismus ausgesetzt. Evo wurde das bewusst durch die Beleidigungen, mit denen ihn seine Folterknechte bedachten.

Die mächtigste Gewerkschaftsorganisation der Cocaleros trägt einen poetischen Namen: die Sechs Föderationen des Wendekreises von Cochabamba. Evo wurde Ende der 1990er Jahre zu ihrem Präsidenten gewählt. Als sich 1997 das MAS (Movimiento al socialismo, Bewegung für den Sozialismus) konstituierte, wurden die Sechs Föderationen sein Rückgrat.

IV

»Im Namen des bolivianischen Volkes ...«

Seit er an der Macht ist, verfolgt Evo Morales eine Dreifachstrategie: Rückgewinnung der Bergwerke, der Erdölvorkommen und der Plantagen; Kampf gegen das soziale Elend; Zerschlagung des Kolonialstaats und Aufbau eines Nationalstaats.

Selten ist in der Weltgeschichte eine so gigantische Eigentumsübertragung in so kurzer Zeit vollzogen worden. Bolivien besitzt die bedeutendsten Gasvorkommen ganz Lateinamerikas und Ölvorkommen, die nur denen von Venezuela nachstehen. Außerdem verfügt es über die modernste und teuerste Gasleitung der Welt: die von Cuiabá, die das Gas von San Alberto (durch die trostlosen Wüsten des Chaco und die Regenwälder des Mato Grosso) bis zum Atlantik bringt. Ihr Bau hat fünf Milliarden Dollar gekostet und wurde von Shell und dem Energiekonzern Enron finanziert.

Die Weltbank schätzt, dass Bolivien in den beiden kommenden Jahrzehnten einen Nettoerlös von mehr als 100 Milliarden Dollar (nach heutigem Geldwert) aus dem Verkauf von Öl und Gas erzielen wird.

In der Morgendämmerung des 1. Mai 2006 startete in EL Alto, dem Flugplatz von La Paz, ein bolivianisches Militärflugzeug, das das gesamte Kabinett beförderte, mit Kurs auf das Erdgasfeld Carapari, das 1200 Kilometer südlich von La Paz liegt. Als der Präsident an das Tor der Förderanlagen San Alberto gelangte, kam der Direktor herbeigelaufen und fragte den Präsidenten, welches der Gasfelder er besichtigen wolle.

Evo Morales lächelte ihn an und erwiderte: »Ich bin nicht zu Besuch hier, sondern um – im Namen des bolivianischen Volkes – die Kontrolle über Ihre Anlagen zu übernehmen.«

Abrupt wurde dem Direktor und seinen westlichen Führungskräften klar, was der Besuch bedeutete, den ihnen am Vortag eine Gruppe von algerischen und norwegischen Ingenieuren abgestattet hatte. Im Auftrag der Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos (YPFB), des staatlichen Öl- und Gasunternehmens, hatten diese Ingenieure vorgegeben, eine Sicherheitsprüfung durchzuführen. Tatsächlich jedoch hatten diese Fachleute

heimlich raffinierte Apparate installiert, die jede Sabotage der Einrichtungen durch die Angestellten der Betreibergesellschaft unmöglich machten.

Am selben Tag, dem 1. Mai 2006, besetzten überall im Land Eliteverbände der Armee die Öl- und Gasfelder, die Pumpstationen, Raffinerien, Werkstätten, elektronischen Kontrollzentren der Pipelines, Eisenbahndepots, Busbahnhöfe, die Verwaltungssitze und Kommunikationszentren der ausländischen Konzerne.

Es wäre völlig absurd, in Evo Morales' Expedition nach Carapari nur die wichtigtuerische Geste eines jugendlichen Cowboys zu sehen. Die äußerst komplizierte Operation – die sogenannte »Wiederherstellung der energiewirtschaftlichen Souveränität« – war ein halbes Jahr lang unter absoluter Geheimhaltung vorbereitet worden; genauer: seit dem Tag nach dem Wahlsieg von Evo Morales im Dezember 2005.

Die YPFB, von Sánchez Losada ausgehöhlt, existierte nur noch als leere Hülle. Im Übrigen lassen sich in Bolivien die qualifizierten einheimischen Ingenieure der Öl- und Gasindustrie an den Fingern von ein paar Händen abzählen.

Evo wandte sich an die Regierungschefs befreundeter Staaten. Präsident Bouteflika in Algier antwortete postwendend. Die gleiche Solidarität zeigte der venezolanische Präsident Hugo Rafael Chávez Frías.

Überraschender war die norwegische Zusammenarbeit. Durch die Ausbeutung der Erdölvorkommen unter dem Grund der Nordsee hatte Norwegen ein weltweit anerkanntes Know-how auf dem Gebiet der Erdölförderung und -vermarktung gewonnen. Das lutherische Land, dessen politische Führung (vor allem zur Zeit der sozialdemokratischen Regierung Stoltenberg), von der Bevölkerung unterstützt, in der Außenpolitik einen rigoros moralischen Kurs verfolgt, sandte seine Ingenieure unverzüglich nach Bolivien.

Die drei genannten Regierungen schickten auch hoch qualifizierte Fachleute für Marketing, Management und Finanzbuchhaltung nach Bolivien. Die venezolanische Regierung beauftragte im Alleingang eine berühmte und teure New Yorker Anwaltskanzlei, neue Verträge aufzusetzen, die Bolivien schon bald den westlichen Gas- und Ölgesellschaften zur Unterschrift vorlegte.

Die von Evo Morales betriebene Wiederherstellung der energiewirtschaftlichen Souveränität erfolgte nach einer raffinierten und komplizierten Methode. Das Ziel war, die ausländischen Ölund

Gaskonzerne (ihre Ingenieure, ihre Technologie und so fort) dazu zu bringen, weiterhin im Land zu arbeiten, dabei aber die allmächtigen Privatkonzerne in Dienstleistungsunternehmen zu verwandeln, die der Autorität des bolivianischen Staats unterstellt sind.

Vor allem die Norweger lieferten die Berechnungsgrundlagen. Sie nahmen für jedes Öl- und Gasvorkommen eine genaue Wirtschaftlichkeitsberechnung vor. Mit anderen Worten: Sie bestimmten, unter welchen vom bolivianischen Staat verhängten Bedingungen (Steuern, Erstattung der Lizenzgebühren und so fort) die Konzerne noch genügend Gewinne erwirtschaften konnten, um die Forderungen ihrer Aktionäre zu befriedigen.

Schon seit Langem löst der geringste Angriff auf die Macht und die astronomischen Profite der westlichen Ölkonzerne in der ganzen Welt augenblicklich großes Geschrei und wüste Schelte aus. Die westlichen Staaten, die sie schützen, schrecken vor nichts zurück, weder vor der Organisation von Staatsstreichen noch vor Mord. Bekanntlich hat Muhammad Mossadegh 1951 die Auflösung der Anglo-Iranian Oil Company verfügt. Zwei Jahre später stürzte ihn ein von der CIA eingefädelter Putsch. Am 4. April 1953 hatte der CIA-Direktor Allen W. Dulles eine Million US-Dollar für den Sturz von Mossadegh bewilligt (*»in any way that would bring about the fall of Mossadegh«*).²¹

Jaime Roldós war der demokratisch gewählte Präsident Ecuadors. Am Nachmittag des 23. Mai 1981 verkündete er vor einer unübersehbaren Menschenmenge im Stadion von Olímpico Atahualpa in Quito die Verstaatlichung der Ölfelder im ecuadorianischen Urwald.

Der gläubige Katholik Roldós wollte sein Volk mit Hilfe der Öleinkünfte aus dem Elend befreien.

Nach der Massenkundgebung beabsichtigten der Präsident, seine Frau Martha und einige seiner engsten Mitarbeiter, nach Lojas zu fliegen, einer indianischen Gemeinde im Süden des Landes, die in besonderem Maße von Ölverschmutzung betroffen war.

Das Flugzeug explodierte in der Luft.²²

Evo Morales aber hat gesiegt.

Dank der norwegischen Berechnungen wusste die bolivianische Regierung genau, wie weit sie gehen konnte. Mit anderen Worten, sie wusste, unter welchen Bedingungen eine Übernahme von den westlichen Konzernen hingenommen würde. Die Norweger hatten sich nicht getäuscht.

Bis zum 31. Oktober 2006 hatten zwölf transkontinentale Konzerne vierundvierzig neue Verträge unterzeichnet.

Wenn die ausländischen Konzerne die Verordnung Nr. 28701 akzeptieren, dürfen sie heute, nach Unterzeichnung eines neuen Vertrags, die bolivianischen Öl- und Gasvorkommen ausbeuten und vermarkten.

Die Verordnung Nr. 28701 vom 1. Mai 2006 zur sogenannten »Wiederherstellung der energiewirtschaftlichen Souveränität« entfaltet ihre Wirkung auf drei Ebenen. Erstens legt sie fest, dass alle Öl- und Gasfelder Boliviens fortan Staatseigentum sind. Die zu ihrer Ausbeutung notwendigen Einrichtungen (Pipelines, Pumpstationen, Kommunikationszentren etc.) gehören den Fördergesellschaften, die für die Instandhaltung, Reparatur und Weiterentwicklung verantwortlich sind.

Zweitens vergibt der Staat nach dem gleichen Prinzip neue Bohrrechte. Allerdings steht es den Konzernen frei, über eine Teilung der Prospektionskosten zu verhandeln. Insofern beteiligt sich der Staat *de facto* an den in der Regel recht hohen Forschungs- und Entwicklungskosten, da Bohrungen häufig erfolglos sind.

Drittens und letztens legt die neue Gesetzgebung fest, dass pro Barrel 18 Prozent des Verkaufspreises an die Produktionsfirma und 82 Prozent an den Staat gehen. Die betreffenden Erlöse schwanken natürlich mit dem Barreelpreis auf dem Weltmarkt. Sie werden FOB (*Free on board*, »frei an Bord«) und nicht CIF (*Cost insurance freight*, »Kosten, Versicherung und Fracht bis zum Bestimmungshafen«) berechnet, im Klartext: In dem Augenblick, wo das Barrel in der Pipeline, die es in den Hafen Santos im brasilianischen Bundesstaat São Paulo bringt, die bolivianische Grenze überquert, findet die Teilung der Einkünfte statt.

Bis jetzt ist noch kein Flugzeug, in dem Evo Morales saß, in der Luft explodiert. Evo ist auch noch von keinem Killer ermordet worden.

Dass er noch am Leben ist, verdankt er wahrscheinlich zwei ehemaligen Soziologieprofessoren der Universität Paris-Vincennes: Marco Aurelio Garcia und Emir Sadr, die heute einflussreiche Berater des brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva sind. Sie haben einen gemeinsamen Freund in La Paz: Alvaro Garcia Linera, den Vizepräsidenten der Republik, auch er ehemaliger Emigrant in Frankreich und hervorragender Soziologe.

Das Ölunternehmen Petrobras, das dem brasilianischen Staat gehört, ist einer der bedeutendsten Gasförderer in Bolivien.²³ Doch Marco Aurelio Garcia, Emir Sadr und Alvaro Garcia Linera hatten sich schon lange vor dem 1. Mai 2006 überlegt, wie man dem ideologischen Krieg begegnen

könnte, den die, häufig von Ölgiganten finanzierten, westlichen Medien mit Sicherheit gegen Evo Morales führen würden.

Deshalb ließ Präsident Lula da Silva am 2. Mai 2006 in Brasilien eine Pressemitteilung veröffentlichen, in der er erklärte, er habe volles Verständnis für das Vorgehen der bolivianischen Regierung und akzeptiere die finanziellen Konsequenzen für Petrobras.

Marco Aurelio Garcia: »Wenn mir einer sagt, Evo destabilisiere Bolivien, so erwidere ich ihm, dass es sich umgekehrt verhält: Hätte Evo seine Wahlkampfversprechen gebrochen, wäre Bolivien heute in hellem Aufruhr.«²⁴

Der Umstand, dass Petrobras die bolivianischen Maßnahmen augenblicklich akzeptierte und sie als »gerecht« und »vernünftig« bezeichnete, hat den westlichen Konzernen den Wind aus den Segeln genommen: Weder Total noch British Petroleum, Repsol, Exxon, British Gas oder irgendein anderer Konzern konnte die Meinung der Öffentlichkeit beziehungsweise ihrer Regierungen mobilisieren. Es war ihnen unmöglich, eine gewaltsame Aktion gegen Bolivien zu erwirken oder zu rechtfertigen.

Was im Iran, in Ecuador, im Irak und in mehreren anderen Erdöl produzierenden Ländern Afrikas und Arabiens, in denen sich Unabhängigkeitsbestrebungen regten, so hervorragend geklappt hatte – die Intervention ausländischer Armeen, der Militärputsch oder die Ermordung von Staats- oder Regierungschefs -, erwies sich in Bolivien als undurchführbar.

Seit 2006 haben die neuen Verträge erhebliche Steuereinnahmen gebracht. Sie sind 2006 auf 1,3 Milliarden Dollar und 2007 auf 1,5 Milliarden Dollar geklettert. Zum Vergleich: 2003 erhielt der bolivianische Staat von Öl- und Gaskonzernen lediglich 220 Millionen Dollar.

Unmittelbar nach dem Öl und Gas ging Evo Morales gegen die Bergwerke vor. Das geschah mit den gleichen Methoden und nach dem gleichen Modell, das er bei Öl und Gas angewandt hatte.

Die westlichen Konzerne, die in den bolivianischen Bergwerken Gold, Silber, Zinn, Zink und andere Erze abbauen, gingen ihrer Konzessionen verlustig und wurden aufgefordert, einen Dienstleistungsvertrag zu unterschreiben. Sie büßten das Eigentumsrecht an den Lagerstätten ein (das an die COMIBOL, die staatliche Bergwerksgesellschaft, fiel) und mussten sich bereit erklären, Steuern, Abgaben, Gebühren und Lizenzen zu bezahlen, die zwar beträchtlich waren, sich aber nach den Weltmarktpreisen der

betreffenden Metalle richteten.

2006 stiegen die Bergbauexporte um 126 Prozent. Ihr Wert erreichte eine Milliarde Dollar, die Einkünfte aus dem Bergbau machten 14,7 Prozent des BIP desselben Jahres aus.

Anschließend wurden Eisenverhüttung und Elektrizitätswirtschaft, bis dahin mehrheitlich in den Händen nordamerikanischer Privatkonzerne, dem öffentlichen Sektor nach den gleichen Modalitäten eingegliedert.

Evo Morales scheut auch nicht vor einer Beschlagnahme zurück, wenn sich ein ausländischer Konzern dem Dialog verweigert. Beispiel: Der transkontinentale Konzern Glencore.²⁵ Er schlug die Verhandlungsangebote der bolivianischen Regierung aus. Am 1. Februar 2007 wurde seine Gießerei in Vinto von der Armee besetzt und vom Staat beschlagnahmt.

V

Die Not besiegen

Das Elend Boliviens, ein Vermächtnis des Kolonialstaats, ist schrecklich. Es so schnell wie möglich zu besiegen, ist das zweite Ziel, das sich der neue Präsident gesetzt hat. Nach Haiti ist Bolivien das zweitärmste Land des Kontinents.²⁶ Jedes vierte Kind leidet dort unter schwerer und permanenter Unterernährung. Am schlimmsten ist die kindliche Unterernährung in den ländlichen Gebieten, vor allem auf den Hochebenen von Potosí und Chuquisaca, aber auch in den amazonischen Departementen von Beni und Pando.

In den vier am stärksten betroffenen Departementen leiden die Kinder aus den Gemeinschaften der indigenen Völker am schlimmsten.

Im nationalen Vergleich springt der Unterschied zwischen den Familien der Quechuas, Aymaras, Guaranis (und anderen indigenen Völkern) auf der einen Seite und den Mischlings- oder weißen Familien auf der anderen ins Auge: Unter schwerer und permanenter Unterernährung leiden 28 Prozent der indigenen und 16 Prozent der Mischlings- beziehungsweise weißen Familien.

Die höchste Rate an Unterernährung weisen die Afro-Bolivianer auf. Die UNO unterscheidet zwischen Unter- und Mangelernährung. Die Unterernährung wird bewirkt durch fehlende Kalorien. Mangelernährung durch die Defizienz an Vitaminen, Proteinen und Mineralnährstoffen.

In Bolivien fordert der Mikronährstoffmangel eine Vielzahl von Todesopfern.²⁷

Zu den häufigsten und verbreitetsten der dadurch hervorgerufenen Mangelkrankheiten gehören Kwashiorkor, Anämie, Rachitis, Blindheit. Jugendliche, die unter Kwashiorkor leiden, haben aufgetriebene Bäuche, rote Haare und gelbe Haut. Sie verlieren ihre Zähne. Rachitis verhindert eine normale Entwicklung des kindlichen Knochengerüsts. Die Anämie befällt das Blutsystem und nimmt dem Opfer alle Energie und Konzentrationsfähigkeit.

Fast die Hälfte der bolivianischen Kinder unter zehn Jahren leidet an

Anämie und anderem Mikronährstoffmangel – das gilt vor allem für Jod, Vitamin A und Eisen.

Zurück zur Unterernährung: Bei Kindern unter fünf Jahren wirkt sich Unterernährung besonders fatal aus: Ihre Gehirnzellen entwickeln sich gar nicht oder unzulänglich. Was zur Folge hat, dass Zehntausende von bolivianischen Kindern jedes Jahr zu einer bleibenden geistigen Behinderung verurteilt werden.

Doch, das sei noch einmal betont, die extreme Armut sucht die indigenen Gemeinschaften weit schlimmer heim als die gemischten oder weißen Bevölkerungsgruppen. 49 Prozent der Indianer leben in empörendem Elend, dagegen nur 24 Prozent der Mischlinge.

Die Ärmsten der Armen sind die landwirtschaftlichen Wanderarbeiter und die Bauern, die nur ein Stückchen Land von einem oder einem halben Hektar auf dem Altiplano besitzen. Die Großstädte werden immer dichter von Elendsquartieren umgeben. Die UNO-Bürokraten nennen sie schamhaft den »informellen Wohnsektor«.

Dort machen Ratten den Kindern ihre schmale Kost streitig.

Mehr als 60 Prozent der Bevölkerung der Departemente Potosí und Chuquisaca vegetieren unter der »nationalen Armutsgrenze«²⁸ dahin, sie leiden an Hunger, Mangel an Trinkwasser, erbärmlichen Behausungen, Dauerarbeitslosigkeit. Im Departement Santa Cruz dagegen liegt diese Zahl unter 25 Prozent.

Die Arbeitsbedingungen, vor allem im Bergbau, sind kaum erträglich.

Am Fuß des kahlen Bergs, der die Stadt Oruro überragt, habe ich 2007 die Cooperativa Minera La Salvadora besucht. Ich war bewegt von der menschlichen Wärme, Würde und Brüderlichkeit, die dort herrschen. Die Region ist sehr reich an Erzvorkommen.

Die Genossenschaft beutet drei Zechen aus: »Corazón de Jesús« (Herz Jesu), »Ernesto Che Guevara« und »San José«.

Laut Satzung der Genossenschaft darf niemand unter siebzehn Jahren in den Minen arbeiten.

Der hungernde Bauer spricht im Büro der Genossenschaft vor. Wenn in einer Schicht ein Platz frei ist, darf er ihn einnehmen. Die Aufnahmegebühr beträgt fünfzig Dollar.

Zwei Schichten lösen einander ab: Die erste fährt um 7 Uhr ein und kommt um 15 Uhr wieder herauf; um 15 Uhr geht die zweite in den Förderkorb und bleibt bis 23 Uhr unter Tage; daraufhin fährt die erste Schicht wieder ein, und so fort.

Diesen Rhythmus behalten die Bergarbeiter zehn Tage lang bei, dann haben sie fünf Tage lang Ruhe.

Ein siebzehnjähriger Bergmann sagte mir: »Wir kennen weder Nacht noch Tag. Auch keinen Sonntag ... Aber während der *Diabladas* fährt niemand ein.²⁹

Für Helm, Lampe, Schlegel und Hammer muss der Bergmann selbst sorgen. Entweder kauft er sie im Magazin der Genossenschaft, oder er leiht sie sich dort. Dynamitstangen und Bohrmaschinen werden von der Genossenschaft gestellt.

Diese drei Gruben sind sehr alt. Die ersten Zechenbücher, Nachweise der in San José abgebauten Erze, sind dreihundertfünfzig Jahre alt. Dort werden vor allem Silber und Zinn, aber auch andere Erze gehauen.

Ich bin in den Hauptschacht von »Corazón de Jesús« eingefahren. Dieses Bergwerk reicht über fünf Sohlen 500 Meter tief hinab. Auf jeder Sohle wurden kilometerlange horizontale Stollen vorgetrieben.

Abgesehen von der ständigen Gefahr, dass die Wände einstürzen, leben die Bergleute vor allem in der Furcht vor dem Gas: Niemand kann es entdecken. Die Bergleute der Kolonne überwachen sich gegenseitig. Wenn einer von ihnen das Bewusstsein verliert, bringen ihn die anderen aus dem Streb oder Stollen.

Trotz rigoroser Sicherheitsvorschriften kommt es zu häufigen – und meist tödlich verlaufenden – schlagenden Wetterern.

Gegen den Hunger kauen die Bergleute Kokablätter. Jeder trägt ständig eine kleine Flasche mit reinem Alkohol bei sich.

Vor Ort im Streb, der oft nur einen Meter hoch ist, müssen die Bergleute wie Reptilien kriechen. Sie arbeiten im Liegen, indem sie mit ihren Eisen das Gestein von Decken und Wänden abschlagen.

Im Labyrinth der Stollen, Gänge, Förderkörbe, Leitern, langen Geleisen, auf denen Jugendliche Loren schieben, ist es heiß: 40 Grad im Durchschnitt. In anderen Stollen fällt die Temperatur plötzlich auf 10 Grad unter null: Der Unterschied wird durch die Luftströmungen in den unterirdischen Gängen hervorgerufen.

Die Belüftung ist mangelhaft, die Wetterschächte viel zu eng. Die Bergleute arbeiten mit nacktem Oberkörper. Das Atmen fällt ihnen schwer. Der feine Staub, den die Gesteinsbohrer erzeugen, greift die Augen, die Lungen, die Haut an.

Der Berg gleicht einem riesigen Ameisenhaufen. Die Stollen führen bis unter die Straßen und Plätze der Stadtmitte von Oruro ...

Im Corazón de Jesús plagen sich etwas mehr als zweitausend Bergleute ab, darunter auch fünfzehn Frauen. Alle sind Genossenschaftler und teilen sich die Betriebs- und Instandhaltungskosten der Anlagen. Die Einkünfte richten sich nach der Arbeitsleistung. Der Genossenschaftler vermarktet sein Erz selbst.

Das geht folgendermaßen.

Beim Ausfahren hat der Bergmann einen kleinen Sack aus grauem Stoff bei sich, der rund 15 Kilogramm wiegt. Er braucht drei Tage, um ihn mit Erzklumpen, die von Metalladern durchzogen sind, zu füllen. Das Pochwerk, genannt *Changadora*, das einer Privatgesellschaft gehört, extrahiert das Metall. Der Bergmann verkauft sein Metall der Gesellschaft.

Sein durchschnittliches Einkommen liegt bei knapp unter fünfzig Dollar pro Monat.

Ich sitze Zamiro Helguero, dem Vorsitzenden der Genossenschaft, gegenüber. Ein mürrischer, schweigsamer Mann mittleren Alters.

Er ist ein *Cholo*, ein Mischling, narbiges Gesicht, harter Blick. In der Stadt hat er einen schlechten Ruf. Man nennt ihn einen Autokraten.

Als Jugendlicher kannte Zamiro den legendären Juan Lechin, den Chef der Bergarbeitergewerkschaft.

Es heißt, als ehemaliger Hauer verachte Zamiro alle hungernden Indianer, die ihr Leben in Corazón de Jesús riskieren, ohne über die notwendige Ausbildung und die »Liebe zum Berg« zu verfügen.

Zamiro beteuert, dass er sich streng an die Vorschriften halte: keine Kinder im Bergwerk.

Nach einer langen Besichtigung der Anlagen sitze ich erschöpft vor einem Glas Mate in der Kantine und nehme das Gespräch mit ihm wieder auf.

Im Eingangstollen bin ich Kindern begegnet, die mir zehn bis zwölf Jahre alt zu sein schienen.

Ich hake nach.

Zamiro Helguero sagt: »Was wollen Sie? Wir bringen es nicht übers Herz, sie abzuweisen ... Ihre Familien sind arm. Sie haben Hunger. Oft haben sie keinen Vater mehr. Die Mutter kümmert sich um die Kleinsten. Die größeren Kinder wollen in den Berg. Wie sollen wir sie wegschicken?«

In Oruro betteln Straßenkinder das Nötigste für sich und ihre kleineren Geschwister zusammen.

Eine große Zahl dieser Bettelkinder sind Waisen von Bergleuten, die an der Staublunge gestorben sind oder beim Einsturz eines Stollens lebendig begraben wurden. Viele andere Kinder sind von zu Hause weggelaufen: Die

Väter, obwohl noch jung, schon an der Staublunge erkrankt und zur Dauerarbeitslosigkeit verurteilt, können ihre Situation nicht mehr ertragen. Ganz zu schweigen davon, dass nach fünfzehn Jahren dieser Knochenarbeit auch die widerstandsfähigsten Bergleute nicht mehr einfahren können. Wer mit siebzehn Jahren zum ersten Mal unter Tag geht, ist mit zweiunddreißig meist arbeitsunfähig. Die invaliden, noch jugendlichen Väter werden oft alkoholabhängig oder drogensüchtig und meist gewalttätig. Für ihre Kinder bedeutet das Tag für Tag Prügel, Gebrüll, Beleidigungen. Häufig auch sexueller Missbrauch.

Die Kinder laufen von zu Hause fort.

Julia und Fernando Sandalio, ein pensioniertes Lehrerpaar, versucht mit der Unterstützung von Emmaus Frankreich und Emmaus Schweiz, einigen von ihnen zu helfen. Julia und Fernando haben zwei Schulen errichtet – Escuelitas cooperativos Campito Emmaüs -, die eine in San Pedro, die andere in der Nähe des Flugplatzes.

Zweihundertachtzig Jungen und Mädchen zwischen fünf und vierzehn Jahren werden dort fünf Tage pro Woche von neun Uhr morgens bis zum Einbruch der Nacht aufgenommen. Sie erhalten Unterricht und Nahrung.³⁰

Seit Ende 2006 sind, wie geschildert, die Einkünfte der Regierung aus den Verstaatlichungen der Öl- und Gasfelder, der Raffinerien, Gießereien und Bergwerke massiv gestiegen. Was aber fängt die Regierung mit diesem Geldregen an? Sie verringert die Staatsschulden, um sich aus der Auslandsabhängigkeit zu befreien, finanziert den Staatshaushalt, um die Lebensfähigkeit des Landes zu sichern, und führt radikale soziale Reformen durch, um das Volk aus dem Elend zu befreien.

Schon 2006 waren die Schulden erheblich verringert, während der Haushalt praktisch ausgeglichen war. Die Finanzlage verbesserte sich 2007 und 2008 weiter.

Mit Hilfe des UNDP hat die Regierung außerdem einen staatlichen Entwicklungsplan ausgearbeitet. Dieser wurde 2007 veröffentlicht und umfasst den Zeitraum von 2007 bis 2012. Im Zuge dieser Maßnahmen haben sich die öffentlichen Aufwendungen für den Kampf gegen die Unterernährung, den Analphabetismus, die Wasserverschmutzung und die Epidemien von 10,5 Prozent des BIP im Jahr 2006 auf 14,8 Prozent im Jahr 2007 erhöht.

Alle diese Zahlen wurden vom Internationalen Währungsfonds veröffentlicht, der nicht gerade verdächtig ist, mit einem Regime zu

sympathisieren, das dem Kampf gegen die Armut absolute Priorität einräumt.³¹

Der Feind Nr. 1 des bolivianischen Volkes bleibt die Unter- und Mangelernährung, der Hunger und in seinem Gefolge die für ihr Leben geschädigten Kinder, die invalid gewordenen und zu Minenoder Feldarbeit unfähigen Männer, die anämischen Frauen.

Das *Programma malnutrición zero*, dessen erste Phase 2007 umgesetzt wurde, soll für ausreichende Ernährung, medizinische Versorgung, menschenwürdige Wohnverhältnisse, Trinkwasser für alle Kinder bis zwei Jahren sorgen.

An einem klaren Morgen des Andenwinters sitze ich im Konferenzsaal des Gesundheitsministeriums in der Oberstadt von La Paz. Der Raum ist dümmrig. Seine Wände sind mit dunklem Holz aus dem Departement Beni getäfelt.

Die Ministerin Nilda Heredia, eine Chirurgin, ist eine kleine Frau mit grauem Haar und leuchtenden Augen.

Ihr Sohn war im Kugelhagel der Losada-Polizei getötet worden. Der Stab des Ministeriums besteht fast ausschließlich aus Frauen zwischen fünfzig und sechzig. Sie haben lange Jahre in staatlichen Krankenhäusern Dienst getan. Manche unter ihnen haben ebenfalls Kinder verloren.

Wie viele Länder des Südens leidet Bolivien unter einer zynischen ärztlichen Nomenklatura. Sie ist ausschließlich am Geld interessiert. In ihren Privatkliniken scheffeln die bolivianischen Ärzte Gewinne, die ihre Kollegen in München oder Berlin vor Neid erblassen ließen. Von den zehn Millionen Einwohnern Boliviens erhält daher nur eine kleine Minderheit die notwendige ärztliche Versorgung. Auf dem Altiplano, in den riesigen Weiten des Amazonas und des östlichen Tieflands – also auf zwei Dritteln der eine Million Quadratkilometer Staatsgebiet – gibt es nur sehr wenige Krankenhäuser und Gesundheitsstationen.

Um diesen Mangel zu beheben, hat Ministerin Nilda Heredia die kubanische Regierung um Hilfe gebeten. 2008 wurden viele tausend Patienten in den entlegensten Gegenden dieses riesigen Landes von achthundertfünfzig kubanischen Ärzten behandelt, operiert und geimpft ... Außerdem hat Kuba Bolivien zweiundzwanzig Krankenhäuser und mehr als hundert Ernährungsberatungszentren für Kleinkinder gestiftet.

Draußen ist Lärm zu hören. Auf dem Platz vor dem Ministerium demonstrieren Hunderte von Ärzten mit Privatpraxen. Gegen was? Gegen

das Programm »null Unterernährung«. Ich staune. Ich verstehe die Demonstranten nicht. Inwiefern kann die kostenlose Behandlung der Kleinkinder armer Leute die ärztliche Nomenklatura mit ihren privaten Luxuskliniken stören?

Nilda Heredia erklärt mir: »Unsere Kollegen haben keine Angst, ihre Klientel zu verlieren. Kein armes Kind würde jemals in eine ihrer Kliniken aufgenommen! Aber sie fürchten das Beispiel, den Präzedenzfall: Wenn unser Programm Erfolg hat, könnten andere Bevölkerungsschichten auf die Idee kommen, die Abschaffung der medizinischen Apartheid zu fordern.«

Der Lärm draußen verstärkt sich. Kurz darauf höre ich die dumpfen Detonationen der von der Polizei geworfenen Tränengasgranaten. Doch die Demonstranten weichen nicht. Schreie ertönen, Steine und Bretter von einer benachbarten Baustelle fliegen über den Platz und krachen gegen die Fassade des Ministeriums.

Wir befinden uns im dritten Stock.

Nilda steht auf, schließt die Fenster und zieht die schweren blauen Vorhänge vor.

Drei andere Reformen, genannt »Bonos« (Stipendien), sollen das Leben der Ärmsten dauerhaft verbessern: Viele hunderttausend Kinder gehen nicht oder ganz unregelmäßig zur Schule. Sie müssen als Straßenverkäufer, Landarbeiter etc. zum kargen Familieneinkommen beitragen. Ab 2009 erhält jedes Kind am Ende des fünften Schuljahrs (Ende der Grundschule) 200 Bolivianos. Das Geld soll die Eltern veranlassen, die Kinder in die Schule zu schicken. Der Betrag mag lächerlich gering erscheinen: 30 Dollar. Es handelt sich um eine einmalige Zahlung. Jedoch: Manche Familien haben sechs, acht oder sogar zehn Kinder. Sie beziehen daher mehrmals den »Bono«.

Jede Person, die älter als sechzig ist und kein Einkommen hat, erhält pro Monat zweihundert Bolivianos. Dieser »Bono« wird auch »Renta dignidad« genannt. Wer als Staatsbeamter oder sonstwie eine Rente hat, dem wird die »Renta dignidad« proportional gekürzt. Aber die große Mehrheit der arbeitenden Menschen gehört nicht dem Lohnsektor, sondern dem »informellen« Sektor an, wo es keinerlei Altersversorgung gibt.

»Bono madre nino« ist eine andere Reform. Mütter sollen in anständigen Verhältnissen die Schwangerschaft durchlaufen, gebären und ihren Säugling betreuen können. Viele tausend Kleinkinder sind invalid infolge von Geburtsschäden. Alle zwei Monate während der gesamten Schwangerschaft

hat die werdende Mutter das Anrecht auf eine medizinische Untersuchung. Über die ersten zwei Jahre hinweg steht einem Säugling dieses Recht ebenfalls zu. Und in dieser Zeit erhält die Mutter alle zwei Monate einen »Bono« von zweihundert Bolivianos.

Eine weitere Reform, sicherlich weniger spektakulär, aber von höchster Bedeutung für den Alltag der Armen, vor allem der Indianer, betrifft die Aushändigung von Ausweispapieren und Personenstandsurkunden. Ohne Personalausweis (Geburts- oder Heiratsurkunde, Arbeitsbuch und so fort) ist das Leben des Armen die Hölle. Doch seit unvordenklichen Zeiten ist hier die Ausgabe von amtlichen Dokumenten mit übelsten bürokratischen Schikanen verbunden.

Ganze Gemeinschaften mussten zusammenlegen, damit einer der Ihren den begehrten Personalausweis erwerben konnte, den er unbedingt brauchte, um Quinoa und Gemüse auf dem Markt zu verkaufen.

Dazu muss man wissen, dass der Indianer am Schalter des Bürgermeisteramtes den geballten Rassismus des Mischlings- oder weißen Beamten in Form von üblen Beleidigungen zu spüren bekam.

Fortan ist das Recht auf Ausweispapiere gesichert. Man bekommt sie umsonst und überall.

2006 waren 35,3 Prozent der bolivianischen Bevölkerung »extrem arm«. Mit den laufenden Reformen wird diese Zahl bis 2010 auf 27,2 Prozent sinken. Die Kategorie der »Armen«, die 2006 noch 58,9 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte, wird nach einer Prognose der Weltbank bis 2010 auf 49,7 Prozent zurückgehen.³²

Doch die bolivianische Revolution besteht nicht nur aus einer Folge vielversprechender Reformen. Ganz und gar nicht!

Es gibt zahlreiche Rückschläge, Misserfolge und Fehler. Nehmen wir die Landreform.

Die Viehzüchter dürfen fortan höchstens 5000 Hektar besitzen; für Soja-, Baumwoll-, Mais- und Getreideanbaubetriebe liegt diese Höchstgrenze bei 2000 Hektar.

Die Sklavenarbeit ist abgeschafft.

Zur Durchsetzung des Gesetzes dürfen die Agenten des INRA (Staatliches Institut für die Agrarreform) jederzeit die Hilfe der nächstgelegenen Militärgarnison anfordern. Die überzähligen Hektar werden beschlagnahmt und landlosen Tagelöhnern oder Kleinbauern mit nur einem oder zwei Hektar Land übertragen.

Außerdem prüft das INRA die Gültigkeit der Besitztitel.

Doch die Großgrundbesitzer im Osten haben ein wirksames Mittel zur Sabotage der Landreform gefunden. Ihre Ländereien überschreiten die gesetzliche Maximalfläche? Die INRA-Agenten verlangen die Übereignung der überzähligen Hektar an die Tagelöhner? Kein Problem! Der Großgrundbesitzer teilt seinen Besitz mit Hilfe eines Winkeladvokaten eigenhändig auf. Beispielsweise werden die überzähligen Hektar der Frau des Hacienderos überschrieben oder dem Cousin oder irgendeinem Strohmänn ...

Der Großgrundbesitzer ist bereit, nötigenfalls noch weiterzugehen. Besonders im östlichen Tiefland, in den Departementen Santa Cruz, Tarija, Beni, ist das zu beobachten: Ohne Skrupel ermorden dort die Pistoleros der Großgrundbesitzer die INRA-Agenten. Und einige ranghohe Militärs machen mit den Hacienderos gemeinsame Sache ...

Die vorläufige Bilanz der Agrarreform ist zwiespältig. Ich gebe zwei gegensätzliche Beispiele: Im Bezirk von Alto Parapeti, Departement Santa Cruz, stellten die Agenten des INRA auf zehn Latifundien, die fünf Familien gehörten, und insgesamt die Riesenfläche von 36 000 Hektar bedeckten, Zwangsarbeit von Kindern und unbezahlte Sklavenarbeit von mehreren hundert Guarani-Familien fest. Gemäß Gesetz wurden diese Besitztümer entschädigungslos enteignet. Evo Morales kam am 14. März 2009 persönlich nach Alto Parapeti und übergab die neuen Landtitel den Ältesten der Guarani-Gemeinschaften. Zweites Beispiel: Im Amazonas-Departement Pando, nahe der brasilianischen Grenze, herrschte Gouverneur Leopoldo Fernandez, Freund und Komplize der Großgrundbesitzer. Seine Milizen verjagten die Ingenieure, Geometer und Agronomen des INRA. Tausende landloser Bauern und ihre Familien unternahmen daraufhin einen mehrere Tage langen Protestmarsch in Richtung der Departement-Hauptstadt. Beim Dorf Catchuela-Esperanza stellte ihnen Fernandez einen Hinterhalt: 17 Menschen wurden erschossen, darunter Frauen und Kinder, Hunderte verletzt, Dutzende blieben verschollen. Überlebende berichten, dass mehrere der schwer bewaffneten Angreifer kein Spanisch, sondern eine »unbekannte« Sprache sprachen.

Ein anderer Misserfolg. Evo Morales hat 2006 das Mindesteinkommen um 18,2 Prozent heraufgesetzt, was bei einer jährlichen Inflation von höchstens drei Prozent einen erheblichen Kaufkraftzuwachs bedeutet. Doch 66 Prozent der bolivianischen Arbeiter gehören dem »informellen Sektor« an, wo es weder Arbeitsverträge noch Tariflöhne, noch ein Sozialrecht gibt.³³ Millionen Kinder, Männer und Frauen üben eine unendliche Zahl

dieser »informellen Tätigkeiten« aus und wechseln ständig von einer zur anderen. Zum informellen Sektor gehören etwa Schuhputzer, Dienstboten, Tagelöhner auf Haziendas, saisonale Zuckerrohrschneider, fliegende Händler, Betreiber von Schnapsbuden, Gepäckträger, denen man Lasten aufhalst, die man noch nicht einmal einem Maultier zumuten möchte, Köhler im Wald, Ziegelbrenner in Hinterhöfen, Wasserträger, Baustellenwächter, Wäscherinnen etc.

In La Paz, Oruro, Sucre und Santa Cruz sieht man diese *Biscateros* – Kinder unter zehn Jahren, magere und zahnlose Frauen, Männer mit leerem Blick, verzweifelt, unterwürfig – Tag und Nacht an der Wand lehnen und darauf warten, dass jemand ihre Dienste in Anspruch nimmt.³⁴

Der *Biscatero* kommt natürlich nicht in den Genuss des Mindestlohns, da er kein regelmäßiges Gehalt bezieht.

Die Korruption ist eine alltägliche Gefahr in Bolivien. Kein öffentlicher Angestellter (Präsident, Minister oder Direktor einer verstaatlichten Gesellschaft, etc.) darf mehr als 1000 Dollar im Monat verdienen. Für eventuelle Dienstwohnungen und Dienstwagen wird mit dem eigenen Salär bezahlt. Santos Ramirez, vormals Anwalt der Landarbeitergewerkschaft und später Generaldirektor der staatlichen Erdölgesellschaft YPFB, galt als der drittmächtigste Mann im Staat gleich nach Evo Morales und Vizepräsident Garcia Linera. Mitte Februar 2009 entdeckte die Polizei in seinem Haus in La Paz eine Summe von 450 000 Dollar. Nach Auskunft des Untersuchungsrichters eine Korruptionszahlung der Firma Catler Uniservice, der die YPFB den Auftrag erteilt hatte, eine Fabrik zur Verflüssigung von Naturgas zu errichten. An Stelle des sofort seines Amtes enthobenen und angeklagten Santos Ramirez ernannte Morales als neuen Präsidenten der nationalen Erdölgesellschaft Carlos Villegas. Er ist seit dem Amtsantritt von Morales bereits der sechste Präsident der YPFB!

Noch ein weiterer Misserfolg. Das MAS leidet an einem empfindlichen Mangel an qualifizierten Kadern.

Bei seinem Einzug in den Palacio Quemado fällte Evo Morales eine Entscheidung mit unabsehbaren Folgen. Er untersagte jedem Minister, Direktor eines Staatsunternehmens oder hohen Beamten den geringsten beruflichen oder persönlichen Kontakt mit Amtsträgern der früheren Regierungen.

Die Entscheidungsträger des beseitigten Kolonialstaats sind mit einem Bann belegt.

Dieser vollkommene Bruch mit der Vergangenheit soll Ansteckung,

Kompromisse, Abweichungen verhindern. Er bringt den Staat aber auch um viele Fachleute, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen.

Daher gibt es im MAS zu wenige Kader, die den komplexen Prozess der Befreiung von westlicher Unterdrückung organisieren, steuern und zu einem erfolgreichen Abschluss bringen können. Anfang 2009, nach nur drei Jahren im Amt, war Evo Morales schon bei seinem vierten Landwirtschaftsminister, seinem dritten Gas- und Ölminister und seinem vierten Justizminister angelangt.

VI

Der Bruch mit dem Kolonialstaat

Die Zerstörung des Kolonialstaats und die Errichtung eines Nationalstaats sind das dritte Ziel, das sich Evo Morales und das MAS gesetzt haben.

Als »Kolonialstaat« bezeichnet Morales das institutionelle politische System, das Bolivien von 1825 bis 2006 beherrscht hat. Nachdem das bolivianische Volk Herr über seine Reichtümer und Souverän über sein Land geworden ist, ist die Schaffung einer multiethnischen, demokratischen und solidarischen Gesellschaft der nächste Schritt. Im August 2006 hat sich Morales dazu ausführlich bei der Eröffnung der verfassunggebenden Versammlung in Sucre geäußert.

Für ihn ist der Nationalstaat gleichbedeutend mit Rechtsstaat. Er organisiert soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, den Schutz der Minderheiten und der Menschenrechte.

Jean-Jacques Rousseau spricht das Offenkundige aus: »In den Beziehungen von Mensch zu Mensch ist das Schlimmste, was geschehen kann, dass der eine sich dem anderen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sieht.«³⁵

Der Gesellschaftsvertrag ist die Grundlage der Nation. Er allein befreit den Menschen aus Sklaverei, Abhängigkeit und Willkür. Unabhängig von ethnischer Herkunft, Glaubensbekenntnis und Hautfarbe legt er allen Bürgern dieselben Verpflichtungen auf und sichert allen Bürgern dieselben Rechte.

Das Nationalbewusstsein ist also definitionsgemäß multiethnisch, klassenübergreifend und multikulturell.

Die Mono-Identität steht in krassem Gegensatz zum Nationalbewusstsein. Die verschiedenen ethnischen Zugehörigkeiten, die Vielfalt des kulturellen Erbes sind das Kapital, von dem die Nation als soziale Formation zehrt. Ethnozentismus, obsessiver Indigenismus, Tribalfanatismus sind die Todfeinde der Nation.

So gesehen, muss der bolivianische Nationalstaat mit einer schweren Bedrohung fertig werden.

Im Zentrum der indianischen Renaissance und der Errichtung des Nationalstaats ruft die Bewegung Pachakutik, angeführt von dem charismatischen Aymara Felipe Quispe, zu fanatischem Indigenismus auf. Quispe verfügt über ein großes persönliches Prestige. Er hat den bewaffneten Widerstand gegen Sánchez de Losada organisiert.

Der Mann ist von außergewöhnlicher Furchtlosigkeit und Brutalität, eine Art Girolamo Savonarola³⁶ der Anden, ein begnadeter Redner und Organisator, der vom Hass auf die Weißen und Mestizen getrieben wird. Seine Unversöhnlichkeit, seine Strenge, seine leidenschaftliche Sprache sichern ihm die Treue einer in die Hunderttausende gehenden Anhängerschaft.

Der kleine, untersetzte Mann mit dem durchdringenden Blick wird auf der Hochebene, vor allem von der Jugend, glühend verehrt. Seine Botschaft ist einfach: Die *Q'ara*, die Weißen, sind Eindringlinge. Infolge ihrer ungeheuerlichen Verbrechen – in Vergangenheit und Gegenwart – ist ihr weiterer Verbleib in den Anden unerträglich. Pachamama, Mutter Erde, befiehlt ihre Vertreibung. Sie müssen aus Bolivien verjagt werden. Alle. Nötigenfalls mit der Waffe in der Hand. Das ist der Preis für die Renaissance der indianischen Anden.

Quispe erhebt den Vorwurf, Morales schließe mit dem Westen Kompromisse. In der Regierung sitzen Weiße, allen voran, zum großen Ärger Quispes, der Vizepräsident Garcia Linera. Weiße Generäle befehligen die Armee. Die spanische Kirche feiert weiter ihre Messen. All das ist in seinen Augen unerträglich.

Noch heimtückischer: Morales sei nicht wirklich ein Sohn Pachamamas, behauptet Quispe, da er mit seiner Familie seine Heimatgemeinde Orenoca auf der Hochebene Oruro verlassen habe, um im Tiefland, im Regenwald von Chapare, Koka anzubauen, weit von den Apus und den Ayilus entfernt. Die Apus sind die Geister, die auf den Gipfeln der Fünf- und Sechstausender wohnen. Jeder Apu besitzt seine *Cima nevada*, seinen schneebedeckten Gipfel, auf dem er wohnt. Von dort oben schützen die Apus den Zyklus von Saat und Ernte, die Fortpflanzung der Lamas, die Fruchtbarkeit des Bodens und der Menschen.

Die Ayilus dagegen leben unter der Erde, in den unterirdischen Gefilden, die für gemeine Sterbliche tabu sind. Das sind die verstorbenen Ahnen. Sie schützen die Sippen und Familien und sorgen für den Fortbestand der Menschen auf der Erde.

Quispe gibt vor, mit den Apus und den Ayilus zu sprechen. Er behauptet,

von ihnen legitimiert zu sein.

Die Bewegung des Felipe Quispe trägt den Namen Pachakutik, zu deutsch: die Rückkehr. Der Name geht auf einen großen Inka zurück, der – von Verrätern vertrieben – dank dem Aufstand des Volkes aus dem Exil zurückgekehrt war. Pachakutik ist für das MAS eine tödliche Gefahr.

Evo Morales ist ein mittelmäßiger, nüchterner Redner, während Quispe die Massen mitreißt.

Jenseits des Titikakasees, im benachbarten Peru, verfügt Felipe Quispe über einen mächtigen Verbündeten in der Person von Ollanda Humaila. Obwohl der charismatische Qechua-Führer bei der Wahl im Jahr 2007 peruanischer Präsidentschaftskandidat war, hat er sich den Sieg von Alan García, dem Kandidaten der Vereinigten Staaten, vor der Nase wegschnappen lassen. Nach der Katastrophe, die die Wahl von Evo Morales (im Dezember 2005) für den Westen bedeutete, hat Washington Alan García mit Dutzenden von Dollarmillionen unterstützt, um eine Ansteckung zu verhindern ...

Humaila ist der Prophet der *Raza cobriza*, der Menschen mit der kupferfarbenen Haut, der nach seiner Ansicht einzig rechtmäßigen Eigentümer der Kordilleren, Steppen, Täler, der Quellen und Erze der Anden. Wie Quispe ruft er zum bewaffneten Aufstand gegen die Weißen (und die Cholos) auf. Sie müssten die Anden verlassen, sagt er. Sie seien Usurpatoren und besudelten die heilige Erde Pachamamas.

Das Rückgrat des Nationalstaats wird von 12 000 »Urgemeinschaften« gebildet – Aymaras, Quechuas, Moxos, Guaranis und so fort -, in die die indianische Bevölkerung untergliedert ist. *Pueblos originarios* ist der offizielle Begriff zur Bezeichnung der unterschiedlichen indianischen Völker.

Das Leben dieser Indianer ist außerordentlich hart. Sie sind mit ihrer Geduld am Ende. Daher werden die Forderungen, die an Morales und seine Regierung gerichtet werden, immer dringlicher und unversöhnlicher. Denn wenn es dem Staat nicht gelingt, die Lebensbedingungen der Indianer tiefgreifend zu verändern, ihr Elend zu besiegen und ihnen ihre Würde zurückzugeben, werden sie ihm wohl den Rücken kehren. Dann wird der tribalistische Fanatismus zur Zuflucht für alle, die vom Nationalstaat enttäuscht wurden.

So befindet sich Evo Morales in einem verzweifelten Wettlauf mit der Zeit. Entweder der Nationalstaat kommt rasch zustande, trägt Früchte und

stellt seine Legitimität und Nützlichkeit unter Beweis, oder Felipe Quispe und die rassistischen Theoretiker mobilisieren die Wut der Andenindianer für den ethnonationalistischen Kampf, die krankhaften Identitätsbestrebungen, den tribalistischen Fanatismus.

Um besser verständlich zu machen, wie groß die Aufgabe ist, vor der Morales steht, möchte ich hier einen Augenblick auf die Lebensbedingungen und das kollektive Bewusstsein einer typischen Gemeinschaft eingehen, der Aymaras von Socomany im Departement Oruro, die ich 2007 besuchte.

Auf Aymarisch heißt Socomany »die gute Furche«. Socomany umfasst hunderteinundzwanzig Familien, insgesamt neunhundertvierundfünfzig Personen.

Der Vorstand empfängt uns.

Die *Corregidora* (Vizepräsidentin) ist eine korpulente Frau in zahlreichen weiten, bunten Röcken, mit einem Lächeln auf dem flächigen Gesicht und energischen Bewegungen. Die pechschwarzen Haare sind zu zwei schönen Zöpfen geflochten, die ihr bis zu den ausladenden Hüften reichen. Felicidad Berdoja de Alhorta heißt sie und ist vierzig Jahre alt.

Der Generalsekretär Luiz Choque ist ein junger Mann. Verantwortlich für das Trinkwasser ist Bruno Ayza und für das Vieh Felipe Lopez.

Die wichtigste Person von Socomany fehlt an diesem Tag, der *Alcalde mayor*, der aymarische Älteste, der Rote Poncho.

Socomany erzeugt Zwiebeln, Kopfsalat, Blumen, Quinoa³⁷, Kartoffeln, Weiße Rüben, Saubohnen, Getreide, Rüben, Mangold, Kohl, Radieschen, Petersilie, Tomaten. Zwischen den Hütten und auf dem Lehmplatz vor dem Gemeindehaus tummeln sich Puten, Schweine, Lamas, Schafe, Kaninchen, Enten und Hühner.

Der Stolz der Gemeinschaft sind die fünfzehn Kühe. Jede von ihnen gibt pro Tag durchschnittlich acht Liter Milch. Doch weder die Milch noch das Fleisch der Kühe (der Schafe und der Lamas) kommt den von Unterernährung gezeichneten Bewohnern zugute.

Denn Fleisch und Milch werden in Oruro verkauft. Sie sind die Haupteinnahmequelle der Bauern.

Die Gemeinschaft besitzt weder einen Traktor noch eine andere landwirtschaftliche Maschine. Hier wie in vielen indigenen Gemeinschaften ist selbst der Pflug noch unbekannt. Die Aymaras und Quechuas arbeiten mit der ganzen Familie wie schon seit tausend Jahren: mit Hacke, Schaufel und Muskelkraft von Sonnenaufgang an, den Unbilden des Wetters ausgeliefert, im Sommer den Orkanen, im Winter der schrecklichen Kälte.³⁸

Auf der Hochebene gibt es praktisch keine künstliche Bewässerung, die die Ertragsfähigkeit des Bodens steigern würde. Vor Jahrmillionen lag der Altiplano unter einem Ozean. Heute ist der Boden trocken und versalzt.

Die *Corregidora* träumt laut: »Ach ja! Wenn wir eine Schwarzbunte hätten! Sie verkaufen sie in der Nähe von El Alto. Eine Schwarzbunte gibt 30 Liter pro Tag. Dann könnten wir uns einen Traktor und einen Pflug kaufen ...«

Jede Familie hat ihren Brunnen, aber keine Pumpe. Das Wasser muss von Hand geschöpft werden – aus 30 Meter Tiefe mit Eimern an Seilen. Außerdem ist das Wasser des Altiplano salzig. Im Sommer steht es nur in unzureichenden Mengen zur Verfügung. Dann müssen es sich die Familien bei einem Privatunternehmen aus Oruro besorgen. Sein Lastwagen kommt zweimal pro Woche. Doch 100 Liter Wasser kosten zwei Bolivianos.³⁹

Neben dem Betongebäude, in dem wir empfangen werden und das dem Vorstand als Sitzungssaal dient, steht die Schule, ein einstöckiges Gebäude mit weißen Mauern. Zweihundertdreiundfünfzig Kinder werden dort von einer Lehrerin und zwei Lehrern unterrichtet, die vom Staat (schlecht) bezahlt werden.

Das Land wird gemeinschaftlich beweidet. Daneben besitzt jede Familie noch ihre Parzelle, deren Größe zwischen 0,5 und 15 Hektar schwankt. Die Gemarkung der Gemeinschaft umfasst 1774 Hektar, doch gibt es keinen Dünger, der diesen Namen verdient, um den Boden anzureichern.

Viele Kinder leiden an Durchfall. Im Winter sind die Kleinen von Erkältungen und Lungenentzündungen bedroht. Es gibt keine Gesundheitsstation, übrigens auch keine Kirche.

»*Cuando no hay producción, pasamos hambre*«,⁴⁰ sagt Felicidad nüchtern.

Der Empfang im Sitzungssaal ist feierlich. Die Mitglieder des Vorstands ergreifen nacheinander das Wort. Felicidad heißt die Schwätzer schweigen.

Hinter der *Mesa directorial*, einem schweren Holztisch, sehe ich an der Wand die drei üblichen altmodischen Bilder in staubigen Rahmen: Das Wappen Boliviens⁴¹, das mit einem grünelbten Band geschmückte Porträt von Simon Bolivar mit Degen und das von Antonio José de Sucre. Die beiden *Libertadores* tragen bunt verzierte Uniformen wie Napoleons Marschälle.

Ich mache kein Hehl aus meiner Verwunderung über diesen Wandschmuck. Wo befindet sich Evo Morales, Aymara wie sie und seit drei Jahren der erste indianische Präsident?

Plötzlich senkt sich Schweigen über den Saal. Ich fürchte, etwas Falsches, Beleidigendes gesagt zu haben.

Lange blickt Felicidad mich an. Dann legt sie ihre rechte Hand aufs Herz. Die Verantwortlichen für Wasser und Vieh und der Generalsekretär tun es ihr nach. Die Bedeutung der Geste ist klar: Die kreolischen Generäle verschimmeln an den Wänden, Evo lebt in unseren Herzen.

In den Gemeinschaften herrschen strenge demokratische Regeln.

Neben dem Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt, gibt es zwei Komitees: die *Junta escolar*, die sich um den Schulunterricht kümmert, und die *Junta vicinal*, die für die Beziehungen zur Außenwelt zuständig ist (Anträge bei Behörden auf Genehmigung eines Bauvorhabens, auf Bohren eines Brunnens, auf Errichtung eines Hühnerstalls und so fort).

Wir schlürfen unseren Koka-Mate. Ein bitteres, anregendes Getränk, sehr süß ... das mir den Magen umdreht.

Bei Anbruch der Dunkelheit frage ich, ob ich einige Familien besuchen dürfe. Außerdem möchte ich einen Spaziergang zum Nordrand der Gemeinschaft machen, drei Kilometer entfernt, wo die Busse fahren, die zwischen La Paz und Oruro verkehren, ohne jemals zu halten.

Ich nutze die Auflösung des Zugs, um mich Felicidad zu nähern. Die *Corregidora* beschleunigt den Schritt. Ich schließe auf.

Sie hat verstanden, dass ich sie alleine sprechen möchte.

Da herrscht also in den Gemeinschaften der Quechuas, Guarinis, Moxos, Aymaras die perfekte Basisdemokratie, friedlich und tolerant, von jahrtausendealter Weisheit zehrend? Eine beschönigende Lüge der Anthropologen, täglich von der Regierung und den Aktivisten des MAS aufgegriffen. Die meisten Gemeinschaften werden von heftigen Konflikten erschüttert.

Nach außen wie nach innen müssen sie schwierige Probleme bewältigen. Tagtäglich.

Felicidad spricht leise: »Wir schuften wie die Tiere. Das stimmt ..., viele junge Leute ertragen das Leben hier nicht mehr. Aber was sollen sie tun? Wenn sie in die Stadt gehen, sind sie arbeitslos. Das wissen sie. Sie fordern uns auf, in Oruro einen Traktor mit Pflug zu leihen. Aber die Miete kostet 80 Bolivianos pro Stunde. Außerdem muss man Treibstoff bezahlen. Das Geld haben wir nicht [...]. Einige sind zur Mateernte nach Argentinien gegangen. Sie sind rasch zurückgekommen. Der Lohn deckte kaum die Reisekosten.«

Sie überlegt.

»Die Produktion von Gemüse, Quinoa, Zwiebeln steigern? Schwierig. Wir haben nur Naturdünger. Wir müssen einen Teil des Landes brachliegen lassen ...«

Eine Aussicht erschreckt sie: Der Verkauf von Gemüse, Quinoa, Getreide, Saubohnen auf dem Markt von Oruro. »Unsere jungen Leute lesen, informieren sich. Vor allem die, die in Argentinien gewesen sind. Sie sagen, dass Quinoa in der Stadt gute Preise erzielt und dass die importierten Nahrungsmittel billig sind. Sie wissen, was die Nudeln in Oruro kosten. Aber ich will das nicht [...]. Ich habe Ihren Blick bemerkt, als wir an der Schule vorbeigekommen sind. Gewiss, der Gesundheitszustand vieler Kinder ist schlecht. Sie können sich nicht jeden Tag satt essen. Zumindest aber ist das, was sie essen, nahrhaft. Es sind unsere Gemüsesorten, unsere Kartoffeln, unsere Rüben, unsere Zwiebeln. Sie alle verkaufen? Brasilianische, argentinische oder chinesische Nudeln kaufen? Niemals! Unseren Kindern ginge es noch schlechter.«

Ihr Gesicht drückt unvermittelt einen gewissen Stolz aus. Sie sagt: »Bisher hat noch keiner von unseren jungen Leuten in den San José gemusst!«

Der Berg San José, der Oruro überragt, hat reiche Silber-, Zink-, Blei- und Goldvorkommen. Eine Chance für die Gemeinschaft? Nein, denn dieser Berg spuckt die Bergleute aus, bevor sie zweiunddreißig sind. An Staublunge erkrankt, ohne Abfindung entlassen, körperliche und seelische Wracks. Zu Tausenden bevölkern die Opfer des San José die Elendsviertel von Oruro.

Die Beziehungen zu den Behörden des Departements sind miserabel. Felicidad kocht vor Wut: »Keine Kanalisation, kein öffentlicher Personenverkehr, nicht der kleinste Kredit, gar nichts! ... Wenn sie wenigstens eine Haltestelle an der Asphaltstraße einrichten würden, dass wir in den Bus nach La Paz oder Oruro steigen könnten ... Doch der Präfekt weigert sich den *Alcalde mayor* oder irgendein anderes Mitglied unseres Vorstandes zu empfangen ... Manchmal begegne ich ihm in Oruro auf der Straße. Er sagt: »*Ven, compañera*.« (»Kommen sie mich besuchen, Genossin!«) Doch wenn ich seinen Sekretär um einen Termin bitte, kriege ich eine Abfuhr.«

Geheimnisvoll fügt sie hinzu: »Der Präfekt hat Angst vor uns.«

Augenscheinlich ist von den Segnungen des Nationalstaats in Socomany noch nichts zu merken. Zwischen den neuen Behörden und der traditionellen Dorfgemeinschaft herrschen gespannte Beziehungen.

Am folgenden Tag sitze ich in einem grünen Ledersessel im Büro des Präfekten Luis Alberto Aguilar. Die Präfektur ist in einem prächtigen weißen Gebäude untergebracht, dem ehemaligen Palais eines Minenbesitzers.

Der Präfekt ist ein mächtiger Mann.⁴² Er gehört dem MAS an. Ich werde im blauen Trainingsanzug empfangen: Er kommt von der Eröffnung eines Radrennens.

Aguilar ist Mitte vierzig, ein Mann mit herzlichem Lachen und rascher Auffassungsgabe. Ich nutze die Gelegenheit, um ihm von den Beschwerden der *Corregidora* von Socomany zu erzählen. Er reagiert mit verblüffender Unaufrichtigkeit: »Wie das? Ich empfange doch alle meine Mitbürger, egal, woher sie kommen. In diesem Büro ist jeder willkommen. Ich werde meinen Sekretär zur Schnecke machen.«

Zu lange Demütigung, zu grausames Leid können die Völker in die Arme schlimmer Demagogen treiben. Evo Morales ist sich dieser Gefahr bewusst. Deswegen hatte er auch bei seiner Amtseinführung in Tiwanaku die sofortige Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung angekündigt. Denn er ist überzeugt, dass die Errichtung eines Nationalstaates, eines Rechtsstaates die einzig wirksame Waffe im Kampf gegen den Ethnofanatismus und -tribalismus ist.

Ab August 2006 tagte die verfassunggebende Versammlung fünfzehn Monate in Folge in Sucre, der alten Hauptstadt Boliviens. Ihre Aufgabe: mit dem Kolonialstaat Schluss zu machen, den Nationalstaat zu gründen, dem Bruch und den Präsidentenerlassen Dauer zu verleihen und durch gesicherte Institutionen für den Fortbestand der indianischen Renaissance zu sorgen.

Silvia Lazarte, die Präsidentin der Versammlung, eine Funktionärin der Bauerngewerkschaft von Cochabamba mit ernstem Gesicht und hohen Backenknochen, weigert sich, mich zu empfangen. Doch ihre aus Tarija stammende Vizepräsidentin, eine junge Frau von achtundzwanzig Jahren, fröhlich und gesprächig, ist zu einer Diskussion bereit. Sie trägt den kleinen Hut, rund und grau, über ihren langen schwarzen Zöpfen und die weiten weißen Röcke ihrer Heimatregion. Wie alle Frauen aus Tarija hat sie sich eine rote Nelke hinter das linke Ohr gesteckt.

Die verfassunggebende Versammlung war der Schauplatz einer Entscheidungsschlacht, wie sie erzählt. Die Oligarchie von Santa Cruz war dort stark vertreten. Ihre Delegierten waren geschickte, gerissene Wirtschaftsanwälte, Bankiers mit weitreichenden internationalen

Verbindungen, Ingenieure im Dienst ausländischer Konzerne. Gegenüber den die Mehrheit stellenden Deputierten des MAS erwiesen sie sich als zähe Gegner, die ständig bemüht waren, die Gruppe der indianischen Vertreter zu spalten.

Lange war ich sozialistischer Abgeordneter von Genf im Parlament der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Ich kenne aus eigener Erfahrung all die Fallen, Hinterhalte und Winkelzüge, die sich eine erfahrene, entschlossene und um ihre Privilegien fürchtende Rechte einfallen lässt, um jede innovative Maßnahme zu sabotieren. Während ich der jungen und sympathischen Vizepräsidentin der verfassungsgebenden Versammlung lauschte, lief es mir kalt den Rücken hinunter: Es sah ganz so aus, als würden die Delegierten von Santa Cruz mit ihr und ihrer schweigsamen Präsidentin kurzen Prozess machen.

Ich habe mich getäuscht.

Am Sonntag, dem 25. November 2007, wurde die Verfassung von der Versammlung mit hundertsechsdreißig von zweihundertfünf Stimmen angenommen. Es ist eine der umfangreichsten und detailliertesten Verfassungen der Welt: 431 Artikel! Allein der Katalog der Menschenrechte – der bürgerlichen und politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte – umfasst zweiunddreißig Artikel.

Artikel 4 der Verfassung verfügt die Gleichrangigkeit von katholischer Religion und indianischen Kosmogonien. Der hohe Klerus der Kirche und der apostolische Nuntius schrien zetermordio.

Die secessionistische extreme Rechte, von der später noch zu reden sein wird, opponiert gegen die Verstaatlichungen, das neue Steuersystem, die *Renta dignidad* (jene Rente in Höhe von monatlich 25 Dollar, die der Staat fortan jeder bedürftigen Person von mehr als sechzig Jahren zukommen lässt⁴³). Sie findet es unerträglich, dass das Grundgesetz in seinem Artikel acht Wörter in aymarischer Sprache enthält. In diesem Artikel heißt es: »*El Estado asume como principio etico-moral: aina ghillá, aina Mulla, aura suwa*« (»Der Staat bekennt sich zu dem ethisch-moralischen Grundsatz: Sei nicht faul, sei kein Lügner, sei kein Dieb«). Nach langen, harten Auseinandersetzungen wurde die neue Verfassung im Oktober 2008 vom Kongress mit der nötigen Zweidrittelmehrheit angenommen. Das MAS hat eine starke Mehrheit in der Abgeordnetenversammlung, ist aber in der Minderheit im Senat. In einer Volksabstimmung wurde die Verfassung am 25. Januar 2009 mit einer Mehrheit von über 62 Prozent angenommen. Für den 6. Dezember 2009 sind Präsidentschafts-, Parlaments- und

Richterwahlen vorgesehen.

Der Ausgang dieses Konflikts wird über die Zukunft des Regimes entscheiden. Für ganz Lateinamerika hat er eine entscheidende historische Bedeutung.

VII

Das Fest

Der 1. Mai 2007 in La Paz bleibt für mich eine unvergessliche Erinnerung. Eine unabsehbare, bunte Menschenmenge drängt sich unter dem Balkon des Palacio Quemado, auf den Stufen der Kathedrale, in den angrenzenden Straßen. Das Stadtzentrum ist schwarz von Menschen.

Am klaren Himmel explodieren selbst gefertigte Raketen. Ihre kleinen grauen Sprengwölkchen treiben über die Dächer.

Aus der riesigen Satellitenstadt El Alto, ganz oben auf der Hochebene, die die alten, auf der Canyonsohle gelegenen Stadtteile von La Paz überragt, strömen hinter Fahnen und Kapellen Zehntausende von Familien und Gemeinschaften herbei. Die Bergleute aus Oruro und Potosí tragen den Helm und die Karbidlampe. Die Polizeikapelle spielt den Präsidentenmarsch, Vermächtnis einer fernen Vergangenheit. Die Menge erscheint gleichgültig. Aber als eine Blaskapelle der Bergleute von Potosí, eingetaucht in einen gelb-grün-roten Fahnenwald – die Farben Boliviens –, in der Biegung der Avenida Ingavi auftaucht und direkt unter dem Balkon des Palacio Quemado Aufstellung nimmt, schwillt der Applaus zu einem Donner an, der über den Platz rollt.

Neben dem Palais liegt die Kathedrale. An diesem Feiertag bleibt sie verschlossen. Der Kardinal ist ein Feind des *Cambio*, des Wechsels. Seine Anhänger – Journalisten, Priester und Abgeordnete – verbringen ihre Zeit damit, jede Initiative der Regierung zu diffamieren.

Die Sonne steht schon hoch.

Zwischen den Bäumen haben Gewerkschaftler Spruchbänder gespannt.

»*Bolivia cambia, Evo cumple*« (»Bolivien verändert sich, Evo hält seine Versprechen«); »*Fuerza y gloria, paz, unión*« (»Stärke und Ruhm, Friede, Einigkeit«); »*Nacionalización es vivir bien*« (»Verstaatlichen heißt gut leben«); »*Bienvenidos, Señores extranjeros que visitan a nuestro país, Que sean nuestros hermanos*« (»Ihr Ausländer, die ihr unser Land als Brüder besucht, seid willkommen«).

»*Primer aniversario de la nacionalización de los hidrocarburos*«

(»Erster Jahrestag der Verstaatlichung von Öl und Gas«); »Lasst uns den Jahrestag der Unterzeichnung der vierundvierzig Verstaatlichungsverträge feiern«; »*La nacionalización – la hacemos todos*« (»Die Verstaatlichung – wir wollen sie alle«).

Sehr zahlreich sind auch die Spruchbänder mit religiöser Bedeutung. »*Bolivia querida, amada de Dios*« (»Gott segne Bolivien«); »Im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes: Gott schütze Bolivien.«

Keine einzige rote Fahne auf dem riesigen Platz. Auch kein Foto irgendeines historischen Führers der internationalen Arbeiterbewegung. Nur ein großes Schwarzweißfoto an der Fassade des Parlamentsgebäudes: das schöne Gesicht des Che. Darunter die schlichten Worte:

»*Con lealdad siempre te saludamos*« (»Auf ewig in Zuneigung grüßen wir dich«).

Flankiert von einem Feldwebel in Heeresuniform, dem Arbeitsminister im Hemd mit offenem Kragen, einigen Bauerngewerkschaftlern, behelmten Bergleuten, tritt Evo plötzlich auf den Balkon.

Zu seinen verwaschenen Jeans, Sportschuhen und hellblauem Hemd trägt Evo die Präsidentenschärpe mit Würde. Das dichte schwarze Haar fällt wie ein Helm über das Gesicht mit der stark vorspringenden Nase. Mit seinem hohen Wuchs überragt er die kleine, dicht gedrängte Schar auf dem Balkon.

Der Sprecher verkündet: »*El Primer Mandatario*.«

»Pachamama hat uns das Erz gegeben«, sagt der Präsident. »Andere haben es uns gestohlen. Wir werden uns alles wiederholen. Unsere Kinder haben Hunger. Sie müssen essen können. Alle Tage. Genügend.«

Über den Platz hat sich eine feierliche Stille gelegt. Keine Rakete wird mehr in den Himmel gefeuert. Die Tauben tummeln sich auf dem Murillo-Denkmal. Die an den Bäumen befestigten Spruchbänder bewegen sich sachte im Wind.

Seit Jahrhunderten werden die Großstädte des Landes von der Geißel der Arbeitslosigkeit heimgesucht. Als Erste bekommen sie natürlich die Indianer zu spüren.

»*Lograr trabajo. Y mejor trabajo*«, verspricht der Präsident. Wie immer ist er genau: »Wir haben das Geld, um 200 000 Arbeitsplätze zu schaffen. 70 000 werden es bis zum nächsten 1. Mai sein.«

Schweigend lauscht die Menge.

»*Pueblo de Bolivia y pueblo de América latina. Pueblo de Perú, de Bolivia, de Ecuador...*«

Kaum merklich hebt Evo die Stimme. »*Hermanos, Hermanas ...* [...]«

Mutter Erde hat aus unserem Boden die Erze, das Gas und das Öl hervorgebracht [...], damit wir uns ihrer zum Wohl unserer Familien bedienen. Wir haben unsere Freunde in Norwegen, Algerien, Venezuela um Rat gebeten [...] sie haben uns geholfen, gute Verstaatlichungsverträge aufzusetzen, sie haben uns geholfen, mit den Ausländern zu verhandeln. Danken wir unseren Freunden aus Norwegen, Algerien und Venezuela [...] Gedenken wir der Märtyrer von Chicago und der bolivianischen Märtyrer, die gegen die Invasoren, die Zinnbarone und gegen den Sechzehn-Stunden-Tag kämpften. erinnert euch: »*Gloria a los mártires de aquí et de allá ... Viva Bolivia libre, sin esclavos.*«<<

Unvermittelt verstummt der Präsident. Andächtig verharret die Menge. Kein donnernder Applaus.

Nur vereinzelte Rufe: »Evo! Evo!«

Dann zerstreut sich die Menge.

Eine junge Frau mit drei Lagen bunter Röcke, einem abgetragenen Poncho und einem runden Hut – die Kleidung, die Karl V. allen Andenindianerinnen im 16. Jahrhundert verordnet hatte – geht neben mir die Calle del Comercio hinab.

Sie hat schöne schwarze Augen, feine Gesichtszüge und eine kupferfarbene Haut. Sie wirft mir einen verstohlenen, schüchternen Blick zu. Offenbar möchte sie wissen, was dieser Gringo von ihrem Präsidenten und dessen eben gehaltener Rede denkt.

Mit der etwas lächerlichen Feierlichkeit des gesetzten europäischen Sozialdemokraten sage ich: »Das ist der schönste erste Mai meines Lebens.«

Sie lauscht. Senkt die Augen. Sagt dann: »*Un hombre pobre como nosotros ... un campesino, elegido Presidente constitucional, que nacionalizó los hidrocarburos ... que afrontó al imperialismo*« (»Ein armer Mensch wie wir, ein Bauer, der zum verfassungsmäßigen Präsidenten gewählt wurde, Öl und Gas verstaatlicht hat ... und der dem Imperialismus getrotzt hat«).

Eine verstohlene Handbewegung.

Dann verschwindet sie in der Menge.

VIII

Die Ustaschi sind zurück

Auf der Hochebene der Anden und im Tiefland von Santa Cruz hat der Westen eine historische Niederlage erlitten.

Die Öl- und Gasgiganten sind in die Knie gezwungen worden. Die Minenbarone, die seit Jahrhunderten über ihre Cerros herrschten (die Berge mit den Gold-, Silber- und anderen Erzvorkommen), sahen ihre Macht schwinden. Auch die Gesellschaften zur Gewinnung von Lithium wurden verstaatlicht. Die Landvermesser der Agrarreform ziehen Tag für Tag neue gesetzliche Grenzen für die Haciendas.

Zum ersten Mal seit fünfhundert Jahren ist ein Indianer, ein Mann dieser *Raza cobriza*, dieses Volks mit der kupferfarbenen Haut, der demokratisch gewählte Präsident eines südamerikanischen Landes.

Dieses Land besitzt das weltweit drittgrößte Vorkommen an Flüssiggas, einen großen Teil der Ölvorkommen und eine beträchtliche Menge an strategisch wichtigen Erzen, darunter einige der seltensten und kostbarsten des Planeten.

Ein Beispiel: das Lithium, ein Element, das in den riesigen »Salares«, den Salzseen Zentralboliviens, vorhanden ist. Es wird für Foto- und Fernsehapparate und für elektrische Batterien gebraucht. Die bekannten Weltreserven werden auf 28 Millionen Tonnen geschätzt, die Hälfte davon in Bolivien.

Der Westen schlägt zurück. Im Wesentlichen durch seine einheimischen Söldner. Wer sind die?

In seinem Tiefland hat Bolivien seit 1945 eine große Zahl Nazis aus Deutschland und Österreich aufgenommen, kroatische Ustaschi, Mitglieder der rumänischen Eisernen Garde und zahlreiche weitere faschistische Verbrecher aus Ungarn, Lettland, der Ukraine. Viele wurden von Interpol gesucht, manchmal jahrzehntelang. Meist vergeblich.

Hier ist ein kurzer geschichtlicher Rückblick unvermeidlich.

Am 10. August 1944 fand im Hotel Maison-Rouge in Straßburg ein Treffen von Wirtschaftsführern und hochrangigen SS-Offizieren statt. An

dem Tisch saßen die Generaldirektoren von Krupp, Röchling, Volkswagen, Rheinmetall, Messerschmitt und anderen großen Industrieunternehmen. Auch von IG Farben, die das Gas Zyklon B für die Vernichtungslager lieferte, waren mehrere Direktoren anwesend. Die meisten dieser Industrievertreter unterhielten persönliche Beziehungen zu den Männern in den schwarzen Totenkopfuniformen. Seit Jahren kannten sie sich und arbeiteten zusammen.

Erstes Ziel der Versammlung war der massive Transfer deutschen Kapitals nach Südamerika, damit »nach der Niederlage ein starkes Viertes Reich wiedererstehen« könne.⁴⁴

Zweites Ziel war die Organisation und Finanzierung der Flucht hoher SS-Leute, Gestapo-Angehöriger und anderer Henkersknechte. Die SS und ihre Komplizen aus der Hochfinanz und Industrie hatten bereits ein bestimmtes Gebiet ins Auge gefasst. Das umfasste die Provinz Misiones im Norden Argentinien, die beidseitigen Ufer des Rio Paraguay und das Tiefland von Bolivien. Im Zentrum dieses Dreiecks liegt Santa Cruz de la Sierra.

Der Historiker Jorge Camarasa berichtet (in seinem Buch *Odessa del Sur, Argentina como refugio de Nazis y criminales de guerra*, Buenos Aires, 1995), wie deutsche Unterseeboote nachts in der Mündung des Rio de la Plata eintrafen. Diese Schiffe waren mit Kisten voller Gold, Silber und Diamanten beladen und wurden von bewaffneten deutschen Agenten begleitet. Am Ufer des Rio de la Plata wurde die Fracht entladen, bevor sie auf Booten den Rio Paraguay bis Puerto Suárez, dem Flusshafen von Santa Cruz, hinaufbefördert wurde.

Am 12. Dezember 1996 veröffentlichte die amerikanische Regierung ein Dokument, das einundfünfzig Jahre lang geheim geblieben war und das zum ersten Mal präzise Angaben zum Umfang der in das Dreieck transferierten Nazi-Beute machte. Allein im Monat April 1945 waren es ungefähr eine Milliarde Dollar (Geldwert von 1945), die auf diese Weise in die Obhut von bolivianischen (paraguayischen und argentinischen) Versicherungsgesellschaften, Banken, Treuhandgesellschaften, Vermögensverwaltern und Handelshäusern gelangte.

In den bolivianischen Departementen Santa Cruz, Beni und Pando erwarben deutsche Agenten Ende 1944 riesige Domänen, Agrarindustriebetriebe, Viehwirtschaften und Transportgesellschaften.

Das zweite Ziel der Straßburger Konferenz ließ sich ebenfalls nur mit erheblichem Aufwand verwirklichen. Das höchst erfolgreiche Netzwerk zur heimlichen Evakuierung der Massenmörder nach Lateinamerika wurde unter dem Decknamen »Odessa« (Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen)

aufgebaut. Dank dieser Organisation gelang es Joseph Mengele, dem Ungeheuer von Auschwitz, sich jahrzehntelang zwischen dem Rio Paraguay und dem Departement Santa Cruz zu verstecken. Eduard Roschmann (der »Schlächter von Riga«), Gestapo-Chef Heinrich Müller, und viele andere Nazi-Mörder haben in dem Dreieck viele Jahrzehnte lang eine friedliche Existenz geführt. Abgesehen von Adolf Eichmann, im Reichssicherheitshauptamt für die Deportation der Juden verantwortlich, der 1960 in Buenos Aires entführt wurde, und von Klaus Barbie ist keiner dieser Verbrecher verhaftet worden. Auf seiner Flucht ist Eichmann über Santa Cruz gekommen.

Wie viele Nazis haben beim Netzwerk »Odessa« Hilfe gesucht? Über genaue Angaben verfüge ich nicht. Dafür weiß man, dass die Ustaschi besonders häufig die von der Organisation Odessa eingerichtete *Rattenlinie*⁴⁵ benutzt haben. Kardinal Stepanović und Pater Daganović, zwei kroatische Prälaten, die Schlüsselpositionen im Vatikan innehatten, versorgten die Ustaschi mit Vatikan-Pässen.

Gewiss, »Odessa« hat in Ostbolivien kein Viertes Reich errichtet. Doch bis auf den heutigen Tag ist man dort der Vergangenheit treu geblieben. Bertolt Brecht schreibt: »Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.«

Wie ist diese Straffreiheit für nationalsozialistische und faschistische Verbrecher zu erklären? Im bolivianischen und paraguayischen Staatsapparat (sowie dem argentinischen zur Zeit Pérons), haben die ehemaligen SS-Leute, Gestapo-Angehörigen und Ustaschi führende Funktionen innegehabt. Einige der schlimmsten Verbrecher haben auch Karriere im Geheimdienst und in der Polizei Boliviens gemacht.

Betrachten wir zum Beispiel Klaus Barbie, den Chef der Gestapo von Lyon, verantwortlich für die Verhaftung von Jean Moulin sowie den Mord an Hunderten französischer Widerstandskämpfer und den jüdischen Kindern von Izieux. Barbie war bolivianischer Polizeichef unter zwei aufeinanderfolgenden Militärdiktaturen: der des Generals René Barrientos und der des Generals Ovando Bravo Candia.

Der »Schlächter von Lyon« blieb auch in Südamerika der perfekte Nazi-Bürokrat. In Bolivien tragen Polizeichefs militärische Grade. Innenminister Luiz Arce Gomes wollte den nationalen Polizeichef, Klaus Barbie, zum General ernennen. Barbie lehnte ab. Bei der SS hatte er einen Rang inne, der dem eines Majors entsprach. Der nächsthöhere Grad ist jener eines Oberstleutnants. Also akzeptierte Barbie nur die Beförderung zum Oberstleutnant. (Wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Folter und

Mord sitzt Luiz Arce Gomez zurzeit eine dreißigjährige Zuchthausstrafe im Kerker von Chonchocoro ab.)

Barbie spielte eine Schlüsselrolle bei der Gefangennahme und Ermordung von Che Guevara. Als Verwalter der Gesellschaft Transmaritima Boliviana hat er ein beträchtliches Vermögen erworben. Seine zu großen Teilen aus Altnazis bestehende Geheimorganisation »Verlobte des Todes« hat 1980 die Machtergreifung von General Luiz Arce Gomez vorbereitet.⁴⁶

Schließlich wurde Barbie dank der Hartnäckigkeit von François Mitterrand, Régis Debray und Serge Klarsfeld am 5. Februar 1983 in Santa Cruz verhaftet und nach Frankreich ausgeliefert. Doch Barbies Verbündete und Zöglinge hatten bis zum Amtsantritt von Evo Morales Schlüsselpositionen im Geheimdienst und in der Polizei Boliviens inne.

Santa Cruz de la Sierra ist eine prächtige Stadt mit 1,5 Millionen Einwohnern. Sie ist bei Weitem die reichste und lebendigste Stadt Boliviens. Die 1561 von dem spanischen Abenteurer Ñuflo de Chávez gegründete Stadt hat Mitte des 20. Jahrhunderts ihren Aufschwung erlebt.

Säulengeschmückte Häuser säumen breite, von Königspalmen bestandene Boulevards. In den Gärten entfaltet sich tropische Farbenpracht. Ihre riesigen Swimmingpools sind marmorgefliest. Viele Frauen sind von betörender Schönheit.

Das ganze Jahr über ist die Luft feucht und mild. Im Sommer nimmt einem die Hitze den Atem.

In der Umgebung der Stadt erstrecken sich moderne, leistungsfähige Haciendas. Jede dieser Viehwirtschaften besitzt mehrere tausend Rinder. Auf den Plantagen ist die Baumwolle nach und nach durch das noch rentablere Soja ersetzt worden. Die wahrscheinlich ertragreichste und modernste Soja-Fabrik ganz Lateinamerikas befindet sich in Santa Cruz und gehört einer Bolivianerin kroatischer Herkunft, Jasminka Marinković.

Soja, Reis, Kakaobohnen, Sonnenblumenöl, Zuckerrohrmelasse, Schlachtvieh gelangen auf der Straße nach Puerto Suárez. Riesige Kähne befahren den Rio Paraguay bis zum Rio de la Plata und dessen Mündung ins Meer.

In Montevideo besitzen die Großgrundbesitzer aus Santa Cruz einen Freihafen mit Lagerhäusern, Kränen, Flaschenzügen, Kaianlagen. Die Waren werden in die Großstädte an der Ostküste der Vereinigten Staaten oder, über den Südatlantik, nach Europa befördert.

Im Tiefland Boliviens gibt es fruchtbares Land in Hülle und Fülle. Die anbaufähigen Flächen werden von der Weltbank auf acht Millionen Hektar geschätzt. 2007 wurden nur 2,5 Millionen genutzt.⁴⁷

Und wer besitzt diese prachtvollen Haziendas, Viehwirtschaften, Binnenschiffflotten auf dem Rio Paraguay, die chemischen Fabriken? Die Söhne und Töchter, die Enkelsöhne und Enkelstöchter der SS-Leute, der Angehörigen von Gestapo, Ustascha und Eiserner Garde. Das sind im Allgemeinen sehr tatkräftige Männer und Frauen, tüchtig und nicht selten Absolventen renommierter nordamerikanischer Universitäten. Das Netz ihrer Finanz- und Handelsbeziehungen umspannt den ganzen Globus. Doch häufig, sehr häufig, ist ihre Weltanschauung zutiefst diskriminierend. »Affen« nennen sie die Menschen, denen sie mit ihrem rassistischen Hass begegnen – Indianer, Juden und Schwarze. Auf den 47-Tonnen-Lastwagen, die Tag und Nacht, mit Soja beladen, über die Straße nach Puerto Suárez donnern, sind nicht selten Hakenkreuze und andere nazistische Symbole zu sehen.

Innerhalb dieser neuen Oligarchie von Santa Cruz de la Sierra bilden die Ustaschi eine Gruppe für sich. Im Gegensatz zu den anderen Söhnen von flüchtigen Nazi-Verbrechern, haben sie sich häufig an politischen und militärischen Operationen im Nachkriegseuropa beteiligt. Mehrere von ihnen werden vom UNO-Tribunal für Ex-Jugoslawien in Den Haag wegen Verbrechen gesucht, die sie zwischen 1992 und 2000 auf dem Balkan begangen haben.

Wie ist die Ustascha-Bewegung entstanden?

Als die Wehrmacht 1941 Jugoslawien überfiel, zerstückelte Hitler das Land. In Zagreb setzte er ein Regime nach seinem Bilde ein. Der kroatische Führer trug den Titel Poglavnik. Mit richtigem Namen Ante Pavelić. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg hatte Pavelić die Ustascha-Bewegung gegründet, eine rechtsradikale Geheimgesellschaft, die für die Unabhängigkeit Kroatiens kämpfte. Pavelić ließ König Alexander von Jugoslawien ermorden.

In seinem Wahn hielt Hitler die Kroaten nämlich nicht für Slawen ..., weil sie katholisch und nicht orthodox waren. Er gewährte ihnen einen eigenen Staat, der vom Reich und von Mussolini anerkannt wurde.

Als Kriegsberichterstatter für den *Corriere della Sera* trug Curzio Malaparte die Hauptmannsuniform des italienischen Heeres. Eines Tages besuchte er Ante Pavelić in seiner ihm als Hauptquartier dienenden Burg in Agram (Zagreb). Der hieß ihn herzlich willkommen und zeigte ihm stolz

einen Korb voller Menschengesichter: »Es ist ein Geschenk meiner getreuen Ustaschi: zwanzig Kilo Menschengesichter.«⁴⁸

Ich erinnere mich an einen heißen Sommertag im Juni 1996 im bayerischen Lindau, einer kleinen, wunderschönen mittelalterlichen Stadt am Bodensee. In einem am See gelegenen Hotel fand ein Treffen europäischer Sozialisten statt.

Am Abend teilte uns Hans Koschnick, ehemaliger Bürgermeister von Bremen und zum damaligen Zeitpunkt Sonderbeauftragter der Europäischen Union in Mostar, seine Sorgen mit. Als EU-Administrator für Mostar übte Koschnick die Funktion eines Bürgermeisters aus, ein Amt, zu dem er im Juli 1994 ernannt worden war. Sein Auftrag: Die beiden Teile der Stadt zu versöhnen und den Wiederaufbau zu organisieren. Nachdem er wie durch ein Wunder ein Attentat der Ustaschi überlebt hatte, erklärte Koschnick 1997 seinen Rücktritt.

Mostar war zwischen Bosniaken und Kroaten aufgeteilt. Die 1566 von den Osmanen erbaute Einbogenbrücke über die Neretva lag am Grund des Flusses, von der kroatischen Artillerie zerstört. In den Ruinen der Moscheen und Wohnhäuser am Ostufer hatten sich die bosniakischen Kämpfer verschanzt, schlecht ausgerüstet, von Hunger und Durst gepeinigt, vom Hinterland durch serbische Soldaten abgeschnitten, die auf den Höhen hinter den östlichen Stadtvierteln postiert waren, und leisteten Widerstand, so gut es ging.

Hans Koschnick ist einer der warmherzigsten, klügsten Menschen, die ich kenne. Jegliche Panikmache, jegliche Verunglimpfung Andersdenkender sind ihm fremd. Die Machenschaften der bolivianischen Ustaschi beunruhigten ihn zutiefst: »Ich sehe keine Hoffnung für eine Verhandlungslösung! Die Entscheidungen werden nicht von Tudjman, im Präsidentenpalais in Zagreb, gefällt, sondern in Santa Cruz, in Bolivien. [...] Die bolivianischen Ustaschi finanzieren die kroatischen Milizen von Mostar. Auf dem Weltmarkt kaufen sie modernste Kanonen, Maschinengewehre und hochwirksame Granatwerfer. [...] Sie machen kurzen Prozess mit den Verwundeten und schießen auf die Viertel, in denen sich die Frauen und Kinder verborgen halten – das sind Barbaren. [...] Ihr Fanatismus ist keinen Argumenten zugänglich. Rassisten sind das, von der Raserei eines anderen Zeitalters beseelt. Sie akzeptieren keinen Verhandlungspartner [...] Ante Pavelić ist ihr Held. Sein Bild ist überall ...«

Koschnick wirkte entsetzt: »Hunderte von jungen Ustaschi aus Bolivien

überqueren während ihres Urlaubs den Atlantik [...] Sie kommen an die Ufer der Neretva zur Jagd auf Muslime [...]. Ihr Nationalismus ist blind [...]. Wenn die Amerikaner die Ustaschi von Santa Cruz nicht zur Vernunft bringen, ist in Mostar kein Friede möglich.«

Für die Ustaschi ist Evo Morales der Feind, dessen es sich vor allen anderen zu entledigen gilt. Er beraubt sie ihrer Privilegien, bedroht ihre Vermögen und zwingt sie, die demokratischen Freiheiten zu achten. In diesem Punkt sind sich die Ustaschi und viele Nachkommen der SS-Immigranten und der einheimischen Oligarchie – häufig paraguayischer oder brasilianischer Herkunft – vollkommen einig.

Tatsächlich hat Evo Morales in den drei wichtigsten Departementen des Oriente – Santa Cruz, Beni und Pando – bei den Präsidentschaftswahlen von 2005 nur 33 Prozent der Stimmen erhalten. Während der Französischen Revolution kam es zu einem vergleichbaren Phänomen: Unter dem Einfluss des Klerus und der Aristokratie hatten die armen Bauern der Vendée sich 1793 gegen die Republik erhoben, obwohl diese doch die Leibeigenschaft und die Feudalrechte abzuschaffen versprochen hatte.

Auf den Haziendas des Chaco, wo häufig noch Sklavenarbeit herrscht, haben die Sklaven wie ihre Herren gewählt. Gleiches gilt für das Amazonasgebiet mit seinen riesigen Soja-, Mais- und Baumwollplantagen. Praktisch alle Zeitungen des Landes – nicht nur die des Oriente – sowie die wichtigsten Fernseh- und Radiostationen gehören den Bankiers von Tarija oder Santa Cruz. Pausenlos führen sie Diffamierungskampagnen gegen die Regierung – nicht selten mit beispielloser Heftigkeit.

Die Ustaschi und ihre Alliierten nehmen die Wahlergebnisse von 2005 im Tiefland des Landes zum Vorwand, um Evo Morales jegliche Legitimität als Präsident abzuspochen.

Hinzu kommt, dass die oligarchische Opposition und insbesondere die Ustaschi enge Beziehungen zu denjenigen westlichen Öl- und Gasgroßkonzernen unterhalten, die sich mit ihrer Niederlage nicht abgefunden haben.

Die Faschisten in Pando, Tarija, Beni und Santa Cruz haben eine »Autonomiefront« gebildet. Sie fordern die Unabhängigkeit der Tiefland-Departemente. Einige Mitglieder des hohen Klerus unterstützen die Front. Bolivien hat die zweifelhafte Ehre, den ersten Erzbischof des Kontinents zu besitzen, der sich offen zu seiner Mitgliedschaft im Opus Dei bekennt.

In Santa Cruz selbst beherrschen die Ustaschi und andere Neonazis drei Schlüsselorganisationen: die Industrie- und Handelskammer, das

»Bürgerkomitee« und die Jugendunion (UJC – *Unión Juvenil Cruceñista*).

David Sejas, Präsident der UJC, sagt: »Evo Morales ist im Begriff, Bolivien in einen Rassenkrieg hineinzuziehen, er will ein Hitler-Regime errichten. Wir sind nicht für die fünfhundert Jahre der Unterwerfung der Eingeborenen verantwortlich.«⁴⁹ Wenn ein ultranationalistischer Kroat, der sich als Jünger Ante Pavelićs ausgibt, einen demokratisch gewählten Präsidenten als »neuen Hitler« beschimpft, so ist das sicherlich eine ganz neue Spielart politischer Wahnvorstellungen ...

Die Sezessionisten verlangen für sich sechs der neun Departemente Boliviens: Santa Cruz, Tarija, Cochabamba, Chuquisaca, Beni und Pando. Diese verfügen über die wichtigsten Öl-, Gas- und agroindustriellen Ressourcen und stellen 40 Prozent der zu einem erheblichen Anteil weißen und gemischten Bevölkerung des Landes.

In allen sezessionistischen Departementen sind rechtsradikale Milizen aktiv. Die bedeutendste unter ihnen ist die *Falange Socialista Boliviana*. In den dreißiger Jahren gegründet, wurde sie später von einem gewissen Guido Strauss wiederbewaffnet und umorganisiert.

Branko Marinković ist der Präsident des »Bürgerkomitees«. Er lehnt die Hoheitsrechte der Regierung von La Paz über das östliche Tiefland ab. Hören wir ihn selbst: »Die Autonomie ist Realität. Wir werden nicht warten, bis man sie uns gibt.«⁵⁰

Alle diese Milizen sind ganz unverhohlen rassistisch. Sie halten den Indianer für einen »Feind der Zivilisation«. Ein UJC-Flugblatt rief dazu auf, »die Grenze des Abendlands« in Santa Cruz zu verteidigen ...

Die Landwirtschaftskammer des Oriente wird von ausländischen Interessen beherrscht, vor allem von der Anglo-Bolivian Land and Cattle Company, einem multinationalen britischen Konzern. Die politische Führung der Landwirtschaftskammer aber liegt in den Händen deutschstämmiger Bolivianer, insbesondere des rechtsradikalen Abgeordneten Fernando Messmer.

Ist es in einem solchen Klima verwunderlich, dass Percy Fernandez, der Bürgermeister von Santa Cruz, im Oriente zur Gründung einer »neuen Nation« aufruft, vorzugsweise weiß und eng mit dem Westen verbündet?⁵¹

Samuel Doria Medina ist ein in La Paz gewählter Delegierter der verfassunggebenden Versammlung. Sein Name steht auf einer »Abschussliste von Verrätern«, die Branko Marinković zusammengestellt hat. Ein Flugblatt des »Bürgerkomitees« versprach, »Santa Cruz vom

Abschaum des MAS zu befreien«.⁵² Ein anderes rief dazu auf, die »kubanischen und venezolanischen Affen« zu töten.«⁵³

Im November 2007 titelte die Madrider Zeitung *El Pais*: »*Bolivia se asoma en la violencia y la división*« (»Bolivien versinkt in Gewalt und Zwietracht«).⁵⁴ Der Drahtzieher dieser Spaltung und Gewalt heißt Philip S. Goldberg. Der Botschafter der Vereinigten Staaten in La Paz verfügt über reichlich Erfahrung auf diesem Gebiet. Bevor er in Bolivien akkreditiert wurde, war er Botschafter in verschiedenen Staaten, die aus dem Zerfall Jugoslawiens hervorgingen.⁵⁵

Zwischen dem Nationalstaat und der sezeessionistischen Oligarchie tobt eine Schlacht. Ihr Ausgang ist ungewiss.

Mitte April 2009 fand in dem Karibikstaat Trinidad and Tobago der Fünfte »*Cumbre de las Americas*« (Gipfel der amerikanischen Staatschefs) statt. Herzlich drückte Barack Obama Evo Morales die Hand. Gleichzeitig ging in Bolivien selbst der Kampf der lokalen Oligarchie, unterstützt von den nordamerikanischen Geheimdiensten, gegen die Regierung Morales unvermindert weiter. Zwei Tage nach dem Händedruck von Trinidad umzingelten Sondereinheiten der bolivianischen Polizei ein Hotel in Santa Cruz. Fünf Veteranen aus dem Balkankrieg, kroatischer und ungarischer Herkunft, hatten dort ein Sprengstoff- und Waffenlager angelegt. Geplant war die Ermordung von Evo Morales. Auf der Exekutionsliste standen auch Vizepräsident Alvaro Garcia Linera und sechs Minister. Beim Sturm auf das Hotel wurden drei Söldner erschossen, zwei gefangen genommen. Ihr Anführer, der später ebenfalls verhaftet wurde, war gemäß Untersuchungsrichter Marcelo Sosa ein Bolivianer kroatischer Abstammung, Eduardo Rosza Flores. Als amerikanische Verbindungsmänner bezeichnete der Untersuchungsrichter Alexander Melgár und einen Mann namens Achar, Letzterer auf der Flucht in die USA.

Einzige Gewissheit: Die Entschlossenheit von Evo Morales, der indianischen Gemeinschaften und des MAS, die Souveränität und die Freiheiten des Volkes zu verteidigen und jeder Gegenrevolution zu widerstehen. Sechsendvierzig Generäle, Oberste und Admirale des Heeres, der Luftwaffe und der Flussmarine erhielten den vorzeitigen Abschied. Die jungen Offiziere sind mehrheitlich Patrioten und stolz auf die Verstaatlichungen. Der radikale Indigenismus, der Ethnofaschismus von Felipe Quispe ist eingedämmt, der hohe katholische Klerus isoliert, und die Ustaschi sind vorübergehend zur Ohnmacht verurteilt.

Aber für wie lange?

EPILOG

»Die Stunde unserer selbst ist gekommen«¹

Port-au-Prince, die Hauptstadt Haitis, ist eine der widersprüchlichsten Metropolen, die ich kenne. Im Viertel Pétionville, ganz oben, auf dem Grat der Cordillera, unter bleiernem Himmel, reihen sich die Luxusvillen der Reichen.

Der Berg fällt steil zum Meer hin ab. Am Abhang, in den Schluchten und Rinnen drängen sich fast eine Million Menschen. Ganz unten, am Ufer der schimmernden Karibik, dehnt sich die »Cité Soleil« (»die Sonnenstadt«), die größte Kanistersiedlung des Kontinentes. Sie beherbergt auf vier Quadratkilometern rund dreihunderttausend Menschen.

Marie-Ange Magloire ist eine Großmutter von neunundfünfzig Jahren, die vor dem Hunger in Jérémie, im Süden Haitis, geflohen ist. Mit den sechs Kindern ihrer verstorbenen Tochter im Alter von drei bis neun Jahren bewohnt sie eine Wellblechbaracke von fünfzehn Quadratmetern, ohne Wasser und Strom, unten in der Cité Soleil.

Dort verbreiten rivalisierende Banden, die um die Herrschaft im Kokainhandel kämpfen, Angst und Schrecken.

Eine offene Abflussrinne durchquert das Viertel, in dem Marie-Ange wohnt, eine rattenverseuchte Kloake, in der Müll und menschliche Exkremeente schwappen. Im Halbdunkel der Hütte, auf einer von Kakerlaken wimmelnden Matte, schläft der dreijährige Dieudonné, der jüngste Enkel.

Seit Sonnenaufgang hockt Marie-Ange vor ihrer Blechhütte. Ein vielfach geflicktes rotes, an einer Seite löcheriges Kleid bedeckt ihren ausgemergelten Leib. Um ihr schwarzes Haar hat sie ein rotes Tuch geschlungen, an den Füßen trägt sie Gummisandalen.

Ihr Blick ist ernst, ihre Bewegungen sind energisch. Sie hat die Haltung einer Königin.

Vor ihr auf dem Boden steht eine Plastikschüssel, in der einige Gourde-Scheine (die amtliche haitianische Währung) liegen.

Marie-Ange verkauft Schlammkuchen.

Mit ein wenig Salz und Gemüseabfällen als Fettlieferanten vermischt,

bildet der Schlamm eine glatte Masse. An der Sonne getrocknet, wird sie hart.

Marie-Ange schneidet sie zum Verkauf in Scheiben. Der Schlamm wird wegen seines Kalziumgehalts geschätzt. Er liegt wie ein Stein im Magen und lindert den Hunger.

Selbst unter tragischsten Umständen verlieren die Haitianer nicht ihren Sinn für Ironie. Diese Schlammsscheiben heißen »harte Kekse« (*biscuits durs*).

Für Hunderttausende von Familien ist der Schlammkuchen die Hauptmahlzeit des Tages.

In normalen Zeiten verbrauchen die neun Millionen Haitianer pro Jahr 200 000 Tonnen Mehl und 320 000 Tonnen Reis. Das Mehl wird zu 100 Prozent, der Reis zu 75 Prozent eingeführt.

Zwischen Januar 2007 und Januar 2008 ist in Haiti der Preis des Mehls um 83 Prozent, der des Reis um 69 Prozent gestiegen.

Sechs Millionen Haitianer leben in extremer Armut.

Sie sind gezwungen, Schlamm zu essen.

»*Ojos que no ven, corazón que no siente*« (»Augen, die nichts sehen, ein Herz, das nichts empfindet«).²

Nur selten in der Geschichte haben die Verantwortlichen der westlichen Welt so viel Blindheit, so viel Gleichgültigkeit, so viel Zynismus bewiesen wie heute. Ihre Realitätsleugnung ist beeindruckend. Und entsprechend wächst der Hass.

Im ersten Quartal 2008 sind in siebenunddreißig Ländern des Südens, von Ägypten bis zu den Philippinen, von Bangladesch bis Haiti, Hungeraufstände ausgebrochen. Der steile Anstieg der Lebensmittelpreise lässt ganz neue soziale Schichten, vor allem in den Städten, verelenden. Die Angehörigen dieser Schichten, die 80 bis 90 Prozent ihres Einkommens für Ernährung ausgeben müssen, verfügen nicht über genügend Mittel, um ihren täglichen Bedarf an Lebensmitteln zu decken. Sie gehören zu den 2,2 Milliarden Menschen der südlichen Hemisphäre, die in »absoluter Armut« leben, wie es in der dünnen Sprachregelung der Weltbank heißt.³

Im ersten Quartal 2008 ist auf dem Weltmarkt der Reispreis im Durchschnitt um 59 Prozent und der des Getreides, des Mais und der Hirse um 61 Prozent gestiegen. Diese Preise werden generell FOB (*Free on board*, »frei an Bord«) und nicht CIF (*Cost insurance freight*, »Kosten, Versicherung und Fracht bis zum Bestimmungshafen«) ausgewiesen, mit

anderen Worten, wir müssen hier noch die Transportkosten hinzurechnen.

Seit Ende 2008 sind die Weltmarktpreise der Grundnahrungsmittel starken Schwankungen unterworfen. Grundnahrungsmittel sind Reis, Mais, Getreide. Sie machen zusammen rund 70 Prozent des Nahrungsmittelkonsums der Welt aus. Gemäß dem *World Food Index* der FAO sind die Preise für Grundnahrungsmittel zwischen 2003 und 2009 im Durchschnitt um 50 Prozent gestiegen.

Nach allen Prognosen, vor allem denen der Vereinten Nationen, werden die Preise in den kommenden Jahren weiter steigen. Daher auch die Angst vor dem Morgen und die Verzweiflung der Bewohner der südlichen Hemisphäre. Man rechnet damit, dass es in den nächsten fünf Jahren zu immer gewalttätigeren, polizeilich immer weniger kontrollierbaren Ausbrüchen kommen wird. Und zu einem raschen Anstieg der Zahl der Hungernden.

Wie ist diese Preisexplosion der Agrarrohstoffe auf dem Weltmarkt zu erklären? Dafür sind drei vom Westen lancierte und einander in ihrer Wirkung verstärkende Strategien verantwortlich.

Die erste Strategie geht auf das Konto des Internationalen Währungsfonds (IWF). Um die kumulierte Auslandsschuld der hundertzweiundzwanzig Länder der südlichen Hemisphäre, die sich am 31. Dezember 2008 auf 2,1 Billionen Dollar belief, einzudämmen, verordnet der IWF den ärmsten dieser Länder regelmäßig sogenannte Strukturanpassungsmaßnahmen. Praktisch alle diese Pläne fördern die Exportlandwirtschaft auf Kosten des Nahrungsmittelanbaus. Aus einem einfachen Grund: Nur durch den Export von Baumwolle, Soja, Rohrzucker, Palmöl, Kaffee, Tee, Kakao und so fort können sich die Schuldnerländer Devisen verschaffen. Weder die Zinsen noch die Tilgung der Auslandsschulden können in lokalen Währungen bedient werden. Daher müssen sich diese Länder um jeden Preis Devisen beschaffen. So wacht der IWF unerbittlich über die Interessen der großen Gläubigerbanken und der multinationalen westlichen Konzerne.

Aus diesem Grund trägt der IWF in zahlreichen Ländern des Südens zur Vernichtung der dem Nahrungsmittelanbau dienenden Landwirtschaft bei.⁴ Wo Baumwolle und Rohrzucker angebaut werden, wächst weder Reis noch Hirse, noch Maniok. Betrachten wir beispielsweise Mali. 2007 hat das Land 380 000 Tonnen Baumwolle exportiert und den größten Teil seiner Nahrungsmittel eingeführt, vor allem Reis aus Vietnam und Thailand. Senegal importiert jährlich rund 600 000 Tonnen Reis. Ganz Schwarzafrika zusammen importiert jedes Jahr für rund 24 Milliarden Dollar

Nahrungsmittel.

Eine wichtige Rolle beim Preisanstieg spielt die Spekulation.

Heiner Flassbeck, Chefökonom der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), schätzt den Anteil der Spekulationsgewinne an dem weltweiten Preisanstieg der Grundnahrungsmittel auf 50 bis 60 Prozent.⁵

Robert Zoellnick, der Präsident der Weltbank, lastet den Spekulanten rund 37 Prozent der Preisentwicklung an.⁶

Der Commodity Stock Exchange in Chicago ist die weltweit größte Börse für Agrarprodukte.⁷ Nach dem Crash der Finanzmärkte im November/Dezember 2007 – als mehr als eine Billion Dollar an Vermögenswerten vernichtet wurden – flüchteten die Hedgefonds und andere hochspekulative Fonds an die Chicagoer Börse. Ihre Aktivitäten gesellten sich zu denen der traditionellen Spekulanten auf diesem Markt.⁸ Damit explodierte das jährliche Volumen der weltweit gehandelten »Nahrungsmittelpapiere« (im Allgemeinen terminierte Lieferkontrakte): Während es 2000 noch 10 Milliarden Dollar umfasste, erreichte es im Mai 2008 175 Milliarden Dollar.

Die Spekulanten strichen schwindelerregende Profite ein. So hat Cargill im ersten Quartal 2007 553 Millionen Dollar Gewinn gemacht. Im gleichen Zeitraum des Jahres 2008 kletterte der Gewinn auf 1,03 Milliarden Dollar, ein Zuwachs von 86 Prozent. Der Grund ist einfach, die Chicagoer Warenbörse funktioniert wie jede andere Börse der Welt: Die Akteure versuchen in möglichst kurzer Zeit möglichst große Gewinne zu erzielen.

Der dritte Grund für die Preisexplosion ist die Umwandlung von hunderten Millionen Tonnen Mais und Getreide (Palmöl, etc.) in Bioethanol und Biodiesel. Der weitaus größte Produzent sind die USA.⁹ 2008 verbrannten die US-Agrarkonzerne, subventioniert durch Milliarden öffentlicher Gelder, 138 Millionen Tonnen Mais (rund ein Drittel der gesamten Ernte) und hunderte Millionen Tonnen Getreide. Präsident Bush und nach ihm Präsident Obama rechtfertigen die Strategie folgendermaßen: Einerseits bekämpft die Ersetzung von fossiler durch pflanzliche Energie die Luftverschmutzung, andererseits reduziert diese Strategie die Auslandsabhängigkeit der USA vom Erdöl.

Beide Motive sind auf den ersten Blick vertretbar. Bei näherer Betrachtung bedeutet die Strategie jedoch ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Um den 50-Liter-Tank eines Mittelklassewagens mit Bioethanol zu füllen, werden 358 Kilogramme Mais verbrannt. Mit 358 Kilogramm lebt ein Kind in Mexiko oder Sambia, wo Mais Grundnahrungsmittel ist, ein Jahr lang.

Die westlichen Nahrungsmittelkonzerne erzielen mit Biodiesel und Bioethanol astronomische Gewinne.

Soll das Bettelvolk auf der Südhälfte des Planeten doch krepieren!

Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen tagt jedes Jahr abwechselnd in New York oder Genf. UNICEF (Kinder), FAO (Landwirtschaft), WFP (Ernährung), WHO (Gesundheit), UNESCO (Bildung), ILO (Arbeit) und all die anderen Sonderorganisationen der UNO müssen dort ihre jährlichen Tätigkeitsberichte vorlegen.

Aus der umfangreichen Dokumentation, die dem Rat 2008 zugänglich gemacht wurde, geht hervor, dass sechsendreißig Millionen Menschen am Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen gestorben sind (Krankheiten infolge Unter- oder Fehlernährung: Kwashiorkor, Anämie etc.). Dass an Krankheiten, die im Westen längst besiegt sind (Tuberkulose, Gelbfieber, Malaria etc.), noch einmal neun Millionen Menschen gestorben sind. Dass sieben Millionen Menschen durch den Konsum verschmutzten Wassers ihr Leben verloren haben, dass weitere Millionen Aids zum Opfer gefallen sind, einer Krankheit, die man im Westen dank der Kombinationstherapien weitgehend im Griff hat.

Nach den 2008 von den Sonderorganisationen der UNO veröffentlichten Zahlen hat sich die Zahl der Todesfälle, die in den Ländern des Südens durch die Unterentwicklung der wirtschaftlichen Produktivkräfte und durch die extreme Armut hervorgerufen wurden, auf mehr als neunundfünfzig Millionen erhöht.

Von schweren Schäden infolge permanenter Unterernährung, Medikamentenmangel, Trinkwassermangel sind mehr als 2,2 Milliarden Menschen – ein Drittel der Menschheit – betroffen.

Die verheerenden Folgen des Zweiten Weltkriegs beziffern die Demographen wie folgt: Sechzehn bis achtzehn Millionen Männer und Frauen sind im Kampf gefallen, mehrere zehn Millionen Kriegsteilnehmer wurden verstümmelt, amputiert, entstellt. Zwischen fünfzig und fünfundfünfzig Millionen Zivilisten wurden getötet. Die Zahl der verwundeten Zivilisten beläuft sich auf mehrere hundert Millionen.

In der südlichen Hemisphäre vernichteten Epidemien, Hunger, verschmutztes Wasser und durch Elend ausgelöste Bürgerkriege jedes Jahr fast ebenso viele Menschen wie der Zweite Weltkrieg in sechs Jahren.¹⁰

Wie können wir mit diesem zerstörerischen System brechen? Wie den Hass, den es nährt, in eine sieghafte historische Kraft verwandeln, die Gerechtigkeit und Befreiung einfordert?

Zunächst durch die Wiederherstellung des Gedächtnisses, durch die Rückgewinnung der Identität, die Bewusstmachung der Menschenrechte, die Konstruktion der Nation in den Ländern des Südens.

In diesem Buch habe ich ausführlich dargelegt, wie notwendig es für diese Völker ist, sich um die Wiedergewinnung ihrer Identität und die Wiedergeburt ihres historischen Gedächtnisses zu bemühen.

Schauen wir uns in diesem Zusammenhang die bolivianische Erfahrung an. Nachdem die Delegierten der verfassunggebenden Versammlung am 25. November 2007 in der alten Hauptstadt Sucre mehrheitlich für die neue Verfassung gestimmt hatten, rief Evo Morales am Abend:

»Acabo el saqueo de Bolivia!

Acabo el Estado colonial!«

(»Schluss mit der Plünderung Boliviens!

Schluss mit dem Kolonialstaat!«)

Die meisten Staaten Schwarzafrikas, die während der Entkolonialisierung der sechziger Jahre entstanden sind, und zahlreiche im 19. Jahrhundert gebildete Staaten in den Anden, der Karibik und Zentralamerika, haben nie eine wirkliche Unabhängigkeit gekannt. Als die westlichen Staaten, oft aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, von der territorialen Okkupation abließen, blieb der Kolonialstaat intakt. Die Herren wechselten einfach die Masken.

Für die Völker des Südens schlägt die Stunde der Unabhängigkeit, der Souveränität, des Nationalstaates.

Die Nation ist ein Ergebnis der Französischen Revolution.

Ein Rückblick auf das Jahr 1792:

In der Morgendämmerung des 20. Septembers, auf den vom Regen durchweichten Feldern und Hügeln in der Nähe des kleinen, im Marnetal gelegenen Dorfes Valmy beobachteten die Revolutionssoldaten unter dem Doppelkommando der Generäle Dumouriez und Kellermann die glänzend gerüsteten, endlosen Reihen der Armeen des Herzogs von Braunschweig. Das reaktionäre, antirepublikanische, von den französischen Emigranten mobilisierte Europa schickt sich unter Führung preußischer und österreichischer Marschälle an, in Frankreich einzufallen. Sein Ziel: die Schmach, den Sturz der Monarchie am 10. August 1792, zu rächen und eine Revolution niederzuschlagen, die vom Atlantik bis zu den ungarischen

Ebenen die Hoffnung der unterjochten Völker entfacht.

Kanonendonner, Geschützfeuer der Artillerie, und – aus Zehntausenden von Kehlen – ein Schrei: »*Vive la nation!*« (»Es lebe die Nation!«) An den Soldaten von Dumouriez und Kellermann, in ihren zerfetzten Uniformen und mit ihren wahllos zusammengerafften Waffen, bricht sich an diesem einen Morgen die Woge der Rache des verbündeten Europas. Auf einem Hügelkamm hinter den preußischen Linien steht ein Mann von dreiundvierzig Jahren, Minister des Großherzogs von Weimar, und beobachtet die Szene. Johann Wolfgang von Goethe, tief beeindruckt von dem Geschehen, tat am Abend nach der Schlacht in einem Kreis von Offizieren den Ausspruch: »Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt' sagen, ihr seid dabei gewesen.«¹¹ 1792 bei Valmy hielt die Nation Einzug in die Geschichte. Heute bestimmt sie die Träume von Evo Morales, Wole Soyinka, Aimé Césaire und von Hunderten Millionen Menschen in den Ländern des Südens.

Egal, in welcher Epoche, an welchem Ort der Erde die Nation in Erscheinung tritt, sie ist Trägerin universeller Werte.

Kurz vor Valmy hatte Maximilien Robespierre in Paris folgende Rede gehalten: »Franzosen, unsterblicher Ruhm erwartet euch, aber ihr werdet ihn unter großen Mühen erwerben müssen. Uns bleibt nur die Wahl zwischen schändlichster Sklaverei und vollkommener Freiheit. Entweder unterliegen die Könige oder die Franzosen. An unserem Schicksal hängt dasjenige aller Nationen. Das französische Volk muss die Last der Welt auf sich nehmen [...]. Mögen alle Völker das Sturmgeläut von Paris vernehmen.«¹²

Alle Menschen trachten nach Gesundheit, Bildung, Wissen, gesicherter Existenz, regelmäßigem Einkommen, suchen ihre Familie vor Elend und Erniedrigung zu bewahren, ihre politische und staatsbürgerliche Verantwortung uneingeschränkt wahrzunehmen, ein Leben, unbehelligt von staatlicher Willkür, die sie in ihrer Würde verletzt, zu führen.

Die Nation, die sich in Valmy offenbarte, ist eine Nation armer Menschen, die fest entschlossen waren zu leben – in Freiheit zu leben. Heute dient sie den Revolutionären in Bolivien, Venezuela, Ecuador, Katar, Kuba, Bahrein und anderswo als leuchtendes Vorbild.

Tatsächlich haben sich zahlreiche Völker des Südens nach dem Beispiel Boliviens entschlossen, eine Nation zu errichten, die fähig ist, mit dem Westen zu brechen. Den Hass zu verwandeln in eine Kraft der Gerechtigkeit, des Fortschritts, der Freiheit. Und des Rechts.

Wenn wir auf diesen Seiten immer wieder so nachdrücklich auf die Wiederkehr des verwundeten Gedächtnisses zu sprechen gekommen sind, dann deshalb, weil die Völker des Südens aus genau diesen Quellen – ihren indigenen Kulturen, ihren kollektiven Identitäten, ihren uralten Traditionen – den Mut zur Freiheit schöpfen.

Aber es gibt auch Irrwege. Jeder weiß, dass der Hass genauso gut in den identitären Fanatismus, die tribalistische Isolation münden kann. Denn das Empfinden des Selbst-Verlustes bei den Völkern, die Sklaverei und Kolonialismus erlebt haben, die tiefen Verstörungen und Traumata, die sie über Jahrhunderte erlitten haben, können einen blindwütigen Identitätswahn ethnischer, religiöser oder kultureller Art erzeugen. Anstatt einer multiethnischen, demokratischen Nation. Wie wir gesehen haben, schwebt Bolivien in dieser Gefahr.

Ganz anders als der Tribalfanatismus steht die Nation für universelle Werte. Sie lässt die Unterschiede gelten und vereinigt sie im Bewusstsein, einer schützenden Gesamtheit anzugehören.

Unüberwindlicher Widerspruch zwischen Singularität und Universalität? Nein.

Eugène Ionesco schreibt: »Die einzige lebendige Gesellschaft ist diejenige, in der jeder mitten unter seinesgleichen anders bleiben kann.«

Die Begegnung einzigartiger Kulturen, die Komplementarität der Zugehörigkeiten begründen den kulturellen Reichtum und die Vielfalt der Nationen.

Inmitten der Schrecken des Zweiten Weltkriegs schrieb Aimé Césaire in der Zeitschrift *Tropiques*: »Wir gehören zu denen, die Nein zur Dunkelheit sagen. Wir wissen, dass die Rettung der Welt auch von uns abhängt. Dass die Erde jeden ihrer Söhne braucht. Auch die niedrigsten. Die Dunkelheit greift um sich [...]. Ach! Es bedarf all unserer Hoffnung, um dem Jahrhundert ins Antlitz zu schauen!«¹³

Heute empfindet der Süden Hass. Doch die Gelegenheit ist günstig für ihn, aufzubrechen und seiner selbst und der Fülle seiner Möglichkeiten habhaft zu werden. »Die Stunde unserer selbst ist gekommen«, schreibt Aimé Césaire 1956 prophetisch an Maurice Thorez.¹⁴

Der Süden will keinen »universellen« Westen mehr. Doch Süden und Westen sind Bewohner desselben Planeten. Wie soll dieser Planet »organisiert« werden? Auf der Basis von Toleranz, Gegenseitigkeit und Recht. Das gilt für den Süden wie den Westen.

Nein, eigenständige Identität und Weltbürgerschaft widersprechen sich

nicht. Die Multipolarität der Weltgesellschaft ist nur um diesen Preis zu haben: Respektierung der Menschenrechte, des planetarischen Gesellschaftsvertrages, der gerechten Verteilung der Güter, des gemeinsamen Schutzes von Luft, Wasser, Erde und der für das Überleben aller Menschen erforderlichen Nahrung.

Der Mensch ist ein beunruhigendes und befremdendes Wesen. Blaise Pascal schreibt: »Der Mensch ist ein Nichts, das fähig ist zu Gott.«¹⁵ Unter Gott haben wir hier nationale und persönliche Verantwortung, Erwachen des Bewusstseins, Vernunft, Liebe, freie Entscheidung zu verstehen.

Claude Lévi-Strauss: »Die Welt begann ohne den Menschen, sie kann ohne ihn enden.«¹⁶ Wenn der Westen nicht endlich das Leid der südlichen Völker wahrnimmt, nicht hört, wie ihr Zorn wächst, seine Vorgehensweise nicht radikal verändert, die Wünsche und Entschlossenheit der Unterdrückten nicht berücksichtigt, wird der krankhafte Hass die Oberhand gewinnen.

Schon heute erwägen die NATO-Strategen den Einsatz von Kernwaffen – sogenannter taktischer Bomben – gegen bestimmte Länder, die sich der »Demokratie« und den »Menschenrechten« verweigern.

Auf dem grauen Markt werden die Kernwaffen gehandelt. Von Männern gekauft und gezündet, die der Hass auf den Westen in den Wahnsinn treibt, können sie für unseren Planeten einen tödlichen Nuklearwinter heraufbeschwören. Etwa 20 000 atomare Sprengköpfe lagern auf unserem Planeten.

Seit der Mitte des letzten Jahrhunderts wird der nukleare Friede durch das Gleichgewicht des Schreckens zwischen den Atommächten gesichert. Doch diese Gleichgewichtsdoktrin verliert in dem Augenblick jede Bedeutung, wo diese Massenvernichtungsmittel in die Hand von Terrororganisationen fallen. Die Salafisten, al-Qaida und Dschihadisten sowie die anderen von pathologischem Hass getriebenen Bewegungen in Lateinamerika, Asien und Afrika pfeifen auf das Gleichgewicht des Schreckens.

Zur Stunde gibt es keine Kontrolle mehr über die in Umlauf befindlichen Kernwaffen. Und die jüngste Session der UNO-Abrüstungskonferenz im April 2008 endete einmal mehr mit einem totalen Misserfolg. Überlassen wir das letzte Wort Bertrand Russell, der die folgenden Sätze anlässlich der ersten Abrüstungskonferenz kurz nach der Hiroshima-Tragödie schrieb:

»We appeal as human beings to human beings. Remember your humanity and forget the rest!

If you can do so, the way is open for a new society. If you cannot, there lies before you the risk of universal death.«

(»Wir wenden uns als Menschen an Menschen: Denkt an eure Menschlichkeit und vergesst alles andere! Wenn ihr das könnt, ist der Weg frei für eine neue Gesellschaft. Wenn nicht, droht der universelle Tod.«)

DANKSAGUNG

*»Aus so vielem Lieben und Wandern gehen die Bücher hervor.
Und enthalten sie Küsse nicht oder Himmelsstriche,
und enthalten sie Menschen nicht in Überfluss,
und enthalten sie Frauen nicht in jedem Tropfen.
Hunger, Begehren, Zorn, Wegziel,
so taugen sie weder als Schild noch als Glocke:
sind ohne Augen und werden diese nicht auf tun können,
werden vorschriftsgemäß haben einen toten Mund.«*

PABLO NERUDA, Magnetische Kunst, Memorial V¹

Auf den Hochebenen der bolivianischen Anden haben mich die Gemeinschaften der Aymaras und Quechuas herzlich und großzügig aufgenommen. Im Nigerdelta, in der Sierra de Chocotan in Guatemala, auf den Savannen von Mali, im Tiefland von Äthiopien, in den Wäldern von Madhya Pradesh, in Orissa an der Küste des Golfs von Bengalen, aber auch in New York, in Gaza-Stadt, La Paz, in Caracas, Jerusalem, Bayamo im Osten Kubas, in Madrid, Kairo, Lima, Neu-Delhi, Selenge am Westrand der Mongolei, Peshawar und an vielen anderen Orten der Erde haben Männer und Frauen aus den verschiedensten sozialen Schichten, Kulturen, Religionen und politischen Lagern mit größter Offenheit zu mir gesprochen, auf meine Fragen geantwortet und ihr Wissen, ihre Ängste und ihre Hoffnungen mit mir geteilt.

Mein Buch hat von diesen Begegnungen unendlich profitiert.

Wie immer hat Olivier Bétourné jede Etappe der Entstehung des vorliegenden Buchs mit seinem Rat begleitet.

Erica Deuber-Ziegler und Dominique Ziegler haben die verschiedenen Versionen meines Manuskripts gelesen und mir nützliche Anregungen gegeben.

Hainer Kober hat die französische Originalausgabe sorgsam und inspiriert ins Deutsche übersetzt. Karl Heinz Bittel hat die deutsche Fassung lektoriert. Dem beinahe täglichen Dialog mit meinen Mitarbeitern Christophe Golay, Sally-Ann Way, Claire Mahon und Ioana Cismas verdanke ich wertvolle Anregungen. Ihre Recherchen leisteten mir eine unabdingbare Hilfe. Johannes Jacob und Sabine Ibach haben die Entstehung des Buches beratend begleitet.

Ihnen allen bin ich zutiefst dankbar.

ANMERKUNGEN

Vorwort

- 1 Der Angriff gegen diesen deutschen Botschafter war besonders ungerecht, da Steiner aus einer bayerischen Familie kommt, die auf eine lange sozialdemokratische Tradition zurückblickt und gegen die Nazis war.
- 2 Régis Debray, *Aveuglantes Lumières*, Paris, Gallimard, 2006, S. 136.
- 3 *Le Monde*, 27. Dezember 2007; Victor Schoelcher (1804-1893) kämpfte erfolgreich für die Abschaffung der Sklaverei.
- 4 Immanuel Wallerstein, *Die Barbarei der anderen, Europäischer Universalismus*, Berlin, Wagenbach, 2007.

Erster Teil: Die Quellen des Hasses

- 1 Die 1976 gehaltenen Vorlesungen sind 1986 auf Deutsch erschienen: Fernand Braudel, *Die Dynamik des Kapitalismus*, Stuttgart, Klett-Cotta, 1986.
- 2 Immanuel Wallerstein, a.a.O.
- 3 *Eclipse of Reason* ist das letzte Buch, das Horkheimer im Exil verfasste (New York, 1947); die deutsche Ausgabe erschien 1967 unter dem Titel *Zur Kritik der instrumentellen Vernunft* bei S. Fischer in Frankfurt.
- 4 So weiß man um die Rolle der amerikanischen Geheimdienste bei der Unterstützung von Bin Ladens Organisation im Krieg der afghanischen Mudschahidin gegen die sowjetische Besatzungsmacht.
- 5 Maurice Halbwachs, *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, Berlin, Luchterhand, 1966.
- 6 Maurice Halbwachs, *Das kollektive Gedächtnis*, Stuttgart, Enke, 1967.
- 7 Jean Duvignaud, »Introduction«, in: Maurice Halbwachs, *La Mémoire collective*, Paris, PUF, 1968, Neuaufl. Albin Michel,

- 1997.
- 8 Elie Wiesel ist selbst ein Überlebender von Auschwitz und Buchenwald.
 - 9 Deutsch: *Das Menschengeschlecht. Als Deportierter in Deutschland*, München, dtv, 1990.
 - 10 Zitiert in: Danielle Mitterrand, *Le Livre de ma mémoire*, Paris, Jean-Claude Gawsevitch, 2007.
 - 11 Deutsch: *Im Park*, Frankfurt, Suhrkamp, 1987.
 - 12 Vgl. insbesondere *Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal*, Nürnberg, Verhandlungsprotokolle Oktober/November 1945.
 - 13 In Deutschland ist das Werk bei S. Fischer erschienen.
 - 14 Hilberg starb 2007 im Alter von 81 Jahren.
 - 15 Aimé Césaire, »Calendrier lagunaire«, in *Moi, laminaire*, Paris, Seuil, 1982.
 - 16 Das 1955 noch Ceylon hieß.
 - 17 Die Sepoy waren einheimische Soldaten – Hindus und Muslime – der Kolonialmacht. Ihr Aufstand wurde 1857 vom englischen Expeditionskorps niedergeschlagen. Bis dahin hatte die East India Company weitgehend die Macht auf dem Subkontinent ausgeübt. 1857 wurde ein Vizekönig eingesetzt, Königin Viktoria wurde Kaiserin von Indien, und 1858 wurde die East India Company aufgelöst.
 - 18 Der 1938 gegründete Dhobbat al-Ahrar (das »Komitee der freien Offiziere«) bestand nur aus etwa zwanzig jungen Offizieren. In der Nacht vom 23. zum 24. Juli 1952 stürzten sie den von den Engländern inthronisierten König türkisch-albanischer Herkunft, besetzten die wichtigsten Gebäude Kairos und übernahmen die Macht. Damit wurde Ägypten zum ersten Mal seit der Zeit der Pharaonen von Einheimischen regiert.
 - 19 In der Zeitschrift *Critique communiste*, Paris, Nr. 10.
 - 20 Amilcar Cabral, *Unité et lutte*, Paris, Maspero, 1975, S. 321. Cabral wurde am 23. Februar 1973 in Conakry von Attentätern ermordet, die im Auftrag des portugiesischen Generals Antonio Spínola handelten.
 - 21 2005, zum vierzigsten Jahrestag der Entführung und der Ermordung von Mehdi Ben Barka, hatten seine beiden Söhne Mansour und Bechir in Paris ein internationales Kolloquium zur Erinnerung an

- das Wirken ihres Vaters organisiert. Vgl. *Actes du Colloque Ben Barka*, Rabat-Paris, Éditions Syllepse, 2007.
- 22 Maurice Halbwachs, *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, a.a.O.
- 23 Alfred Métraux, *Haïti, la terre, les hommes, les dieux*, Neuchâtel, La Baconnière, 1957.
- 24 Pierre Verger, *Flux et reflux de la traite des nègres entre le golfe du Bénin et Bahia de Todos os Santos du XVII^e au XIX^e siècle*, Paris, Mouton, 1968.
- 25 Ebd.
- 26 Senzala: die große Hütte, in der die Sklaven hausten.
- 27 Aimé Césaire, a.a.O.
- 28 Die heutigen Republiken Haiti und Santo Domingo.
- 29 Das die heutigen Bundesstaaten Amazonien, Maranhão, Pará und Ceará der Föderativen Republik Brasilien zusammenfasste.
- 30 Hauptstadt Bahia, dann Rio de Janeiro.
- 31 Das Wort *marron* kommt vom spanischen *cimarron*: ein wildes Tier, das in den Bergen lebt.
- 32 Name der sklavenhaltenden kreolischen Plantagenbesitzer auf den Inseln Martinique und Guadeloupe.
- 33 Alejo Carpentier, *Explosion in der Kathedrale*, Frankfurt, Suhrkamp, 1992.
- 34 Ebd.
- 35 Léon Bloy u.a., *La France colonisatrice*, hg. v. Nicole Priollaud, L. Lévi, Paris 1983.
- 36 Maurice Halbwachs, *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, a.a.O.
- 37 Pierre Loti, in *Le Figaro*, Paris, 28. September 1883.
- 38 Claude Lévi-Strauss, *Race et culture*, Paris, Éditions de l'UNESCO, 1971.
- 39 Jean-François Rolland, *Le Grand Capitaine*, Paris, Grasset, 1975; Michel Pierre, »L'affaire Voulet-Chanoine«, in der Zeitschrift *L'Histoire*, Nr. 69, 1984.
- 40 Jean-François Rolland, *Le Grand Capitaine*, a.a.O.
- 41 Ebd.
- 42 Ebd.
- 43 Vgl. M.C.A. Levy, *Forever George Arthur*, Melbourne, 1953.
- 44 Auf Französisch bezeichnet man die Treibjagd oder Parforcejagd

- als *Chasse à courre*, ein Ausdruck der von *courir* (laufen) kommt, im Gegensatz zur gewöhnlichen Jagd, wo der Jäger unbeweglich auf seine Beute lauert.
- 45 Nick Beams, in: *World Socialist Review*, London, 2004; vgl. ferner *Extermination of the Aborigines and the Nazi Holocaust*, London, Juli 2004.
- 46 1994 setzte die australische Regierung eine Kommission zur Untersuchung der Verbrechen an den autochthonen Völkern ein. Ihr Bericht erschien im Dezember 1996: *Bringing them home. National Inquiry into the Separation of Aboriginal and Torres Strait Islander Children from their families*.
- 47 Vgl. *Le Temps*, Genf, 11. Juni 2008.
- 48 Ihre vollständige Bezeichnung: »Weltkonferenz gegen Rassismus, rassistische Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz«, vgl. *Report of the World Conference against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance*, Dok. ONU A / Conf. 189/2.
- 49 Eröffnungsrede der Konferenz der Staats- und Regierungschefs, 31. August 2001.
- 50 Interview mit Pierre Hazan, in: Pierre Hazan, *Juger la guerre, juger l'Histoire*, Paris, PUF, 2007.
- 51 Im April 1994 fanden in Südafrika die ersten freien Wahlen in der Geschichte des Landes statt; *Sekunjalo* (ein Xhosa-Wort) bedeutet: »Jetzt«. Während des Wahlkampfes des ANC (Afrikanischen Nationalkongresses) hatte Nelson Mandela jede seiner Reden mit *Sekunjalo!* beendet.
- 52 Dokumentation der Konferenz der nichtstaatlichen Organisationen, (UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte). Ich danke Federica Donati für ihre dokumentarische Hilfe.
- 53 Ebd.
- 54 An sprachlichen Entgleisungen herrschte natürlich auf beiden Seiten kein Mangel. Immer wieder waren in den Debatten offen antisemitische und islamophobe Äußerungen zu hören.
- 55 Genfs protestantische Banken haben auf das Schönste vom Sklavenhandel profitiert. Der Historiker Hans Faessler hat den Mechanismus analysiert. Vgl. Hans Faessler, *Reise in Schwarz-Weiss, Schweizer Ortstermine in Sachen Sklaverei*, Zürich, Rotpunktverlag, 2005.

- 56 Die Gruppe Divers/Cité in Bordeaux kämpft gegen das Vergessen. Unter der Schirmherrschaft von Danielle Petrisans-Cavaillès hat sie ein Verzeichnis der Plätze, Straßen und Denkmäler herausgegeben, die die Sklavenhändler ehren. Danielle Petrisans-Cavaillès, *Sur les traces de la traite des Noirs à Bordeaux*, Paris, L'Harmattan, 2004.
- 57 Kofi Annans Mandat als UN-Generalsekretär endete am 31. Dezember 2006.
- 58 Rede Nicolas Sarkozys vom 26. Juli 2007, offizieller Text der Presseabteilung der Präsidentskanzlei der französischen Republik.
- 59 Vgl. insbesondere: Cheikh Anta Diop, *Nations nègres et culture. De l'antiquité nègre égyptienne aux problèmes culturels de l'Afrique noire d'aujourd'hui*, Dakar, 1954; *Antériorité des civilisations nègres, mythes ou vérité historique?*, Dakar, 1967.
- 60 Die Preise unterliegen jahreszeitlichen Schwankungen.
- 61 Vgl. insbesondere Aminata Traoré, *L'Afrique humiliée*, Paris, Fayard, 2008.
- 62 Vgl. ferner: Philippe Bolopion, *Le Monde*, 10. November 2007.
- 63 Zeitschrift *Afrique-Asie*, Paris, April 2002, S. 41.
- 64 Revue *Afrique-Asie*, Paris, Januar 2008.
- 65 Artikel 3 des Gesetzes aus dem Jahr 2005 fordert, dass die »positiven Aspekte« der Kolonisierung in der Schule unterrichtet werden.
- 66 Kurz nach den Ereignissen veröffentlichte François Maspero das Buch von Paulette Péju, *Ratonnades à Paris*. 1991 veröffentlichte Olivier Bétourné bei Seuil die gründliche Untersuchung *La Bataille de Paris. 17 octobre 1961* von Jean-Luc Einaudi.
- 67 Gilles d'Elia, in der Tageszeitung *Libération* vom 21. Februar 2008.
- 68 Aimé Césaire, *Discours sur le colonialisme*, Paris, Présence africaine, 1950.

Zweiter Teil: Die abscheuliche Erbfolge

- 1 Edgar Morin, *Vers l'abîme?*, Paris, Éditions de l'Herne, 2007, S. 117; vgl. auch Harald Schumann und Christiane Grefe, *Der globale Countdown: Finanzcrash, Wirtschaftskollaps, Klimawandel –*

- Wege aus der Krise*, Köln, Kiepenheuer & Witsch 2009.
- 2 Vgl. Oxfam France/Agir ici, www.oxfam-france.org, Dezember 2007.
- 3 Paul Collier, *The Bottom Billion. Why the Poorest Countries are Failing and What can be done about it*, London, Oxford University Press, 2008.
- 4 Die Abkommen Lomé I und II, wie sie genannt werden, sind dem Cotonou-Abkommen vorausgegangen. Auch Lomé I und II sahen die Asymmetrie des Warenaustauschs vor.
- 5 Interview mit dem Autor, 15. Februar 2008.
- 6 BBC World Service, März 2007.
- 7 Die Situation wird noch dadurch kompliziert, dass die Länder des Südens nach den Regeln der WTO lediglich berechtigt sind, maximal 20 Prozent des Gesamtwertes ihres Handels durch Zölle zu schützen. Was sie dazu zwingt, entweder ihre Grundnahrungsmittel (Mais, Getreide, Reis, Ölsaaten) oder ihre anfälligen einheimischen Industrien zu schützen.
- 8 Abschrift, vgl. Oxfam France/Agir-Ici, Paris, 2007.
- 9 Ebd.
- 10 Ebd.
- 11 Zahlen der Weltbank für 2007.
- 12 Vgl. die von Ernst und Young veröffentlichte Studie, London, 19. Mai 2008.
- 13 FAO, *Food insecurity in the World*, Rom, 2008.
- 14 Vgl. *Le Courrier*, Genf, 2. November 2007.
- 15 Wang Hui, *China's New Order, Society, Politics and Economy in Transition*, Cambridge (Mass.), Harvard University Press, 2003.
- 16 Mo Ming, »90 % of China's Billionaires are children of senior officials«, in: *China Digital Times*, 2. November 2006.
- 17 Wang Hui, a.a.O.
- 18 *Le Monde*, 23. Januar 2008.
- 19 In den »Wirtschaftsonderzonen« lassen multinationale Unternehmen aus dem Westen ihre Produkte herstellen (montieren etc.).
- 20 *New York Times*, 19. Januar 2008.
- 21 Ebd.
- 22 *Amnesty en action*, Zeitschrift von Amnesty International Schweiz, Bern, Januar 2008.
- 23 Die Tageszeitung *Libération*, 17. Januar 2008.

24 Leslie T. Chang, *La fabrique des femmes*, Paris, Belfond 2009; s.a. *La crise vue de la Chine* in: *Le Monde diplomatique*, Paris, Juni 2009.

25 Siehe auch *The China Human Rights Forum*, New York 2009.

Dritter Teil: Die Schizophrenie des Westens

1 Zitiert in: Hervé Cassan, »La vie quotidienne à l'ONU du temps de Boutros Boutros-Ghali«, in: *Mélanges offerts à M. Thierry*, Paris, Pédone, 1998, S. 8.

2 Ebd.

3 Zahlen vom April 2009.

4 Im Januar 2008 ist in dem Land eine europäische Truppe (Eufor) unter französischem Befehl stationiert worden. Ihre Stärke reicht bei Weitem nicht aus, die Flüchtlinge zu beschützen.

5 Resolution AG 39/46, 10. Dezember 1984.

6 Vgl. Seymour Hersh, *Die Befehlskette, Vom 11. September bis Abu Ghraib*, Reinbek, Rowohlt, 2004.

7 Ebd.

8 *Le Monde*, 28. Februar 2008. Die Zeitung kam anlässlich eines neuen Untersuchungsberichts auf das Massaker zurück.

9 Amnesty International, London, Bericht vom 29. Februar 2008.

10 Ebd.

11 Die Tageszeitung *La Tribune de Genève*, 10. März 2008.

12 Zahlen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), 2008.

13 WHO, Genf, 2008.

14 FAO, *Report on Food Insecurity in the World*, Rom, 2008.

15 Und ich lasse hier das viele südliche Regierungen betreffende Problem der politischen Repräsentativität, der Legitimierung durch das Volk, außer Acht. Dazu wäre ein eigenes Buch erforderlich. 16 Aimé Césaire, a.a.O.

Vierter Teil: Nigeria, die Fabrik des Hasses

- 1 Erklärung von Funsho Kupolokun, dem Vorstandsvorsitzenden der Nigerian National Petroleum Company (NNPC), vor dem Bundesparlament vom 23. Januar 2007. Vgl. die überregionale Tageszeitung *This Day*, 24. Januar 2007.
- 2 Die Wochenzeitschrift *Newsmatch*, Abuja, 29. Januar 2007, S. 16 f.
- 3 Bis Mai 2007 im Amt.
- 4 Heute setzte sie sich aus sechshunddreißig Bundesstaaten zusammen.
- 5 *Le Monde*, 21. April 2007.
- 6 Vgl. Xavier Harel, *Afrique, pillage à huis clos*, Paris, Fayard, 2006.
- 7 Zum ökonomischen Hintergrund des Biafrakriegs vgl. François-Xavier Verschave, *La France-Afrique, le plus long scandale de la République*, Paris, Stock, 1999, S. 137-154.
- 8 Kaye Whiteman, in der Zeitschrift *Afrique-Asie*, Paris, April 2007, S. 32 f.
- 9 In der Londoner Wochenzeitung *The Observer*, 22. April 2007.
- 10 Wole Soyinka, in *Neue Zürcher Zeitung am Sonntag*, Zürich, 22. Februar 2007; *Le Monde*, 21. April 2007; *The Financial Times*, 21. April 2007.
- 11 *Le Monde*, 21. April 2007.
- 12 Zitiert in der Tageszeitung *Libération*, 24 April 2007.
- 13 Wole Soyinka, »Nigeria at breaking point«, in der Zeitschrift *The Africa Report*, Paris, Nr. 7, 2007.
- 14 Wole Soyinka, in der Tageszeitung *Libération*, 24. April 2007.
- 15 *La guerre du pétrole prend de l'ampleur au Nigéria*, in *Le Monde*, Paris, 26. Juni 2009.
- 16 Zu einer Analyse dieser Kulturen vgl. Thomas Hodgkin, *Nigerian perspectives: a historical anthology*, Oxford University Press, 1984.
- 17 Über die Nigerian National Petroleum Company.
- 18 In der Wochenzeitschrift *The Economist* vom 17. März 2007.
- 19 »Blood trail in the Niger-Delta«, in der Tageszeitung *This Day*, Abuja, 25. Januar 2007.
- 20 Tageszeitung *Libération*, Paris, 15. Mai 2009.
- 21 *Le Monde*, Paris, 26. 6. 2009.
- 22 Valérie Thorin, *L'ombre du Biafra* in: *Revue Afrique-Asie*, Paris, Juli 2009.
- 23 Sein bekanntestes Buch ist *Sozaboy* (München, Deutscher Taschenbuch Verlag, 1997). Darin berichtet er von seinen

- Erlebnissen während des Biafrakrieges. Vgl. auch die Novellensammlung *On a Darking Plain*.
- 24 *The New York Times*, 9. Juni 2009.
- 25 Steven Cayford hat in der Vierteljahresschrift *Africa Today*, Nr. 43, London, bereits 1998 über die ersten großen Massaker berichtet.
- 26 Chris Abani, *Graceland*, München, C. H. Beck Verlag, 2004.
- 27 Studie von BAN (Basel Action Network), fortgeführt von Sam Olukoya, International Press Service und Infosud, s. *Le Matin*, Lausanne, 9. März 2008.
- 28 *Le Monde*, 21. April 2007.
- 29 Krieg und vor allem fehlende Statistiken hindern das UNDP daran, alle hundertzweiundneunzig Mitgliedstaaten der UNO zu erfassen.
- 30 Es gibt in dem Land einige ertragreich arbeitende landwirtschaftliche Großbetriebe, hochmechanisierte Musterplantagen, auf denen Zuckerrohr, Baumwolle, Obst, Reis, Yamswurzeln, Tomaten und Ananas von hoher Qualität angebaut werden. Diese wenigen Betriebe gehören fast alle Generälen, Admiralen, Spekulanten oder Großhändlern petrochemischer Produkte.
- 31 *Le Monde*, 19. Januar 2008.
- 32 *The Financial Times*, 18. April 2007.
- 33 *Le Monde*, 21. April 2007.
- 34 *The Economist*, 4. August 2007.
- 35 Deutsch: *Brich auf in früher Dämmerung, Erinnerungen*, Zürich, Ammann, 2008. Der Titel ist einem der berühmtesten Gedichte Soyinkas entlehnt: *You must set forth at dawn ... searching for the holy hour*.
- 36 Die Erfahrung dieser zweiundzwanzig in dem Verlies verbrachten Monate verarbeitete Soyinka in *The Prison Poems* und dem Essay *The Man Died. Prison Notes*.
- 37 Vgl. die französische Wochenzeitschrift *Jeune Afrique*, 26. August 2007.
- 38 Wole Soyinka, in: *Brich auf in früher Dämmerung*, a.a.O.
- 39 Vgl. den Bericht des Leiters der europäischen Wahlbeobachtergruppe, Max van Berg, a.a.O.

Fünfter Teil: Bolivien: der Bruch

- 1 Le
[mondehttp://www.vatican.va/holy_father/benedict_xvi/speeches/2007/05/13_conference-aparecida_ge.html](http://www.vatican.va/holy_father/benedict_xvi/speeches/2007/05/13_conference-aparecida_ge.html)
- 2 Vgl. vor allem: Bartolomé de Las Casas, *L'Évangile et la force*, Textauswahl, Paris, 1964. Das Gesamtwerk Las Casas' wurde 1957 in fünf Bänden von Perez de Tudela in Madrid herausgegeben. *L'Histoire de la Tudia*, erschien 1951 in drei Bänden in Mexiko. Vgl. ferner: Jean-Claude Carrière, *La Controverse de Valladolid*, Arles, Actes Sud, 1999.
- 3 Eduardo Galeano, *Les Veines ouvertes de l'Amérique latine*, Paris, Plon, coll. »Terre humaine«, 1971. Darcy Ribeiro, *Amerika und die Zivilisation*, Frankfurt, Suhrkamp, 1985.
- 4 Eduardo Galeano, a.a.O., S. 59 f.
- 5 Earl J. Hamilton, *American Treasure and the Price Revolution in Spain, 1501-1650*, Massachusetts, 1934. Hamilton hat die Archive der *Casa de Contratación* in Sevilla durchgesehen. Die Casa war eine Art zentrale Finanzbehörde des Königreichs.
- 6 Ebd.
- 7 Noch heute werden mehrere Stollen von Hand abgebaut.
- 8 Jean-Claude Carrière, *La Controverse de Valladolid*, a.a.O.
- 9 *Das Kapital*, MEW, Bd. 23, S. 787 f.
- 10 A.a.O., S. 161.
- 11 A. a. O., S. 781.
- 12 Daniel Valcarcel, *La rebelión de Túpac Amaru*, Mexico 1947.
- 13 Sie ähneln Alphörnern. Jeder Priester bläst in drei Hörner zugleich. Ich habe nie verstanden, wie eine menschliche Lunge zu solchen Leistungen fähig ist.
- 14 Hundertzweiundneunzig Präsidenten in hundertdreiundachtzig Jahren, das macht einen Staatsstreich oder einen ermordeten Präsidenten alle elf Monate, zwei Wochen und vier Tage.
- 15 Zum vollständigen Text der Rede von Tiwanaku vgl. Evo Morales Ayma, *Pour en finir avec l'État colonial. Discours*, Paris, Éditions L'Esprit frappeur, 2006.
- 16 Die Namen verschiedener Kategorien von Autoritätsfunktionen in den indigenen Gemeinschaften.
- 17 Evo Morales spricht von *pueblos originarios*, hier übersetzt als »Urvölker«.
- 18 Evo Morales Ayma, *Pour en finir avec l'État colonial*, a.a.O.

- 19 Christoph Kolumbus, *Bordbuch, Aufzeichnungen seiner ersten Entdeckungsfahrt nach Amerika 1492-1493*, Zürich, Rascher, 1941.
- 20 Unter allen Vorgängern von Morales hat sich nur einer gegen die DEA gewehrt: Jaime Paz Zamora, ein integrierter und patriotischer Mann, der Anfang der 1990er Jahre Präsident der Republik war (Amtsantritt 1989).
- 21 Der interessierte Leser sei verwiesen auf: Wolfgang Kraushaar, »Putsch mit fatalen Konsequenzen«, *Frankfurter Rundschau-Online*, 23. Februar 2009.
- 22 John D. Martz, *Politics and Petroleum in Ecuador*, Oxford, Transaction Books, 1987.
- 23 Petrobras hat in Bolivien 1,6 Milliarden Dollar investiert. Neben zwei Gasfeldern kontrolliert das Unternehmen 20 Prozent der Tankstellen des Landes.
- 24 Zitiert in: Marc Saint-Upéry, *Le Rêve de Bolivar*, Paris, La Découverte, 2007, S. 295 f.
- 25 Glencore war von Marc Rich gegründet worden, einem Spekulanten mit Wohnsitz im zentralschweizerischen Zug. Zwölf Jahre lang von der US-amerikanischen Justiz gesucht und schließlich von Präsident Clinton begnadigt, hatte Rich Glencore zwischenzeitlich verkauft.
- 26 2006 nimmt Bolivien den 187. Platz auf der Liste des UNDP ein. Vgl. seinen Bericht über die menschliche Entwicklung, a.a.O.
- 27 UNICEF und Weltbank, gemeinsamer Bericht: *Vitamin and Mineral Deficiency. A Global Assessment Report*, New York und Genf, 2006.
- 28 Vom Gesundheitsministerium festgesetzt, das von Nilda Heredia, einer bemerkenswerten Frau, geleitet wird.
- 29 *Las Diabladas* (Teufelstänze) ist ein Volksfest, dessen Ursprünge ins Katalonien des 11. Jahrhunderts zurückreichen. Jedes Jahr beim Karneval in Oruro dauern sie zwölf Tage lang.
- 30 Grupo Emmaüs Oruro, Casilla postal 747, Oruro. Eine Straßburger NGO leistet das Gleiche für die Straßenkinder von Potosí: Voix libres, 15, Quai Saint-Nicolas, 67 000 Strasbourg. E-Mail: strasbourg@voixlibres.org
- 31 IWF, *Public Information Notice*, Nr. 07/08, 17. Juli 2007; IWF, *Bolivia, Country Report*, Nr. 07/248, 2007
- 32 Weltbank, *Bolivia, Towards a New Social Contract, A Country Social Analysis*, Bd. II, Washington, 2006. Extrem arm ist, wer

- weniger als 1,25 Dollar am Tag verdient; arm, weniger als 2 Dollar.
- 33 Ebd.
- 34 *Biscate* ist das brasilianische Wort für Gelegenheitsarbeit. Es wird häufig in Santa Cruz, im Beni, in Tarija verwendet, immer öfter aber auch im Hochland.
- 35 Jean-Jacques Rousseau, *Discours sur l'origine et les fondements de l'inégalité parmi les hommes*, 1755.
- 36 Florentinischer Mönch des 15. Jahrhunderts, der leidenschaftlich die Rückkehr zu den strengen Sitten der Vorfäter und zu einem fundamentalistischen Christentum predigte.
- 37 Das sehr nahrhafte einheimische Getreide.
- 38 Ich habe die Gemeinde Jintamarca bei Guaqui, in unmittelbarer Nachbarschaft des Titikakasees besucht. Zweiundachtzig Familien meist aymarischen Ursprungs wohnen dort. Im Juli 2006 haben sie bei dreitägigem Frost ihre gesamte Kartoffel- und Quinoaernte verloren.
- 39 Sieben Bolivianos entsprechen einem Dollar (zum Wechselkurs vom Mai 2008).
- 40 »Wenn es keine Ernte gibt, müssen wir hungern.«
- 41 Das Wappen zeigt die aufgehende Sonne, den Illimani mit dem ewigen Schnee, eine Pampa, einen Baum, ein Lama.
- 42 Das Departement Oruro zählt vierunddreißig Gemeinden. Sein Verwaltungshaushalt beträgt 250 Millionen Bolivianos.
- 43 Die *Renta dignidad* (»Rente der Würde«) ist die erste universelle soziale Sicherungsmaßnahme in der Geschichte Boliviens.
- 44 Bericht des Office of Strategic Services (OSS) der Vereinigten Staaten, erstveröffentlicht 1996; der interessierte Leser sei verwiesen auf: Jean Ziegler, *Die Schweiz, das Gold und die Toten*, München, Goldmann Taschenbuch, 1998, S. 180 ff.
- 45 Diese Bezeichnung für die Fluchtwege benutzte die Organisation »Odessa« selbst.
- 46 Fabrizio Calvi, *France-États-Unis, cinquante ans de coups tordus*, Paris, Albin Michel, 2004. Calvi verteidigt die These, dass Barbie vom CIA geschützt wurde. Dasselbe sagt Kevin McDonald in seinem Film *Mein bester Freund*, 2007.
- 47 Bis 2007 wurde der Anbau von Nahrungsmitteln vernachlässigt. Das Land importierte 80 Prozent seines Bedarfs.
- 48 Curzio Malaparte, *Kaputt*, Frankfurt, S. Fischer, Neuaufl. 2007, S.

263. Laut Malaparte kommt das Titelwort »kaputt« vom hebräischen Wort »Kaparoth«, das »Opfer« oder »Sühneopfer« heißt.
- 49 Erklärung von David Sejas gegenüber Pablo Stefanoni, in »Un año de Evo Morales«, *Carta major*, Halbjahresschrift, São Paulo, Brasilien, 3. Januar 2007.
- 50 In der Tageszeitung *Libération*, 9. Dezember 2007.
- 51 Ebd.
- 52 Zitiert in *Le Monde*, 1. Dezember 2007.
- 53 Ebd.
- 54 Die Tageszeitung *El Pais*, 30. November 2007.
- 55 Die Tageszeitung *Le Courier*, Genf, 27. Dezember 2007.

Epilog

- 1 Aimé Césaire, Brief an Maurice Thorez, Paris, Éditions Présence africaine, 1956.
- 2 Kubanisches Lied.
- 3 Weltbank, *Annual Report 2007*, Oxford University Press, 2008.
- 4 Unter der Vielzahl von Untersuchungen über die ursächliche Beziehung zwischen den IWF-Strategien und der wachsenden Zahl von Hungeropfern vgl. insbesondere *Trade Policy and Hunger, the Impact of Trade Liberalisation on the Right to Food of Rice Farming Communities in Ghana, Honduras and Indonesia*, Genf, FIAN und Ecumenical Advocacy Alliance, Weltkirchenrat, 2007.
- 5 Heiner Flassbeck im *Tagesanzeiger*, Zürich, 14. Mai 2008.
- 6 Robert Zoellnick, Washington, 14. April 2008.
- 7 Sie befindet sich in der South Wacker Street in Chicago.
- 8 Im Wesentlichen kontrollieren heute acht westliche Gesellschaften den Weltmarkt für Lebensmittel. Dank ihrem globalen Verteilernetz, ihren Depots auf fünf Kontinenten, ihrer Hochseeflotte setzen sie die Preise für Einkauf, Einlagerung, Transport etc. fest. 2007 hat Cargill, die mächtigste und älteste von ihnen, mit Sitz in Minneapolis, bis zu 26 Prozent des Weltgetreidehandels kontrolliert.
- 9 Die EU plant ein ähnliches Programm.
- 10 Vgl. Jacques Dupâquier, *La Population mondiale au XX^e siècle*, Paris, PUF, 1999, S. 44 f.
- 11 J. W. Goethe, *Autobiographische Schriften der frühen*

- Zwanzigerjahre*, Sämtliche Werke, Bd. 14, München, Hanser, 1986, S. 385.
- 12 Zitiert in: Jean-Philippe Domecq, *Robespierre, derniers temps*, Paris, Le Seuil, 1984.
- 13 Aus der Begegnung zwischen André Breton, unterwegs zu seinem Exil in den Vereinigten Staaten, und Aimé Césaire (sowie seiner Frau Suzanne) im Jahr 1941 entstand die Zeitschrift *Tropiques* in Fort-de-France, Martinique.
- 14 Brief an Maurice Thorez, 24. Oktober 1956, a.a.O.
- 15 Blaise Pascal, *Gedanken*, Stuttgart, Reclam, 1956.
- 16 Claude Lévi-Strauss, *Das wilde Denken*, Frankfurt, Suhrkamp, 2004.

Danksagung

- 1 *Dichtungen 1919-1965*, hrsg. und ins Deutsche übertragen von Erich Arendt, Darmstadt und Neuwied, Luchterhand Verlag, 1977.

PERSONENREGISTER

Abacha, Sani
Abani, Chris
Abiola, M. K.
Abu Dalal, Karima
Abubakar, Atiku
Adedibu, Lamidi
Aguilar Luis Alberto
Ahmadinejad, Mahmoud
Airlangga
Alhorta, Felicidad Berdoja de
Alleg, Henri
Amaru, Túpac
Annan, Kofi
Antelme, Robert
Apaza, Julian (Túpac Katari)
Arbour, Louise
Ardeche
Arthur, George
Asari, Alhadji Mujahid Dokubo
Avgerropoulos, Yorgos
Ayza, Bruno
Azikiwe, Nnamdi

Babangida, Ibrahim
Bachir, Omar
Ban Ki-moon
Banzer, General
Baour, Pierre
Barak, Ehud
Barbie, Klaus
Barboza, David

Barrientos, René
Beams, Nick
Ben Barka, Mehdi
Benedikt., Papst
Berg, Max van
Bétourné, Olivier
Billaud-Varenne
Blair, Tony
Bloy, Léon
Bolivar, Simon
Bonafé, François
Bou-Hamma
Bouteflika, Abdelaziz
Boutros-Ghali, Boutros
Bouygues
Boyer, Jean-Pierre
Brahimi, Lakhtar
Braudel, Fernand
Brecht, Bertolt
Bugeaud, Thomas Robert
Buhari, Muhammadu
Bush, George W.

Cabral, Amilcar
Calmy-Rey, Micheline
Camarasa, Jorge
Candia, Ovando Bravo
Carpentier, Alejo
Castro, Fidel
Castro Ruz, Raúl
Ceașescu, Nicolae
Césaire, Aimé
Chang, Leslie T.
Chanoine, Julien
Chávez Frías, Hugo Rafaël
Cheikh Anta

Chirac, Jacques
Choque, Luiz
Collier, Paul
Condorcanqui, José Gabriel (Túpac Amaru.)
Costea, Doru Romulus

d'Elia, Gilles
Dassault
Debray, Régis
Déby, Idriss
Diène, Doudou
Doualeh, Mohamed-Siad
Dulles, Allen W.
Duras, Marguerite
Duval, Raymond
Duvignaud, Jean

Eichmann, Adolf

Falk, Richard
Fanon, Frantz
Faulques, René
Fernandez, Leopoldo
Fernandez, Percy
Fernando, Sarala
Feyder, Jean
Flassbeck, Heiner
Flatters
Flores, Eduardo Rosza
Franklin, Benjamin

Gallieni
Garcia, Alan

Garcia, Marco Aurelio
Garnier, Francis
Gaulle, Charles de
Gérard
Germé, Gebrüder
Ghanem, Hafez
Goethe, Johann Wolfgang
Goldberg, Philip S.
Gomez, Luiz Arce
Gowon, Yacubu
Goya, Francisco
Gozney, Richard
Grossman, Wassili
Guaino, Hervé
Guevara, Ernesto Che
Guterres, António

Halbwachs, Maurice
Hamilton, Earl J.
Harper, Stephen
Hayam Wuruk
Hegel
Helg, Pierre
Helguero, Zamiro
Heredia, Nilda
Hersh, Seymour
Hilberg, Raulf.
Himmler, Heinrich
Hitler, Adolf
Horkheimer, Max
Hughes, Victor
Humaila, Ollanda

Ionesco, Eugène

Jackson, Robertf.
Jade, Jamil
Jaurès, Jean
Jefferson, Thomas
Johnson, William (Guillaume)
Julius., Papst

Kant, Immanuel
Karl., Kaiser
Karl., König von Frankreich
Kavanagh, Paul
Keita, Modibo
Kempner, Robert
King, Martin Luther
Klarsfeld, Serge
Klobb, Jean-François
Kolumbus, Christoph
Konaré, Alpha Umar
Koschnick, Hans
Kouchner, Bernard

Ladoja, Rashidi
Lamy, Pascal
Las Casas, Bartolomé de
Lazarte, Silvia
Lebon, André
Lechin, Juan
Legendre, Bertrand
Letellier, Jacques
Lévi-Strauss, Claude
Levy, Gideon
Linera, Alvaro Garcia
Lopez, Felipe
Losada, Sánchez
Loti, Pierre

Ludwig, König von Frankreich
Lula da Silva, Luiz Inácio
Lumumba, Patrice
Lyautey

Magloire, Marie-Ange
Malaparte, Curzio
Mandela, Nelson
Mandelson, Peter
Marinkovic, Jasminka
Marx, Karl
Maspero, François
Matinkovic, Branko
Medina, Franco de
Medina, Samuel Doria
Melgár, Alexander
Mengele, Joseph
Merkel, Angela
Mesa, Carlos
Métraux, Alfred
Michel, Louis
Michel, Serge
Minassian, Gaidz
Mitterrand, François
Mohammed, Murtala
Mokrani, Sidi
Montezuma
Morales Ayma, Evo
Morin, Edgar
Mossadegh, Muhammad
Moulin, Jean
Müller, Heinrich

Napoleon Bonaparte
Napoleon.

Nasser, Gamal Abdel
Nehru, Jawaharlal
Neruda, Pablo
Nivelle Pascale

Obama, Barack
Obasanjo, Olusegun
Ojukwu, Ibo Odumegwu

Papon, Maurice
Pappe, Ilan
Pascal, Blaise
Pavelic, Ante
Philipp., König
Pillay, Navanethem
Préval, René
Putin, Wladimir

Quispe, Felipe

Ramirez, Santos
Ramos, Danilo
Ratzinger, Josef s. Benedikt.
Rauer, Wolfgang
Rivière, Henri
Robespierre, Maximilien
Robinson, Mary
Roldós, Jaime – seine Frau Martha
Roosevelt, Eleanor
Roschmann, Eduard
Rousseau, Jean-Jacques

Sadr, Emir
Sahnoun, Mohamed
Sahraoui, Nabil (alias Mustafa Abu
Ibrahim, Amari Saif)
Saint-Just
Saladin
Sandalio, Julia und Fernando
Santamaria, Haydée
Sarkozy, Nicolas
Sartre, Jean-Paul
Savonarola, Girolamo
Savorgnans de Brazza
Schoelcher, Victor
Seine, Oulai
Sejas, David
Senghor, Leopold
Sepúlveda, Juan Ginés de
Sosa, Marcelo
Sow, Sidiki Lamine
Soyinka, Wole
Steiner, Michael
Stephen, James
Stoltenberg, Jens
Sucre, Antonio José de
Sukarno, Ahmed
Sunday, Ehindero

Tichenor, Warren W.
Tine, Aloune
Toledo, Francisco de
Torrico, Celima
Touré, Samory
Traoré, Moussa
Tsemel, Lea
Tu Duc, König von Kambodscha
Tutu, Desmond

Vaillant-Couturier, Claude
Veer, Jeroen van der
Vieira, Antonio
Vijaya
Viktoria, Königin von England
Villegas, Carlos
Vitoria, Francisco de
Voulet, Paul

Wade, Abdulaye
Wallerstein, Immanuel
Warschawski, Michaël
Wenhua, Wei
Whiteman, Kaye
Wiesel, Elie.
Wilhelm., deutscher Kaiser
Williams, Jody
Wiwa, Ken Saro

Xiaoping, Deng

Yade, Rama
Yar' Adua, Shehu Musa
Yar' Adua, Umaru Musa

Zeytouni, Hassan
Zoellnick, Robert

SACHREGISTER

Abendland
Abrüstung
Afrikanische Union
Agip
Agrar-Dumping-Politik
Agrarreform
Aids siehe HIV
AKP-Staaten
Algerienkrieg
All Nigerian People's Party (ANPP, Allnigerianische Volkspartei)
Allgemeine Erklärung der Menschenrechte siehe Menschenrechte
Alliierten
Al-Qaida
amerikanisches Strafrecht
Amnesty International
Anämie
Annamiten
Apartheid
Arbeitslosigkeit
Arbeitsschutz
Armut
Arzneimittelpreise
Asian Peasant Coalition (APC)
Askari
Atomwaffen
Ausbeutung
Aymara (indianisches Volk)
Azteken

Bandung-Konferenz
Baumwolle

Baumwollmarkt
Baumwollpflücker
Baumwollproduzenten
Bekämpfung von Krankheiten
Bergleute
Bestechung
Biafrakrieg
Bildung
Blauhelme
Blindheit
Blockfreie Bewegung NAM
Blockfreie Staaten
Bombardierung
Börsenspekulanten
British Petrol (BP)
British Gas
Cabildos
Candomblés
Capgemini
Chengguan
Chevron,
Chipayas
Chiquitanos
Christentum
Cocaleros (Gewerkschaft der Kokabauern)
COMIBOL (staatl. bolivianische
Bergwerksgesellschaft)
Cotonou-Abkommen

Dalit
Demokratie
DIME (Dense Inert Metal Explosive)
Drug Enforcement Administration (DEA)
Dschandschawid
Dschihadisten
Dumping-Politik

Einfuhrzölle
Ekoi (afrik. Volk)
Elf
Encomienda
Enfumades (Ausräucherungen)
ENI
Enron
Entführung
Entwicklungspartnerschaft
Environmental Rights Action (ERA)
Epidemien
Erdgas
Erdöl
Erdölerzeuger (-produzent)
Eroberungen
Ethnozentrismus
Europäische Union
Europäischer Entwicklungsfonds (EEF)
EU-Staaten
EU Botschafter
Exxon Mobil

Familienzerfall
Finanzkapital (globalisiertes)
Finanzoligarchien
FLN
Fremdenlegion
Freundschaftsvertrag, algerisch-französischer
Fulani (afrik. Volk)
Fur
Fur

Geiselnahme
Genfer Abrüstungskonferenz
Genfer Konvention

Genozid
Gerechtigkeit
Gerechtigkeit
Gesellschaft zum Schutz der Menschenrechte
Gestapo
Gesundheitsversorgung
Gleichstellung der Geschlechter
Globalisierung
Google
Greenpeace
Grubengas
Guaranis
Guerilla

Hausa (afrik. Volk)
Hinrichtungen
HIV (Aids)
Holocaust
HSBC
Human Rights Watch
Humanität
Hunger

Ibibio (afrik. Volk)
IBM
Ibo (afrik. Volk)
Ijaw (afrik. Volk)
Imperialismus
Indian School of Business
Indianer indigeneölker
Indigenismus
Infoys
Inka
Inquisition
INRA (staatl. Institut für die Agrarreform)

Internationale Naturschutzunion
Internationale Währungsfonds
Internationaler Gerichtshof
Internationales Literaturfestival
Internationales Militärtribunal
Investitionsabkommen
irakische Bevölkerung
Islamische Heilsfront
Itsekiri (afrik. Volk)
IWF

Joint-Venture

Kalkadoon
Kapitalismus
Kinderprostitution
Klimaschutz
Koka
Kokain
Kollektives Bewusstsein
(Gedächtnis)
Kolonialarmee
Kolonialismus
- koloniale Ausbeutung (Plünderung)
- koloniale Besetzung
- koloniale Eroberung
- Kolonialisten
- Kolonialvölker
- Kolonisierung
Kompromissresolution
Konquistadoren
Konzentrationslager
Koran
Korruption
Krankheit

Kriegsverbrechen
Kriegswaffenexport
Krumier
kubanische Revolution
Kwashiorkor

Landreform
libanesischer Bürgerkrieg
libysche Berber

Manipulation
Marktgesetze
Maronnes
Massaker
Massali
Massalit
Massenvergewaltigungen
Mauren
Maya
Mbembe (afrik. Volk)
Menschenrechte
Menschenrechtsverletzungen
Microsoft
Mitayos
Mojeño
Mongolen
Morgenland
Movement for the Emancipation
of the Niger Delta (MEND,
Befreiungsbewegung für das
Nigerdelta)
Movement for the Survival of the Ogoni People (MOSOP)
Movimiento al socialismo (MAS,
Bewegung zum Sozialismus)
Moxos

Muratos

Nahrungsmittelimport

Nationalbewusstsein

Nationale Wahlkommission (Nigerias)

Nationalstaat

Naturgesetze

Naxaliten

Nazi

Nègre marron

Neoliberalismus

NGO

Niger Delta Human and Environmental Rescue Organisation (NDHERO)

nukleare Bedrohung

OECD

Ogoni (afrik. Volk)

OIC

Oligarchien

Öl-Leckagen (*Oil Spills*)

Oracle

Organisation de l'Armée Secrète (OAS)

Organisation der Afro-Asiatischen
Staaten

Organisation der Islamischen
Konferenz (OCI)

Organisation für afrikanische Einheit

Orixas

PAIGC

Palästinensisches Volk

Palawah (halbnomadische Viehzüchter)

Paschtunen

Patente

Pentagon
People's Democratic Party (PDP, Volksdemokratische Partei)
Perser
Petrobras
Physicians for Human Rights (Ärzte für Menschenrechte)
Plünderung
Pogrom
Privatunternehmen
(transkontinentale)
Production Sharing Agreement
Pro-Kopf-Einkommen

Quechuas (indianisches Volk)

Rachitis
Rassismus
Raub
Raub von Kindern
Raubbau an Ressourcen
Rechte der Frauen
Rechtsstaat
Reform
Regionalkriege
Repsol
Républiques maronnes
Responsibility to protect (»Schutzverantwortung«)
Rivers State Internal Security Task Force
Rohöl siehe Erdöl
Rotes Kreuz

Salafistische Splittergruppen
Santeria
Satyam
Säuglingssterblichkeit

Schtetl
Schulbesuch
Selbstbestimmungsrecht derölker
Senussi
Senzala
Shangos
Shell Group
Sklavenaufstand
Sklavenhandel
Sklavenjagd
Sklaverei .
Société Générale
Souveränität, energiewirtschaftliche
Souveränität, nationalstaatliche
Soziales Weltforum
Sozialisten (französische)
Sozialistische Internationale
Spekulant
Strafkolonien
Straßenkinder
Streik
Subventionen
südlicheölker
Sun Oil

Tadschiken
Tata
Technologietransfer
Teeplantagen
Texaco
Textilindustrie (indische)
Tibeter
Total
Tribalfanatismus
Trikontinentalef.
Trinkwasser

Türken

Überrüstung

Uiguren

UMP

Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten

United Bank of Switzerland (UBS)

UNO

- Charta
- dritte Kommission
- Durban Review Conference (Durban)
- FAO (UN-Sonderorganisation für Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei und Forstwesen)
- Generalversammlung der UN
- Konvention gegen Folter
- Menschenrechtsrat
- Millenniumsentwicklungsziele (MDG, Millennium Development Goals)
- Sicherheitsrat
- UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen)
- UNESCO
- UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge)
- Welternährungsprogramm (WEP)
- Weltkonferenz gegen Rassismus
- WHO (Weltgesundheitsorganisation)

Unterdrückung

Unterdrückungsstrukturen

Unterernährung

Unterernährung

Urhoboan (afrik. Volk)

USA

Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Vereinte Nationen siehe UNO

Vergewaltigung

Vernichtungskrieg

Verschleppung
Verstaatlichung
Versteppung
Verstümmelungen
Verzweiflung
Völker des Südens
Völkermord
Völkerrecht
Voodoo

Wasserkrieg
Wassermangel
Weltbank
Weltwirtschaftsforum
Weltwirtschaftskrieg
Weltwirtschaftsordnung
Wipro
Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS)
Wirtschafts-Partnerschaftsabkommen (WPA)
Wirtschaftssonderzone
World Life Fund
World Trade Center
WTO

Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos (YPFB)
Yawalorixas
Yoruba (afrik. Volk)
Yuracarés

Zaghawa
Zahlungsfristen im Außenhandel
Zolleinkünfte
Zollschranken
Zwangsarbeit

Zwangsprivatisierung

Die Originalausgabe ist 2008 unter dem Titel »La Haine de l'Occident« bei Albin Michel, Paris,
erschienen.
Munkedals AB, Schweden.

1. Auflage
© 2008 by Jean Ziegler
eISBN : 978-3-641-03696-6

www.cbertelsmann.de

www.randomhouse.de



Inhaltsverzeichnis

Widmung	5
Vorwort	6
ERSTER TEIL - An den Quellen des Hasses	14
I - Vernunft und Wahnsinn	15
II - Die rätselhaften Wege des Gedächtnisses	20
III - Sklavenjagd	29
IV - Die Kolonialmassaker	34
Postskript	40
V - Durban oder wenn der Hass auf den Westen den Dialog blockiert	44
VI - Sarkozy in Afrika	54
ZWEITER TEIL - Die abscheuliche Erbfolge	64
I - Vom Sklavenhalter zum alles verschlingenden Raubtier	65
II - In Indien, in China	75
DRITTER TEIL - Die Schizophrenie des Westens	82
I - Die Menschenrechte	83
II - Zynismus, Arroganz und Doppelzüngigkeit	95
VIERTER TEIL - Nigeria, die Fabrik des Hasses	99
I - Die Paten von Abuja	100
II - Zur Zeit des Biafrakriegs	108
III - Die Wahlfarce	111
IV - Bestechung als Herrschaftsinstrument	116
Postskript	118
V - Blutspur im Delta	119
VI - Lagos, Mülleimer des Westens	127
VII - Die Heuchelei der Weltbank	130
VIII - Die Sklavenkinder von Wuzhe	134
IX - Als Angela Merkel Wole Soyinka ohrfeigte	137
FÜNFTER TEIL - Bolivien: der Bruch	140
I - Als die Schweine hungrig waren	141
II - Ein Indianer im Palacio Quemado	150

III - Der wiedergewonnene Stolz	157
IV - »Im Namen des bolivianischen Volkes ...«	163
V - Die Not besiegen	169
VI - Der Bruch mit dem Kolonialstaat	180
VII - Das Fest	190
VIII - Die Ustaschi sind zurück	193
EPILOG	203
Danksagung	213
ANMERKUNGEN	215
PERSONENREGISTER	229
SACHREGISTER	238
Copyright	250